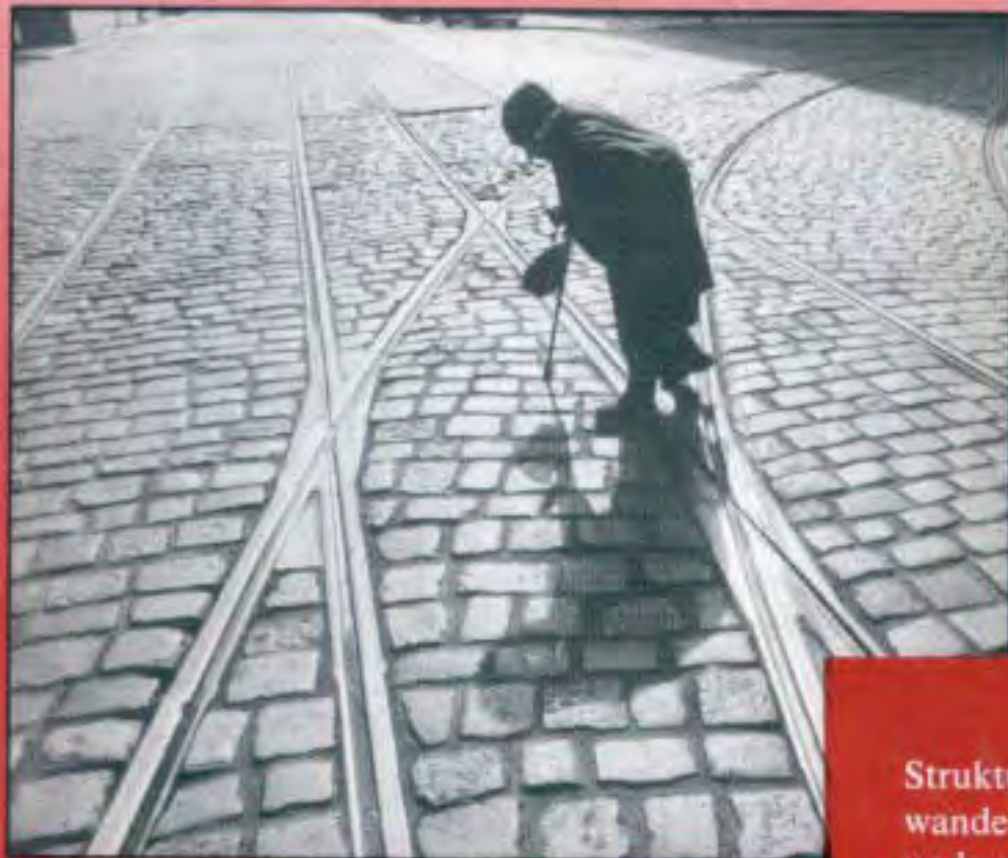


FORSCHUNGSJOURNAL

Neue Soziale Bewegungen

3/90 · DM 12,50
1 P 2242 F



Struktur-
wandel
und neue
soziale
Milieus

Forschungsjournal NSB

IMPRESSUM

FORSCHUNGSJOURNAL
NEUE SOZIALE
BEWEGUNGEN

8. Jahrgang – 1990, Heft 3

Herausgeber: Forschungsgruppe
Neue Soziale Bewegungen

Redaktion: Edelgard Bially,
Bonn; Ansgar Klein, Bonn;
Hans-Josef Legrand, Bonn; Dr.
Thomas Leif, Wiesbaden; Ver-
lagsredaktion: Susanne Papen-
dorf

**Verantwortlich für den Themen-
schwerpunkt dieser Ausgabe:**
Ansgar Klein (v.i.S.d.P.)

**Beratung und wissenschaftli-
cher Beirat:** Dr. Karin Benz-
Overhage, Frankfurt; Prof. Dr.
Andreas Buro, Bonn; Volkmar
Deile, Bonn; Prof. Dr. Ute Ger-
hard-Teuscher, Frankfurt; Prof.
Dr. Robert Jungk, Salzburg; Prof.
Dr. Joachim Raschke, Hamburg;
Dr. Antje Vollmer, Bonn; Heide-
marie Wiczorek-Zeul, Bonn-
Wiesbaden

Karikaturen: Gerhard Mester,
Wiesbaden

Verlag: Schüren Presseverlag,
Deutschhausstr. 31, 3550 Mar-
burg

Redaktionsanschrift: For-
schungsgruppe Neue Soziale Be-
wegungen
c/o Dr. Thomas Leif
Neubauerstr. 12
6200 Wiesbaden

Erscheinungsweise:
vierteljährlich

Bezugsbedingungen: Einzelheft
DM 12,50, Jahresabonnement
DM 42,- bzw. DM 36,- für Er-
werbslose und StudentInnen; er-
hältlich über: Schüren Presse-
verlag, Deutschhausstr. 31, 3550
Marburg

Copyright © Schüren Pressever-
lag/Forschungsgruppe NSB

Alle Rechte vorbehalten. Nam-
entlich gekennzeichnete Beiträ-
ge geben nicht unbedingt die Mei-
nung von Redaktion und Heraus-
gebern wieder. Für unverlangt
eingesandte Manuskripte wird kei-
ne Haftung übernommen.

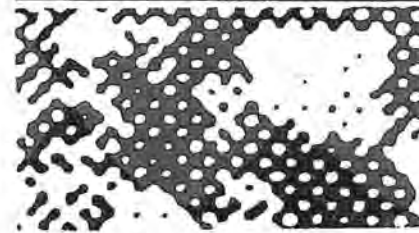
Druck: Mauersberger, Marburg
Anzeigenverwaltung: Schüren
Presseverlag

ISSN 0933-9361

ISBN 3-924800-13-8

INHALT

Editorial	5
Zum Themenschwerpunkt: Sozialstruktur und neue soziale Milieus	8
<i>Claudia Ritter</i> Zum politischen Potential der Alltagspraxis – Einige Anmerkungen zur Analyse soziokultureller Voraussetzungen neuer sozialer Bewegungen	12
Forschungsprojekt: Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus	22
<i>Thomas Hermann</i> „Neue Berufe“ im Raum der sozialen Positionen	33
<i>Heiko Geiling</i> Ob Provinz oder Provinzmetropole: „Die Wüste lebt“ - Anmerkungen zu ‚Bewegungsmilieus‘ in Reutlingen, Oberhausen und Hannover	46
<i>Dagmar Müller</i> Zur Rekonstruktion von Habitus – ‚Stammbäumen‘ und Habitus – ‚Metamorphosen‘ der neuen sozialen Milieus	57
Gegenexperten in der Risikogesellschaft	
<i>Claus Leggewie</i> Think tanks – Wie und was fabrizieren (rechte) Denkfabriken?	66
<i>Thomas Jahn</i> Die Ökologische Krise als Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse – Zum Problemverständnis von sozialer Ökologie	76
<i>Markus Kaiser</i> Entstehung, Entwicklung und Struktur der Antigen – Bewegung	85
Pulsschlag <i>Martin Beyersdorf:</i> Selbstorganisierte Bildungsarbeit – Bildungswerke der neuen sozialen Bewegungen	97
<i>Verena Mayr-Kleffel:</i> Verstrickt im sozialen Netzwerk	102
Initiative „Netzwerk – SOS – RASSISMUS“	103
Soziale Vernetzung gegen Computernetzwerke	105
Netzwerk von Dritte-Welt-Verbänden zerrissen	105
Treibgut Material, Infos, Termine, Tagungen	107
Bewegung in der Literatur Rezensionen	113
Aktuelle Literaturhinweise	118



EDITORIAL



tur anhält, wird nicht zuletzt von der Art und Weise der politischen Verarbeitung der sozialen Folgen der Systemangleichung in der (noch-)DDR abhängen.

Eine allzu euphorische, mit Mobilisierungs- und Organisationsfragen, mit Aktionsformen und Auseinandersetzungen zwischen Bewegungen und Kontrollinstanzen befaßte Bewegungsforschung („bewegungszentrierte Ansätze“ der Bewegungsforschung, wie sie dem Selbstverständnis einer nicht unbedeutenden Zahl von Bewegungsforschern entsprochen hat²) gerät vor diesem Hintergrund sicherlich in ernsthafte politische Schwierigkeiten und konzeptionelle Probleme. Ihr unstandsloser Rückgriff auf die Bürgerrechtsbewegungen in Ost- und Mitteleuropa kann sie dem – aus einer verengten Lesart von Bewegungsforschung zusätzlich genährten – Sog der Themen- und Diskussionskonjunktur nicht entziehen, vor dem auch wissenschaftliche Theorien, insbesondere die mit einem explizit politischen Anspruch, nicht gefeit sind.

Wer die Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen alleine an den Teilnehmerzahlen ihrer Demonstrationen gemessen hat, muß in den letzten Jahren den Eindruck fortschreitender Einflußlosigkeit gewonnen haben. Auch das politische Engagement der Akteure in den neuen sozialen Bewegungen scheint den Schwankungen zwischen Privatwohl und Gemeinwohl ausgesetzt zu sein.¹ Schon die Ausbildung von politischen Bewegungsinstitutionen hatte zu einer Entdramatisierung des von ihnen artikulierten Protestes beigetragen. Seit dem denkwürdigen November 1989 hat zusätzlich die in der politischen Öffentlichkeit dominante Gleichung von nationalstaatlicher Einheit und Gemeinwohl zu einer deutlichen Verschlechterung der politischen Chancenstruktur für die Anliegen und Ziele der neuen sozialen Bewegungen geführt. Wie lange diese – politische – Konjunk-

Eine angemessene Antwort auf diese Situation scheint in der verstärkten Interdisziplinarität und Verzahnung der verschiedenen Ansätze zu liegen, die schon Frank Nullmeier und Joachim Raschke gefordert haben. „Gesellschaftszentrierte Ansätze“ mit ihrem Schwerpunkt auf den „Wechselbeziehungen zwischen gesamtgesellschaftlichen Strukturen und sozialen Bewegungen“ und „Person- oder subjektzentrierte Ansätze“ mit ihrem Schwerpunkt auf den „Bedingungen individueller Beteiligung an kollektiven Aktionen“ müssen verstärkt in ihren komplementären Leistungen im Rahmen der Bewegungsforschung zusammengeführt werden: „Die Synthesen können sich beziehen auf bewegungsspezifische Vermittlungen von Handlungs- und System- bzw. Strukturtheorien, auf die Verknüpfung gesellschafts-, bewegungs- und personenzentrierter Ansätze und der für die



jeweiligen Ausschnitte geeigneten Theorien, auf die Überwindung falscher Alternativen wie Determinismus-Voluntarismus oder Ordnung-Konflikt durch komplexere Theorieentwürfe usw.¹³

Die Dialektik von theoretisch-konzeptionellen Erfordernissen und politischen und wissenschaftlichen Themenkonjunkturen hat derzeit auch erste absehbare wissenschaftspolitische und –organisatorische Folgerungen. Die Ad-hoc-Gruppe ‚Neue Soziale Bewegungen‘ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) scheint genötigt, im Rahmen aktueller Umstrukturierungsprozesse innerhalb der Sektionen auf die hier nur angedeuteten ‚Themenkonjunkturen‘ reagieren zu müssen. Derzeit laufen Diskussionen bezüglich der Anregung, im Rahmen der Sektion ‚politische Soziologie‘ die Themenfelder ‚Parteienforschung‘, ‚Interessenverbandforschung‘ und ‚Neue Soziale Bewegungen‘ zu einem thematischen Zusammenhang zu integrieren. Die Redaktion des Forschungsjournals lädt dazu ein, die hier bereits angestellten oder noch vorzutragenden Überlegungen in systematischer Zuspitzung in der Journalrubrik ‚Bewegungswissenschaft in der Diskussion‘ zu veröffentlichen.

Der Themenschwerpunkt ‚Strukturwandel und neue soziale Milieus‘, gebildet vornehmlich aus Beiträgen eines Forschungsprojektes an der Universität Hannover („Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus“), beansprucht zum einen, die Beschränkung von Forschungsstrategien auf Akteure und Aktionen fallenzulassen, zum anderen, die traditionsreichen, aber problematischen Unterscheidungen zwischen objektivistischen Theorien sozialer Strukturen und subjektivistischen Theorien kollektiver Akteure aufzuheben. Einen maßgeblichen Bezugspunkt der vorgestellten Überlegungen bildet das kultur-

soziologische Werk Pierre Bourdieus und dessen Beitrag zur Sozialstrukturanalyse.

Die sozialen Veränderungen, innerhalb derer sich eine ‚Politik der Lebensstile‘ ebenso herausbildet wie die ‚neuen sozialen Milieus‘, sind tiefgreifend und anhaltend. Vor dem Hintergrund der – von **Bärbel Clemens** nachfolgend skizzierten – Beiträge des Themenschwerpunktes ergibt sich eine Einschätzung der sozialen und politischen Relevanz der neuen sozialen Bewegungen, die sich von der eingangs erwähnten Annahme ihres stetigen Bedeutungsverlustes grundlegend unterscheidet. Während die Hannoveraner Beiträge die Erwartung stützen, „daß sich aus den neuen sozialen Milieus neue politische Akteure herausbilden und ihre Ansprüche über Durchsetzung ihrer politischen Zielvorstellungen unüberhörbar artikulieren“ (so Bärbel Clemens‘ Ausblick nach Darstellung des Hannoveraner Forschungsprojektes), bleibt es nach **Claudia Ritter** offen, welche Relevanz die neuen sozialen Ungleichheiten für politische Lernprozesse haben. Die Beiträge des Themenschwerpunktes – neben den schon genannten die Beiträge von **Heiko Gelling**, **Thomas Hermann** und **Dagmar Müller** – demonstrieren den Stellenwert einer differenzierten Sozialstrukturanalyse innerhalb der Bewegungsforschung.

Wie im Journal 1/90 angekündigt, werden noch einmal Diskussionsbeiträge zum Thema ‚Gegenexperten in der Risikogesellschaft‘ veröffentlicht.

Claus Leggewie, der bereits intensive Kenntnisse der konservativen Denkfabriken gewinnen konnte, untersucht aktuelle Trends konservativer Politikberatung unter Beschränkung auf geistes- und sozialwissenschaftliche Disziplinen.

Thomas Jahn stellt das im Frankfurter Institut für sozialökologische Forschung forschungsleitende Verständnis sozialer Ökologie dar.



Markus Kaiser rekapituliert die Entstehung der Anti-Gen-Bewegung, ihre Netzwerk-, Informations- und Organisationsstruktur sowie die bisherigen staatlichen Reaktionen. (Wir hoffen weiterhin, einen analytisch-bilanzierenden Beitrag von Rainer Hohlfeld/Paula Bradish zur Gentechnologie-Diskussion in einem späteren Heft publizieren zu können). In der Rubrik „Pulsschlag“ veröffentlichen wir einen Beitrag von **Martin Beyersdorf** über die selbstorganisierte Bildungsarbeit der neuen sozialen Bewegungen in Niedersachsen. Außerdem finden sich dort Kurzanalysen zu verschiedenen Versuchen, soziale Proteste in und durch Netzwerkstrukturen zu verdichten oder zu stabilisieren. Daß dies jedoch nicht immer erfolgreich verläuft, zeigt ein Bericht über den Zerfallsprozeß in einem Netzwerk von Dritte-Welt-Gruppen.

Bei der Erstellung des Themenschwerpunktes ‚Strukturwandel und neue soziale Milieus‘ hat **Bärbel Clemens** in bewährter Weise die Federführung gehabt. Dafür ein Dankeschön der Redaktion.

Volkmar Deile, seit Gründung des Forschungsjournals Mitglied im wissenschaftlichen Beirat, hat zum 1. August die Aufgabe des Generalsekretärs der bundesdeutschen Sektion von Amnesty International übernommen. Herausgeber und Redaktion des Forschungsjournals wünschen ihm für seine neue und verantwortungsvolle Tätigkeit viel Er-

folg. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

Heft 4/1990 des Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen zum Themenschwerpunkt „Großstadt und neue soziale Bewegungen“ erscheint im Dezember.

Ansgar Klein/Hans-Josef Legrand
Bonn, im Juli 1990

Anmerkungen

- 1 Albert O. Hirschmann, Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl, Frankfurt/M. 1984.
- 2 Hierzu wie auch für die folgenden Ausführungen: Frank Nullmeier/Joachim Raschke, Soziale Bewegungen, in: Stephan von Bandemer/Göttrik Wewer (Hrsg.), Regierungssystem und Regierungslehre. Fragestellungen, Analysekonzepte, Forschungsstand, Opladen 1989, S. 249-272, hier: S. 255
- 3 Ebenda, S. 268. – Ab 1991 soll eine regelmäßige Rubrik des Forschungsjournals ideengeschichtlich aufbereitete Beiträge zu einer allgemeinen Bewegungstheorie aus dem Fundus der früheren Forschung über soziale Bewegungen (insbesondere aus der Zeit der Weimarer Republik) enthalten. Die personen- oder ansatzzentrierten kürzeren Aufsätze werden sich – neben der Darstellung von Person, Werk, Grundansatz – auf die möglichen systematischen Beiträge zu einer allgemeinen Bewegungsforschung konzentrieren. Ziel der Rubrik ist es, kumulativ eine Geschichte der Bewegungsforschung zu erarbeiten und dabei eventuell verschüttete Ansätze wieder fruchtbar zu machen. Koordinierender Ansprechpartner ist Frank Nullmeier (Kontakt über die Redaktion).
- 4 Claus Leggewie, Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, Berlin 1987 und überarbeitete Neuausgabe, Berlin 1990.



Editorial zum Themenschwerpunkt: Sozialstruktur und neue soziale Milieus

Die neuen sozialen Bewegungen sind auch nicht mehr das, was sie einmal waren. Jedenfalls scheint dies der Tenor vieler Kneipengespräche in der Szene zu sein. Auch wenn die GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen endlich den Sprung in den Landtag geschafft haben und sie in Niedersachsen die Chance haben, ihre politischen Vorstellungen in einer rot-grünen Koalition der Verwirklichung ein Stück näher zu bringen, so war doch zwischen ihrem Wahlergebnis und der 5 Prozent-Hürde nur eine handbreite Platz, das Ergebnis denkbar knapp. Und in der Debatte um den Prozeß der deutschen Einheit werden „Alternativen zur alten Politik“ (vgl. Wasmuth 1989) kaum eingebracht, obwohl Themen zur Diskussion stehen, die der Ökologie-, der Friedens- und der Frauenbewegung auf den Nägeln brennen. Die neuen sozialen Bewegungen scheinen untergetaucht zu sein, wenigstens was ihre politische Artikulationsfähigkeit, ihre Mobilisierungskraft und ihre Protestbereitschaft angeht.

Die nsB-Forschung selbst ist verunsichert. Hat sie ihren Forschungsgegenstand verloren, ist sie gar keine „richtige“ Wissenschaft, macht sie etwas falsch? Diesen Eindruck wenigstens kann die Diskussion vermitteln, die nach Michael Th. Grevens „Kritik der Bewegungswissenschaft“ die Spalten des Forschungsjournals füllte (Greven 1988, Roth, Rucht 1989, Brandt 1989, Rothgang 1989, Görg 1989). Der Forschungsüberblick von Rucht (1989) mag Irritierte wieder beruhigen: Zwar kann nicht alles überzeugen, was die nsB-Forschung im Laufe der Zeit vorgelegt hat, aber es wurde eine solide Basis erarbeitet, von der aus noch bestehende Forschungslücken geschlossen werden können.

Es ist nicht nur ihrer großen Bedeutung für die politische Kultur der Bundesrepublik zuzu-

schreiben, daß vor allem Protestaktionen der neuen sozialen Bewegungen in den Mittelpunkt der politischen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit gerückt sind. Das, was gesehen wird, korrespondiert immer auch mit den Bedürfnissen derer, die hinschauen, hervorheben und präsentieren. Die Rezeption der neuen sozialen Bewegungen als einen kollektiven mobilisierenden Akteur, der die gesellschaftliche Entwicklung vorantreibt, verhindern oder rückgängig machen will, ohne dabei zu traditionellen und als verkrustet, partiell undemokratisch und elitär erkannten Formen etablierter Politik zu greifen, sondern stattdessen basisdemokratisch, egalitär, spontan und phantasievoll agiert (so die Definition für neue soziale Bewegungen bei Raschke 1985, S. 77), entspricht auch dem Selbstbild und dem Politikverständnis der SozialwissenschaftlerInnen, die – meist selbst diesen Bewegungen in politischer Solidarität verbunden – sich seit Ende der siebziger Jahren mit diesem Thema auseinandersetzen. Die neuen sozialen Bewegungen weckten in der Vielgestaltigkeit ihrer Ziele, der Lebendigkeit ihrer Kommunikationsformen und der Radikalität ihrer Emanzipationsideologie die Hoffnung auf die Verwirklichung fast schon begrabener Träume von einer anderen, besseren Gesellschaft, die mit dem Ende der Studentenbewegung notgedrungen erst mal ad acta gelegt werden mußten. Die hohen Erwartungen führten – verständlicherweise – zu Idealisierungen und zu Identifizierungen mit den Aktivisten und ihren eindrucksvollen Protestaktionen. Dies hat zwar zu einer Reihe von wichtigen Erkenntnissen über die Entwicklungsbedingungen einzelner Teilbewegungen und zur Dynamik von Einzelkonflikten geführt, aber den Blick verstellt für das, was es neben spektakulären Aktionen an Veränderungen in den Niederungen des alltäglichen Lebens gab.

Die Faszination, die von der Vielgestaltigkeit der neuen sozialen Bewegungen ausgeht, schlägt sich in der Popularität von Heterogenitätsthesen nieder, die kaum mehr in der Lage sind, die beschriebene Vielfalt zu fokussieren. In der Tat ist das breite Feld zwischen mehr oder weniger militanten Protestbewegungen und Bürgerinitiativen, zwischen Selbsthilfegruppen und Emanzipationsbewegungen, zwischen Gegenexperten und Aussteigern ein herausragendes Kennzeichen der neuen sozialen Bewegungen. Auch die Menschen, die sich diesen Bewegungen zugehörig fühlen, sind sehr unterschiedlich, lassen sich nur vage unter dem Stichwort „neue Mittelschichten“ oder „Humandienstleistende“ zusammenfassen. Und die Vielfalt der Motivlagen läßt sich nur noch bedingt mit Thesen über „Wertewandel“ oder „Zivilisationskritik“ adäquat bezeichnen.

Die Thesen von Individualisierung und Auflösung sozialen Zusammenhalts (Beck 1986) und der heterogenen Zusammensetzung der neuen sozialen Bewegungen (Brand, Büsser, Rucht 1983) tragen der Vielfalt von Bewegungsformen, Beteiligten und Motivlagen in vielen Aspekten durchaus Rechnung. Ihnen kann auch nur bedingt widersprochen werden, soweit sie sich auf die Aktivisten und ihre intellektuell elaborierten Ideologien beziehen. Dies gilt insbesondere für die Bürgerinitiativ-, Ökologie- und Friedensbewegung, bei denen sicherlich zwischen einer „Elite“ aus dem Bildungsmittelstand und einer heterogenen „Masse“ der Beteiligten unterschieden werden kann. Widersprechen möchte ich aber, wenn diese Interpretationen verallgemeinert werden und auch für die Alternativ-, Jugend- und Frauenbewegungen gelten sollen, die stärker in der Alltagskultur und im Lebensstil bestimmter Bevölkerungsgruppen verankert sind. Es wird immer deutlicher, daß

politische und alltagskulturelle Phänomene wie Wohngemeinschaften, Kinderläden, Formen der Lern- und Berufspraxis und Arten politischer Artikulation nicht mehr Erscheinungsform einer Bewegungsphase sind, sondern auf Dauer gestellt wurden.

Nicht recht erklärt werden kann bislang, was die neuen sozialen Bewegungen bei all der beschriebenen Heterogenität der Erscheinungsformen, Trägergruppen und Motivlagen zusammenhalten kann und woher ihre relative Stabilität und Unabhängigkeit von offensichtlichen Aktivphasen der Bewegung rührt. Mehr und mehr wird danach gefragt, was die Menschen eigentlich noch zusammen bringt, wie sie gemeinsam ein politisches Ziel finden, artikulieren und vielleicht auch durchsetzen können, wenn sich traditionale Zusammenhänge immer mehr auflösen und individuelle Lebensstile immer differenter werden. Die Begrenzung von Forschungsstrategien auf Akteure und Aktionen wird fallengelassen zugunsten der Auseinandersetzung mit der Verschiedenheit von Lebensformen und Lebensläufen, die als „Politik der Lebensstile“ in den verschiedenen Szenen der Metropolen deutlich werden (Berking, Neckel 1988 und 1990), und der Beschäftigung mit Struktur und Entwicklungsdynamik lokaler Bewegungsnetzwerke (Roth 1988). Auch die Klassen- und Kulturtheorie von Pierre Bourdieu (1982) hat manche, deren Forschungsinteresse sich auf die neuen sozialen Bewegungen richtet, zu neuen Überlegungen gebracht (vgl. u.a. Eder (Hrsg.) 1989). Nicht mehr die neuen sozialen Bewegungen als Phänomen stehen damit im Mittelpunkt der Diskussion, sondern die Verortung ihrer Träger im sozialen Raum. Damit wird etwas Neues interessant, womit sich die meisten von uns zum letzten Mal im Grundstudium auseinandergesetzt haben: die Sozialstrukturanalyse. Hradils Aufarbeitung

des Forschungsstandes (1987) zeigt, wie unzureichend die gängigen Herangehensweisen an dieses Thema sind. Die Beziehungen der Menschen untereinander, ihre verschiedenen Handlungskontexte und ihre unterschiedlichen Chancen für eine bestimmte Verhaltensweise müssen mehr als bisher berücksichtigt werden. Nicht einzelne Merkmale interessieren, sondern die Beziehung der Merkmale untereinander, die in einem „zirkulären Determinationszusammenhang“ stehen (Eder 1989, S. 23), der genauer zu analysieren wäre. Bourdieus Modell des sozialen Raumes und seine Überlegungen zum Habitus sozialer Klassen können Anhaltspunkte bieten, um den Zusammenhang von Klassenlage, Lebensstil und kultureller Praxis zu begründen.

In Auseinandersetzung mit dem empirischen und theoretischen Ansatz von Bourdieu untersucht das Hannoveraner Forschungsprojekt „Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus“ die sozialen Veränderungen, die so etwas wie neue soziale Bewegungen überhaupt erst möglich gemacht haben. Diese sind nur der sichtbare Teil einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Strukturveränderung. Sechs Siebtel davon bleiben wie bei einem Eisberg in der gesellschaftlichen Alltäglichkeit verborgen. Die Forschungsgruppe konstatiert, daß sich neue soziale Milieus herausgebildet haben, und versucht diese näher zu beschreiben. Sie unterscheiden sich in ihrer sozialen Zusammensetzung, ihren Lebensstilen und Werthaltungen und in ihrem politischen und privaten Kommunikationsverhalten von traditionellen gesellschaftlichen Milieus und grenzen sich von ihnen ab, ohne ihnen jedoch völlig fremd zu sein. Dies ist nicht weiter verwunderlich. Schließlich entwickelten sich die neuen sozialen Milieus aus den traditionellen heraus, entstanden durch Abgrenzung von und Anlehnung an diese.

Die Auseinandersetzung mit dieser Milieuthese bildet den thematischen Schwerpunkt des vorliegenden Forschungsjournals. Die Forschungsgruppe stellt ihre Hypothese zur Verortung der neuen sozialen Milieus im sozialen Raum in „Stamm“- und „Diaspora“-Milieus zusammenfassend dar und diskutiert dann zentrale Aspekte dieser Forschungsansätze in einzelnen Beiträgen. Der Schwerpunkt des Beitrags von **Thomas Hermann** liegt auf der Bestimmung der Sozialstruktur, über die die neuen sozialen Milieus charakterisiert werden können. Er macht dabei deutlich, welche Bedeutung den sogenannten „neuen Berufen“ zukommt. Eine Analyse der neuen sozialen Milieus ist nur als Analyse der gesamten Gesellschaft möglich.

Heiko Geiling untersucht die Herausbildung neuer sozialer Milieus in drei städtischen Regionen in Westdeutschland. Er konzentriert sich dabei auf die „Bewegungsmilieus“, die durchaus widersprüchliche Praktiken alltäglicher Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung aufweisen und deren lokale Besonderheit sich in der spezifischen Auseinandersetzung mit den konventionellen bzw. hegemonialen bürgerlichen Milieus entwickelt hat, die den Stil der Aus- und Abgrenzung vor Ort bestimmen. Während Heiko Geiling die Herausbildung neuer sozialer Milieus als Auseinandersetzungsvorgang von Gruppierungen beschreibt, verfolgt **Dagmar Müller** diesen Prozeß an der Entwicklung des persönlichen Habitus. Sie analysiert, wie sich der Habitus von Mitgliedern der neuen sozialen Milieus vom Habitus ihrer Eltern unterscheidet, wo er neue Züge zeigt und wo Elemente des Habitus des Herkunftsmilieus mehr oder weniger umgeformt zu finden sind. Dabei wird deutlich, daß auch der Habitus, der in den neuen sozialen Milieus zu finden ist, nicht von Bornierungen frei ist. Eher von außen richtet **Claudia**

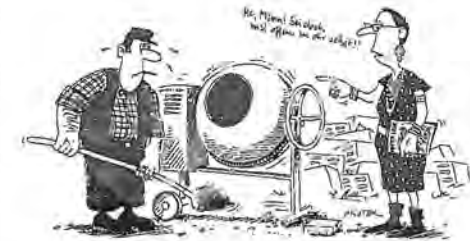
Ritter ihren Blick auf den Versuch, Politisierungsprozesse in neuen gesellschaftlichen Formationen zu erklären. Sie setzt sich dabei kritisch sowohl mit dem Hannoveraner Projekt als auch mit dem Ansatz von Berking und Neckel zu einer „Politik der Lebensstile“ auseinander. Resümierend klagt sie dabei ein, daß Orientierung auf die Alltagspraxis wiederum die Auseinandersetzung mit Bewegungsaktivitäten zu kurz kommen läßt und macht damit deutlich, daß die Ergebnisse der Analyse einer „Politik der Lebensstile“ und der Herausbildung neuer sozialer Milieus immer auch neue Aufschlüsse über neue soziale Bewegungen und ihre Entwicklungsdynamik zu erbringen hat.

Bärbel Clemens

Literatur

- BECK, Ulrich, Risikogesellschaft. Auf den Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986.
- BERKING, Helmuth/NECKEL, Sighard, Stadtmarchen. Die Inszenierung von Individualität als urbanes Ereignis, in: SCHERPE K.R. (Hrsg.), Die Unwirklichkeit der Städte, Reinbek 1988, S. 262 – 278.
- Dies., Die Politik der Lebensstile in einem Berliner Bezirk. Zu einigen Formen nachtraditionaler Vergemeinschaftung, in: BERGER, P.A./HRADIL, St. (Hrsg.), Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, (Soziale Welt, Sonderband 7), Göttingen 1990 (im Erscheinen).
- BOURDIEU, Pierre, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M. 1982.
- BRAND, Karl-Werner, „Bewegungswissenschaft“ oder „Bewegungsforschung.“ Einige „ganz unironische“ Anmerkungen zu Michael Th. GREVENS Beitrag, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, 1/89, S. 50 – 53.
- BRAND, Karl-Werner/ BÜSSER, Dieter/ RUCHT, Dieter, Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1983.
- EDER, Klaus, (Hrsg.), Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Theoretische und empirische Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre BOURDIEUS Klassentheorie, Frankfurt/M. 1989.
- GÖRG, Christoph, Bewegung, Wissenschaft und Kritik. An-

- merkungen zu einem schwierigen Verhältnis, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen 3-4/89, S. 100 – 107.
- GREVEN, Michael, Th., Zur Kritik der Bewegungswissenschaft, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, 4/88, S. 51 – 60.
- HRADIL, Stefan, Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft, Opladen 1987.
- RASCHKE, Joachim, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt/M. 1985.
- ROTH, Roland, Struktur und Entwicklungsdynamik lokaler Bewegungnetzwerke in der Bundesrepublik, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, 1/1988, S. 57.
- ROTH, Roland/RUCHT, Dieter, Reaktionen aus den „Ghettos“. Anmerkungen zu Michael Th. GREVENS Kritik der Bewegungswissenschaft, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, 1/89, S. 44 – 49.
- ROTHGANG, Heinz, Zur „Kritik der Bewegungswissenschaft“. Einige methodologische Anmerkungen zum Begriff der „neuen sozialen Bewegung“, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, 2/89, S. 84 – 87.
- RUCHT, Dieter, Die Analyse der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland – eine Zwischenbilanz, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, Sonderheft 1989, S. 158 – 169.
- WASMUHT, Ulrike C. (Hrsg.), Alternativen zur alten Politik: Neue soziale Bewegungen in der Diskussion, Darmstadt 1989.



Claudia Ritter

Zum politischen Potential der Alltagspraxis

Einige Anmerkungen zu Analysen soziokultureller Voraussetzungen neuer sozialer Bewegungen

Lange Zeit blieben die „Mikroprozesse“ (Rucht 1989, S.161, Roth 1990) bei der Entstehung neuer sozialer Bewegungen weitgehend unerforscht. Inzwischen haben zwei der in diesem Bereich neu entstandenen Projekte ihre ersten Ergebnisse vorgelegt (Berkling/Neckel 1989, Geiling/Vester 1990, Geiling 1989, Hermann 1989, Müller 1989).¹ An konkreten lokalen Fallstudien untersuchen sie die auf gesellschaftliche Strukturveränderungen zurückgehenden neuen Vergemeinschaftung und Vergesellschaftungsformen. Beide Projekte vermuten eine Dynamik emanzipatorischer Selbstreflexivität unterhalb der Schwelle sozialer Bewegungen in den Formen der Alltagspraxis und ihrer Ausbildung sozialer Beziehungsmuster. Entscheidend für die Entstehung befreiender und selbsthinterfragender Experimente sind die besonderen Heterogenitätsbedingungen, denen soziale Gruppen in wachsendem Maße ausgesetzt sind, die Pluralität der Lebensstilgruppen oder die Gegensätze in neuen sozialen Milieus. Die Ansätze richten ihren Blick auf den alltäglichen Umgang mit der sozialen Differenz in der engen lokalen wie sozialen Nachbarschaft und den daraus resultierenden Lernprozessen.

1. Postmoderne Demokratisierung ?

Unter „Politik der Lebensstile“ verstehen Berkling/Neckel einen politisierenden Prozeß, der durch die Koexistenz „nachtraditionaler Lebensstile“ (1989, S.29) entsteht. Indem sich die verschiedenen Lebensstilgruppen dichtgedrängt im urbanen Raum untereinander behaupten, induzieren sie einen wechselseitigen demokratisierenden Effekt (1989, S.31).² In

diesem Ansatz geht es um die soziokulturellen Voraussetzungen einer „civil society“ (1989, S.6), um die Chancen der Wiedereignung des öffentlichen Raums – auch unter den Bedingungen einer Ausdifferenzierung sozialer Gruppen – durch demokratische Selbstregulierung und neue soziale Bewegungen. Dabei wird systematisch die politische Relevanz der Außenverhältnisse von Lebensstilgruppen ausgelotet.

Berkling/Neckel setzen beim Prozeß der Individualisierung an, der vor allem in den „neuen Mittelschichten“ stattgefunden hat. Sie bilden heute „nachtraditionale Lebensstile“ aus, die nicht mehr durch soziale Milieus stabilisiert werden. Stattdessen übernimmt jetzt die Stilisierung Funktionen der Sinnstiftung und Identitätsausbildung. Dadurch wird eine Individualisierung ohne zwangsläufige Vereinzelung möglich (1989, S.2f).

Unter dem Stichwort „Urbanität als Lebensstil“ (1988, S.262) skizzieren Berkling/Neckel den Prototyp dieser Vergemeinschaftungsform. Individualisierung wird hier zur Überlebensstrategie. Sie besteht für den einzelnen vor allem darin, die alltägliche Erprobungspraxis und Identitätssuche durch selbstbewußte öffentliche Inszenierung durchzusetzen. Das urbane Individuum kämpft alleine – und ohne erkennbaren Feind, indem es vor allem sich selber quält und in der tagtäglichen Selbstbehauptung sich immer wieder übertrifft. Auf diese Weise werden Leistungsdruck und soziale Konfliktlosigkeit in einem ausgesprochen sozial, „verträglichen Egoismus“ (1988, S.272) vereint. Im Bild des „großstädtischen Marathonlaufs“ (1989, S.265) wird die kleinbürgerliche Unterwerfungsbereitschaft der erfolgsorientierten Mittelschicht unter die Karrierebedingungen treffsicher auf den Punkt gebracht.

Das dadurch erzeugte politische Stillhalteabkommen wird allerdings durch die „Politik der Lebensstile“ aufgehoben. Hier treten die Alltagsexperimente und ihre Selbstbehauptung als Distinktionen und als ästhetisches Statusgerangel zwischen den verschiedenen Lebensstilgruppen auf. Sie entfalten eine Dynamik der Selbstpolitisierung, indem sie folgende drei Kompetenzen ausbilden: Erstens erzeugt die Existenz pluraler Lebensstilgruppen auf dichtem Raum die „Fähigkeit zur politischen Indifferenz“ gegenüber Andersdenkenden (Schwengel/Berkling/Neckel 1987, S.547). Zweitens entwickelt die zur eigenen Identitätsbeschaffung notwendige Selbstbehauptung der Lebensstile einen immanenten Rechtfertigungszwang gegenüber den jeweils anderen Gruppen für die selbstgewählten Lebensformen und Orientierungsmuster. Es geht um die „legitime Sicht des Sozialen“ (Berkling/Neckel 1989, S.31). Auf diese Weise werden die Lösungsmuster in der Alltagspraxis potentiell politisch aufgeladen. Die Gewöhnung an die Differenz prägt die Binnenmoral der Gruppen. Sie werden demokratischer. Daraus entsteht drittens ein „kollektiver Partikularismus“, der das Recht auf Besonderheit für sich und andere anerkennt (Schwengel/Berkling/Neckel 1987, S.547). Allerdings bleibt letztlich offen, in welcher Form das Ringen um die soziale Anerkennung von Lebensformen stattfindet. Legitimität kann durch den Diskurs argumentativ erstritten werden. Sie kann sich aber auch mit der faktischen Indifferenz der sozialen Nachbargruppen begnügen, ohne jeden normativen Anspruch an Toleranz oder Emanzipation. Fraglich bleibt nur, wie solche Mechanismen jenseits kommunikativer Verständigung und begründeter Einigungsformen gruppenintern normativ wirksam werden und Orientierungen demokratisieren können. Gerade diese Schwierigkeiten, das Spezifi-

sche der politischen Dimension in der Alltagspraxis herauszuarbeiten, machen das Spannende der Studie zur „Politik der Lebensstile“ aus. Sie bietet einen bisher einmaligen empirischen Einblick in die Dynamik von Lebensstilgruppen, die entgegen der konzeptionellen Annahme gerade nicht aufgrund ihrer bloßen Heterogenität zivilisieren.

Berkling/Neckel entfalten die Formation der Lebensstile im Stadtteil entlang der Kneipenstruktur rund um den Winterfeldplatz in Berlin Schöneberg. Der „neosexistentistische Postpunk“, diese ausgewachsene „no-future-Generation“, trifft sich im „Café Mitropa“, wobei es ihr darauf ankommt, „daß der Stil entschlossen genug gewählt ist, darunter auch der, überhaupt keinen zu haben“ (1989, S.11f). Nicht weniger distinguiert geben sich die Mochtégern-, „Yuppies“, die schon fast klassisch urban individualisierten, oben erwähnten Marathonläufer. Unumgänglich in solchen Zentren sind auch die Reste des „alten Bewegungsmilieus“ sowie ihre Sympathisanten, die zumeist gut gebildeten Vertreter des postlinken aufgeschlossenen Typs (1989, S.17f). Zwischen diese Gruppen schieben sich die „proletarischen Milieus“ und – eher an den Rand gedrängt – bewegen sich die „sozial Schwächsten“, dort, wo bis zum 9. November 89 noch „lands end“ war (1989, S.20).

Die Beziehungen zwischen den sozialen Gruppen, ihre Indifferenz und ihre Verständigungsleistungen werden als ein Lernen „politischer Konfliktfähigkeit“ interpretiert, das „selbst schon als politischer Prozeß zu begreifen ist“ (1989, S.4). Der eigentlich sozialisierende Motor ist vor allem die alltägliche „Gewöhnung an das jeweils Fremde“ (1989, S.22), die schon durch die bloße Koexistenz der Lebensstilgruppen zustande kommt. So entstehen selbstregulative „Steuerungsleistungen im Kiez“, die für ein „tolerantes Sozialklima“ sorgen (1989, S.23). „... weder ge-



lungene multikulturelle Integration, noch bloße aggressive Abgrenzung, weder Gentrifizierung allein noch das bunte Treiben gleichwertiger Lebensstile. Stattdessen finden alle Prozesse gleichzeitig statt, halten sich gegenseitig in Schach, ohne sich jedoch hochzuschaukeln“ (1989, S.22). Diese mehr oder weniger blinden Mechanismen sind es, die aus sich selbst heraus dem Ansatz nach normativ wirksam werden und die „Binnenmoral“ der Lebensstilgruppen demokratisieren.

Damit paßt dieses Konzept der „Politik der Lebensstile“ nur scheinbar zu einem prozedural gefaßten Demokratiebegriff, wie er zur Zeit unter dem Stichwort „civil society“ diskutiert wird. Denn dort wird nicht nur auf der wechselseitigen Anerkennung sondern auch auf der Selbstverpflichtung zur öffentlichen Auseinandersetzung insistiert, in der die politischen Gegner nicht gleichgültig werden dürfen (Rödel u.a. 1989, S.108).

Gerade der Blick auf die empirischen Beispiele zeigt, wie selten aus einer „Politik der Lebensstile“, die nicht in Formen kommunikativer Verständigung stattfindet, zivile konfliktorientierte Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit hervorgehen. Die angeführten Erfahrungen widerlegen eher ungewollt die These der demokratisierenden Selbststeuerungsmechanismen und unterstreichen, wie abstrakt ein Verständnis von einer ‚postmodernen Pluralität‘ bleibt, das da glaubt, sie sei schon immer demokratisch.

Die wenigen verständigungsorientierten Initiativen, die angeführt werden, gehen alle von jener Gruppe aus, die Berking/Neckel wohl nicht ganz zufällig dem „alten Bewegungsmilieu“ (1989, S.17) zuordnen. Gerade ihre Institutionen und Organisationen (die „Beratungsmeile“) und ihre politischmoralischen Ansprüche (1989, S.24), d.h. Milieuelemente, sorgen für ein eher demokratisches Miteinander mit den sozialen Nachbargruppen. Sie

sind weder den Distinktionsmanövern noch dem Variantenreichtum umliegender Lebensstilgruppen zu verdanken. Die dort mit ins Spiel gebrachten Ansätze einer universalisierbaren Moral sind vielmehr unmittelbarer auf die Modernisierungsfolgen – deren Selbstdestruktionspotentiale und Bildungswachstum – zurückzuführen. Diese Beispiele verdeutlichen keine „Politik der Lebensstile“, sondern mögliche Wirkungen neuer sozialer Bewegungen auf die Entwicklung der Lebensstile. Sie zeigen, welchen Einfluß anderwärtig diskussionserprobte politische Ansprüche und Konfliktverfahren haben können.

Bei den „Neoexistenzialisten“ hingegen scheint es gewagt, ihre zur Schau getragene Ignoranz als „Atmosphäre der toleranten Gleichgültigkeit“ (1989, S.14) zu rekonstruieren, ohne innerhalb dieser Gruppe eine soziale Kompetenz benennen zu können, die bei aller Ignoranz eine Toleranz gegenüber dem Anderssein gewährleistet. Vielmehr wird gezeigt, wie verbissen sich diese ‚Neoexis‘ von ihrem kleinbürgerlichen Herkunftsmilieu abgrenzen müssen, wie wenig sie von den anderen Gruppen bei sich selbst tolerieren oder gar ertragen können (1989, S.13). Sie reagieren verunsichert, abschottend, ohne ihre Binnenmoral an Toleranz oder an demokratischen Ansprüchen zu orientieren.

Diese Art von Grenzverhalten, das man ja auch für die verschiedenen Yuppiefraktionen nachzeichnen könnte, läßt sich kaum auf seinen politischen Gehalt hin untersuchen, ohne den gruppeninternen sozialen Sinn jenseits der Distinktionsbedürfnisse zu berücksichtigen. Dabei ist es notwendig, die „nachtraditionale Lebensstile“ im Hinblick auf den vorhandenen oder fehlenden Milieubau zu untersuchen. Solange einige Gruppen ihre Identitätslöcher mit wenig kommunizierten Ersatzidentitäten kollektiv kitten müssen, fehlt ein Anknüpfungspunkt, an dem demo-

kratische Politisierungspotentiale sozialistisch greifen.

Um so problematischer scheint es, bei den ‚Neoexis‘ und Yuppievariationen von einer „ästhetisch erworbenen Form der Selbstreflexivität“ zu sprechen, die, politisch nicht indifferent, eine „gewisse Affinität“ zu alternativen demokratischen Ansprüchen aufweist (1989, S.25). Sicherlich bemitleiden die Yuppies die fehlende Ästhetik der LinksAlternativen zu Recht, ebenso ihre Gewissenhaftigkeit, mit der sie versuchen, wenn auch mit hochmütigem Blick, von den „Schicki Mikkis“ stilistisch zu lernen. Doch werden dadurch die Yuppiefraktionen demokratischer und die schicken Linken in prozeduralen Angelegenheiten der Demokratie auch entspannter?

In diesem Zusammenhang die „Dialektik von Politik und Ästhetik“ (1989, S.25) zu bemühen, entlarvt sich selbst als rhetorische Vereinnahmung. Hier wird Ästhetik im schlichten Sinne der bloß distinktiven Stilisierung angewandt und unterstellt, sie hätte immer schon die subversive Dimension, auf die Marcuse zielte. In diesem Fall aber müßten in den Yuppie-Experimenten befreiende Elemente aufzeigbar sein, die konfliktträchtig, universalisierbar und nsB-fähig wären.

Berking/Neckel nennen die sozialstaatliche Abfederung als Basis des zivilisierenden Miteinanders, ohne jedoch daraus konzeptionell Konsequenzen zu ziehen. Gerade im konsumistisch abgedeckten Wohlstand kann die verbissen zur Schau gestellte Prosperität der einen von den anderen auch als bloße Mode wahrgenommen werden, die ob ihrer antizipierten Vergänglichkeit weder sonderlich ernst genommen, noch irgendwie gefürchtet werden muß.

So sorgen letztlich die moralisch begründete Penetranz der LinksAlternativen und die relative materielle Absicherung, weniger aber ei-

ne genuine Lebensstildynamik für das scheinbar semidemokratische Miteinander der verschiedenen Gruppen. Dennoch vertrauen die Autoren auf die subversive Kraft des Andersseins und reduzieren unter der Hand die „Politik der Lebensstile“ auf bloße Selbststeuerungsmechanismen der Distinktionen. Dadurch erhält sie Züge einer Politisierung und Demokratisierungsautomatik, die das Konzept normativ überfrachten.³

Empirisch bietet die Studie dagegen ernstzunehmende Beispiele für wohlstilisierte Varianten politischer Apathie. Auch diese bloß konsumistisch kreative politische Stillstellung charakterisiert den Zustand des politischen Raums in Schöneberg. Sie relativiert allzu euphorische Hoffnungen auf eine langfristig unumgängliche Überzeugungskraft der neuen sozialen Bewegungen. Die Dynamik der Selbstbehauptung durch ignorante ‚Toleranz‘ zeigt, unter welchen Bedingungen es möglich ist, auch auf dichtgedrängtem Raum miteinander zu leben, ohne unbedingt voneinander lernen zu müssen. Von einer Selbstpolitisierung als Chance der Entwicklung ziviler Konfliktformen einer republikanischen Öffentlichkeit kann keine Rede sein.

Wesentlich konfliktreicher, aber keineswegs zivilisierter geht es – wie in der Studie selbst vermerkt – im angrenzenden Stadtteil, im ärmeren Kreuzberg zu (Homuth 1989). Doch in der Schöneberger Studie geraten vor allem solche Konfliktlinien aus dem Blick, die jenseits der „neuen Mittelschichten“ entstehen (Giegel 1989). Sie bleiben ihr räumlich wie analytisch äußerlich und verlaufen, an den Grenzen Schönebergs, zu den Republikanern, zu den aus der Sozialstaatlichkeit Ausgegrenzten (Berking/Neckel 1989, S.21) und wohl auch zu größeren Kapitalfraktionen hin. Was ist, wenn aufgrund wachsender sozialer Armut sich diese Konfliktlinien nach innen verschieben und den Winterfeldplatz umzingeln?



Im ursprünglichen Konzept waren politische Konflikte insofern vorprogrammiert, als die Orientierungen der Lebensstile auf den gesellschaftlichen Möglichkeitsspielraum bezogen wurden. Sie konnten noch mit politischen Instanzen in Konflikt geraten und sich darüber zu „großstädtischen“ sozialen Bewegungen ‚verdichten‘ (1986, S.879). Der Unterschied zwischen neuen sozialen Bewegungen und Lebensstilen wurde dadurch von Anfang an auf einen graduellen heruntergespielt. In der empirischen Studie kommen Bewegungen als konkreter Bezugspunkt gar nicht mehr vor. Sie werden aber nur scheinbar durch eine emphatisch verstandene „Politik der Lebensstile“ ersetzbar.

Da die Lebensstile aus der kultursoziologischen Perspektive ihrer Ein- und Abgrenzungsdynamiken zu sozialen Nachbargruppen analysiert werden, bleiben jene Dimensionen der Teil- und Kiezöffentlichkeiten ausgespart, die nicht in dieser Behauptungspolitik aufgehen, sondern weitere Konfliktlinien beinhalten. Selbst solche politischen Entzündungspotentiale, die sich zwischen den Lebensstilgruppen entwickeln können, bleiben analytisch außen vor, solange der gruppeninterne Sinn und die materielle Basis unberücksichtigt bleiben. So scheint, trotz aller Übergänge von politischer Potenzialität und Bewegungsinstitutionen, in der Empirie der Alltagspraxis auch ein Bruch zwischen privater und politischer Selbstbehauptung spürbar zu werden, der eine einfache Ableitung politischer Prozesse aus soziokulturellen Heterogenitäten nicht ohne weiteres zuläßt.

2. Traditionelle Politisierung unter enttraditionalisierten Vorzeichen ?

In einem weit komplexeren Ansatz vertreten Dagmar Müller, Thomas Hermann, Heiko Geiling und Michael Vester die These von einem gesellschaftspolitischen Veränderungspotential „neuer sozialer Milieus“. Sie bilden von daher die „Basis“, aus der neue soziale Bewegungen hervorgehen (Geiling/Vester 1990, S.5). Wie in diesem Journal ausführlich dargestellt, werden die Veränderungen der sozialen Lagen und Milieus auf der Grundlage einer kritischen Erweiterung des Ansatzes von Bourdieu untersucht. Dadurch können komplexere Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen analytisch eingefangen werden. Der Blick richtet sich weniger auf die Außenverhältnisse sozialer Gruppen. Er konzentriert sich vielmehr auf ihre interne Vielfalt und Widersprüchlichkeit. Die unterschiedlichen sozialen Lagen und die herkunftsbedingte Heterogenität in den „neuen sozialen Milieus“ sorgen für Spannungen, die eine emanzipatorische Dynamik der „ständigen Selbstreflexivität“ in der Alltagspraxis eingangsetzt (Geiling/Vester 1990, S.24).

In einer detaillierten Sozialstrukturanalyse wird aufgezeigt, wie vor allem Kinder aus (Fach-)Arbeiter- und Angestelltenmilieus qualifizierte „neue Berufe“ erlernt haben (Hermann 1989). Ausgestattet mit viel kulturellem Kapital werden ihnen erhöhte soziale wie intellektuelle Kompetenzen abverlangt, die zwangsläufig ihre Erfahrungsbasis erweitern (Geiling/Vester 1990, S.26). Zugleich ist für die Rekrutierungsbasis der „neuen sozialen Milieus“ eine ausgeprägte Heterogenität charakteristisch. Sie vereinen bei allem kulturellen Überhang höchst unterschiedliche vertikale soziale Positionen, auch innerhalb der „neuen Berufe“. Frauen sind dort zwar über-

proportional vertreten und dennoch bei gleichzeitiger Qualifikation in schlechter bezahlten Positionen wiederzufinden (Hermann 1989, S.19). Gerade die Erfahrungen alter (!) „neuer sozialer Ungleichheiten“ sorgen für eine Ausdifferenzierung der „Horizontenerweiterung“ (Geiling/Vester 1990, S.12).

Anhand biographischer Verläufe wird in einem weiteren Schritt die Umsetzung dieser veränderten Erfahrungen in neue Haltungen, in einen „alternativen Habitus“ (Geiling/Vester 1990, S.20) untersucht. Ein besonderes Interesse gilt dabei der Bedeutung der unterschiedlichen Lernvoraussetzungen, die mitgebracht werden. Es geht um eine eher proletarische und eine eher angestelltenorientierte subjektive Verarbeitung der veränderten sozialen Positionen und Lagen. Dadurch soll verdeutlicht werden, in welcher Hinsicht die Heterogenität der Herkunft den „neuen sozialen Milieus“ einen emanzipatorischen Impetus verleihen kann.

Interessant ist dabei der Versuch, die Veränderungspotentiale des Habitus auszudifferenzieren und danach zu fragen, welche seiner Anteile angesichts der „Öffnung des sozialen Raums“ sich wandeln und welche weiter bestehen können.

In den bisherigen Ergebnissen zeigt sich der Habitus ausgesprochen hartnäckig, wenn es um seinen Duktus geht. Was überlebt, ist seine proletarisch „solidarische“, „egalitäre“ Tendenz oder seine privilegienorientierte Klassifikation entlang eines „Elite-Masse-Schemas“. Hingegen scheint der Habitus in seiner asketischen oder hedonistischen Ausrichtung an „Offenheit“, sogar an „Selbstreflexivität“ gewonnen zu haben (Geiling/Vester 1990, S.21).

Dieses Verhältnis von „Persistenz“ und „Metamorphose“ (1990, S.21) wird vorerst exemplarisch und noch unter Vorbehalt an zwei biographischen Beispielen demonstriert

(Müller 1989). In beiden Fällen wird die Strenge der Selbstbeschränkung aufgegeben, die ursprünglich noch aufgebracht werden mußte. Diese Liberalisierung wird auf eine offene Erziehung, die Erfahrungen in der Jugend und auf Kontakte zu anderen Milieus zurückgeführt (Geiling/Vester 1990, S.21).

Zugleich zeigt sich in der Biographie mit großbäuerlicher Herkunft das „Elite-Masse-Schema“ noch in dem Bestreben, selbst im alternativen Gesundheitsladen Führungspositionen einzunehmen, während im anderen Beispiel der proletarisch-egalitäre Habitus auch nach einem Lehrerstudium und dem Wechsel in die EDV-Branche sichtbar bleibt. Analog zu diesem Schema wird die Sensibilisierung für die neuen Milieus hergeleitet. Im Falle des sozialen Abstiegs erfolgt sie aus elitären Motiven der Distinktion (die Kolleginnen waren zu oberflächlich, Müller 1989, S.11), hingegen beim proletarischen Aufsteiger aus einer egalitären Haltung, die schon in den solidarischen Beziehungen zu den Brüdern erprobt wurde (Müller 1989, S.16).

Diese Analysen entlarven in erfrischender Weise die versnobte Lust auf pejorative Distinktion bei emanzipatorischen Stilübungen und unterstreichen, wie wichtig frühe Solidarerfahrungen für spätere Haltungen werden können. Zugleich räumen sie mit dem Klischee auf, demzufolge die Aufsteigerfraktionen unabhängig von ihren Herkunftserfahrungen zwangsläufig kleinbürgerliche ‚Tretübungen‘ entwickeln müssen. Doch leuchtet nicht ein, den Habitus in dieser Weise aufzuspalten. So steht ein unnachgiebiges Klassifikationsprinzip, das vertikale soziale Positionen strukturiert, einem lernfähigen Bereich gegenüber, der letztlich alle übrigen Elemente inkorporierter Dispositionen umfaßt. Genausowenig überzeugt die Dichotomisierung dieses einen strukturierenden Prinzips des Habitus in ein

„Elite-Masse-Schema“ der „oberen“ versus egalitär-solidarischer Haltungen des proletarischen Milieus.

Diese Zuspitzung, die eine schon grob vereinfachende Dreiteilung des Klassenhabitus bei Bourdieu noch einmal verschärft, indem sie kleinbürgerliche Authentizitäts- und Präentionsbedürfnisse und den generösen Elitismus der Oberschicht in ein „EliteMasseSchema“ zusammenzieht und mit proletarischer Solidarpraxis kontrastiert, bleibt nicht folgenlos. Sie erweckt den Eindruck, nur die von unten kommenden entwickelten egalitäre Praxisformen schon aus ihrer genuinen Haltung heraus, während die Überläufer von oben und aus der Nachbarschaft emanzipatorische Ideale allenfalls als „Integrationsideologie“ unter ihren elitären Habitus subsumieren. Diese Überschätzung der Bedeutung sozialer Positionierung für politische Lernprozesse droht die wertvollen empirischen Befunde etwas kitschig zu verklären.

Die Crux dieser Habitusdichotomie besteht in der prinzipiellen Möglichkeit, alle links-alternativen Initiativen als elitäre Aktionen interpretieren zu können, da es ihnen um die Entwürfe eines besseren Lebens geht. Ihre Unterscheidung von demokratischer Praxis erhält unter diesen Voraussetzungen immer auch etwas Beliebigen. Sobald die Mitarbeit in einem Gesundheitsladen auf die Bedeutung der „Führungsposition“ reduziert wird, bleibt der soziale Sinn verkannt, der jenseits der sozialen Positionierung auch in dem Motiv liegen kann, Mechanismen der sozialen Ungleichheit durch Selbsthilfe und Solidarität außer Kraft zu setzen (Vgl. die Kritik von Giegel 1989 an Bourdieus Habituskategorie). So wäre nicht nur wichtig zu erfahren, durch welche Faktoren emanzipatorische Praxisformen eingeführt werden, sondern welche Lernprozesse aus ihrer Erprobung entstehen können. Stattdessen wird über Stellenwert proletarischer So-

lidarformen für emanzipatorische Prozesse etwas überladen.

Dadurch wird aber schon vom Konzept her die Chance einer „emanzipatorischen Selbstreflexivität“ in bezug auf dieses soziale Positionen strukturierende Prinzip des Habitus verbaut. Der einzige empirische Hinweis auf die Selbstironisierung der eigenen elitären Haltung (Müller 1989, S.12) findet bisher keine Entsprechung im Konzept des Habitus, seiner „Persistenz“ und „Metamorphose“. Zugleich wird die spezifische Qualität des Lernens dort, wo Änderungen des Habitus ausgearbeitet worden sind, nicht deutlich. Dabei wäre es durchaus bewegungsrelevant, zu erfahren, in welcher Hinsicht der Übergang von einer asketischen Lebensführung zur Selbstverwirklichung auf eine wenig reflektierte Anpassung an neue Konsum- und Lebensgestaltungsnotwendigkeiten zurückgeht oder auf selbstreflexiv gewordene Dispositionen. Da die Kategorie des Habitus darauf fixiert ist, soziale Positionierung zu rekonstruieren, wird es schwer, einen Maßstab zur qualitativen Differenzierung des Lernens zu entwickeln.⁴

Angesichts der Möglichkeit, gerade unabhängig vom herkunftsprägen Habitus links-alternative Experimente aufzunehmen, wird aber die spezifisch politische Relevanz der Habitusheterogenität unklar.

Trotz aller methodischer Brisanz, Einzelfallanalysen mit der gesamtgesellschaftlichen Sozialstrukturanalyse zusammenzuführen, ist es erst einmal sehr aufschlußreich, exemplarisch biographische Änderungen nachzuzeichnen. Allerdings birgt dies die Gefahr, generalisierbare Verhaltensmuster vorschnell Milieufaktionen zuzuordnen und mit Formen der Politik kurzzuschließen.

Auch bei der Analyse der sozialen Beziehungsmuster der „neuen sozialen Milieus“ in drei bundesdeutschen Städten bereitet es Pro-

bleme, den politischen Stellenwert milieuinterner Heterogenitäten angemessen herauszuarbeiten. Analog zur Habitusanalyse werden hier Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen nach egalitär-solidarischen und elitären Varianten unterschieden. Da die Milieustudie anhand konkreter Beispiele ihren Blick auf regionale Besonderheiten richtet, kann sie die Abhängigkeit der Milieustrukturen von den vorherrschenden lokalen Konfliktlösungsmechanismen herausarbeiten (Geiling 1989, S.5).

Die „neuen sozialen Milieus“ in Hannover vollzogen aufgrund ihrer Größe und der politischen Intoleranz der Stadt eine Ausdifferenzierung, die als „interne Schichtungsstrukturen im Sinne eines EliteMasseSchemas“ (Geiling/ Vester 1990, S.22f) angesehen werden. In den beiden kleineren Städten und ihren überschaubaren neuen Milieus geht es hingegen weniger spezialisiert und konfliktfreier zu.

Bei der Überlegung, wie die Mechanismen der Ausdifferenzierung emanzipatorisch aufgefangen werden können, wird aber etwas unvermittelt auf die von den „neuen“ sozialen Ungleichheiten besonders betroffenen Frauen, Jugendlichen und Ausländer zurückgegriffen, wie sie in der Analyse der „Öffnung des sozialen Raums“ angeführt worden sind. Aufgrund ihrer aktuellen Diskriminierung bekommen sie – hier unabhängig vom Herkunftsmilieu – eine emanzipatorische Tendenz zugeschrieben, die potentiell hierarchische Entwicklungen in Schach halten kann (Geiling/Vester 1990, S.24; Vester 1989, S.41).

Diese Art der Erfahrungsverarbeitung blieb aber in der Habitusanalyse weitgehend ausgespart. Empirisch kann keineswegs von einer zwangsläufigen Ausbildung solidarisch-emanzipatorischer „Impulse“ bei Ungleichheitserfahrungen ausgegangen werden. Wie schon

bei Berking/Neckel angedeutet, weist die jüngere Entwicklung in ‚den‘ Milieus erhebliche Verständigungsschwierigkeiten zwischen den etablierteren Fraktionen und den sozial diskriminierten Jugendlichen Ausländern auf, bei denen die verzweifelten Praxisformen die emanzipatorischen zunehmend überlagern (Roth 1990, S.5, Homuth 1989).

Für die Bewegungsforschung bieten vor allem die aufgezeigten Parallelen zwischen den öffentlichen Konfliktformen der neuen Milieus und denen ihrer Kontrahenten anregende Hinweise. So war es in Reutlingen schon immer Usus, offene Konflikte durch ihre Verlagerung nach Tübingen hin zu vermeiden. Auch die ‚Alternativen‘ machten sich diese wenig öffentliche Form der Politik des Friedens durch Ausgrenzung zu eigen, die nur im wohlhabend gesteckten Rahmen „egalitär – pragmatisch orientierte Diskussionen“ (Geiling 1989, S.11) zulassen kann.

Solche Mechanismen der Konfliktregelung können weder auf milieuinterne Heterogenitäten, noch auf die bloßen Formen der Politik in nachbarschaftlichen Milieus und lokalen Regierungen bezogen werden. Vielmehr sind sie als Resultat milieübergreifender Vergesellschaftungsstrukturen zu verstehen, die dafür sorgen, daß Inseln der friedlichen Gestaltungskreativität entstehen können, gerade weil die unbequemen Modernisierungsfolgen anderenorts (z.B. Kreuzberg, Tübingen) bearbeitet werden. Diesen Mechanismen der Konfliktverteilung unterliegen nicht nur lokale Regierungsfaktionen sondern offensichtlich auch „neue soziale Milieus“. Die Konfliktlinien liegen häufig auch zwischen ihren regional auseinanderdividierten Untergruppen und externalisieren interne Spannungen.

Unter solchen Aspekten kann die Studie der lokalen Besonderheiten wichtige Hinweise auf die Grenzen geben, die für die „neuen sozialen Milieus“ gezogen werden, wenn es

darum geht, aus eigener Kraft und selbstbestimmt Plätze im öffentlichen Raum zu besetzen. Auch in Oberhausen gelang es den Alternativen nicht, trotz einer regionalen Demonstrationskultur, gegen die Integrationsbemühungen seitens der SPD die öffentlichen Formen der Politik zu bestimmen (Geiling 1989, S.14).

Obwohl auch in dieser Analyse die Übergänge zwischen „neuen sozialen Milieus“, Bewegungsmilieus und institutionen immer flüssiger werden, gehen die milieuinternen Vergesellschaftungs und Vergemeinschaftungsformen nicht bruchlos in politischen Konfliktformen mit staatlichen Instanzen auf.

3. Von der Alltags- zur Bewegungskultur ?

Die großen Schwierigkeiten beider Projekte, trotz aller Bewegungsnähe einen analytischen Bezug zu neuen sozialen Bewegungen herzustellen, mag an der spezifischen Weise liegen, in der sie versuchen, die Heterogenitätsthese stark zu machen, um emanzipatorische Impulse der Alltagspraxis herauszuarbeiten. Die abstrakt verlockende These von der emanzipatorischen Kraft, die der soziostrukturellen und soziokulturellen Ausdifferenzierung innewohnt, wird in den Untersuchungen auf die Analyse der kulturellen Praxis in der lokalen wie sozialen Nachbarschaft heruntergeschraubt und läßt gesellschaftliche Konfliktlinien, die jenseits dieser Verschiedenheitserfahrungen erzeugt werden, weitgehend unberücksichtigt.

Damit treffen die Ansätze gezielt eine sozialwissenschaftliche Erfahrungslücke, die sie mit wichtigen Ergebnissen anfüllen können. Denn kulturelle Alltagspraxis ist bisher weder unter den Bedingungen des Milieuzugs noch in der Hervorbringung neuer Milieu-

strukturen auf ihre politische Relevanz empirisch untersucht worden. Zur Zeit findet sie aber auf beiden Ebenen statt. Von daher macht es wenig Sinn, den Lebensstil- und den Milieuansatz gegeneinander auszuspielen. Nur, beide kommen analytisch nicht über ihren ‚Nachbarschaftshorizont‘ hinaus. Dabei sparen sie die Wirkung der Bewegungen selbst auf die Milieu- und Lebensstilausbildung aus. Auch umgekehrt wird die Bewegungsrelevanz befreiender Alltagsexperimente zwar angenommen, aber nicht näher ausformuliert. Soziale Bewegungen sind bisher auch ohne den Nährboden heterogener Lebensstile und Milieus entstanden. Die Frage, inwieweit emanzipatorische Alltagspraxis – unterhalb der Schwelle öffentlicher Einklagung – die Bedingungen verändern kann, Lebensformen zu einem Politikum zu machen und den öffentlichen Raum nicht nur mit alltagspraktischen, sondern auch mit übergreifenden Forderungen zu besetzen, läßt sich nicht beantworten, ohne das Wechselspiel von Bewegungsaktivität und Alltagskultur zu berücksichtigen.

Claudia Ritter, Politologin, arbeitet als Lehrbeauftragte zur Politischen Soziologie und in einem Forschungsprojekt zu Aids an der Universität Hamburg

Anmerkungen

- 1 Ich danke beiden Projektgruppen für die großzügige Vorabzusendung ihrer Manuskripte zwecks kritischer Inanspruchnahme – eine keineswegs selbstverständliche Geste wissenschaftlicher Streitkultur. Da beide Projekte noch nicht abgeschlossen sind, können die folgenden Anmerkungen als Zwischenbemerkungen verstanden werden.
- 2 Was hier an kultursoziologischer Lebensstilanalyse geboten wird, ist als wissenschaftliche Praxis selbst durchgestellt. Die sprachlich glänzende Präsentation enthält durchaus einen tieferen sozialen Sinn. Die Autoren betreiben ganz zeitgemäß und soziologisch geschickt Understatement qua Rhetorik. Sie bieten mehr als genußvollen Lesefluß.

- 3 So neu ist die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen nicht, auch wenn sich die Konstellationen geändert haben. Die Arbeiterklasse (Mooser) und das Kleinbürgertum (Geiger) waren schon immer recht heterogen fraktioniert, ohne daß es jenseits der Zuspitzungen zwischen Kommunisten und Faschisten immer gleich zu Handgreiflichkeiten oder permanenten demokratischen Selbstentzündungen kam.
- 4 Zwar wird häufig der etwas weitere Mentalitätsbegriff von Geiger mehr oder weniger synonym zum Habitusbegriff verwandt. Allerdings bleibt diese ‚begriffliche Öffnung‘ für das Konzept bisher eher folgenlos.

Literatur


- Berking, H./Neckel, S., 1988: Stadtmarchon. Die Inszenierung von Individualität als urbanes Ereignis, in: Scherpe, K. R. (Hg.): Die Unwirklichkeit der Städte, Reinbek, S. 262-278
- Dies., 1989: Die Politik der Lebensstile in einem Berliner Bezirk, Zu einigen Formen nachtraditionaler Vergemeinschaftung, Vortragsmanuskript, in: Berger, P.A./Hradil, St. (Hg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Soziale Welt, Sonderband 7, Göttingen 1990 i.E.
- Dies., 1986: Der alltägliche Protest gegen das Allgemeine, in: Merkur 40, 451/52, S. 875-879
- Geiling, H., 1989: Zum Prozeß sozialer Kohäsion und sozialer Abgrenzung – Biographien alternativer Milieus in drei Städten der BRD, Vortragsmanuskript, siehe auch in diesem Band
- Ders./Vester, M. 1990: Die Spitze eines gesellschaftlichen Eisbergs: Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus, in: Roth, R./Rucht, D. (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/New York – i.E.
- Giegel, H.J., 1989: Distinktionsstrategie oder Verstrickung in die Paradoxien gesellschaftlicher Umstrukturierung? Die Stellung der neuen sozialen Bewegungen im Raum der Klassenbeziehungen, in: Eder, K. (Hg.): Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis, Frankfurt, S. 143-190
- Hermann, Th., 1989: Die „neuen Berufe“ und der Raum der sozialen Positionen, Vortragsmanuskript, siehe auch in diesem Band
- Homuth, K., 1989: Von der Krise der Kultur zur Kultur der Krise. Oder: Der Mythos von der Kreuzberger Freibeuterkultur, in: Ästhetik und Kommunikation 18, Heft 70/71, S. 57-70
- Müller, D., 1989: Habitus, „Stammbäume“ und Habitus, „Metamorphosen“ der neuen sozialen Milieus, Vortragsmanuskript, siehe auch in diesem Band
- Rödel, U. u.a., 1989: Die demokratische Frage, Frankfurt
- Roth, R., 1990: Städtische soziale Bewegungen und grüner Alternativer Kommunalpolitik, Vortragsmanuskript zur Tagung „Lokale Politikforschung in den 80er Jahren“ am 9.-10.2. in Hannover

Rucht, D., 1989: Die Analyse der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Zwischenbilanz, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Sonderheft, S. 158 – 169.

Schwengel, H./Berking, H./Neckel, S. 1987: Lebensstile und die Kultur des Wählens, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 18, Heft 6, S.544-549

Vester, Michael, 1989: Neue soziale Bewegungen und soziale Schichten, in: Wasmuth, U.C. (Hrsg.), Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion, Darmstadt.

Geschlechterrollen,
Frauen in unterschiedlichen
Ländern,
soziale Minderheiten,
Regionalgeschichte,
Auslandsadoptionen,
Ethnologie

 Verlag Titus Grab
Langentalstraße 13
6500 Mainz 1

Bitte Programm anfordern

Forschungsprojekt: Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus¹

Sozialstrukturwandel und die Herausbildung neuer sozialer Milieus²

In den späten siebziger und frühen achtziger Jahren beteiligten sich jeweils mehr als hunderttausend Menschen an zahlreichen Demonstrationen gegen geplante Großtechnologieanlagen der Atomindustrie. Im Oktober 1981 konnte die Friedensbewegung 300 000 Menschen mobilisieren, um ihrer Forderung nach Frieden und Abrüstung Nachdruck zu verleihen und bei den Ostermärschen zwischen 1982 und 1985 waren jeweils rund eine halbe Million Menschen dabei. Diese Manifestationen eines breiten Protestes gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen sind es vor allem, die die gängigen Vorstellungen von dem prägen, was SozialwissenschaftlerInnen mit dem Terminus ‚neue soziale Bewegungen‘ belegt haben. Spektakuläre Aktionen dieser Art sind seitdem seltener geworden, ohne daß ihre Anlässe verschwunden wären. Die Gründe für die abnehmende Mobilisierungsfähigkeit der neuen sozialen Bewegungen können in einer Veränderung der politischen Chancenstruktur für diese Art von Bewegungspolitik gesucht werden. Ökologie- und Friedensthemen wurden von den Parteien erfolgreich aufgegriffen, die politische Wirkungslosigkeit der ‚Politik der Straße‘ führte zu Desillusionierungen bei den Menschen, die bei den Demonstrationen dieser Jahre dabei waren. Viele suchten nach anderen Feldern politischer und sozialer Praxis. Es ist jedoch verfehlt, diesen Prozeß mit einem feierlichen Klageged auf das frühe Ende der neuen sozialen Bewegungen zu einem würdigen Abschluß bringen zu wollen bzw. über die Integrationskraft konventioneller Politikformen und die Stabilität gesellschaftlicher Formationen zu frohlocken. Genauso verfehlt erscheint es aber, die Gesellschaft in isolierte Individuen zerfallen zu sehen, die nach der Enttäuschung ihrer Einflußerwartungen vereinzelt ihrer Wege gehen. Die gestie-

gene Protestbereitschaft von sehr vielen Menschen war – entgegen dem oberflächlichen Augenschein – kein kurzfristiges Aufflackern spontaner Aktionslust, sondern Ausdruck anhaltender und tiefgreifender sozialstruktureller Veränderungen. Diese sind weniger spektakulär und medienwirksam als viele Aktionen der neuen sozialen Bewegungen. Sie drücken sich vor allem in der Alltagspraxis aus und ihre Erscheinungsformen sind so vielfältig, daß die Gefahr besteht, vor lauter ‚Bäumen‘ den ‚Wald‘ nicht mehr zu sehen. Nicht recht erklärt werden kann bislang, was die neuen sozialen Bewegungen bei all ihrer Heterogenität in den Erscheinungsformen, Trägergruppen und Motivlagen zusammenhalten kann und woher ihre relative Stabilität und Unabhängigkeit von offensichtlichen Aktivphasen der Bewegung rührt. Weiterreichende Fragen, wie die nach den gesellschaftlichen Ursachen der Herausbildung dieser neuen sozialen Bewegungen und nach ihren weiteren Entwicklungschancen müssen bislang noch offen bleiben. Eine Antwort auf diese Fragen ist nur dann zu finden, wenn der Fragehorizont erweitert wird. Es reicht nicht aus, sich auf die neuen sozialen Bewegungen als Ausgangspunkt politischer Aktionen zu konzentrieren, sondern die Aufmerksamkeit muß sich gewissermaßen eine Etage tiefer richten: Was haben die Menschen gemeinsam, die sich für neue Themen wie Frauenfragen, Ökologie und Frieden nicht nur ansprechbar, sondern auch mobilisierbar zeigen? Was sind das für Menschen, die dabei sind, ihr Leben nach anderen Maximen zu organisieren als dies bislang üblich war? Woher kommt es, daß sich die Partei „DIE GRÜNEN“, ungeachtet der Politik, die sie macht, auf ein stabiles Potential von Stammwählern stützen kann?

Zwei Beobachtungen sind uns dabei wichtig: einmal die Entwicklung veränderter Ansprüche und Formen politischer Partizipation, die die neuen sozialen Bewegungen hervorgebracht haben, zum anderen die Veränderungen in der Alltagskultur und Lebenspraxis. Entgegen der vor allem von Beck³ in die Diskussion eingebrachten These einer tendenziell zunehmenden Vereinzelung und Individualisierung und einer entsprechenden Pluralität der Lebensstile sehen wir gemeinschaftliche Zusammenhänge, wie sie für soziale Milieus typisch sind. Wir gehen davon aus, daß die neuen sozialen Bewegungen nur die Spitze eines Eisberges soziostruktureller Veränderungen sind, von Veränderungen, die weit mehr Bevölkerungsanteile umfassen, als dies in den neuen sozialen Bewegungen sichtbar wird. Diese neuen sozialen Milieus sind beileibe nicht in sich einheitlich und stringent, sondern durch vielfältige Differenzierungen gekennzeichnet. Ihre Kohäsion ist nicht so sehr politisch, durch die Auseinandersetzung mit ihren Gegnern, als vielmehr gesellschaftlich vermittelt. Sie zeichnen sich durch konkret erkennbare Gemeinsamkeiten in ihren Werthaltungen, Verkehrskreisen und sozialstrukturellen Kennzeichnungen aus:

- Die neuen sozialen Milieus haben eine gemeinsame, ‚emanzipatorische‘ Integrationsideologie sowie einen Lebensstil und Habitus, mit denen sie sich von den übrigen Milieus der Gesellschaft abgrenzen.
- Die neuen sozialen Milieus sind nicht nur durch Merkmalsähnlichkeiten integriert, sondern durch Netze von alltäglichen Vergemeinschaftungen und Vergesellschaftungen. Damit hat sich eine eigenständige Öffentlichkeit herausgebildet, die zugleich die Öffentlichkeit der neuen sozialen Bewegungen ist und die sich in zunehmendem Maße auch in die gesamtgesellschaftliche Öffentlichkeit einbringt.

- Die neuen sozialen Milieus sind in sich zwar heterogen, werden aber doch ganz überwiegend von Arbeitnehmern und Abhängigen der ‚modernerer‘ Sektoren dieser sozialen Lagen gebildet. Sie werden zum Beispiel durch die neuen Berufe der Humandienstleistenden und der neuen Technologien repräsentiert. In ihnen finden sich aber auch viele, die von neuen sozialen Ungleichheiten und der neuen Armut betroffen sind.

1. Annäherung an die neuen sozialen Milieus

Diese neuen sozialen Milieus lassen sich bislang noch nicht vollständig erfassen; es sind aber von unterschiedlichen Richtungen her Annäherungen möglich. Ihre Herausbildung ist ein langsamer Prozeß, der sich weder einseitig aus ‚objektiven‘ sozialen Strukturen noch aus neuen kulturellen Strömungen ableiten läßt. Sie ist eher Ausdruck eines komplexen Spannungsverhältnisses zwischen diesen beiden Polen gesellschaftlicher Realität. Um ihn beobachten, beschreiben und vielleicht sogar erklären zu können, sind Suchbewegungen auf verschiedenen Ebenen notwendig. Ansätze kommerzieller Marktforschung haben wir verbunden mit Theoremen und Methoden von Pierre Bourdieu und in Beziehung gesetzt zu sozialwissenschaftlichen Traditionen, die in Vergessenheit geraten schienen. Die SINUS-Lebensweltforschung⁴ hat auf der Basis einer hohen Zahl nicht-direktiver qualitativer Interviews und Lebensweltextplorativen Lebensziele (also Wertorientierungen als Elemente einer persönlichen Ideologie) und Lebensstile (also Alltagsbewußtsein und Elemente von Lebenspraxis), – in der Terminologie von Theodor Geiger⁵ soziale Mentalitäten – erfaßt und mit Kennziffern zur sozialen Lage (Bildung, Beruf, Einkommen) der deut-

schen Wohnbevölkerung verbunden. Auf der Grundlage dieser Dimensionen wurden acht soziale Milieus ermittelt, die im folgenden kurz dargestellt werden sollen⁶:

Technokratisch-liberales Milieu: (8,8% stabil)⁷

Lebensziel: Erfolgreich sein, hoher Lebensstandard; gezielte Planung von Karriere und Privatleben

Soziale Lage: Überdurchschnittlich häufig mittlere bis höchste Formalbildung (Abitur, Studium); viele Schüler und Studenten, höhere Angestellte und Beamte, mittlere bis gehobene Selbstständige, Freiberufler; hohe und höchste Einkommen sind überrepräsentiert.

Lebensstil: Starkes Bedürfnis nach Selbstdarstellung; an neuen Trends orientierter Konsumstil; spielerisches Momente der Alltagsbewältigung.

Konservativ-gehobenes Milieu: (7,9%, stabil)

Lebensziel: Anerkannte Stellung in der Gesellschaft; erfülltes Privatleben, harmonisches Familienleben; materieller Erfolg, distinguiertes Lebensrahmen

Soziale Lage: Überdurchschnittlich hohe Formalbildung; viele leitende Angestellte und Beamte sowie Selbstständige und Freiberufler; hoher Anteil von Rentnern und Pensionären; hohe und höchste Einkommensklassen

Lebensstil: Ablehnung alles Übertriebenen, Oberflächlichen; hohe Qualitätsansprüche; Traditionsbezug und Kenner-schaft

Alternativ-linkes Milieu: (2,6 % abnehmend)

Lebensziel: Entfaltung der Persönlichkeit, Selbstverwirklichung; Aufbau einer menschengerechten Welt (privat und gesellschaftlich); intensive zwischenmenschliche Beziehungen

Soziale Lage: Deutliche Überrepräsentation der höchsten Bildungsstufen; viele Schüler und Studenten, höhere Angestellte und Beamte sowie Freiberufler; sowohl geringe als auch hohe Einkommen sind überdurchschnittlich häufig vertreten

Lebensstil: Abwertung materieller Bedürfnisse, stilisierte Einfachheit, Konsumskesse; umweltbewußte Lebensführung; hohe Wertschätzung des Selbstermachens; Rückzug in ‚alternative Idyllen‘.

Hedonistisches Milieu: (12,2 %, zunehmend)

Lebensziel: Freiheit, Ungebundenheit, Spontanität; das Leben genießen, intensiv leben; anders sein als die ‚Spießer‘

Soziale Lage: Altersschwerpunkt bei den 15- bis 30-jährigen; überdurchschnittlich häufig geringe Formalbildung; viele Schüler und Auszubildende, hoher Anteil an Arbeitslosen und un-/ angelegten Arbeitern (Jobber); meist kleine und mittlere Einkommen

Lebensstil: Leben im Hier und Jetzt, kaum Lebensplanung; Originalität, Unverwechselbarkeit, ‚Echtheit‘; Faszination von Luxus und Konsum; spontaner Konsumstil.

Aufstiegorientiertes Milieu: (25,4% zunehmend)

Lebensziel: Beruflicher und sozialer Aufstieg; vorzeigbaren Erfolg haben; Ansehen genießen

Soziale Lage: Häufig mittlerer Abschluß oder Hauptschule mit abgeschlossener Berufsausbildung; viele Facharbeiter und mitt-

lere Angestellte, auch kleine Selbstständige und Freiberufler; meist mittlere bis hohe Einkommen

Lebensstil: Orientierung an den Standards gehobener Schichten; Erfüllung der Rollenerwartungen im Beruf und im sozialen Leben; prestigeorientierter Konsumstil; hohe Wertschätzung von Statussymbolen.

Kleinbürgerliches Milieu: (24,4 % abnehmend)

Lebensziel: Es im Leben zu etwas bringen; in geordneten Verhältnissen leben; bleibende Werte schaffen

Soziale Lage: Überwiegend Hauptschule mit abgeschlossener Berufsausbildung; viele kleine und mittlere Angestellte und Beamte sowie kleine Selbstständige und Landwirte; hoher Anteil von Rentnern und Pensionären; meist kleine bis mittlere Einkommen

Lebensstil: Konventionalismus, Anpassung, Sicherheit; Selbstbeschränkung, alles mit Maß und Ziel; Bevorzugung zeitlos-gediegener Produkte.

Traditionelles Arbeitermilieu: (6,7 % abnehmend)

Lebensziel: befriedigender Lebensstandard; sicherer Arbeitsplatz, gesichertes Alter; anerkannt sein bei Freunden, Kollegen, Nachbarn

Soziale Lage: Überwiegend Hauptschulabschluß mit abgeschlossener Berufsausbildung; hoher Anteil an Facharbeitern und an/ungelernten Arbeitern; überdurchschnittlich häufig Rentner; kleine und mittlere Einkommen

Lebensstil: Pragmatisch-nüchtere Sicht der eigenen sozialen Lage; keine übertriebenen Konsumansprüche; Bevorzugung solider, handfester und haltbarer Produkte.

Traditionsloses Arbeitermilieu: (12,0% zunehmend)

Lebensziel: Anschluß halten an die materiellen Standards der breiten Mittelschicht. *Soziale Lage:* geringe Formalbildung; überdurchschnittlich viele un-/angelegte Arbeiter, hohe Arbeitslosigkeit; untere Einkommen sind deutlich überrepräsentiert.

Lebensstil: Verdrängung der Zukunft, Konzentration auf das Hier und Heute; beschränkte finanzielle Möglichkeiten, von der Hand in den Mund; spontaner Konsumstil.

Diese Milieubesreibungen basieren auf Merkmalsähnlichkeiten und geben noch keinen Aufschluß über einen real existierenden Bezug der Menschen untereinander. Sie sagen noch nichts aus über politische Praktiken, die evtl. auf eine Nähe zu den neuen sozialen Bewegungen hinweisen. Hierzu fehlen uns bislang genaue Kenntnisse. Wir können aber aus Angaben über eine Parteipräferenz für DIE GRÜNEN Rückschlüsse auf die Nähe zu neuen sozialen Bewegungen ziehen⁸. Die acht Milieus der SINUS-Studie lassen sich in drei Teilfelder zusammenfassen, die sich durch ein großes, ein kleines und ein praktisch abwesendes Potential von GRÜN-Wählern unterscheiden:

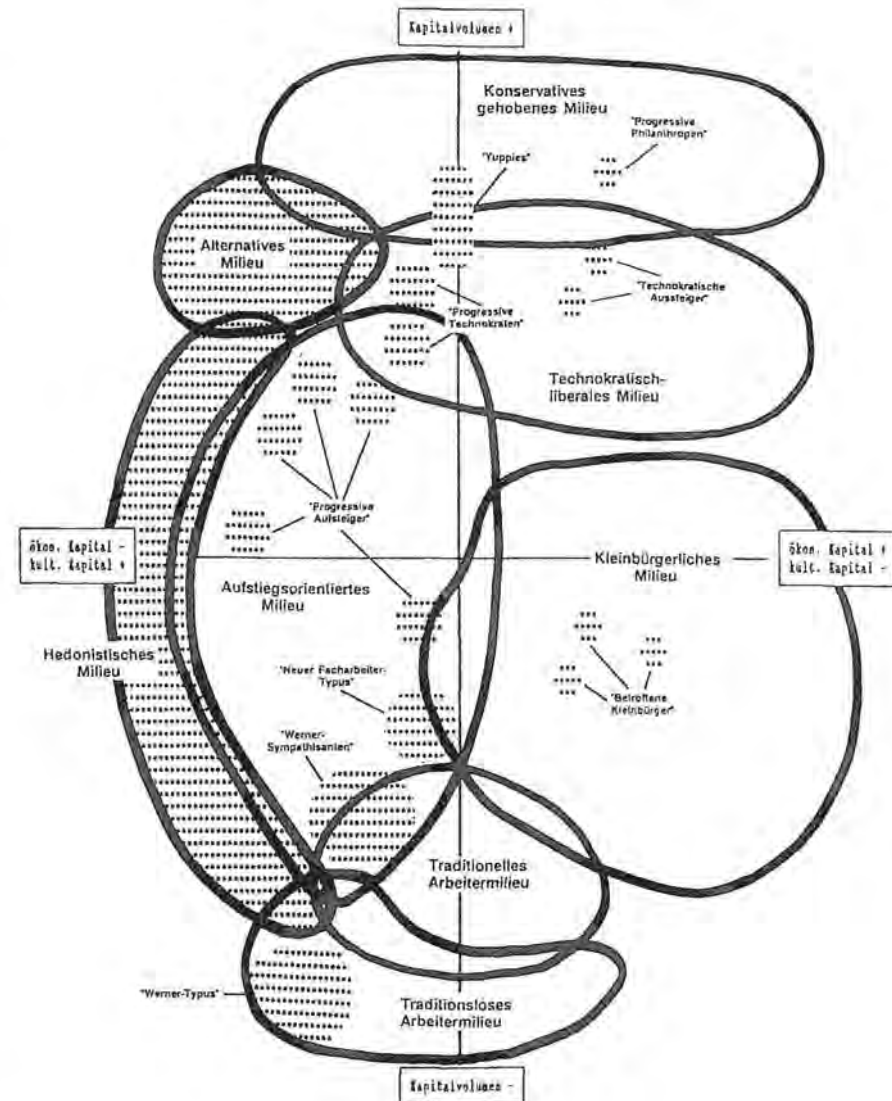
- (1) Die Stamm-Milieus der Wähler der Grünen sind das hedonistische und das alternativ-linkes Milieu, in denen rund ein Drittel grün wählt.
- (2) Über die Fünf-Prozentmarke kommen die Grünen nur, weil sie im traditionslosen Arbeitermilieu, im aufstiegsorientierten Milieu und im technokratisch-liberalen Milieu bei zwischen⁴ und 7 % der Wähler mit einer Stimmabgabe zu ihren Gunsten rechnen können.

- (3) Die verbleibenden drei Milieus werden jeweils von einer der beiden großen Parteien dominiert; das konservativ-gehobene und das kleinbürgerliche von der Union, das traditionelle Arbeitermilieu von der SPD. Hier erreichen die Grünen kaum 1 % der Wähler.

Unsere Frage nach dem Platz der neuen sozialen Milieus in der Sozialstruktur kann damit noch nicht beantwortet werden, aber es wird eine Beziehung zwischen politischer Orientierung und Milieu deutlich, insofern in den Milieus mit ‚alternativen‘ Lebenszielen besonders viele Wähler der Grünen zu finden sind (auch wenn es dort viele SPD-Wähler gibt, sogar noch mehr als GRÜN-Wähler) und es auch in anderen Arbeitnehmermilieus Gruppen gibt, die zwar ‚alternativen‘ Lebensformen ferner stehen, aber dennoch zu einem ‚grünen Bewußtsein‘ gekommen sind und sich möglicherweise auch in einigen anderen Fragen anders verhalten als die Mehrheit der übrigen Mitglieder in diesem Milieu. Wir haben damit Hinweise, wo wir ‚alternative‘ Dispositionen im weitesten Sinne suchen müssen: nicht nur bei den links-alternativen und hedonistischen Milieus, sondern auch in den von Modernisierungen betroffenen und wachsenden SINUS-Milieus der ‚Mitte‘. Dennoch bleiben noch viele Fragen offen. So wurden bislang gesellschaftliche und politische Strukturbeziehungen noch nicht hinreichend berücksichtigt, insbesondere die nicht, die Macht und Herrschaft begründen. Zudem wissen wir noch nichts über die Entstehungsbedingungen dieser neuen sozialen Milieus und über ihre innere Strukturierung. Der Bourdieusche Ansatz zur Sozialstrukturanalyse gibt uns hierzu weitere Hinweise, weil er einen Ansatzpunkt bietet, soziale und andere Klassenzugehörigkeiten der Menschen und ihre Mentalitäten aufeinander zu beziehen,

ohne dabei deterministisch zu argumentieren. Sein komplexer Ansatz kann in der gebotenen Kürze nicht einmal ansatzweise dargestellt werden. Hier müssen einige kurze Hinweise genügen: Sein Modell des sozialen Raumes gliedert sich nach drei Ebenen. Die erste Ebene ist der Raum der sozialen Positionen und Lagen, das heißt der Raum der durch verschiedene Machtpositionen den Menschen gegebenen unterschiedlichen sozialen Chancen. Die Menge der Machtmittel, über die ich verfüge, bestimmt meine Position in bezug auf ‚oben‘ und ‚unten‘. Ihre Zusammensetzung – ob eher kulturell bestimmt, also durch Bildung erworben, oder eher ökonomisch, also durch Einkommen und Besitz gekennzeichnet – gibt an, ob ich im sozialen Raum eher auf der rechten, durch ‚ökonomisches Kapital‘ gekennzeichneten Seite oder auf der linken Seite, die durch ‚kulturelles Kapital‘¹⁹ charakterisiert wird, zu lokalisieren bin. Die vertikale Dimension ermöglicht somit feine Differenzierungen, die über die schematischen Klassifikationen der gebräuchlichen Klassen- und Schichtmodelle hinausgehen. Die Hinzunahme des kulturellen Kapitals ermöglicht es, eine horizontale Pluralität darzustellen und übrigens auch die Intellektuellen bestimmten Klassenpositionen zuzuordnen. Soziale Klassen und ihre Teilgruppen sind dabei nicht durch einzelne Merkmale, auch nicht eine Summe oder Kette von Merkmalen, sondern durch die Struktur der Beziehungen zwischen den relevanten Merkmalen zu definieren¹⁰. Der Raum der sozialen Positionen konzentriert sich letztendes auf Berufspositionen und muß, will man die damit einhergehenden Beschränktheiten überwinden, durch weitere Ebenen ergänzt werden. Zur Veranschaulichung werden in der Graphik die SINUS-Milieus in das Bourdieusche Modell der sozialen Positionen eingetragen. Ich komme darauf noch einmal zurück.

STAMM- UND DIASPORA-MILIEUS: HYPOTHETISCHE HABITUS-TYPEN



Eine Erweiterung des Modells bietet die *Einführung des Raums der Lebensstile*. Auch die Merkmale und Praktiken des alltäglichen Lebensstils sind nach den empirischen Befunden Bourdieus je nach dem Ort der Akteure im sozialen Raum verschieden. Die Vorlieben des Geschmacks entsprechen bestimmten sozialen Positionen, die keineswegs direkt aus der jeweiligen Ausstattung mit ökonomischen und kulturellem Kapital ableitbar sind. Diese Vorlieben sind weit weniger schnell veränderbar, als es wechselnde Moden suggerieren. Die Merkmale und Praktiken eines Lebensstils erhalten ihre spezifische Bewertung und Bedeutung erst durch weit weniger veränderliche Geschmacksrichtungen der jeweiligen Akteure.

Die Bewertungen erfolgen nun nicht beliebig, sondern im Rahmen bestimmter Schemata sozialer Wahrnehmung und Klassifikation. Die Prinzipien, nach denen die Menschen klassifizieren und klassifiziert werden, bezeichnet Bourdieu als ihren *Habitus – die dritte Ebene des sozialen Raums*. Der Habitus als generatives Prinzip organisiert soziale Praxis und bringt Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata sozialer Ungleichheit zum Ausdruck – und zwar je nach sozialer Lage und Position verschieden. Er ist gleichzeitig Ursache und Ergebnis der Abgrenzung zwischen verschiedenen sozialen Gruppen. Die Klassifikations-schemata der herrschenden Klasse folgen beispielsweise dem Habitus der Distinktion, dem vermittelten und kaum bewußten Wunsch, sich gegen die anderen und die ‚Masse‘ abzugrenzen. In der Mittelklasse finden wir neben den Kleingewerbetreibenden und den Angestellten auch den Angestellten des ‚Neuen Kleinbürgertums‘, in dessen ambivalenten, zwischen Präntion und Authentizitäts-Streben schwankenden Habitus wir Merkmale eines Teils der neuen sozialen Milieus erkennen. Ihren Kern lokalisiert Bourdieu in den ‚neuen

oder modernisierten Berufen‘ und jenen Institutionen, die symbolische Güter und Dienstleistungen anbieten, also in der mittleren und oberen linken Hälfte des sozialen Raums. Schließlich charakterisiert Bourdieu den Lebensstil der ‚Volksklassen‘, das heißt der Arbeiter und teilweise der Bauern. Dieser wird traditionell durch einen Habitus der Notwendigkeit gekennzeichnet, in dem aus der Not des Mangels eine Tugend gemacht wird und zugleich noch plebejische Formen von Lebensgenuß, Körperlichkeit und Geselligkeit überleben.¹¹

2. Unser Forschungsansatz

Die Hinweise aus der SINUS-Lebensweltforschung und der theoretische und empirische Ansatz Bourdieus machen deutlicher, wo in einer empirischen Annäherungsstrategie die neuen sozialen Milieus zu finden sein können. Eine solche Annäherung kann nur unter Verwendung verschiedener Methoden und Forschungsstrategien geschehen. In unserem Projekt untersuchen wir die Entstehung neuer sozialer Milieus unter drei Gesichtspunkten:

1. Wandel der Sozialstruktur

Bei einer differenzierten Analyse der Veränderungen des Raumes der sozialen Lagen und Positionen wurde jede Berufsgruppe für sich nach ihren Verfügungsmöglichkeiten über ökonomisches und kulturelles Kapital und nach askriptiven Merkmalen wie Geschlecht, Alter und Nationalität sowie nach relativen Arbeits- und Einkommensmerkmalen definiert und – ähnlich Theodor Geigers ascendierendem Verfahren – zu größeren Einheiten im sozialen Raum aggregiert. Dabei tritt seit 1950 besonders die Entwicklung der sogenannten ‚Neuen Berufe‘, die überdurchschnittlich ex-

pandiert haben, hervor. Zu nennen wären besonders Berufe im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften, Medizin- und Gesundheitsberufe, auch Berufe mit sozialpflegerischer Orientierung sowie im Bereich der Kulturvermittlung und des Rechts. Die Herausbildung dieser neuen Berufe steht im direkten Zusammenhang mit der ‚Öffnung des sozialen Raumes‘ seit Ende der sechziger Jahre, als – nicht zuletzt in der Folge der Bildungsreform – für große Teile der jungen Bevölkerung neue Lebenspläne denkbar wurden. Vor allem Frauen und Kinder aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien konnten die damit gebotenen Chancen nutzen. **Thomas Herman** stellt in seinem Beitrag in diesem Heft ausgewählte Aspekte dieser Entwicklung genauer dar.

2. Metamorphosen und Persistenzen des Habitus

Die seit 1982 zu beobachtenden Größenverschiebungen der SINUS-Milieus signalisieren die Expansion der neuen sozialen Milieus auf Kosten des kleinbürgerlichen und des traditionellen Arbeitermilieus, die wir als die beiden wesentlichen Stamm- bzw. Herkunftsmilieus bezeichnen können. Dabei stellt sich die Frage, wie die Herkunft der Milieuangehörigen aus verschiedenen sozialen Milieus den gegenwärtigen ‚alternativen‘ Habitus einfärbt, wie sich also der Habitus durch Milieueinflüsse verändert. Der Habitus „als die inkorporierten Schemata, die im Verlauf der kollektiven Geschichte ausgebildet und vom Individuum in seiner eigenen Geschichte erworben“¹² werden, stellt für uns einen Schlüssel zum Verständnis sozialer Zusammenhänge dar. Er unterliegt einem Hysteresiseffekt, das heißt, die Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata des Habitus passen sich nur zeitverzögert an veränderte Lebensbedingungen an. In den neuen sozialen Milieus leben Menschen mit unterschiedli-

chem Herkunftshabitus zusammen, der sich durch eigene Aspirationen und durch die Werthaltungen, wie sie für die Milieuidentität kennzeichnend sind, verändert.

Sind die neuen sozialen Milieus wirklich durch universale emanzipatorische Verhaltensmuster bestimmt und unterscheiden sie sich darin von den Mentalitäten ihrer Eltern, oder ist dies nur eine Selbstealisierung? Tritt der Habitus des Herkunftsmilieus bei näherem Hinsehen deutlicher zu Tage, als es uns lieb ist? In der Analyse von biographischen Interviews mit Angehörigen der neuen sozialen Milieus und deren Eltern kann **Dagmar Müller** in ihrem Beitrag diese Veränderungen als Persistenzen und Metamorphosen detailliert nachzeichnen. Auch wenn der sich langsam herausbildende ‚alternative‘ oder ‚neue‘ Habitus in vielen Teilen offener ist, so trägt er doch – verdeckt durch Modernisierung in den Ausdrucksformen – je nach sozialer Herkunft unterschiedliche Elemente des Herkunftshabitus mit sich und ist nicht frei von Bornierungen. Als Vorarbeiten zu der Untersuchung der Habitus-Metamorphosen haben wir in hermeneutischen Analysen von Dokumenten der Alltagskultur wie zum Beispiel Comics Elemente der progressiven Ideologie in Fraktionen der neuen sozialen Milieus herausgearbeitet. Deutlich wurde dabei auch das Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit im ‚progressiven Alltag‘ und der enge Zusammenhang zwischen sozialem Ort und gesellschaftlichen Wertungen. Die Überprüfung dieser Analysen in Gruppendiskussionen zeigte die hohe symbolische und identifikatorische Bedeutung des analysierten Materials.¹³

3. Biographien neuer Milieuzusammenhänge

In unserer Analyse der neuen sozialen Milieus in drei westdeutschen städtischen Regionen

gehen wir der Frage nach, welche Kohäsionskräfte bei ihrer Herausbildung zum Tragen kommen. Wie strukturieren sich die Milieus nach innen und wie grenzen sie sich nach außen ab? Private Lebensformen wie die Beziehungen in der Familie (mit oder ohne Tauschein), die Organisation der Kindererziehung, der Stellenwert, der der Sexualität beigemessen wird – alles das, was Max Weber als Vergemeinschaftung bezeichnet hat – interessieren uns dabei genauso wie die Institutionen, die durch die Milieus hervorgebracht worden sind, wie etwa Kinderläden, Kommunikationszentren, Schulversuche und soziale und politische Initiativen – also im Sinne von Max Weber Aspekte der Vergesellschaftung. Heiko Geiling zeigt in seinem Beitrag, wie konkrete Handlungsdispositionen in sozialen Beziehungen hervortreten und wie sich die Identität von lokalen Milieus in Abgrenzung zu ‚anderen‘ Milieus herausbildet, von denen man sich abgrenzen will, mit denen man aber auch weiterhin kooperieren möchte oder muß. Wichtige Vorarbeiten für diese Milieubiographien waren regional spezifizierte Analysen der Wirtschaftsstruktur, des Raumes der sozialen Positionen, der politischen Präferenzen sowie Untersuchungen zum Entwicklungsprozeß der neuen Bewegungsmilieus. In einer Erkenntnisstrategie der Einkreisung nähern wir uns damit den neuen sozialen Milieus von unterschiedlichen Seiten und auf verschiedenen Ebenen. Zwar sind die einzelnen Dimensionen der Sozialstrukturanalyse, der Kohäsionsanalyse der Milieus und der Habitusanalyse auch für sich genommen in der Lage, wertvolle neue Erkenntnisse über die Herausbildung neuer sozialer Milieuzusammenhänge zu erbringen. Entscheidender aber sind die internen Beziehungen der genannten Dimensionen, die erst in Relation zueinander den sozialen Raum konstituieren, in dem die neuen sozialen Milieus anzusie-

deln sind. Erst damit kann die Komplexität der Vermittlung zwischen sozialen Strukturen, Mentalitäten und Praxisformen, können auch die systematischen Verzerrungen, die zwischen diesen Ebenen auftreten, erfaßt werden.

Noch ist unsere Analyse der neuen sozialen Milieus und ihre Verortung im sozialen Raum nicht abgeschlossen. In unserer bisherigen Arbeit wurde deutlich, daß der Wechsel aus alten in neue bzw. offenere Arbeits- und Lebenszusammenhänge mit Unsicherheiten der Orientierung und partiell anomischen Tendenzen verbunden ist. Diese Erscheinungen werden strukturiert durch die Spannung zwischen dem Herkunftshabitus und den hegemonialen Werten der neuen Milieuzugehörigkeit. Die zu beobachtenden Prozesse der Mischung, Entmischung und Differenzierung von Milieus können als Momente des Übergangs, einer Neustrukturierung, begriffen werden. Unsere Befunde deuten auf eine Gliederung der Lebensstile nach großen, wenn auch differenzierten Gruppen und Teilgruppen hin. Gemeinsam ist den Angehörigen dieser Gruppen, wie sie sich miteinander identifizieren und von anderen Milieus abgrenzen, also ihr Habitus.

Unsere Projektion der acht SINUS-Milieus auf das Bourdieusche Modell des sozialen Raumes kann die breite Streuung und anhaltende Dynamik der Herausbildung neuer sozialer Milieus veranschaulichen.¹⁴

Sie bestehen aus heterogenen und vielfältigen Submilieus, die nicht nur in den beiden Stammilieus (nach SINUS hedonistisches und alternatives Milieu) lokalisiert sind. Auch in ‚konventionelleren‘ Milieus bilden sich zunehmend Momente eines hedonistischen Lebensstils und neuer politisch-sozialer Partizipationspraktiken heraus. Im Unterschied zu den ‚Stammilieus‘ bilden sie eine Art ‚Diaspora‘ im gesamten sozialen Raum, die noch

anzuwachsen scheint. In der Diaspora des technokratischen, des aufstiegsorientierten, aber auch des traditionslosen Arbeiter-Milieus gibt es verstreute Inseln neuer Lebensstile, die wir bislang nur vorläufig etikettieren konnten.

Die neuen sozialen Milieus sind damit nicht auf die gesellschaftlichen Bereiche beschränkt, die in enger Verbindung mit den neuen sozialen Bewegungen stehen. Ihre Herausbildung ist eine Antwort auf die Lernauforderungen, die von den Veränderungen in den Arbeits- und Lebensverhältnissen seit den fünfziger Jahren ausgehen. Sie machen gewohnte soziale Orientierungsmuster mehr und mehr ‚dysfunktional‘. Es ist zu erwarten, daß sich aus den neuen sozialen Milieus neue politische Akteure herausbilden und ihre Ansprüche auf Durchsetzung ihrer politischen Zielvorstellungen unüberhörbar artikulieren.

Anmerkungen

1 Dieser Text wurde von Bärbel Clemens als Berichtstersterin unserer gemeinsamen Arbeit erstellt. Neben den Erträgen unserer Projektdiskussionen und den Ergebnissen von internen Arbeitspapieren konnte sie vor allem auf folgende Texte zurückgreifen: Michael Vester/ Bärbel Clemens/ Heiko Geiling/ Thomas Hermann/ Dagmar Müller/ Peter von Oertzen, Der Wandel der Sozialstruktur und die Entstehung neuer gesellschaftlich-politischer Milieus in der Bundesrepublik Deutschland. Forschungsantrag an die Stiftung Volkswagenwerk, Hannover, 1989 (Arbeitsheft Nr. 1); Michael Vester, Neue soziale Bewegungen und soziale Schichten, in: Ulrike C. Wasmuth (Hrsg.), Alternativen zur alten Politik? Neuen soziale Bewegungen in der Diskussion, Darmstadt 1989, S. 28 – 63; Heiko Geiling/ Michael Vester, Die Spitze eines gesellschaftlichen Eisberges: Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus. (MS Hannover 1990). Erscheint in der 2. Auflage von Roland Roth/ Dieter Rucht (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn. In den genannten Texten konnten viele Überlegungen differenzierter dargestellt werden als es hier der zur Verfügung stehende Raum möglich machte. Auch für genauere Belege der Argumentation sollte darauf zurückgegriffen werden.

2 Mit den folgenden Ausführungen sollen die Überlegungen dargestellt werden, die dem durch die Volkswagenstiftung finanzierten Forschungsprojekt: „Der Wandel der Sozialstruktur und die Entstehung neuer gesellschaftlich-politischer Milieus in der Bundesrepublik Deutschland“ zugrunde liegen. Das Projekt wird unter Leitung von Michael Vester, Peter von Oertzen und Bärbel Clemens von Heiko Geiling, Dagmar Müller und Thomas Hermann bearbeitet und ist am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover angesiedelt. (Hanomagstraße 8, 3000 Hannover 1, Tel.: 0551/449-8282.)

3 Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf den Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986

4 Vgl. dazu Ulrich Becker/H. Nowak, Lebensweltanalyse als neue Perspektive der Meinungs- und Marketingforschung, in: ESOMAR Kongreß, Bd. 2, S. 247 – 267 (1982); SPD (Hrsg.), Planungsdaten für die Mehrheitsfähigkeit der SPD. Ein Forschungsprojekt des Vorstandes der SPD, Bonn (durchgeführt von SINUS Heidelberg, INFRATEST, München und dem sozialwissenschaftlichen Berater Horst Becker); SINUS Marktforschungsinstitut, Wohnwelten in Deutschland, Wohnphilosophien, Wohnstile, hrsg. von Das Haus, Burda GmbH, Offenburg 1986; dies., „Outfit“: Kleidung, Accessoires, Duftwässer, hrsg. vom Spiegel-Verlag, Hamburg 1986; Dies., SINUS Lebensweltforschung. Ein kreatives Konzept, Heidelberg o.J. (1986); dies., Lebensweltforschung – ein neuer Ansatz, in: Deutsches Textilforum 1 (1987), S. 54; dies., Wohnwelten in Deutschland 2. Denkanstöße für zielgruppenorientiertes Marketing im Einrichtungssektor, hrsg. von Das Haus, Burda GmbH, Offenburg 1988.

5 Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932. Vgl. dazu auch Dagmar Müller, Soziale Lagen und Mentalitäten in der Schichtungsanalyse Theodor Geigers (Diplomarbeit am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover), Hannover 1988.

6 Vgl. SINUS Wohnwelten (1986) (Anm. 4)

7 Deutsche Wohnbevölkerung in Prozent, Tendenz im Zeitraum 1982 – 1989 (SINUS, Heidelberg 1989, unveröffentlichtes MS).

8 Diese Angaben hat SINUS Heidelberg auf der Grundlage des beschriebenen Milieukonzepts erstellt. Vgl. SPD (Vorstand): Planungsdaten für die Mehrheitsfähigkeit der SPD (Anm. 4) Zur Argumentation mit dem Grünen-Wählerpotential in diesem Zusammenhang siehe Thomas Hermann, Zum sozialstrukturellen Profil der „Neuen sozialen Bewegungen“ – Anmerkungen zum gegenwärtigen Diskussionsstand, Referat auf der 4. Tagung der Arbeitsgruppe Neue soziale Bewegungen in der DVPW (Januar 1986 Bad Honnef), MS. Hannover 1986; ders., Sozialstruktur und Wertewandel – Kritik der empirischen Ansätze zur Untersuchung der neuen sozialen Bewegungen, Sozialwissenschaftliche Diplomarbeit, Hannover 1987 (er-



schienen in überarbeiteter und erweiterter Fassung als Band 1 der Schriftenreihe des INSTITUTS FÜR POLITISCHE SOZIALFORSCHUNG (IPSO), Hannover 1988; Peter von Oertzen, Zum Verhältnis von „neuen sozialen Bewegungen“ und Arbeiterbewegung. Zur Sozialstruktur des grünen Wählerpotentials, in: Gerd-Uwe Boguslawski/ Alexander Rudnick/ Frieder Otto Wolf (Hrsg.): Grüne Perspektiven, Grünes & Alternatives Jahrbuch 1988, Köln 1988, S. 174 – 187.

- 9 Zur spezifischen Bedeutung des Begriffs „Kapital“ bei Bourdieu vgl. Pierre Bourdieu, Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt, Sonderband 2), Göttingen 1983, S. 183 – 198.
- 10 Vgl. Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M. 1982, S. 176 – 182.
- 11 Das Konzept des Habitus, das hier sehr verkürzt dargestellt werden mußte, hat erhebliche Widerstände und Mißverständnisse provoziert. Darauf kann an dieser Stelle leider nicht eingegangen werden.
- 12 Pierre Bourdieu 1982 (Anm. 10), S. 729.
- 13 Vgl. dazu Projekt Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus, Arbeitsheft 2: Heiko Geiling, Zur qualitativen

Inhaltsanalyse von Dokumenten der Alltagskultur; Dagmar Müller, „Pseudoprogressivität“, Eine Inhaltsanalyse der Karikaturen von Chlodwig Poth; Heiko Geiling, „Hartenholm 1988“ – Woodstock des traditionslosen Arbeitermilieus? Ein Beitrag zur modernen Arbeiterkultur am Beispiel der „Werner“ Comics von Brösel, Hannover 1990, und Projekt Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus, Arbeitsheft 3: Bärbel Clemens, „Mein feministischer Alltag“, Die Zeichnungen von Franziska Becker; Heiko Geiling; Die feinen 1986er und kein Ende? Zu den Karikaturen von Gerhard Seyfried; Dagmar Müller, „Der diskrete Charme der Bourgeoisie“. Eine Inhaltsanalyse der Werbezeitschrift „Hannovers feine Adressen“, Hannover 1990 (In Vorbereitung).

- 14 Eine Projektion der SINUS-Milieus in den Bourdieuschen Raum der sozialen Positionen findet sich bei M. Vester 1989, S. 52 f (Anm. 1). Unsere Etikettierung der Habitusgruppen in der Graphik in diesem Text folgt dem Alltagssprachegebrauch; der ‚neue Facharbeiter‘ ist ein zwischen hedonistischen und arbeitsbezogenen Lebenssphären unterscheidender Typus; Werner-Sympathisanten bzw. der Werner-Typus zielt auf das, was in Brösel ‚Werner‘ Comics dargestellt wird. Vgl. dazu auch Geiling 1990 (Anm 13).

Thomas Hermann „Neue Berufe“ im Raum der sozialen Positionen¹

Die Entstehungsgeschichte und die Entwicklungsprozesse neuer sozialer Bewegungen werden in der „Bewegungsforschung“ unter den vielfältigsten Aspekten betrachtet. Ein Aspekt wird dabei meines Erachtens in der Regel nicht ausreichend berücksichtigt: die Bedeutung der Veränderungen in der Sozialstruktur. Deshalb sei im folgenden kurz auf den Stellenwert der Untersuchungen zur Sozialstruktur für die Analyse neuer sozialer Bewegungen und Milieus in unserem Forschungsprojekt hingewiesen. Die Entstehung neuer sozialer Milieus ist nach unserer Hypothese Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Veränderungen. Sie können freilich weder nur aus ‚objektiven‘ sozialen Strukturen noch allein aus neuen sozio-kulturellen Strömungen abgeleitet werden. Die Entwicklungsprozesse neuer sozialer Milieus sind eher Ausdruck eines komplexen Spannungsverhältnisses zwischen diesen beiden Polen gesellschaftlicher Realität. Dem entsprechend können veränderte soziale Lagen und Positionen nicht gleichsam automatisch zur Entstehung sozialer Milieus führen, das heißt veränderte Lebensstile oder gar Habitus generieren.

Die Modernisierung der Sozialstruktur bringt neue Verhaltensumutungen, aber auch erweiterte Horizonte der Lebensmöglichkeiten mit sich. Die Untersuchungen zur Veränderung der Sozialstruktur seit 1950 (bis Ende der achtziger Jahre) zielen demnach auf die dynamischen Zonen des sozialen Raums, in denen Menschen mit überwiegend von außen vorgegebenen signifikanten Veränderungen ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse konfrontiert wurden. Unserer Hypothese nach stellen diese veränderten Bedingungen „Lernaufforderungen“ dar (qualitative Veränderungen sozialer Erfahrungen in Familie, Alltag und Beruf). Ob und in welcher Weise die Menschen auf diese Lernaufforderungen, diese „Öffnung des so-

zialen Raums“ reagieren, kann jedoch nur in Zusammenhang mit den Analysen zum Raum der Lebensstile ermittelt werden (vgl. dazu die Beiträge unserer Projektgruppe und von Dagmar Müller und Heiko Geiling in diesem Heft). Die Analyse des sozialen Raums dient im Rahmen unseres Forschungsprojekts der Lokalisierung der neuen sozialen Milieus in bestimmten Teilzonen des Raums sozialer Positionen und Lagen.

Unsere Analyse darf sich allerdings nicht nur auf diese Teilzonen beschränken, in denen wir die neuen sozialen Milieus vermuten. Vielmehr bedarf es einer Analyse des gesamten Raums der sozialen Positionen. Die fortschreitenden Modernisierungsprozesse in der bundesrepublikanischen Gesellschaft -und dies bedeutet in der Konsequenz auch eine gesteigerte Bedeutung und eine vermehrte Hinwendung der Individuen auf das kulturelle Kapital- können nur hinreichend erklärt werden, wenn wir unseren Blick auf gesamtgesellschaftliche Tendenzen konzentrieren. Die Lage der SINUS-Milieus im sozialen Raum mag dies veranschaulichen²: ‚Alte‘ traditionelle Milieus (konservativ-gehobenes, kleinbürgerliches Milieu, traditionelles Arbeitermilieu) schrumpfen (sie verschwinden aber nicht!), gleichzeitig vergrößern sich ‚neuere‘ Sozialmilieus (technokratisch-liberales, hedonistisches Milieu, traditionsloses Arbeitermilieu) vermutlich dadurch, daß ein Teil der Nachkommen aus den ‚alten‘ Milieus „ausbricht“ (inter- und intragenerationelle Auf- und Abstiegsprozesse, soziale Mobilität). Und selbst in den Teilfeldern der ‚alten‘ Sozialmilieus gibt es offensichtliche Modernisierungsbestrebungen.

Wir müssen also unsere Untersuchungen um die Analyse der Beziehungen der verschiedenen Teilzonen des sozialen Raums untereinander ergänzen. Zum ändern wissen wir aus



unseren Voruntersuchungen zum Wählerpotential der GRÜNEN und aus den Studien von SINUS über die soziale Lage und die Parteipräferenzen der sozialen Milieus in der Bundesrepublik von der -wenn auch spezifischen- *Heterogenität* unseres Untersuchungsgegenstandes³. Also würde eine Analyse zu kurz greifen, die sich nur auf die alternativen „Stamm-Milieus“ bezöge, das hieße im wesentlichen auf das „neue Kleinbürgertum“ und die „neuen Berufe“ nach BOURDIEU⁴ bzw. das „alternativ/linke“ und „hedonistische“ Milieu nach SINUS⁵. Elemente ähnlicher Einstellungen und Lebensstile wie in diesen *alternativen „Stamm-Milieus“* fand SINUS auch in den *benachbarten Teilräumen*, also auch in „normalen“ Arbeitermilieus. Auch in diesen Teil-Milieus sind nach unserer Hypothese „*Horizontweiterungen*“ durch die „Öffnung des sozialen Raums“ eingetreten.

Die bedeutenden sozialstrukturellen Veränderungen in der Bundesrepublik sind bekannt: Zu nennen sind hier unter anderem die Umwälzungen in den drei Wirtschaftssektoren mit weitreichenden Folgen für die Landwirtschaft⁶, die Expansion von Angestellten und Beamten-tätigkeiten⁷, die zunehmende Erwerbstätigkeit von verheirateten Frauen, die Öffnung des weiterführenden Bildungssystems für Arbeiter- und Angestelltenkinder in den sechziger Jahren, die Explosion der Studentenzahlen, die Veränderungen in der Berufsstruktur und so weiter⁸. Wie bedeutsam diese Veränderungen sind, läßt sich insbesondere daran ablesen, daß es bei den Frauen seit etwa 1950 einen extrem überdurchschnittlichen Übergang aus subalternen Berufspositionen (als mithelfende Familienangehörige und als Arbeiterinnen) in die Position von Beamtinnen und Angestellten gegeben hat: Diese Gruppe wuchs von 1,8 Millionen oder

21,3% der erwerbstätigen Frauen im Jahre 1950 auf 4 Millionen oder 41,6% im Jahre 1970 und 6,1 Millionen oder 60,1% im Jahre 1984. Die Zahl der studierenden Frauen wuchs in derselben Periode von etwa 19.500 (= 17,8% aller Studenten in der Bundesrepublik) auf 496.000 (= 37,7%), die Zahl der studierenden Arbeiterkinder allein an den wissenschaftlichen Hochschulen von 4% der Studenten (ca. 4.400) auf über 17% (ca. 212.000).

Selbst wenn die Erwartungen des beruflichen Aufstiegs im einzelnen häufig enttäuscht wurden, dokumentieren diese Veränderungen anschaulich, daß den Frauen und den Kindern von Arbeitern und Angestellten deutlich andere und weiterführende Berufschancen und Lebensentwürfe offenstanden als entsprechenden Gruppen der älteren Generation. In allen Wirtschaftssektoren, in akademischen und nichtakademischen Berufen, haben diejenigen Beschäftigungen anteilmäßig zugenommen, die im weiteren Sinne mit Kommunikation, Information, Gesundheit und Bildung zu tun haben⁹; Berufe also, zu deren Ausübung ein *vermehrter Erwerb von Bildung bzw. kulturellem Kapital* erforderlich war und ist. Diese Berufe bezeichnen wir -in Anlehnung an BOURDIEU- als „*neue Berufe*“¹⁰.

1. Das Wachstum der „neuen Berufe“

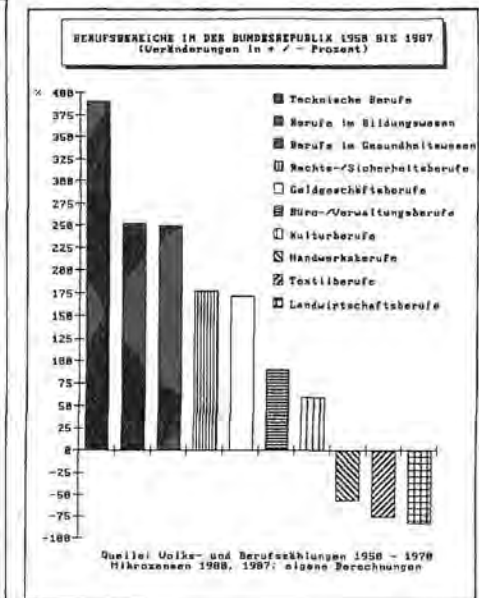
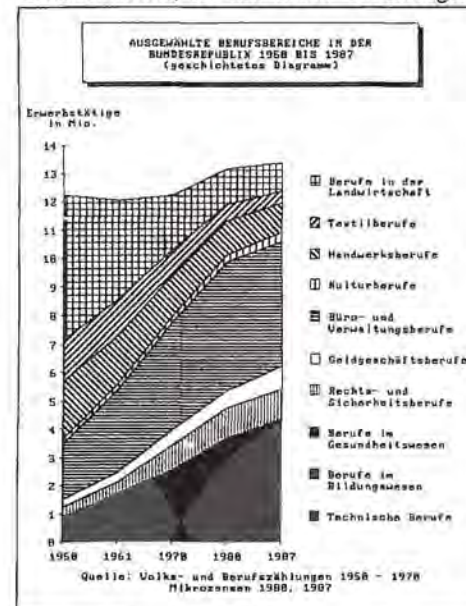
Die These einer „Öffnung des sozialen Raums“ und der damit verbundenen „Horizontweiterungen“ läßt sich durch das Wachstum der „neuen Berufe“ bestätigen. Es handelt sich hierbei in erster Linie um die mit *hohen kulturellen Kapitalanteilen* ausgestatteten

- Bildungsberufe (Hochschullehrer, Lehrer an höheren Schulen, Real-, Volks- und Son-

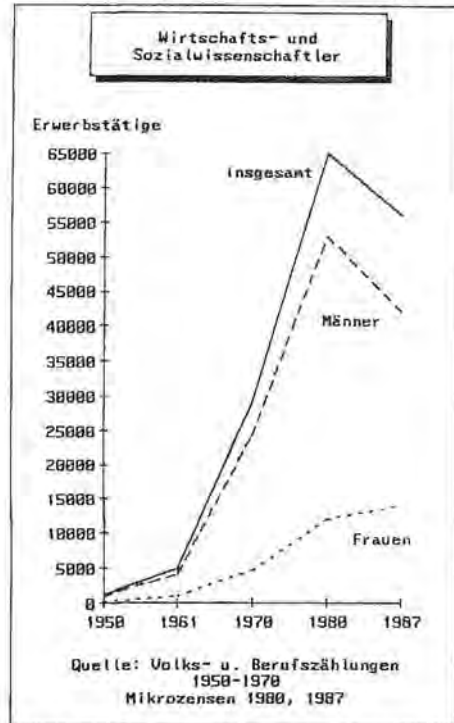
derschullehrer, Berufsschullehrer, Lehrer für musische Fächer),

- Wissenschaftsberufe (Sozial-, Wirtschafts- und Naturwissenschaftler),
 - Kulturvermittlungs- und künstlerische Berufe (Journalisten, Publizisten, Schauspieler, Musiker, Kunstproduzenten, Kunsthandwerker, Kunsthändler, Seelsorger),
 - sozialpflegerische Berufe (Sozialpädagogen, Sozialarbeiter, Kindergärtnerinnen),
 - medizinisch-soziale und medizinisch-technische Dienstleistungsberufe,
 - freie Berufe (Ärzte, Apotheker, Heilpraktiker, Architekten, Rechtsanwälte).
- Daneben finden wir mit ähnlich hohen Wachstumsraten
- technische (akademische und nichtakademische) Intelligenzberufe (Ingenieure, Informatiker und Datenverarbeitungsfachleute, Techniker, Facharbeiterberufe im Metall- und Elektrobereich, die mit neuen Technologien

[CNC/CAD usw.] arbeiten), sowie - qualifizierte Verwaltungsberufe (im Öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft). Diese Berufe weisen noch zwei weitere charakteristische Merkmale auf: ein überproportionales Wachstum seit 1950 und überdurchschnittlich steigende Frauenanteile, insbesondere seit 1970. Die Gründe liegen unter anderem in einem veränderten Bildungs- und Berufsverhalten (insbesondere) der Frauen, das durch die Öffnung weiterführender Bildungsinstitutionen für breitere Gesellschaftsschichten (Bildungsreformen seit Mitte der sechziger Jahre) erst möglich wurde. Die Entwicklungsprozesse in der Berufsstruktur der Bundesrepublik zwischen 1950 und 1987 verdeutlichen die Graphiken 1 und 2, in denen die absolute und prozentuale Expansion bzw. Verkleinerung der Erwerbstätigenzahlen in bestimmten Berufsbereichen dargestellt ist¹¹.

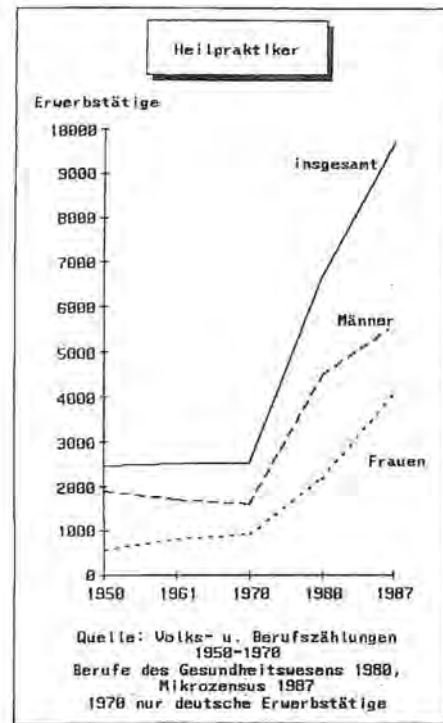


Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für unsere These von der „Öffnung des sozialen Raums“ sind die Heilpraktiker. Hier zeigt sich, wie ein Beruf durch die Öffnung des sozialen Raums und deren „horizontenerweiternde Wirkungen“ (hier die zunehmende Sensibilisierung größerer Bevölkerungskrei-



Diese beschriebenen Entwicklungsprozesse haben jedoch auch eine *Kehrseite*. Es stellt sich für uns die Frage, ob die „Feminisierungstendenzen“ gerade in Intelligenzberufen eine reale Öffnung im Sinne von geschlechtlicher Gleichstellung und Emanzipation bedeuten. Die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen bei den Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern liefert nämlich auch Hinweise darauf, daß mit der „Öffnung“ dieser Berufe für

se für Ökologie- und Naturfragen sowie eine „ganzheitlich“-orientierte Medizin) an Akzeptanz in der Bevölkerung gewinnt. Das schlägt sich in den seit 1970 sprunghaft gestiegenen Zahlen der Berufszugehörigen dieser Profession nieder (siehe Graphik 3).



die Frauen eine gleichzeitige gesellschaftliche Abwertung, das heißt ein Prestigeverlust verbunden sein könnte, wenn die Gesamtzahl der Erwerbstätigen dieses Berufs seit etwa zehn Jahren stagniert bzw. sogar schrumpft (ähnliche Entwicklungen gibt es auch bei den Hochschullehrern; siehe Graphik 4). Diese Fragen lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beantworten.

Daneben finden wir auch regelrechte „Schließungstendenzen“ im Bildungsbereich insofern, als daß die Erwerbstätigenzahlen in fast allen Lehrberufen seit Anfang der achtziger Jahre leicht rückläufig und die Altersgruppen bis 35 Jahre bei Volks-, Real-, Gymnasial- sowie Berufsschullehrern im Vergleich zu den siebziger Jahren deutlich geringer besetzt sind. Folge: In den letzten Jahren ist hier eine deutliche Überalterung des Lehrkörpers immer offensichtlicher geworden, besonders an den Realschulen und den Orientierungsstufen, während die Alterstruktur an den Gymnasien und Berufsschulen vergleichsweise noch ausgeglichen ist¹².

2. Soziale Positionen und Berufsräume

Mit Hilfe von tief differenzierten Daten der im Projekt aufgebauten „Berufskartei“¹³ war es möglich, Berufsgruppen im Raum der sozialen Positionen zu verorten. Damit den LeserInnen dieses „Verorten“ verständlicher wird, folgt ein kleiner Exkurs zur Methode:

Die *Vorgehensweise* geschah in Anlehnung an GEIGERs „aszendierendes Verfahren“¹⁴. Ohne Kenntnis der Berufsbezeichnung haben wir mit Hilfe der Daten der Berufskartei eine „Grob-Verortung“ der gesamten Berufsgruppe im sozialen Raum vorgenommen. Dazu genühten Angaben über die Stellung im Beruf, monatliches Nettoeinkommen, wöchentliche Arbeitszeit und die Wirtschaftsabteilung als operationalisierbare Kategorien des ökonomischen Kapitals, allgemeinbildende und berufliche Ausbildungsabschlüsse sowie die ausgeübte Tätigkeit als operationalisierbare Kategorien des kulturellen Kapitals. Eine *Differenzierung* ergab sich durch

die Hinzunahme weiterer Merkmale zur Zuweisung von sozialen Positionen: Frauenanteil, Ausländeranteil, Alter¹⁵ sowie weitere qualitative Merkmale wie zum Beispiel Grad der Körperlichkeit der Arbeit, Schichtarbeit/keine Schichtarbeit, Grad der Gestaltungsfreiheit in der Berufsausübung, Art der Arbeitskleidung, gewerkschaftlicher Organisationsgrad und so weiter.

Dieses (*Beziehungs-*)*Geflecht von Merkmalen* „zog“ gewissermaßen jede Berufsgruppe solange hin und her, bis ein entsprechender „Berufsraum“ gefunden wurde. Jede folgende Berufsgruppe, die zu „verorten“ war, wurde in Relation zur vorherigen eingeordnet. Das heißt, alle Berufsräume sind ausschließlich in ihren Relationen untereinander zu betrachten. So war bei der Einordnung des letzten Berufs die Möglichkeit und gegebenenfalls auch die Notwendigkeit zur Korrektur aller vorhergehenden Berufs-Verortungen gegeben¹⁶.

Damit ist gleichzeitig auch ein wesentliches Prinzip der Logik des Raumes der sozialen Positionen bei BOURDIEU beschrieben: Nicht ein spezielles Merkmal führt zu einer bestimmten sozialen Position, auch nicht die Summe einiger sozialstruktureller Variablen. Entscheidend ist die *Struktur der Beziehungen der relevanten sozialstrukturellen Merkmale*¹⁷.

Bei der Analyse wurde deutlich, daß Berufe nicht eine punktuelle Position im sozialen Raum, sondern nach Kapitalstruktur und -volumen charakteristische Teilräume einnehmen. Je nach Geschlecht, Alter, Bildung, Ein-

kommen, sozialrechtlicher Stellung ließen sich unterschiedliche Positionen innerhalb eines Berufs bestimmen.

Dabei ergab sich eine für annähernd alle Berufe gültige Struktur¹⁸: Die Frauen verfügen über ein monatliches Einkommen, das teilweise weit unter dem der Männer liegt. Vor allem in den expandierten Berufsgruppen ist die Besetzung der jüngeren Altersgruppen bis 35 Jahre bei den Frauen in der Regel höher als bei den Männern. Trotz der zum Teil besseren Bildungsabschlüsse besetzten die Frauen danach Positionen, die vom Kapitalvolumen her gesehen unter denen der Männer liegen: Je geringer Einkommen und/oder Alter - und damit meist auch je niedriger die betriebliche Position-, desto niedriger ist auch die soziale Position. Dies gilt auch für die Selbständigen in einer Berufsgruppe: Frauen sind hier in geringerer Zahl (als die Männer) vertreten, und wenn doch, so beschäftigen sie seltener weitere Mitarbeiter. All diese Merkmale führen in Bezug auf die Kapitalstruktur berufstätiger Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen einmal zu niedrigeren (s.o.), andererseits zu weiter links liegenden sozialen Positionen (weniger ökonomisches Kapital bei annähernd gleichhohen kulturellen Kapitalanteilen). Das folgende Beispiel verdeutlicht die Binnen-Differenzierung einer Berufsgruppe:

Bei den *Hochschullehrern* finden wir unterschiedliche soziale Positionen nach Geschlecht, Alter, Einkommen und sozialrechtlicher Stellung, obwohl die formale Bildungsqualifikation (Abitur und abgeschlossenes Hochschulstudium) bei allen Berufsangehörigen gleich ist. Dabei ist die Geschlechtszugehörigkeit das primär differenzierende Merkmal: Die Unterprivilegierung der

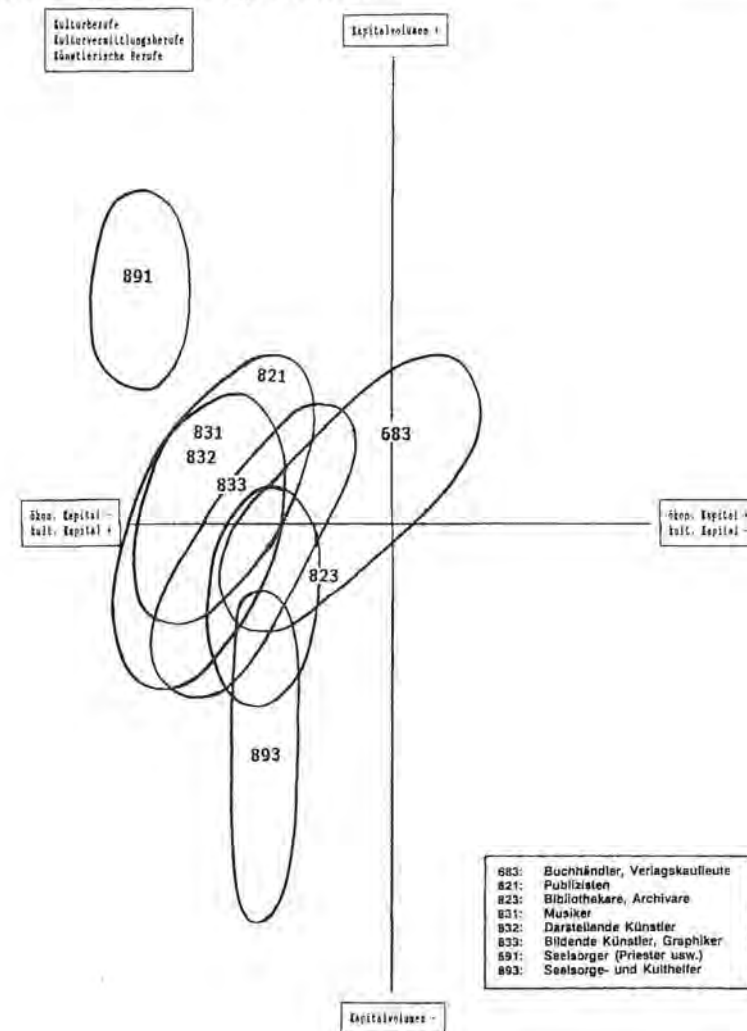
Frauen gegenüber den Männern in dieser Berufsgruppe, das heißt die Zuweisung niedrigerer Positionen, drückt sich unter anderem in einer anderen Altersschichtung (die meisten Frauen sind sehr viel jünger), in unsichereren (bzw. zeitlich befristeten) Arbeitsplätzen (60% der Männer, aber nur 20% der Frauen haben den Beamtenstatus) und in den geringeren Einkommen (55% der Männer, aber nur 8% der Frauen beziehen ein monatliches Nettoeinkommen von über 4.000 DM) aus.

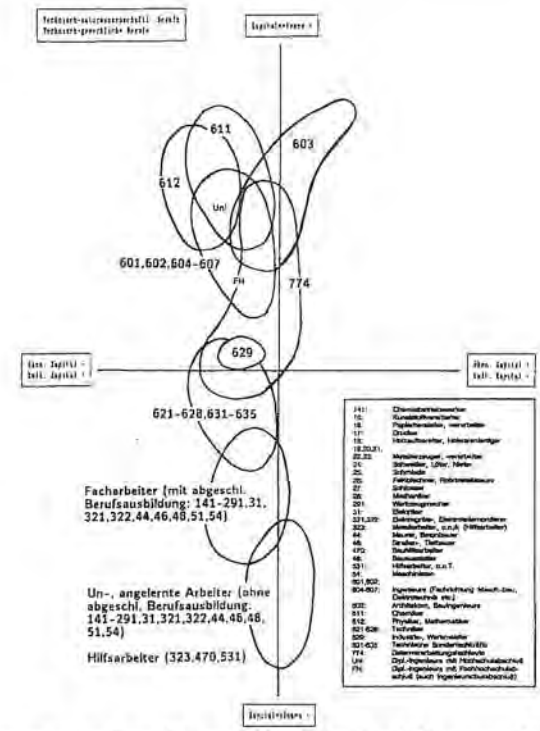
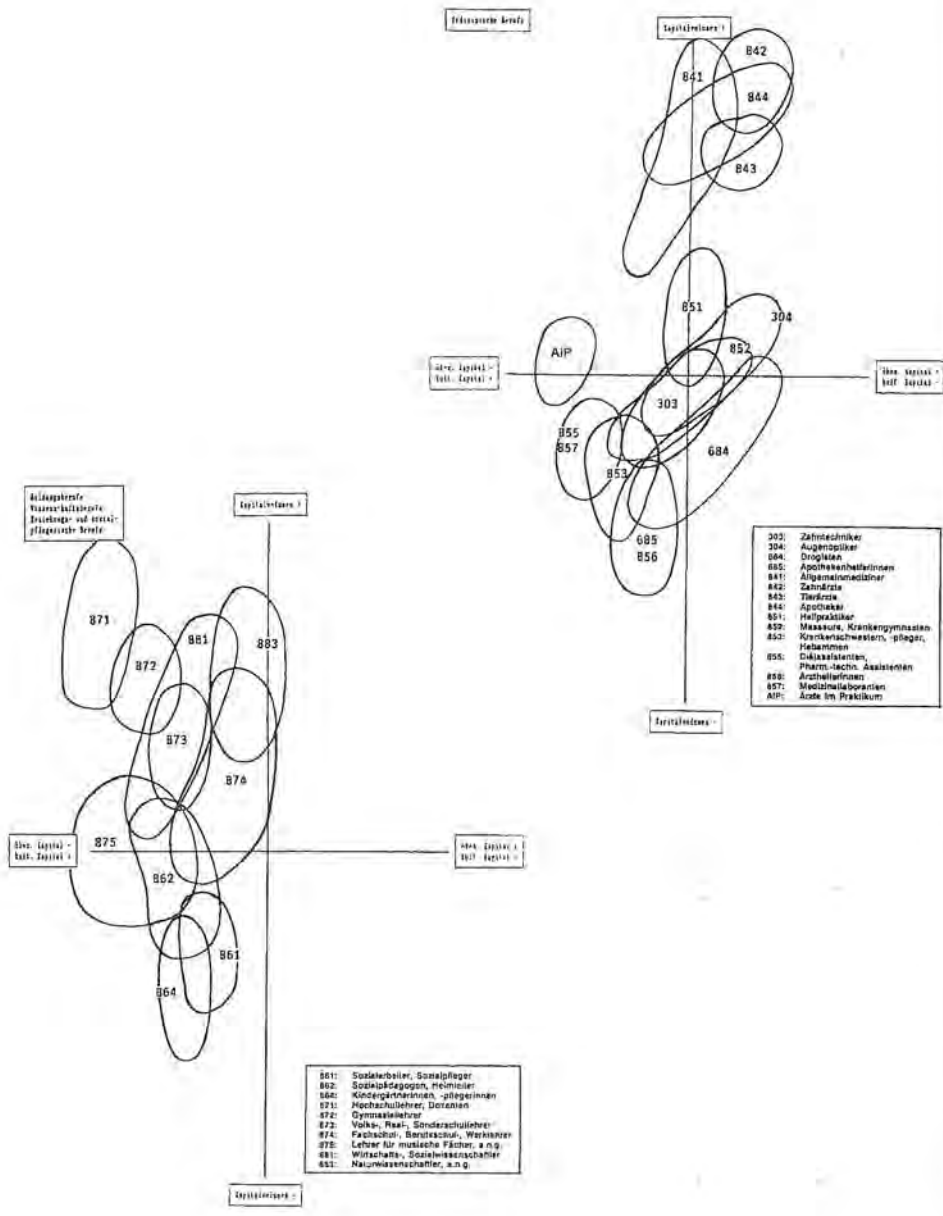
Diese unterschiedlichen Kapitalstrukturen und -volumina führen jedoch nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Geschlechter zu unterschiedlichen sozialen Positionen; zum Beispiel befinden sich die verbeamteten Hochschullehrerinnen -vom Kapitalvolumen her betrachtet in einer höheren Position als die angestellten Dozentinnen. Beide Teilgruppen nehmen wiederum niedrigere soziale Positionen ein als die entsprechenden Männergruppen, etwa weil die Frauen aufgrund ihres geringeren Alters noch nicht die gleichen Sprossen auf der Karriereleiter erklimmen haben. Insgesamt befinden sich alle verschiedenen sozialen Positionen in demjenigen oberen Teilfeld des sozialen Raums, das in seiner Kapitalstruktur vom kulturellen Kapital dominiert wird¹⁹.

Wie einzelne Berufe, so ließen sich auch größere Berufsgruppen (zum Beispiel im Bildungs- und Wissenschaftsbereich, im Gesundheitswesen, in der Verwaltung) in Teilfelder des sozialen Raums mit charakteristischen Strukturmerkmalen einordnen. Einige dieser „Berufsbereichsräume“ sind im folgenden abgebildet²⁰. Um einem möglichen Mißver-

ständnis vorzubeugen, sei darauf hingewiesen, daß aufgrund der vorgegebenen Struktur des Raums der sozialen Positionen und Lagen *nicht* von der Größe der eingekreisten Gebiete auf die Zahl der Erwerbstätigen eines Berufs geschlossen werden darf. So gibt es etwa im

linken hinteren und mittleren Teil der unteren Hälfte des sozialen Raums sehr dicht „besiedelte“ Bereiche, gleichzeitig aber auch sehr dünn besiedelte Bereiche etwa in der oberen Hälfte und im unteren rechten Bereich.





Anhand dieser Verortung der Berufe konnten wir in einem weiteren Arbeitsschritt den Raum der sozialen Positionen nach weiteren sozio-ökonomischen Merkmalen strukturieren, etwa nach dem Zusammenhang von Beruf und Geschlecht. Bei den erwerbstätigen Frauen fällt besonders deutlich auf, daß sie in der gesamten linken Hälfte des sozialen Raums (in der Relation bedeutet dies mehr kulturelles als ökonomisches Kapital) starke Zuwachsraten zu verzeichnen hatten. Hier finden wir eine überzeugende Bestätigung unserer These von der „Öffnung des sozialen Raums“. Die Lage der stark expandierten Berufe bei den Frauen deutet einerseits auf einen sehr großen Nachholbedarf in der Verbesserung der beruflichen Qualifikation gegenüber den erwerbstätigen Männern hin. Andererseits zeigt sich, daß die Frauen den Weg zu einer „Gleichstellung im Berufsleben“ -wenn überhaupt- nur über gute bis sehr gute beruf-

liche Ausbildungsqualifikationen, das heißt über den vermehrten Erwerb kulturellen Kapitals beschreiten können.

In der sozialen Lage und der Positionierung der genannten Berufe im sozialen Raum sehen wir eine Bestätigung der eingangs begründeten Analyse des gesamten Raums der sozialen Positionen. Wenn unsere Hypothese von der sozialstrukturellen Heterogenität und der gleichzeitigen (relativen) Homogenität des Lebensstils in den neuen sozialen Milieus trifft, dann dürften sich nicht nur Angehörige qualifizierter Humandienstleistungsberufe in den neuen sozialen Milieus finden. Eine empirische Bekräftigung unserer Hypothese, daß sich an die hegemonialen alternativen „Stamm-Milieus“ Teile anderer sozialer Milieus anlehnen, sehen wir in den *Strukturparallelen*, welche die „neuen Berufe“ in den sozialen Positionen aufweisen. In unmittelba-



rer Nachbarschaft zu den qualifizierten Humandienstleistungsberufen finden wir technische Intelligenzberufe wie Ingenieure, Techniker, Datenverarbeitungsfachleute, aber auch qualifizierte Verwaltungsberufe. Sie alle weisen -wie die o.a. Humandienstleistungsberufe- insgesamt hohe Wachstumsraten seit 1950, stark expandierende Frauenanteile insbesondere seit Anfang der siebziger Jahre, überdurchschnittlich hohe Anteile in den jüngeren und mittleren Altersgruppen bis 45 Jahre und relativ hohe formale Bildungsqualifikationen auf. Dies deutet darauf hin, daß Humandienstleistungsberufe, Teile der technischen Intelligenz und qualifizierte Verwaltungsberufe neben Teilen der Ausbildungspopulationen und anderer Nichterwerbspersonen zu dem Bevölkerungspotential gehören, aus dem sich im wesentlichen die von uns angenommenen neuen sozialen Milieus rekrutieren.

Thomas Hermann, Dipl.- Sozialwissenschaftler, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover.

Anmerkungen

- 1 Der Beitrag ist eine überarbeitete Fassung meines Referats auf der Tagung „Kulturelle Orientierungen neuer sozialer Bewegungen“ der DVPW Ad-hoc-Gruppe „Neue soziale Bewegungen“ vom 01.-03.12.1989 in Bonn. Es handelt sich um einige Zwischenergebnisse des Forschungsprojekts „Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus“ (Universität Hannover, Institut f. Pol. Wissenschaft). Ein umfangreicheres Arbeitspapier, in dem Fragestellung und Methode, Datenmaterialien und -auswertungen sowie Interpretationen in umfassender Weise dokumentiert sein werden, wird voraussichtlich im August 1990 erscheinen.
- 2 Vgl. den Beitrag unserer Projektgruppe in diesem Heft.
- 3 Vgl. den Beitrag unserer Projektgruppe in diesem Heft, dort vor allem Anmerkung 8.
- 4 Pierre BOURDIEU, Die feinen Unterschiede, Frankfurt/M. 1982, S.563-566. Es handelt sich um zahlenmäßig überproportional gewachsene Berufe, die hauptsächlich in der linken Hälfte des Bourdieuschen sozialen Raumes zu finden sind, das heißt relativ über mehr kulturelles als ökonomisches Kapital verfügen (siehe dazu das Schema auf den S.212f. in den ‚feinen Unterschieden‘).
- 5 Vgl. den Beitrag unserer Projektgruppe in diesem Heft, dort vor allem Anmerkung 4.
- 6 Der Anteil der Erwerbstätigen im Primären Sektor an der Gesamtheit der bundesdeutschen Erwerbstätigen ging von 23,3% 1950 auf 4,2% (1988) zurück. Heute gibt es etwa 700.000 Kleinbauern weniger.
- 7 Der Angestellten- und Beamtenanteil hat sich von 21% der Erwerbstätigen 1950 auf 50,8% (1988) mehr als verdoppelt, während der Arbeiteranteil im gleichen Zeitraum von 51% auf 38,1% schrumpfte.
- 8 Ich beschränke mich im folgenden auf die Erwerbstätigen. Eine -nicht nur für unsere Zwecke- vollständige Sozialstrukturanalyse muß notwendigerweise auch alle anderen sozialen Gruppen und Klassen wie die Ausbildungspopulationen (Schüler, Studenten), die Erwerbslosen, die Nichterwerbspersonen im erwerbsfähigen Alter (Hausfrauen, -männer), die Bezieher von Renten und anderen staatlichen und privaten Transferzahlungen, die Nichterwerbsfähigen und Anstaltsinsassen sowie marginalisierte Gruppen wie Obdachlose, Vagabunden usw. einbeziehen. Diesbezügliche Analysen sind Bestandteil unserer noch laufenden Forschungsarbeit.
- 9 Dies betrifft jedoch nicht nur die sogenannten Humandienstleistungsberufe, sondern zeigt sich auch in den Neuordnungen und Umstrukturierungen im betrieblichen Ausbildungswesen der Metall-, Elektro-, kaufmännischen und Umweltberufe im Zuge der Einführung neuer Technologien, die in erhöhtem Maße Verantwortungsbewußtsein, selbständiges Handeln erfordern (vgl. dazu unter anderem die Gesamtdokumentation des BIBB-Fachkongresses über „Neue Berufe – Neue Qualifikationen“ vom 07.-09.12.1988 in Berlin; Horst BIERMANN (1989), Pädagogisierung der betrieblichen Erstausbildung, Hannover, verv.Ms.; Wilfried KRUSE/Gertrud-KÜHNLEIN/Angela PAUL-KOHLHOFF/Jürgen STRAUSS, Berufsausbildung im Wandel – Neue Aufgaben für die Berufsschule, Gutachten für die Max-Träger-Stiftung, Frankfurt/M. 1989 (MTS-Script Nr.3); das SIEMENS-Projekt „PETRA“ (Projekt- und transferorientierte Ausbildung) sowie auch veränderte ökologische Bewußtseinsformen bei Industriefacharbeitern: Hartwig HEINE/Rüdiger MAUTZ, Haben Industriefacharbeiter besondere Probleme mit dem Umweltthema?, in: SOZIALE WELT, 39 (1988)2, S.123-143.
- 10 Das „neu“ weist hier auf die (absolut und/oder prozentual) überproportionalen Wachstumsraten dieser Berufe seit 1950 hin.
- 11 Auf eine Diskussion der unterschiedlichen Entwicklungsprozesse innerhalb dieser Berufsbereiche muß ich hier aus Platzgründen verzichten.
- 12 Eine Bestätigung für diese Prognose findet sich in einer Untersuchung des GEW-Kreisverbandes Oldenburg an 33 allgemein- und berufsbildenden Schulen. Es ergab sich eine deutliche Überrepräsentanz der 36 – 50jährigen (68%), also der Generationen, die ihre Ausbildung in den sechziger und siebziger Jahren abgeschlossen haben. Dagegen fehlen fast vollständig die im letzten Jahrzehnt ausgebildeten Lehrer und Lehrerinnen (erschieden in: Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen, 1/89, S.3). Die vergleichsweise „günstige“ Altersschichtung an den Gymnasien läßt sich allerdings für einige Gymnasien in Hannover schon nicht mehr nachvollziehen: Hier finden wir zum Teil Lehrkörper, die fast ausschließlich aus 45- bis 55jährigen bestehen.
- 13 Sie enthält für jede der 163 Berufsgruppen die absoluten und prozentualen Angaben über die Größe zwischen 1950 und 1987, altersmäßige Zusammensetzung, allgemeinbildende Schul- und berufliche Ausbildungsabschlüsse (einschließlich der Kategorie „ohne Ausbildungsabschluß“), die Stellung im Beruf, die Verteilung auf Wirtschaftsabteilungen, die überwiegend ausgebildete Tätigkeit, die wöchentliche Arbeitszeit, das monatliche Nettoeinkommen der Voll- und Teilzeiterwerbstätigen, den Anteil ausländischer Erwerbstätiger sowie die Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit. Alle Angaben werden für die Berufsordnung insgesamt sowie für Männer und Frauen getrennt aufgeführt.
- 14 Vgl. Theodor GEIGER, Die soziale Schichtung des Deutschen Volkes, Stuttgart 1932; Soziale Gliederung der deutschen Arbeitnehmer, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik (AfSS), B.69, Tübingen 1933, S.151-188; ders., Statistische Analyse der wirtschaftlichen Selbständigkeit, in: AfSS, B.69, Tübingen 1933, S.407-439; ders., Theorie der sozialen Schichtung, in: ders., Arbeiten zur Soziologie, Neuwied 1962, S. 186-205; sowie Dagmar MÜLLER, Soziale Lagen und Mentalitäten in der Schichtungsanalyse Theodor Geigers, Diplomarbeit am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover, 1988.
- 15 Die jüngsten Berufszugehörigen können aufgrund ihres geringen Alters in der Regel zwar die gleiche oder eine höhere Bildungsqualifikation nachweisen, werden dem Einkommen und der Position in der Betriebshierarchie nach vermutlich jedoch eher die unteren und mittleren Ränge einnehmen, was letztlich eine niedrigere soziale Position bedeutet.
- 16 Diese ständige Möglichkeit zur Korrektur sozialer Positionen stellt ein wesentliches qualitatives Element unseres Analyseprozesses dar. Auch GEIGER (1932, Anm. 14, S.17f.) betont bei der Erläuterung seines ascendierenden Sondierungsverfahrens die Notwendigkeit einer „steten Bereitschaft zur Korrektur der arbeitshypothetisch vorgestellten Maßstäbe“.
- 17 Pierre BOURDIEU, (1982, Anm. 4, S.176-182) (Variablen und Variablensysteme).
- 18 Die folgenden Aussagen mögen in den Ohren einiger LeserInnen möglicherweise recht pauschal bzw. vorurteilsbehaftet klingen, die Strukturen sind jedoch nicht von der Hand zu weisen!
- 19 Die objektive Benachteiligung von Frauen in der Berufsgruppe der Hochschullehrer, das heißt die Zuweisung niedrigerer sozialer Positionen trotz gleicher Qualifikationen, wird auch durch Resultate eines Forschungsprojekts an der Universität Hannover, in dem ein Konzept zur Förderung von Frauen und Frauenforschung/Frauenstudien entwickelt werden soll, bestätigt. Es zeigte sich, daß einerseits die Eintrittsbarrieren für Naturwissenschaftlerinnen in der Hochschulbereich ungleich höher liegen als für ihre männlichen Kollegen, andererseits habilitierte Frauen in weitaus geringerem Maße die Möglichkeit haben, C 3- und C 4-Stellen zu besetzen.
- 20 Da nicht alle Berufsbereichsräume hier abgebildet werden können, sei darauf hingewiesen, daß sich die Berufe in der Land- und Forstwirtschaft hauptsächlich in den rechten und mittleren unteren Teilzonen (das heißt relativ mehr ökonomische als kulturelle Kapitalanteile) und die Handels- und Geldgeschäftsberufe in den meisten Fällen in den rechten oberen und mittleren Teilzonen (das heißt auch relativ mehr ökonomische als kulturelle Kapitalanteile) des sozialen Raums befinden.

„Zukunft der Reformpolitik?“

Die politische Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels bei SPD und Grünen

Tagung der Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen

(21. November – 23. November 1990 in Saarbrücken)

Elisabeth-Seibert-Kolleg der Friedrich-Ebert-Stiftung
(Eifelstr. 35, 6600 Saarbrücken)

Die neuen sozialen Bewegungen haben dazu beigetragen, daß die politische Sensibilität einer sich im Umbruch befindenden Industriegesellschaft gewachsen ist. Das Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie, von Risikogesellschaft und industrieller Wachstumseuphorie wäre ohne diese Initiativfunktion der neuen sozialen Bewegungen ebensowenig bewußt worden wie die Folgen eines sich wandelnden Geschlechterverhältnisses. Impulse der neuen sozialen Bewegungen betreffen Fragen der Kommunal- und Städtebaupolitik ebenso wie die Sozialpolitik, die Umweltpolitik, die Bildungspolitik oder Fragen von Sicherheit und Frieden. Der europäische Entspannungsprozeß und der Prozeß des staatlichen Zusammenschlusses Deutschlands überlagern zur Zeit die Diskussionen über politische Reformen. Absehbar ist jedoch der Zeitpunkt, an dem unter veränderten europäischen Rahmenbedingungen und neuen sicherheitspolitischen Akzenten die Politikfelder wieder in den Vordergrund treten, um die sich der innergesellschaftliche soziale und politische Protest in den zurückliegenden Jahren gruppiert hat.

Anstöße der neuen sozialen Bewegungen sind von allen Parteien aufgegriffen worden. Dennoch wurde vor allem die rot-grüne Option in den vergangenen Jahren vielfach als Bedingung der Möglichkeit einer neuen Reformpolitik verstanden, die aus den Fehlern des sozialtechnokratischen Reformansatzes der späten 60er Jahre gelernt hat. Derzeit scheint jedoch die Bereitschaft zu einer neuen Reformpolitik bei SPD und Grünen geschwunden. Die Stagnation des Reformflügels der Grünen und die derzeitigen wahltaktischen Überlegungen der SPD drängen ein rot-grünes Bündeln der Reformkräfte immer mehr ins Abseits. Mit Hilfe der Bilanz vorhandener rot-grüner Praxis werden die aufgeworfenen Fragen überprüft.

Die forcierten Bemühungen der Parteien, im Prozeß der deutschen Vereinigung auch gesamtdeutsche Parteiorganisationen aufzubauen, werden das Parteiensystem verändern. Welche Folgen dies für Mitgliederstruktur, Wahlchancen, Programmatik und die Parteienstruktur insgesamt hat, werden Fragen sein, denen wir im Rahmen der Tagung nachgehen wollen.

Gegenstand der Novembertagung in Saarbrücken ist vor dem Hintergrund der hier knapp skizzierten Überlegungen zunächst eine Bestandsaufnahme neuerer Resultate der Parteienforschung mit Schwerpunkt SPD und „Die Grünen“. Die Ergebnisse dieser Studien können als Ausgangspunkt einer Diskussion dienen, die zum einen das Spannungsverhältnis von ausgeweiteter politischer Partizipation (neue soziale Bewegungen, intermediärer Bereich der Politikvermittlung) und Parteiensystem, zum anderen den Prozeß der selektiven Bearbeitung gesellschaftlicher Problemlagen durch SPD und Grüne behandeln soll. Überlegungen zur civil society und zur multikulturellen Gesellschaft sollen schließlich als mögliche Integrationsrahmen einer „neuen Reformpolitik“ erörtert werden, innerhalb derer der antiinstitutionelle Affekt von Teilen der neuen sozialen Bewegungen ebenso zur Disposition gestellt werden müßte wie die bloße Beschränkung der Parteien auf Wählerstimmenmaximierung unter Verzicht auf tiefgreifende gesellschaftliche Reformvorhaben.

Parteienforschung, politische Theorie und Sozialwissenschaft sollen im Rahmen der Tagung angemessen vertreten sein. Der TeilnehmerInnenkreis des Seminars soll zum anderen Personen aus dem Umkreis der neuen sozialen Bewegungen, Praktiker des intermediären Bereichs sowie Politiker der SPD und der Grünen einschließen. Die Herausgeber des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen setzt damit die Tradition ihrer alljährlich stattfindenden Saarbrückener Tagungen fort, Theoretiker und Praktiker zum konstruktiven Dialog einzuladen.

Die Beiträge dieser Tagung sollen Grundlage eines Themenheftes des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen werden, das zum Thema „Sozialer Wandel und politische Reform“ Anfang nächsten Jahres als Heft 1/91 erscheinen soll.

Tagungsablauf

Mittwochabend: (ca. 19.30 Uhr bis 22.00 Uhr)

Seminareinführung durch die Veranstalter

Reformimpulse der neuen sozialen Bewegungen und der Grünen – Versuche eines politikfeldbezogenen Überblicks

(Referenten: Roland Roth, Dieter Rucht, Frank Nullmeier)

Donnerstagmorgen: (ca. 9.00 Uhr bis 12.30 Uhr)

Die Grünen nach 10 Jahren – Ergebnisse eines Forschungsprojekts

(Referent: Joachim Raschke)

Donnerstagnachmittag: (ca. 14.30 Uhr bis 18.00 Uhr)

Rot-Grüne Koalition: Bilanzen, Erfahrungsberichte und Perspektiven

(Referenten u.a.: Björn Johnson zu Hessen; Thomas Hermann zu Niedersachsen; Ulrich Geissler zu Frankfurt; N.N. zur Situation in der DDR-Bürgerrechtsbewegung; N.N. zu Berlin)

Donnerstagabend: (ca. 19.30 Uhr bis 22.00 Uhr)

Chancen und Risiken der SPD in einer gesamtdeutschen Gesellschaft

(Referent: Konrad Schacht)

Freitagmorgen (ca. 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr)

Eine neue Reformpolitik: Möglichkeiten und Grenzen – Podiumsgespräch und Diskussionsbeiträge

* ideengeschichtlich: (Soziale Bewegungen und Reform; Referent: Otto Kallscheuer)

* systematisch: (civil society; Referent: Ansgar Klein)

* soziologisch: (Von der multikulturellen Gesellschaft zur „Vielvölkerrepublik“; Referent: Claus Leggewie)

* politologisch-soziologisch: (intermediärer Bereich und Parteien; Parteien und Neue Soziale Bewegungen)

(Podiumsgespräch unter Leitung von Dr. Frank Nullmeier zwischen Prof. Dr. Joachim Raschke, Dr. Helmut Wiesenthal, Bremen; Ottmar Schreiner, SPD-MdB; Dr. Antje Vollmer, MdB, Fraktions-sprecherin „Die Grünen“)

Seminarleitung: Thomas Leif, Jupp Legrand, Ansgar Klein

(Für Übernachtung und Verpflegung entstehen den Teilnehmern Kosten von DM 50,00.)

Seminaranmeldung und -unterlagen:
Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
c/o Thomas Leif
Neubauerstr. 12
6200 Wiesbaden

Heiko Geiling

Ob Provinz oder Provinzmetropole: „Die Wüste lebt“ – Anmerkungen zu „Bewegungsmilieus“ in Reutlingen, Oberhausen und Hannover

„Neue soziale Bewegungen? Ach so, du meinst Anti-AKW-Demos, Blockaden der Friedensbewegung und so was!“ Vergleichbare Assoziationen zum Begriff der neuen sozialen Bewegungen ließen sich entsprechend fortführen. Sie kreisen in der Regel um spektakuläre, veröffentlichte Großereignisse und Begebenheiten, die den Medien eine „Spitzenmeldung“ wert sind. Im Rahmen unserer alltäglichen Rezeptionsgewohnheiten mag dies nur allzu verständlich erscheinen, zumal wenn von *neuen* sozialen Bewegungen die Rede ist und dies nicht selten mit *ungewohnt* gleichgesetzt wird. Daß sich diese eher vordergründigen Wahrnehmungen nun selbst bei professionellen Betrachtern häufig einstellen, mag damit zu tun haben, daß Führerpersönlichkeiten, proklamierte Ideologien und Organisationsstrukturen sich einfacher und schneller als Projektionsflächen für unerfüllte Erwartungen und Hoffnungen anbieten als die ‚graue‘ Alltagspraxis, die allerdings immer auch als notwendige Reproduktionsbasis sozialer Bewegungen fungiert

Ebenso notwendig für das Verständnis neuer sozialer Bewegungen ist die Untersuchung von Phasen der Latenz, Ruhe und Reproduktion. Latenzphasen als solche zu erkennen und dabei nicht vorschnell unter den Vorzeichen von Niederlagen und Zerfall zu analysieren, setzt voraus, die Organisations- und Ideengeschichte sozialer Bewegungen im Kontext der konkreten Lebenszusammenhänge ihrer sozialen Akteure und ihrer Aus- und Abgrenzungspraktiken zu analysieren. Auf die neuen sozialen Bewegungen der Bundesrepublik bezogen erfordert dies die Analyse der Geschichte ihrer Selbstkonstituierung zu lokalen

„Bewegungsmilieus“ mit eigenen Integrationsideologien, durchaus widersprüchlichen Praktiken alltäglicher Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung und diversen Elementen des Lebensstils und des Habitus. Auch das Verhältnis der Bewegungsmilieus zu den konventionellen bzw. hegemonialen bürgerlichen Milieus muß für diese Zwecke analysiert werden.

Damit sind wir beim Thema. Es leitet sich von der Hypothese ab, daß die mit den studentischen Protestbewegungen Ende der sechziger Jahre entstehenden Bewegungsmilieus und neuen sozialen Bewegungen so etwas wie die Spitze des Eisbergs gesellschaftlicher Öffnungs- und Modernisierungsprozesse repräsentieren. Sie üben dabei erheblichen Einfluß auf die sich auch in den übrigen gesellschaftlichen Bereichen veränderten Formen und Inhalte sozialen und politischen Engagements, der politischen Partizipation, Öffentlichkeit und des Alltagslebens aus. Die Bewegungsmilieus beeinflussen Konturen, Themen und Praxisformen der auch in traditionelle Sozialmilieus hineinreichenden „neuen sozialen Milieus“. Umgekehrt bilden die im Zusammenhang gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse entstandenen neuen sozialen Milieus ihrerseits ein Reservoir für verschiedene, sich in den neuen sozialen Bewegungen manifestierenden Bewegungskonjunkturen und -kulturen.

Aufgabe unseres Forschungsprojekts war es nun, sich in ausgesuchten Regionen den entsprechenden Bewegungsmilieus anzunähern, um Entstehungszusammenhänge, soziale Binnenstrukturen bzw. Muster sozialer Kohäsion und Abgrenzung sowie regionale Besonderheiten auch im Hinblick auf nachfolgende



Befragungen zu analysieren. Mit Reutlingen, Oberhausen und Hannover haben wir drei in Wirtschaft, Region und Größenordnung unterschiedliche Städte ausgesucht. Allen drei Städten gemeinsam ist die Präsenz der „Alternativen“ in den jeweiligen Kommunalparlamenten sowie eine mehr oder weniger ausgeprägte Infrastruktur „alternativer“ Politik- und Lebensstilelemente, wie Bürgerinitiativen, Kinderläden, Alternativprojekte usw. Darüber hinaus existierende Gemeinsamkeiten und Unterschiede konnten in einem ersten Annäherungsversuch mit Hilfe von Pilotuntersuchungen² ermittelt werden. Sie eröffneten vorläufige Einblicke in historische und aktuelle Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen. Die wichtigsten Ergebnisse sollen folgend kurz skizziert werden.

Reutlingen, Oberhausen und Hannover in einem Atemzug zu nennen, mag einigermaßen ungewöhnlich erscheinen. Doch angesichts der Fragestellung, inwieweit gesellschaftliche Modernisierungen in den letzten 20 Jahren zur Herausbildung neuer sozialer Milieus beigetragen haben – und zwar nicht nur in den sogenannten ‚Metropolen‘ der Bundesrepublik –, bieten sich bei der Analyse der lokalen Bewegungsmilieus einige Vergleichsmöglichkeiten an:

1. Die neuen Bewegungsmilieus hatten ihre Existenz und Identität gegen die örtlichen *hegemonialen Milieus* zu entwickeln und abzugrenzen. Sie praktizierten dabei entsprechend ihrem Habitus jeweils einen bestimmten Stil politischer Kultur. In Reutlingen überwog der subtil ausgrenzende Stil des als ‚spießig‘ gewerteten mittleren Industriebürgertums. In Oberhausen hatte eine in den sechziger Jahren an die Macht gelangte politische Elite aus Gewerkschaftern, Parteilinken und Kulturintelligenz einen offenen und integrativen (teilweise überprotektiven) politischen und kulturellen Stil entwickelt. In Hannover hat die

wenig transparente Koexistenz heterogener Partialeliten (Landes- und Stadtbürokratien, politische SPD-Hegemonie, Adels-, Handels-, Gewerbe- und Konzerneliten) eine charakteristische Konturlosigkeit produziert, was zu einem widersprüchlichen Stil gegenüber den Bewegungsmilieus führte; sie wurden entweder ausgegrenzt, diszipliniert oder partiell akzeptiert.

2. Die Bewegungsmilieus wurden zugleich von bereits existierenden *Oppositionsmilieus* geprägt, die eine Art ‚Milieu-Stammbaum‘ bildeten. Zu ihnen gehörten an allen drei Orten die lokalen Jugendkulturen, linke Gewerkschafts- und Parteimilieus und die linke Kulturintelligenz. In Hannover gab es zusätzlich ein wachsendes Milieu der pädagogisch-wissenschaftlichen Hochschulintelligenz. In Oberhausen ist das Oppositionsmilieu seit Ende der sechziger Jahre teilweise mit dem politisch hegemonialen Milieu identisch.

3. Die *soziale Rekrutierung* der neuen Bewegungsmilieus beeinflusst verschiedene Ausprägungen ihres Habitus. In Reutlingen überwiegen PH-Absolventen, Sozialarbeiter und Gewerkschafter, während eine Milieu-Elite wenig ausgeprägt ist. In Oberhausen gibt es keine Hochschule; es überwiegt eine gewerkschaftlich-arbeitnehmerische Jugendkultur. In Hannover als relativ großem Hochschul- und Tertiärzentrum ist das Bewegungsmilieu nach oben stark geschichtet und – durch die erhebliche Regionalzuwanderung – weniger bodenständig und mehr zerfasert als in Reutlingen und Oberhausen.

4. Mit diesen Bedingungen hängen offenbar auch die verschiedenen Praxisformen der regionalen Bewegungsmilieus zusammen. Während die *Vergemeinschaftungen* in Hannover nach örtlichen und sozialen Teilgruppen partikularisiert sind und oft auch anomischer verlaufen, sind sie in den anderen Regionen stärker integriert und versetzen die



Akteure besser in die Lage, gemeinsam gesellschaftlich und politisch zu handeln. Zwar haben alle drei Bewegungsmilieus ähnliche Phasen durchlaufen: von den Phasen der Protestbewegung und des Proletkults (sechziger/siebziger Jahre) bis zu den Phasen der Projektkultur und der Großbewegungen (siebziger/achtziger Jahre). In Hannover aber finden sich stärkere Entmischungen, in deren Folge sich zum Beispiel Gewerkschafter, Hochschuldozenten, Lehrer und alternative ‚Unternehmer‘ aus dem Bewegungsnexus lösten. Entsprechend ist die Spannweite des Habitus. Während in dem integrierten und vorwiegend plebejisch-respektablen Milieu von Reutlingen egalitäre und unpräzise Formen überwiegen, kommen in Hannover auch Teilmilieus mit distinktiven Formen hinzu; Oberhausen bildet einen Zwischentypus. Dazu sollen im folgenden einige Beobachtungen vorgestellt werden, die jeweils nach der Beschreibung konventioneller städtischer Strukturen die besonderen Merkmale der Bewegungsmilieus berücksichtigen.

1. „Was heißt das schon, Provinz!?“

Als Industrie- und Handelsstadt mit etwa 100.000 Einwohnern erscheint Reutlingen gegenüber dem nur 13 km entfernten Tübingen –der „Stadt des Geistes und der Kultur“– abgewertet als Provinz ohne urbane Kultur und Anziehungskraft. In der traditionell mittelständischen Industrie Reutlingens dominierten früher die Textilindustrie, der Textilmaschinenbau und das metallverarbeitende Gewerbe, das heißt Industrien, die zum großen Teil den Modernisierungsanforderungen gewachsen waren, so daß heute die zukunfts-trächtige elektronische Industrie –insbesondere Bosch– größter Arbeitgeber ist.

1962 wurde in Reutlingen eine Pädagogische Hochschule für ca. 3.000 Studenten eingerichtet. Bis auf einen kleinen Bereich für Sonderpädagogik ist sie seit einigen Jahren geschlossen. An ihrer Stelle wurde ein Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (eine jener in Baden-Württemberg eingerichteten „Exportakademien“) eröffnet, die nun ihrerseits 3.000 Studenten hat. Daneben existiert mit 450 Studenten eine Fachhochschule für Sozialwesen –sozusagen ein „Rest“ der alten PH. Nach der Einschätzung unserer Interviewpartner hielt die politische Nachkriegs-ära in Reutlingen bis 1973 an, dem Jahr, als der langjährige SPD-Oberbürgermeister aus Altersgründen nicht mehr kandidierte. Der als „Populist“ und zugleich „patriarchalischer Alleinherrscher“ im Konsens mit Arbeiterschaft und Industriebürgern charakterisierte Oberbürgermeister konnte auf der Basis anhaltender prosperierender wirtschaftlicher Entwicklung „seine“ Reutlinger zufriedens-tellen (ausgebaute Infrastruktur: Schulen, Sport usw.). Der Einfluß der politischen Parteien blieb entsprechend reduziert. Stattdessen dominierten Klientelbeziehungen.

Sein Nachfolger wurde 1973 ein CDU-Kandidat, der sich mit großer Überlegenheit gegen einen „zu intellektuell wirkenden“ Kandidaten der SPD durchsetzte, um dann die Politik seines Vorgängers fortzuführen. Die CDU war bis etwa 1968 ohne großen Einfluß in der Stadt. Erst ein FDP-interner Konflikt um Stellungnahmen zur gewerkschaftlichen „Mitbestimmung“ ließ die FDP-Anhängerschaft zur CDU überwechseln. Im Reutlinger Stadtkern beziehungsweise in der Altstadt haben DIE GRÜNEN bei den Bundestagswahlen 1987 zwischen 19 und 26% der Stimmen erhalten, im Durchschnitt waren es in der Stadt 11,5%. Dominierende Gewerkschaft in Reutlingen war schon immer die Industrie-gewerkschaft Metall (IGM), die in ihrer Struktur

dem Paternalismus der SPD vergleichbar war. An ihrer Spitze bewegten sich zwei als „Patriarchen“ (Jahrgang 1925) geschilderte Männer –der eine als IGM-Bevollmächtigter, der andere als Betriebsrat von Bosch–, die arbeitsteilig sowohl „Linke“ als auch Anhänger der „Sozialpartnerschaft“ mit mehr oder weniger Druck integrieren konnten.

Ansätze für ‚alternative‘ Politik in den fünfziger und sechziger Jahren existierten in Reutlingen im Bereich der IGM. Daneben gab es eine kleine Künstlerkolonie um HAP Grieshaber und für jüngere Leute den „Jazzklub in der Mitte“. Im wesentlichen aber war es die IGM, die die verschiedenen politischen Themen und Konflikte dieser Jahre aufgriff und in die lokale Öffentlichkeit brachte. Gegen Ende der sechziger Jahre wurde die PH im Zusammenhang der studentischen Protestbewegung Kristallisationszentrum neuer Ideen und Organisationen. Im Gegensatz zu den heutigen, größtenteils zugereisten Studenten der Exportakademie handelte es sich bei den PH-Studenten zumeist um Bildungsaufsteiger aus Reutlingen und dem Umland. Junge FDP-Angehörige und Jusos waren die einzigen, die sich in der Stadt bereitfanden, für einige neue Ideen der Studenten, wie etwa die eines selbstverwalteten Kommunikationszentrum, einzutreten. Mit ihrer Hilfe entstand 1968 die „Galerie Zelle“, die noch heute als autonomes Zentrum existiert und als zentraler Vergesellschaftungsort die Kontinuität des Reutlinger ‚alternativen‘ Milieus repräsentiert. Die Beschaffung eigener Räumlichkeiten unter dem Slogan der ‚Selbstverwaltung‘ bzw. Autonomie war wie in den anderen Städten eines der ersten organisatorischen Schritte der zumeist studentischen Initiativen.

Ebenso wie in Hannover und Oberhausen finden wir in Reutlingen das Auftreten sogenannter Vermittlerpersönlichkeiten zwischen ‚Etablierten‘ und ‚Alternativen‘. Nicht selten

handelt es sich dabei um Personen, die in gewerkschaftlichen, parteipolitischen und anderen Zusammenhängen tätig waren und sind, dabei allerdings als „Querdenker“ nie das Machtzentrum jeweiliger Zusammenhänge besetzten, sondern sich immer an der Peripherie aufhielten. Als Personen verkörpern sie mit ihren Aktivitäten so etwas wie lokale Geschichte, geraten bei Konflikten häufig zwischen die Linien, das heißt, sie werden von den einen idealisiert und von den anderen verdammt.

In der sogenannten „Proletkult-Phase“ Anfang der siebziger Jahre gewann Reutlingen auch für einige Tübinger Studenten Attraktivität, da sich ihnen die Reutlinger Betriebe und die IGM für ‚avantgardistische‘ sozialistische Betriebsarbeit anboten. Während die Arbeit der K-Gruppen eher kurzfristig war, gewann die DKP einigen Einfluß, wie auch der MSB-Spartakus an der PH. In den siebziger Jahren –ebenso wie noch heute– war es für Reutlingen bezeichnend, daß es keine „alternative Okkupation öffentlicher Räume“ gab. Es gab beispielsweise keine Hausbesetzungen und militanten Auseinandersetzungen mit unversöhnlichem Charakter. Manifeste Aus- und Abgrenzungskonflikte verlagerten sich stattdessen nach Tübingen, wo die „Verantwortlichen“ der Bezirksregierung für Berufsverbote etc., von denen ja auch Reutlinger betroffen waren, saßen. Andererseits war und ist es in Reutlingen üblich, Konflikte nicht vor der Haustür auszutragen.

Das politische Establishment Reutlingens hütete sich vor Konfrontationen, um sich an den Stellen, wo es aus der Praxis seiner klientelistischen Wirtschafts- und Politikbeziehungen angreifbar gewesen wäre, bedeckt zu halten. Die Kleinräumigkeit der Stadt sowie die relative Seßhaftigkeit auch der jüngeren Generationen hat zur Folge, daß man heute nicht mit allen Mitteln rücksichtslos agieren kann, wenn man



„Auch noch morgen mit den Leuten auskommen will. Dieses ‚Nachbarschaftsprinzip‘ bedeutet, daß auf der einen Seite nichts vergessen wird, auf der anderen Seite aber Aus- und Abgrenzungen subtiler praktiziert werden. Die soziale Kontrolle ist eng- und feinmaschig zugleich. Dies entspricht offensichtlich dem ‚Reutlinger Habitus‘. In der Praxis nimmt sich dies so aus, daß Leute -wie es heißt- häufig „weggeekelt“ werden, ins ‚Exil‘ gehen.

Individualistische, egozentrische Ausbrüche oder elitäre Verhaltensweisen -auch in der ‚alternativen Szene‘- werden hier nicht ernstgenommen. Wer damit etwas erreichen will, versucht es lieber in Tübingen. Auf Vollversammlungen überwiegen egalitäre und pragmatisch orientierte Diskussionen. Es heißt dort: „Pläne, die nicht in der Dorfkneipe ausgeheckt werden, sind suspekt!“ In gleichem Zusammenhang kam in unseren Gesprächen in Reutlingen zum Ausdruck, daß die fehlende urbane Struktur und Kultur nicht nur von Minderwertigkeitsgefühlen begleitet ist. Dazu die Aussage eines Gesprächspartners: „Unsere Formlosigkeit ist eben Ausdruck wahrer Kultur – wir brauchen keine sophisticated people, wir sind authentisch!“

Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre begann sich die Reutlinger ‚Projekt-Szene‘ zu stabilisieren. Den Anfang machten Absolventen der PH der Geburtsjahrgänge 1954-56, die zu Beginn der siebziger Jahre ihr Studium aufgenommen hatten und nun aus verschiedenen Gründen (Berufsverbot, Einstellungsstopp für Lehrer usw.) gezwungen waren, sich abseits des öffentlichen Dienstes ein Auskommen zu verschaffen. Die Fachhochschule für Sozialwesen und die PH waren für die Dominanz der pädagogischen Berufe (Erzieher, Sozialpädagogen, Lehrer) verantwortlich. Im Gegensatz etwa zu Hannover, wo in den Hochschulen neben diesen Berufsgruppen auch Mediziner, Juristen, Ingenieure, Archi-

tektekn usw. ausgebildet werden, gibt es in der Reutlinger Projektszene keine ‚alternativen‘ Planer, Architekten, Ärzte und Rechtsanwälte. Dies hat auch etwas damit zu tun, daß der Bedarf bei 100.000 Einwohnern relativ begrenzt ist, wenn man bedenkt, daß der Großraum Hannover 1 Million Einwohner hat.

Die Projektszene selbst reicht mittlerweile von verschiedenen handwerklichen Betrieben und pädagogischen Einrichtungen bis hin zu Landkommunen auf der Alb. Kennzeichnend sind dabei die im Kontext jeweiliger politischer Bewegungskonjunkturen entstandenen Projekte, die zugleich immer auch der individuellen oder kollektiven Reproduktion dienen. Zudem ist kaum eines der Projekte oder Betriebe auf individuellen Gewinn ausgerichtet. Da jeder jeden kennt und damit die Anonymität der Großstadt fehlt, erscheint es unmöglich, ehemaliges politisches Ethos in kommerzialisierter Form fortzuführen.



Reutlingen. Foto: Thomas Herrmann

Auffällig ist in Reutlingen eine Zweiteilung des alternativen Milieus. Auf der einen Seite finden wir Angehörige pädagogischer Berufe, Schüler und andere überwiegend junge Leute. Sie bewegen sich in der Projekt-Szene und sind über verschiedene politische Bewegungszyklen (Studentenbewegung, Frauenbewegung, Anti-AKW-Bewegung, Friedensbewegung) rekrutiert worden. Auf der anderen Seite finden

sich kritische Gewerkschafter, zumeist aus der IGM, die in betrieblichen Zusammenhängen für Gegenöffentlichkeit sorgen und bei den Betriebsratswahlen der Firma Bosch erfolgreich abschneiden konnten.

2. Auch die Wüste lebt, bei uns hier in Oberhausen!

Wollte man Oberhausen, das etwas mehr als 200.000 Einwohner hat, kurz charakterisieren, so fallen zunächst ‚Defizite‘ auf: hohe räumliche Verdichtung, altindustrielle Wirtschaftsstruktur, hohe Arbeitsplatzverluste mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit sowie Wanderungsverluste von Erwerbspersonen; hinzu kommt die geographische Zerstückelung der Stadt, da industrielle Transportwege ein Zusammenwachsen der ursprünglichen Dörfer bzw. Stadtteile verhindert haben. In Verbindung mit den sozialen Aktivitäten der Großindustrie, wie dem Bau von Werkwohnungen, Kindergärten, Schulen, Konsum- und Badeanstalten usw., ergaben sich daraus allerdings enge Betriebs- und Stadtviertelverbindungen über mehrere Generationen hinweg. Die Stadt verfügt über keine Hochschulen und Fachhochschulen.

Oberhausen ist als eine Stadt des Ruhrgebiets katholisch und von der Arbeiterbewegung geprägt. Die Sozialdemokratie hat sich im Verein mit den Gewerkschaften erst in den fünfziger Jahren gegen die Zentrumstradition bzw. die CDU eine hegemoniale Stellung erkämpfen können. Die langjährige Oppositionsrolle der SPD in Oberhausen sowie der in sozialen Kämpfen erprobte Einfluß der Gewerkschaften förderten selbstbewußte und kämpferische Sozialdemokraten. Das unterscheidet die Oberhausener SPD von der in Hannover oder auch in Reutlingen. Hinzu kommt, daß, ebenfalls im Gegensatz zu Reut-

lingen und Hannover, ‚die‘ Oberhausener bei allen Problemen ein positives Verhältnis zu ihrer Stadt haben. Man trifft selten auf Minderwertigkeitskomplexe, Selbstmitleid oder das Kokettieren mit einem vermeintlichen Provinzcharakter der Stadt, die schließlich als „Wiege des Ruhrgebiets“ bekannt ist.

1968 fand in der lokalen SPD-Führung ein Generationenwechsel statt, bei dem die Exponenten der Teilmilieus (Gewerkschafter, Links-Sozialdemokraten, kulturorientierte Linksintellektuelle) fast paritätisch in Machtfunktionen gelangten. Hier ist ein wesentlicher Grund für das „liberale“ Klima zu sehen, mit dem später den ‚Alternativen‘ begegnet wurde. Dieser Generationenwechsel läßt sich auch als ‚öffnung des sozialen Raums in der SPD‘ bezeichnen. In Oberhausen-Nord (Sterkrade) und in Oberhausen-Mitte erhielten DIE GRÜNEN bei den Bundestagswahlen 1987 zwischen 10 und 13,5% der Stimmen. In Gesamt-Oberhausen erhielten sie 6,5% der Stimmen.

Als „Zentrum der Aktionseinheit der Linken“ in Oberhausen wurde 1969 von Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und anderen das Veranstaltungszentrum „K 14“ gegründet. Wenn auch mittlerweile an anderer Stelle, existiert das „K 14“ noch heute und wird von ‚Autonomen‘ ebenso besucht wie von jungen Gewerkschaftern, Jusos und anderen. Vergleichbar mit der „Zelle“ in Reutlingen, fungiert das „K 14“ als Vergesellschaftungszentrum und symbolisiert die Kontinuität der zumeist auf die Arbeiterbewegung bezogenen politischen Aktivitäten und Aktivisten.

Es gab und gibt in Oberhausen eine Reihe von allseits anerkannten ‚Integrationspersönlichkeiten‘ aus der Arbeiterbewegung, die -anders als die Vermittler zwischen den sich abgrenzenden Milieus in Reutlingen und Hannover- mit ihrer klassenkämpferischen Vergangen-

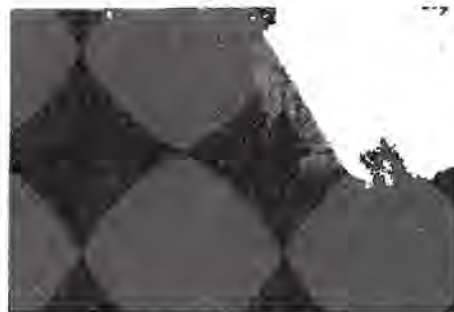
heit ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit repräsentieren und so auch die jüngeren Generationen der bis 1965 Geborenen beeindruckten konnten. Das liberale politische Klima in Oberhausen begünstigte auch die zu Beginn der siebziger Jahre („Proletkult-Phase“) auftretenden Parteigründungen verschiedener K-Gruppen, die in Oberhausen -im Gegensatz zu den Universitätsstädten- weniger von studentischen Habitus-Formen gekennzeichnet waren.

Da es in Oberhausen schon in den fünfziger und sechziger Jahren eine lebendige Demonstrationsöffentlichkeit (Wiederbewaffnungsdiskussionen, Mitbestimmungs-Streiks, Demonstrationen gegen Zechenstilllegungen usw.) gegeben hat, verstießen Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg, die Notstandsgesetze, Fahrpreiserhöhungen usw. in der Stadt nicht gegen den ‚guten Ton‘. Öffentliche Räume und Plätze waren anders als in Reutlingen und Hannover schon immer ein Teil politischer Kultur und Auseinandersetzung. Auf Grund fehlender Hochschulen und Fachhochschulen und -seit Mitte der siebziger Jahre- auf Grund der wirtschaftlichen Krisensituation hat Oberhausen wenig Anziehungskraft für Auswärtige. Dies wiederum bedeutet, daß die Vergemeinschaftung im Zusammenhang sozialdemokratischer Traditionen und Nachbarschaften bis heute relativ hoch entwickelt ist.

Sprunghaft ansteigende Schülerzahlen an Gymnasien und Gesamtschulen mit Beginn der siebziger Jahre signalisierten in Oberhausen eine partielle Umstrukturierung von innen. Zu den Lehrlingen und Jungarbeitern kamen -Ende der siebziger Jahre- Schülergenerationen, die trotz von der Stadt großzügig bewilligter Jugendzentren Schwierigkeiten hatten, dort Autonomievorstellungen zu realisieren.

Wie auch in Hannover etablierte sich ab 1978

in einzelnen Oberhausener Stadtteilen über verschiedene Bürgerinitiativen (Umwelt, Frauen, Arbeitersiedlung Eisenheim, Jugendzentren) eine kleine Projektszene (einschließlich der Bunten Liste = GRÜNE/DKP/Demokratische Sozialisten u.a.). In Gesprächen mit jüngeren Angehörigen dieser ‚Szene‘ kam zum Ausdruck, daß sie sich mit ihren Aktivitäten den laufenden Integrationsbemühungen der städtischen Verwaltung zu entziehen suchen. Ebenso äußerten sie Unbehagen über die häufig als „pädagogische Bevormundung“ empfundene Einmischung der 68er-Gründergeneration, die mittlerweile zumindest teilweise in gewerkschaftliche und sozialdemokratische Führungsfunktionen aufgestiegen ist. Diese als Identitätssicherungen zu verstehenden Abgrenzungsversuche der Jüngeren gelangen in Oberhausen nicht immer, da auf Provokationen wie zum Beispiel Hausbesetzungen seitens der Sozialdemokratie gelassen, das heißt ohne Polizei usw. reagiert wurde und darüber hinaus erhebliche finanzielle Mittel in Bewegung gesetzt wurden, um den Forderungen der jüngeren Generationen zu entsprechen. Statt Ausgrenzungen fanden relativ umfassende Integrationsversuche statt.



Oberhausen. Foto: Thomas Hermann

Die fast krankhaften Integrationsbemühungen des ‚etablierten‘ Oberhausen scheinen ein erhebliches Problem für die ‚Alternativen‘ zu sein. Aus Initiativen wie der „Ruhrwerkstatt“ wurde -wie es in Gesprächen hieß- „ein Paraprojekt der IGM“. Die unabhängigen Jugendzentren „Druckluft“ und „Zeche Altenberg“ verloren ihren autonomen Status. Aus jugendlich vulgären Wandkritzeleien -wie „Fickt alle Schalke-Fans“- entwickelten sich didaktische Graffiti-Kurse usw. Diese relative Gelassenheit im Umgang mit den wenigen ‚Alternativen‘, die bei den Kommunalwahlen mit ihrer Bunten Liste 1979 3,6% und 1983 6,6% der Stimmen erhielten, scheint Ausdruck der noch immer anhaltenden und ungefährdeten Hegemonie von Traditionen der Arbeiterbewegung zu sein.

So lange der Referenzpunkt Arbeiterbewegung nicht in Frage gestellt ist, wird sowohl kommunistischen Gruppierungen wie auch den GRÜNEN Raum gelassen, obwohl die Wähler der Bunten Liste mittlerweile einige Distanz zu den sozialdemokratischen Milieus zu haben scheinen, da sie in der Stadt die ‚besseren‘ Stadtteile bewohnen und wohl auch über Bildung und Beruf aus den traditionellen proletarischen Zusammenhängen langsam herauswachsen.

3. „Immerhin sind wir Provinzmetropole!“

Im Gegensatz zu Reutlingen und Oberhausen hat Hannover dank seiner Lage und seiner urbanen Strukturen den Charakter einer ‚Metropole‘. Damit hängt zusammen, daß in der Stadt alle ‚politischen Konjunkturen‘ durchlaufen worden sind: Politische Bewegungen in der Bundesrepublik haben jeweils auch in Hannover ihren Ausdruck gefunden. Hannover hat 500.000 Einwohner und ist als Landes-

hauptstadt und konkurrenzlose ‚Metropole‘ einer Flächenregion Mittelpunkt eines Agglomerationsraums von ca. einer Million Menschen. Als Sitz nationaler und internationaler Unternehmen, als Messe-Schauplatz für Büro- und Informationstechnik und industrielle Investitionsgüter sowie als öffentliches Verwaltungszentrum ist Hannover die größte Stadt Niedersachsens. Das am Automobilbau orientierte produzierende Gewerbe beschäftigt nur noch ein Drittel der Erwerbstätigen, zwei Drittel sind im sogenannten tertiären Sektor tätig. Mit ca. 45.000 Studenten (1950 = 5.000 und 1968 = 9.000) ist Hannover zudem einer der großen Hochschulstandorte (diverse Fachhoch- und Hochschulen) in der Bundesrepublik.

Wiederum im Gegensatz zu Reutlingen und Oberhausen scheint Hannover nicht von einem Milieu hegemonialisiert zu sein. Weder hat die Stadt eine patrizische Tradition (wie die Hansestädte) noch ist Hannover (wie etwa Oberhausen) eine Stadt der Arbeiterbewegung. Hannover ist vielmehr von heterogenen ‚bürgerlichen Partial-Eliten‘ beherrscht (Industrie-Management, Handelsbürger, Ministerialbürokratie, Welfischer und Calenberger Adel, Gewerkschaftsbürokratie, SPD-Verwaltungsspitze), die sich in einem labilen Gleichgewicht bzw. Konsens befinden und dabei eine Art ‚Bürokratie-Zentrum‘ bilden. Der traditionell bürokratische und heterogene Charakter der Stadtoligarchien hat eine selbstbewußte Praxis bürgerlicher und plebejischer Öffentlichkeit bis heute kaum zugelassen.

Diese vermeintliche ‚Einigkeit in der Konturlosigkeit‘, wie die für Hannover typisch zu sein scheint, mündet in mangelndes Selbstbewußtsein im Umgang mit neuen, vom praktizierten Konsens abweichenden sozialen und politischen Erscheinungsformen. In der Konsequenz führt diese Unsicherheit zu heftigen Überreaktionen und Ausgrenzungen. Die



Hannover. Foto: Thomas Hermann

hannoversche ‚Konturlosigkeit‘, die sich unter anderem in fortwährenden Imagepflegebemühungen ausdrückt, führt darüberhinaus zu der Situation, daß Mächtigpolitik in der Stadt kaum präsent scheint. Es bedarf so etwas wie eines zweiten Blicks, um hinter den unscheinbaren Fassaden bürokratischer Herrschaft Konturen erkennen zu können.

Auch die langjährige Vorherrschaft der Sozialdemokratie auf kommunalpolitischer Ebene hat an dieser Situation nichts geändert. Im Gegenteil: Der genannte labile Konsens wurde und wird auch von der SPD mitgetragen, die insbesondere über ‚ihre‘ Verwaltung immer als disziplinierende Instanz gegenüber Jugend- und Protestkulturen fungiert. Da sie, anders als etwa in Oberhausen, nie in der

Oppositionsrolle agierte und somit nie herausgefordert war, prononcierte politische Positionen zu vertreten, dominieren in der hannoverschen SPD bis heute sozialdemokratische Politiker und Verwaltungsbeamte, die der eigene Apparat und nicht die öffentlichen politischen Auseinandersetzungen mit gegnerischen Parteien hervorgebracht hat. In drei hannoverschen Stadtteilen (Linden, List, Nordstadt) erhielten DIE GRÜNEN bei den Bundestagswahlen 1987 bis zu 35% der Stimmen. Durchschnittlich erhielten sie in Hannover 12,5% der Stimmen.

Die Konstituierung ‚alternativer‘ gesellschaftlicher Praxis verlief, wie in Reutlingen und Oberhausen, über die miteinander verknüpften Zusammenhänge der Universität und der gewerkschaftlichen Traditionen der Arbeiterbewegung. Für Hannover kam noch hinzu, daß es in der Stadt immer lebendige Jugendkulturen gab, die sich mehr oder weniger intensiv den jeweiligen politischen Bewegungen zuordnen ließen. In weiterer Übereinstimmung mit den beiden anderen Städten verlief auch in Hannover der Konstituierungsprozess der Bewegungsmilieus über die Schaffung eigener Räume.

Als 1968 der ‚Club Voltaire‘ von Gewerkschaftern, ‚linken‘ Intellektuellen und Wissenschaftlern, Sozialdemokraten, Kommunisten und Studenten gegründet wurde, hatte Hannover zum ersten Mal einen ‚alternativen‘ Ort der Vergesellschaftung. Doch überlebte dieser nur die ersten eineinhalb Jahre der Aufbauphase, weil zu unterschiedliche Interessen und Ansprüche zusammenkamen und in anschließenden politischen Auseinandersetzungen auch mit entsprechenden Teilideologien kompromißlos ‚besetzt‘ wurden. Erst die Jugendkulturen zu Beginn der siebziger Jahre schafften sich gemeinsame Zentren, von denen das bekannteste – das JUZ Kornstraße – bis in die Gegenwart hinein als Vergesellschaftungsort gerade jugendlicher Protestkulturen fungieren kann. Diese wenig eindeutige Kontinuität unterscheidet Hannover von den beiden anderen Städten. Dort wird die ‚alternative‘ Szene von der relativ konsistenten hegemonialen etablierten Kultur ‚gezwungen‘, einigermaßen geschlossen zu reagieren, um zu überleben.

Charakteristisch für die hannoversche Entwicklung ist ferner die überaus harte Form der Auseinandersetzung zwischen ‚etablierten‘ und ‚alternativen‘ Milieus. Die Ursachen liegen unter anderem in der bereits oben erwähnten Eigenart, daß Macht und Einfluß samt ihrer herrschenden Strukturen in der Stadt nie offensichtlich waren, sondern immer nur auf den zweiten Blick erkennbar. Insbesondere für jüngere Leute, wie etwa die zugewanderten Studenten, war es mit Schwierigkeiten verbunden, die jeweiligen lokal tolerierten Grenzen ihres Verhaltens zu erkennen. Sie waren in der Regel gezwungen, diese Grenzen auszuprobieren.

In der Folge entstand eine zum Teil gewalttätige Spirale der zwischen beiden Milieus praktizierten Aus- und Abgrenzungen. Inmitten dieser Spirale sahen sich die sogenannten ‚Vermittlerpersönlichkeiten‘ plaziert, die als Angehörige älterer Generationen mit Kenntnis der hannoverschen Verhältnisse über den ‚zweiten Blick‘ verfügten und zahlreiche Auseinandersetzungen als vermeidbare Ergebnisse der Muster von Aus- und Abgrenzung identifizieren. Damit aber gerieten sie nicht selten zwischen die ‚Fronten‘ und sahen sich dem Druck ausgesetzt, sich in den jeweilig angeheizten Atmosphären vorbehaltlos für die eine oder andere Seite zu entscheiden. Die Selbstkonstituierung der Bewegungsmilieus in Hannover erfolgte in allen Facetten möglicher Abgrenzung gegenüber dem Establishment. Es entstanden Teilmilieus, die sich je nach Herkunft, politischer Bewegungskonjunktur

und Integrationsfähigkeit strukturierten, und die – anders als in Reutlingen und Oberhausen – von hoher Mobilität und Fluktuation gekennzeichnet waren.

Waren bis Mitte der siebziger Jahre in Hannover die noch jungen Traditionslinien der sich entlang von Kinderläden, Jugendzentren und im Zuge ‚geborgter Realität‘ bildenden Teil- ‚szenen‘ identifizierbar und einigermaßen überschaubar (Partei Gründungen nach dem Vorbild der Weimarer Republik und der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt usw.), setzte spätestens gegen Ende der siebziger Jahre eine Art ‚Entgrenzung‘ ein. Mit ‚Entgrenzung‘ ist hier ein Sich-Hinwegsetzen der Akteure über ‚linke‘ Traditionen, Konventionen und Ideale gemeint. In der Konsequenz führte dies zum Aufbau einer (eher konkurrenzorientierten) Projektkultur auf der Grundlage von Professionalisierungen und Kommerzialisierungen alter und neuer Praxiszusammenhänge unter den Leitmotiven wechselnder ‚Zeitgeister‘ und Lebensstile. Das 1978 aus einer Bürgerinitiative hervorgegangene Kommunikations- und Veranstaltungszentrum ‚Raschplatz-Pavillon‘ bildet insofern eine Ausnahme, als es zwar dem Geschmack des älter werdenden Publikums nachkommt, dabei aber weiterhin an den politischen Grundpositionen der Integration und Partizipation festhält.

Anders als in Reutlingen und Oberhausen finden sich in Hannover ausgeprägt partikularisierte Formen der Vergemeinschaftung. Die Fähigkeit gemeinsamen gesellschaftlichen und politischen Handelns ist im Unterschied zu den anderen Regionen auf örtliche und soziale Teilgruppen beschränkt, die jeweils verschiedene Habitus-Typen repräsentieren. Sie reichen vom ‚rot-grünen‘ Gewerkschafter bis hin zum ‚alternativen Unternehmer‘. Der inflationäre Gebrauch von Symboliken, Ideologiemustern und Lebensstilen ist in Hanno-

ver Ausdruck von Abgrenzungsbemühungen der miteinander -auch um kommunale Ressourcen- konkurrierenden Teilmilieus. Die Bedingungen des Hochschulstandorts führen zudem zu immer neuen Zuwanderungen von Ausbildungspopulationen und zwingen die lokalen Milieus zu ständig neuer Kohäsionsarbeit. Jedoch wird Kohäsionsarbeit durch verschiedene Generationenfolgen und -differenzen, hohe personelle Fluktuation, Anonymität und damit ermöglichte Wechsel von einem Teilmilieu ins andere erschwert.

Während in Reutlingen und Oberhausen die Geschichte und die Verbindlichkeit der eigenen Milieus im Zusammenhang relativer Immobilität ohne große Schwierigkeiten zu vermitteln sind, ist die hannoversche Situation von wechselnden ‚Konjunkturen‘ politischer und stilistischer Verhaltenspraktiken geprägt. Die hannoverschen Bewegungsmilieus stehen dabei ständig im Spannungsfeld von Konkurrenz, relativer Beliebigkeit und Formen neuer politischer Kultur, die sich allerdings

nicht allein durch Ab- und Ausgrenzung, sondern auch durch Tolerierung und Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt und Differenzen auszeichnet.

Heiko Geiling, Dr.phil., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover.

Anmerkungen

- 1 Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf einem mdl. Vortrag bei der Ad-hoc-Gruppe „Neue soziale Bewegungen“ der DVPW in Bonn (01.-03.12.1989) sowie auf Ausführungen in Zwischenbericht und Verlängerungsantrag des hannoverschen Forschungsprojekts „Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus“.
- 2 Bei den Untersuchungen handelt es sich um den Versuch, ‚Milieubiographien‘ zu erstellen. Sie bestehen aus noch nicht zur Veröffentlichung bestimmten Manuskripten und basieren auf Gesprächsprotokollen, Tonbandmitschnitten von Experteninterviews, Dokumenten (Flugblätter, Broschüren, Zeitungsausschnitte, Privataufzeichnungen usw.), Datenwerken und Photographien, die für eine vergleichende Analyse und Darstellung aufzubereiten sind.



So... beim Hunger-Projekt handeln wir dann irgendwie 20 unsere positive Energie und schicken sie den Menschen in der Sahel-Zone oder in Indien. So werden wir den Hunger global voraussichtlich im Jahr 1997 endgültig besiegen!! &

Dagmar Müller Zur Rekonstruktion von Habitus-, ‚Stammbäumen‘ und Habitus-, ‚Metamorphosen‘ der neuen sozialen Milieus¹

„Das Haupterlebnis für mich war, daß zu hoch gesteckte Ansprüche, daß das nich‘ geht, daß ich nich‘ irgendwas umsetzen kann, aufgrund theoretischer Überlegungen, was ich persönlich nich‘ umsetzen kann ...“, Mit dieser Aussage bilanziert ein 35jähriger EDV-Fachmann während eines Interviews seine Erfahrungen mit einer Wohngemeinschaft, die sich mit dem politischen Anspruch, „anarchistische“ Ideen im Lebensalltag zu verwirklichen, in den siebziger Jahren gegründet hatte. Die großen Erwartungen an eine Verbindung von Theorie und Praxis wurden jedoch allzu schnell enttäuscht. Der gemeinsame Konsens über die anzustrebende Form des Zusammenlebens wurde von den einzelnen Mitbewohnern – nach ihren sich selbst zum großen Teil uneingestanden und unbewußten Motiven – sehr unterschiedlich interpretiert und in die Praxis umgesetzt. So gab es eine Clique ideologischer „Häuptlinge“, die im Alltag ganz eigene Vorstellungen von „Solidarität“, „Eigentum“ und „Mitschlichkeit“ entwickelten: „Die hatten zum Beispiel ‚n tragbares Fernsehgerät, das durfte nich‘ rumgetragen werden, in die Küche zum gemeinsamen Fernseh’n, [...] die ham für sich alleine gekocht, für sich alleine eingekauft, das durfte dann niemand nehmen, das gab dann quasi im Kühlschrank Tüten, wo der Name drauf stand ...“ Kritik wurde durch einen „rüden“ Umgangston abgeübt. Der „politische Anspruch“ erwies sich in diesem konkreten Fall als Euphemismus für die Bequemlichkeits- und Führungsansprüche einer kleinen Elite, die von der vermuteten Naivität ihrer Mitbewohner zu profitieren hoffte. Unser Protagonist, der EDV-Fachmann, hatte den Anspruch viel ernster genommen, sah sich aber überfordert, ihn für sich einzulösen.

Wenn auch nicht in diesem extremen Ausmaß verallgemeinerbar, bezeichnet die Episode doch ein Problem, das vermutlich viele kennen, die eine praktische Umsetzung ihrer emanzipatorischen Ansprüche in Form vielfältiger Versuche ‚alternativen‘ Lebens und Arbeitens angestrebt haben und immer noch anstreben. Für die in einer Zeit ideologischer und vor allem persönlicher Emphase und großer Reformervorgaben entwickelten Ideale sowie die rationalen Einsichten in die Notwendigkeit (und auch sozioökonomisch gegebene Möglichkeit) einer demokratischeren Gesellschaft erwies sich der profane Alltag nicht nur als ‚Stolperstein‘, sondern auch als ‚Prüfstein‘. Dabei zeigte sich, daß die Allgemeinheit der Ideale offensichtlich auch Widersprüche und verschiedene Grade ihrer Verbindlichkeit für konkretes Handeln verdeckte. Wo ein Wert wie ‚Selbstverwirklichung‘ für die einen eine solidarische-emanzipative Gruppenbildung bedeutete, konnte (und kann) er für andere eine utopisch-romantische Weltflucht, den individuellen sozialen Aufstieg oder gar eine unklare Mischung all dieser Aspekte legitimieren.

Diese unterschiedliche Semantik ist nach unserem Verständnis Ausdruck der verschiedenen Bewältigungsstrategien eines Spannungsverhältnisses zwischen den universalistischen Idealen von der Gleichheit und Emanzipation aller gesellschaftlichen Gruppen und der partikularen Position der einzelnen Teilgruppen neuer sozialer Bewegungen und Milieus in einem sozialen Raum mit ungleichen Lebenschancen. In den Bewertungsschemata des Habitus erkennen wir die Muster, nach denen die Menschen diesen Widerspruch zwischen Ideologie und Handlungsfeld in Kompromissen zu ‚lösen‘ versuchen

und nach denen sie ihr Alltagshandeln organisieren. Die Einsicht in die unterschiedliche Realitätsgeltung der von den neuen sozialen Bewegungen und Milieus angestrebten Enthierarchisierung soziokultureller Werte und Verkehrsformen führt uns notwendig zu der Forschungsfrage, wie die verschiedenen ‚Lösungsmuster‘ des Habitus aussehen, wie sie sich genetisch entwickeln und wie sie sich historisch verändern.

1. Zur Kategorie des ‚Habitus‘

In Anlehnung an Pierre Bourdieu definieren wir Habitus als einheits- und sinnstiftendes ‚Erzeugungsprinzip‘ von Praxis, das zugleich selbst ‚Erzeugnis‘ von sozialer Welt ist, insofern das dem Habitus immanente Vermögen der Unterscheidung und Bewertung sozialer Distinktionen Produkt der Verinnerlichung objektiver sozialer Ungleichheiten ist.² Der von Bourdieu geprägte Begriff des Habitus gibt immer wieder Anlaß zu kontroversen Diskussionen.³ So heißt es unter anderem, daß der Habitusbegriff mit seiner Betonung gesellschaftlicher Klassenbezüge letztendlich wieder zu – als überholt angenommenen – Determinismusvorstellungen führe. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Beziehung zwischen Lage und Habitus von Bourdieu weder als ökonomisch-mechanische noch als bewußte Übertragung begriffen wird. Die Schemata des Habitus, die ‚jenseits des Bewußtseins wie des diskursiven Denkens, folglich außerhalb absichtlicher Kontrolle und Prüfung agieren‘⁴, sind durch komplexe genetische Vermittlungen (kollektiv und individuell) und vielfältige soziale ‚Konditionierungsprozesse‘⁵ mit den objektiven Ungleichheitsstrukturen verknüpft. Bourdieu weist auch immer wieder darauf hin, daß der Habitus dem Akteur keine bestimmten Handlungsanweisungen gibt, sondern ihm eine Vielzahl

von Handlungsmöglichkeiten eröffnet, die sich erst in der Beziehung zu einem Handlungs-‚Feld‘ und den dadurch vorgegebenen Lernaufforderungen realisieren. In diesem Zusammenhang definiert Bourdieu den Habitus auch als eine ‚Erfinderkunst‘⁶, mit der die zukünftigen, relativ unvorhersehbaren Praktiken und Situationen zwar mit je nach Erfahrung begrenzter, aber doch vielfacher Verschiedenheit erzeugt werden können.

Ein weiterer Einwand richtet sich gegen den von Bourdieu behaupteten Trägheits- oder ‚Hysteresis-Effekt‘ des Habitus, den er damit begründet, daß der Habitus als ‚einverleibte‘ und ‚zur Natur gewordenen‘ Geschichte auch ‚vergessene Geschichte‘ sei⁷. Hier wird vermerkt, daß die unterstellte Persistenz des Habitus Ausdruck einer resignativen, bestehende Herrschaftsverhältnisse stabilisierenden Grundannahme sei. Auch wenn dieser Tenor in vielen seiner Analysen anklingt: Bourdieu schließt Veränderungen des Habitus, induziert beispielsweise durch Strukturwandel der Handlungsfelder, durch individuelle Erfahrungen innerhalb einer Biographie oder über Prozesse der Bewußtmachung durch ‚Sozioanalyse‘ nicht aus. Er spricht sogar an einigen Stellen von einem ‚unaufhörlichen Wandel‘ des Habitus⁸. Allerdings wird das Problem des Habitus-Wandels von Bourdieu weniger systematisch und intensiv diskutiert als das Problem seiner Reproduktion. Insofern scheint der Einwand berechtigt. Alles in allem sehen wir keinen Grund für orthodoxe Begriffsverwendungen und plädieren für die historisch-soziologisch wie auch sozialpsychologisch gut begründbare Erweiterung des Habitus-Konzepts⁹, um so faktische soziokulturelle Veränderungen als Ausdruck von Habitusmetamorphosen identifizieren zu können.

Was bedeuten nun ‚Habitus-Stammbaum‘ und ‚Habitus-Metamorphose‘? Beide Begriffe ha-

ben für uns metaphorischen Charakter und stellen zunächst einmal Arbeitsbegriffe dar, mit denen wir auf zwei unserer Hypothesen verweisen:

1. Analog zur Annahme einer (in spezifischer Weise) heterogenen sozialstrukturellen Rekrutierung der neuen sozialen Milieus¹⁰ gehen wir davon aus, daß die Menschen – je nach ihrer Herkunft, ihrer Geschlechts- und Generationenlage und ihrer aktuellen sozialen Position – auch unterschiedliche Habitusformen in die neuen sozialen Milieus einbringen. Unter den hegemonialen Werten der neuen Milieuentität gewinnen diese Habitusformen eine eigene Dynamik und Bedeutung. Die gern karikierte ‚pausenlose Beziehungsarbeit‘ und Beziehungsproblematisierung in alternativen Milieus kann veranschaulichen, daß Heterogenes zunächst einmal amalgamiert werden muß. Der der Bedeutung des alltäglichen Sprachgebrauchs angelehnte Begriff des ‚Habitus-Stammbaums‘ soll es ermöglichen, die unterschiedlichen Ursprünge und Quellen milieuspezifischer Habitusformen genetisch zurückzuverfolgen.

2. Mit dem Begriff der ‚Habitus-Metamorphose‘ zielen wir auf eine genauere Eingrenzung der Veränderungsfähigkeit des Habitus. Der mittlerweile in Mode gekommene Begriff des ‚Wandels‘ ist unseres Ermessens zu unpräzise, um die im Habitus angelegte Gleichzeitigkeit von Persistenz/Beharrungsvermögen und Wandel/Dynamisierung zu verdeutlichen. Da der Habitus die Abstimmung von Ansprüchen und Verhaltenszumutungen regelt, ist zu vermuten, daß Veränderungen der Lebenslage – indem sie traditionelle Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata teilweise dyfunktional machen – unmittelbar Einfluß auf den Habitus haben. Offen ist die Frage, inwieweit die unter horizonterweiterten Perspektiven vollzoge-

nen Neuorientierungen bereits im Kern des ‚alten‘ Habitus angelegt waren. Die These veränderter Habitusformen in den neuen sozialen Milieus kann zunächst einmal dahingehend konkretisiert werden, daß es sich um einen schrittweisen Gestaltwandel der kulturellen Ausdrucksformen eines Habitus handelt, denen aber gewissermaßen noch der Stempel des Herkunftsmilieus in Form vielfältiger Anlehnungs- und Abgrenzungsbeziehungen aufgedrückt ist.

Die empirische Analyse des Habitus ist eine hermeneutische Aufgabe, die an den geschmacklichen Vorlieben und Abneigungen, an Selbst- und Fremdwahrnehmungsmustern, an den alltäglichen Praktiken und an den mit ihnen verknüpften Bedeutungen ansetzen muß. Im Rahmen unserer Forschungsarbeit haben wir versucht, dem Habitus mit Hilfe verschiedener qualitativer Methoden ‚auf die Spur‘ zu kommen. Neben Inhaltsanalysen von Dokumenten der Alltagskultur (Comics, Karikaturen, Zeitschriften, Werbung usw.), Gruppendiskussionen und strukturierten Beobachtungen, die im wesentlichen der Explikation der in den neuen sozialen Milieus vertretenen Grundmuster des Habitus dienen, nehmen narrative, biographische Zwei-Generationen-Interviews einen besonderen Stellenwert ein. Die Idee, die sich für uns mit den Interviews verband, war, den Prozeß der ‚Habitus-Metamorphose‘ sozialer Milieus am Beispiel individueller Lebensläufe von Angehörigen neuer sozialer Milieus und ihren Eltern zurückzuverfolgen. Wir wollten unter anderem wissen, auf welche Weise ein Habitus erworben wird, inwieweit sich in diesem Prozeß Kontinuitäten und Brüche abzeichnen, inwieweit sich Habitusprinzipien der Elterngeneration modifiziert bei ihren Kindern wiederfinden lassen und unter welchen Bedingungen ein Habitus ‚offen‘ für Veränderungen ist¹¹.

Im folgenden möchte ich einige Teilergebnisse der Auswertung dieser Interviews referieren, was aufgrund des begrenzt zur Verfügung stehenden Raums nur in Teilen möglich ist. Um deutlich machen zu können, welche unterschiedlichen Motiv- und Interessenlagen sich hinter einer Milieuidentität verbergen können, möchte ich zwei Interviewpaare – Mutter und Tochter, Vater und Sohn – vorstellen. Die Kinder gehören jeweils zum Kern der neuen sozialen Milieus, stammen jedoch aus unterschiedlichen Herkunftsmilieus – die Frau aus einem Milieu der oberen Klassen, der Mann aus einem Milieu der unteren Klassen. Die beiden ausgewählten Fallbeispiele erheben keinen Anspruch auf Repräsentativität, decken jedoch (durch die Dualität der Herkunft) eine Bandbreite von Typen ab.

2. Eltern und Kinder – Zwei Fallbeispiele

Das Interviewpaar einer 36jährigen Krankenschwester und ihrer 68jährigen Mutter, einer Landwirtin (verheiratet mit einem Tierarzt), steht als Beispiel für die *Metamorphose eines ‚Distinktionshabitus‘*. Die Mutter stammt aus einer Familie, die sowohl auf mütterlicher als auch auf väterlicher Seite seit Generationen zur lokalen Oligarchie zählt. Obwohl sie selbst noch heute als Großgrundbesitzerin (Erbhof) ezeichnet werden kann, hat sie in ihrem Leben doch die Erfahrung eines sozialen Abstiegs gemacht. Krieg, wirtschaftliche Schwierigkeiten in den sechziger Jahren und die Strukturveränderungen in der Landwirtschaft, die mit Rentabilitätsproblemen der Bewirtschaftung und einer abnehmenden Attraktivität der landwirtschaftlichen Berufe verbunden waren, bezeichnen hier die einzelnen Stationen. Als Reaktion auf diese Erfahrung kann die verstärkte Investition in Bildungskapital gedeutet werden, die sich vor allem in der För-

derung der Kinder äußerte (und die bereits in der Familientradition in Form einer Doppelorientierung auf ökonomisches und kulturelles Kapital – humanistische Bildung – begründet war). Von den vier Kindern ist die von uns befragte Tochter, die zweitjüngste, die einzige, die kein Studium absolviert hat. Nachdem sie ihre Kindheit und Jugend in der geborgenen Atmosphäre ihres Elternhauses und in ländlicher Umgebung verbracht hatte, durchlief die Tochter ihre Berufsausbildung als Krankenschwester in der Großstadt. Hier lernte sie ihren späteren Ehemann, einen Diplom-Ingenieur, kennen. Mit der Geburt ihres Sohnes gab sie die Erwerbstätigkeit auf. Nachdem sie lange Zeit „interessierte Beobachterin“ der ‚alternativen Szene‘ war, hat sie sich in jüngster Zeit unter anderem im Bereich der ganzheitlichen Medizin engagiert.

Mutter und Tochter zeichnen sich durch ein ausgeprägtes *Elite-Masse-Schema sozialer Wahrnehmung und Bewertung* aus, das sich vor allem in einer Abgrenzung gegenüber sozial tiefergestellten Personen äußert. Die Abwertung von unmittelbar Untergebenen im Betrieb, aber auch von Kollegen und Kolleginnen, Nachbarn und Bekannten als „oberflächlich“, „plump“, „einseitig materiell orientiert“ korrespondiert dabei mit einer Selbstidealisation als „sensibel“, „taktvoll“ und „vielseitig interessiert“. Gleichzeitig wird die eigene soziale Position demütiert, sei es, daß das persönliche Eigentum am Hof demütiert wird (bei der Mutter), sei es, daß „gutes Benehmen“, „Fingerspitzengefühl“ (bzw. „Sensibilität“) und „Intelligenz“ als „natürliche“ Eigenschaften definiert werden, die für „jeden Durchschnittsmenschen selbstverständlich“ sein sollten (bei Mutter und Tochter).

Der ‚Sinn für Distinktion‘ beider Frauen äußert sich dementsprechend auch in einem gruppenbarnierten Gesellungsverhalten; beide verkeh-

ren überwiegend in akademisch gebildeten Kreisen. Die berufliche Tätigkeit als Krankenschwester und das soziale Engagement der Tochter stehen in der Tradition einer Dienstideologie der Mutter, die das eigene karitative Engagement (Kirchenvorstand, Spenden) als „selbstverständliche Verpflichtung“ begriff. Vordergründig durch „Mitleid“ motiviert, dient diese „Fürsorge“ letztlich dazu, das eigene Gewissen zu beruhigen und zugleich wieder andere Menschen zu Schuldnern (von Dankbarkeit, Anerkennung, Achtung) zu machen. Daß auch beim Engagement der Tochter ähnliche Motive mitspielen, legt der Umstand nahe, daß sie sich vor allem die Aktivitäten auswählt, für die sie die Fähigkeiten und die fachlichen Kompetenzen mitbringt, um sich in einer Führungsrolle zu profilieren.

Die für Mutter und Tochter gleichermaßen charakteristische modernitätskritische Grundhaltung hat vor dem Hintergrund ihrer unterschiedlichen Lebensgeschichten eine andere Konnotation. Während die Tochter ihre Haltung differenziert und aus der eigenen Erfahrung mit „unmenschlicher Apparatedizin“ begründet, wertet die Mutter pauschal alles „Neue“ ab. Der verborgene Kern dieser Haltung steckt in dem „Schmerz“ über den Verlust eines in traditionell gewachsenen Sozialordnungen aufgehobenen Status. Gegen die Herausforderungen der ‚Leistungs- und Ellenbogengesellschaft‘ setzt sie weiterhin ihre konservativen Werte wie „Konvention“, „Pflichterfüllung“, „Disziplin“ und „Selbstbeherrschung“ – die Mutter ist eine typische Vertreterin des so von SINUS bezeichneten ‚konservativ gehobenen Milieus‘.

Die wesentlichsten Unterschiede zwischen Mutter und Tochter sind mit einer größeren Bereitschaft zur Selbstreflexion bei der Tochter – sie thematisiert ihren eigenen „Standesdünkel“ – und einer stark protestantisch-asketischen Prägung der Mutter gegenüber einer

hedonistischen Prägung der Tochter benannt. Dieser Hedonismus, der sich aus der Sicht der Mutter in einem geringen „Durchhaltevermögen“ aller mit Triebverzicht verbundenen Anstrengungen äußert (wie Berufstätigkeit, Mutterrolle, Weiterbildung usw.), ist vermutlich – neben anderen Einflüssen – Ergebnis einer sehr großzügigen und behüteten Erziehung. Bis in die Gegenwart hinein konnte sich die Tochter immer auf die Initiative ihrer Mutter verlassen, eigene Schwierigkeiten und Probleme zu lösen. So war sie fast nie gefordert, selbst Konfliktsituationen durchzustehen oder sich beispielsweise einen Ausbildungsplatz oder die Erfüllung von Konsumwünschen zu erarbeiten.

Insgesamt läßt sich die Biographie der Tochter als Versuch lesen, die unterbrochene Laufbahn ihrer Mutter fortzusetzen, allerdings nicht mehr im ökonomisch, sondern im kulturell dominierten Feld des sozialen Raums¹². Die Aufstiegsorientierung der Tochter realisiert sich dabei eher in der Nutzung vorhandenen sozialen Kapitals (zum Beispiel „Beziehungen“ ihrer Eltern) als in der Akkumulation ökonomischen und kulturellen Kapitals (Delegation an den Ehemann). Selten wird der von Bourdieu beschriebene ‚Hysteresis-Effekt‘ so deutlich wie bei diesem, hier nur in Auszügen dokumentierten Fallbeispiel. Demgegenüber steht das Interviewpaar eines 35jährigen EDV-Fachmanns und seines 69jährigen Vaters, eines Eisenbahners als Beispiel für die in größerer Reichweite vollzogene *Metamorphose eines ‚Habitus der Not‘*. Als Nachkomme einer Familie ‚proletaroider‘ Parzellenbauern war der Vater bereits als Kind gezwungen, im Viehstall oder auf dem Feld mitzuarbeiten. Nach dem frühen Tod seiner Eltern wuchs er bei der Familie seiner Mutter auf. 1941 wurde er als Soldat eingezogen. Nach Kriegsende verdiente er sich seinen Lebensunterhalt mit mehreren Hilfsarbeiten, be-

vor er dann bei der Eisenbahn anfang, wo er erst als Kabelleger, später bis zu seiner Frühverrentung als Zug-Schaffner arbeitete. Anfang der fünfziger Jahre – er war inzwischen mit einer Näherin verheiratet – zog er in eine mittelgroße Stadt, wo er sich nach einigen Jahren ein Haus in einem Schrebergartengebiet erwarb.

Der von uns befragte Sohn ist das neunte von insgesamt 16 Kindern. Während seine Kindheit durch relative Armut und die Erfahrung sozialer Ausgrenzung (Stigmatisierung als „asozial“) gekennzeichnet war, eröffnete sich ihm durch die gegen den Willen seines Vaters eingeschlagene Schullaufbahn die für Arbeitermilieus völlig untypische Möglichkeit einer verlängerten Adoleszenz. Angeregt durch das „Vorbild“ seiner älteren Brüder, mit denen er sich gemeinsam in der SDAJ engagierte, wechselte er von der Realschule auf das Gymnasium, wo er Kontakt zur „Flower-Power-Szene“ bekam. Die langen Haare, die er sich wachsen ließ, provozierten einen „handfesten“ Bruch mit seinem Vater. Nach dem Abitur begann er in der Nähe seiner Heimatstadt ein Studium für das Lehramt mit den Fächern Deutsch/Philosophie. Während dieser Zeit lebte er in verschiedenen Wohngemeinschaften und engagierte sich in mehreren politischen Gruppierungen. Nach einem Studienortwechsel machte er sein 1. Staatsexamen und trat seinen Ersatzdienst an. An seinem neuen Wohnort lernte er seine Frau, eine Erzieherin, kennen. Nachdem er zwei Jahre lang in einem Alternativprojekt gearbeitet hatte, ließ er sich zum EDV-Fachmann umschulen. Er ist heute in diesem Beruf tätig und lebt mit seiner Frau, einem Kind und einer befreundeten Familie in einer sich kollektiv finanzierenden Wohngemeinschaft mit zwei gemeinsamen Konten, auf die alle Gehälter eingezahlt werden und von denen sich jeder nach seinen Bedürfnissen bedient. Diese gemeinsame Re-

gelung betrifft nicht nur Dinge des alltäglichen Gebrauchs, sondern zum Beispiel auch Kleidung oder die Finanzierung eines Urlaubs. Über größere Anschaffungen wie ein Auto oder die finanzielle Unterstützung von Weiterbildungen einzelner Mitbewohner wird in der Gruppe verhandelt.

Als Vertreter des traditionslosen Arbeitermilieus verkörpert der Vater einen typischen Nothabitus, der sich unter anderem in Sparsamkeit (etwa „Auftragen“ alter Kleidung, Neuanschaffung „haltbarer“ Kleidung), aber auch in einem Respektabilitätsanspruch (Sauberkeit, Ordnung, Sonntagsanzug, eigenes Häuschen usw.) äußert. Die Lebenspraxis des Sohnes hat mit diesen Zügen fast nichts mehr gemein. Die Loslösung von seinem Herkunftsmilieu war für den Sohn ein langwieriger und oft schmerzlicher Lernprozess. Ein Grundproblem bildete dabei die strenge Autorität des Vaters, die sich in einem rigiden Erziehungsstil äußerte. Solidaritätserfahrungen mit den Geschwistern und die Vorreiterfunktion seiner älteren Brüder in der Auseinandersetzung mit dem Vater waren eine wichtige Vorbedingung für die Autonomiebestrebungen des Sohnes. Die verschiedenen „Vorbilder“ – zunächst die Brüder, später Lehrer und Studenten – nutzte er als Gegenautoritäten, was zugleich bedeutete, daß er sich in neue Abhängigkeiten begab. Dennoch hatten die Vorbilder für ihn horizontweiternde Bedeutung, die noch durch den Bildungsaufstieg verstärkt wurde.

Die Folgen des Bildungsaufstiegs waren und sind für ihn ambivalent. Da ihm der Umgang mit Bildung nicht in die Wiege gelegt worden war, entwickelte er zunächst eine Begeisterung und eine relativ unkritische Haltung gegenüber Bildungsgütern der legitimen Kultur. Die in seinem neuen sozialen Umfeld gängige Diskursivierung persönlicher Probleme oder sozialer Beziehungen ließ ihn den unkomplizierten, direkten und nicht

ersprachlichten Umgang mit Problemen in seiner Familie als Mangel empfinden. Zweifel und Unsicherheit führten jedoch auch zu einer größeren Bereitschaft, mit Rollen zu experimentieren. Er konnte seine ‚Bildungsbeflissenheit‘ größtenteils ablegen, als er erkannte, wie groß die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei einigen seiner Vorbilder war. Indem er linke, emanzipatorische Parolen wörtlich nahm und sich auf mehrere Versuche ‚alternativen‘ Lebens und Arbeitens einließ, machte er die Erfahrung der „Desillusionierung“. Seine gegenwärtige Lebenspraxis scheint Ausdruck eines ‚neuen‘ Habitus zu sein, in dem sowohl die *Quellen des vollzogenen Bildungsaufstiegs* – etwa in Form eines vielfältigen kulturellen Interesses oder eines Anspruchs auf „Selbstverwirklichung“ – als auch die *Persistenz eines proletarischen Nothabitus* deutlich werden. Der Sohn hat die kleinlichen und rigiden Ordnungsvorstellungen seines Vaters weitgehend überwunden und sich auf die positiven Elemente seines Herkunftsmilieus zurückbesonnen. Neben seinem Arbeitsethos (Leistungsstolz, Respektabilität usw.) ist hier insbesondere seine praktizierte Solidarität von Bedeutung. Daß Solidarität schon immer für ihn wichtig war, zeigt sich daran, daß er immer wieder versuchte, sich in gemeinschaftliche Zusammenhänge zu integrieren – in der Schule, im Studium, in politischen Gruppierungen, in WG's usw. Nachdem sich die Solidaritätsvorstellungen anderer sozialer Gruppen für ihn als inhaltsleer erwiesen, konnte er mit der Wohngemeinschaft und seinem Beruf (Betonung von Teamarbeit) endlich seine eigenen Vorstellungen realisieren.

3. Metamorphosen

Neben den vor allem in Beziehungspraktiken zum Ausdruck kommenden Persistenzen des Habitus fiel auf, daß Eltern und Kinder homo-

loge Deutungsmuster ihrer eigenen Biographie benutzten [in den beiden skizzierten Beispielen zum Beispiel eine starke Ich-Zentrierung bei der Krankenschwester und ihrer Mutter (Landwirtin), die sich als handelnde und formende Akteure ihrer Lebensgeschichte darstellten, im Gegensatz zu einem teilweise fatalistischen Deutungsmuster bei dem EDV-Fachmann und seinem Vater (Schaffner), die sich vorwiegend in der Passivrolle, den Einflüssen von Ereignissen und anderen handelnden Personen ausgesetzt, sahen]. In diesen Deutungsmustern drückt sich offensichtlich eine kollektive und tradierte Lebenserfahrung der Anerkennung realer Machtverhältnisse in der Gesellschaft aus.



Vertrauen auf Hilfe.

Im Vergleich zu den Industrieländern ist die Gesundheitsversorgung in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas unterentwickelt. Mit den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in diesen Regionen wächst auch die medizinische Unterversorgung. Die Armutskrankheiten wie Tuberkulose, Wurmbefall oder Magen-Darm-Infektionen werden für viele Millionen Kinder zu einer tödlichen

Bedrohung. Hier setzt die Medikamentenhilfe der **action medeor** an. Ohne Ansehen der Hautfarbe, des gesellschaftlichen Systems oder der Religion versorgt **action medeor** kranke Menschen in den Ländern der Dritten Welt regelmäßig mit lebensnotwendigen Arzneimitteln. Millionen Kinder in den Ländern der Dritten Welt hoffen und vertrauen darauf, daß ihnen geholfen wird. Helfen sie mit.

action medeor
Deutsches Medikamenten-Hilfswerk
Action medeor e.V.
St. Tarnauer Str. 21 · 4154 Tönisvorst 2
Postgare Köln 11107-506

JA, ich möchte die Aufgaben der **action medeor** unterstützen. Senden Sie mir Info-Material.

Diskontinuitäten des Habitus ließen sich vor allem in Form einer größeren Selbstreflexivität der jüngeren Befragten feststellen. Diese Selbstreflexivität kann als Reaktion auf dysfunktionale Momente traditioneller Orientierungsmuster angesichts sozialer Mobilität und veränderter Lebens- und Arbeitsbedingungen gedeutet werden. Die in diesem Zusammenhang von Rainer Zoll und anderen als „neues kulturelles Modell“¹³ interpretierte Form der Identitätssuche eröffnet (im Sinne einer Bourdieuschen „Sozioanalyse“) die Chance, sich von Behinderungen des eigenen Habitus frei zu machen; andererseits kann sie zu Destabilisierungen und Unsicherheiten führen, die erst einmal bewältigt werden müssen. Von großer Bedeutung für die Habitusmetamorphose scheint die Phase der Adoleszenz zu sein, die für viele Befragte den Zeitpunkt einer persönlichen Horizonterweiterung und Öffnung des sozialen Raums markiert. Die Neuorientierung auf andere soziale Felder bei der Ablösung vom Elternhaus (vom Land in die Großstadt, von der Schule zur Berufsausbildung, von der Familie zu peer groups usw.) und die (jeweils milieuspezifisch) erhöhte Experimentierfreudigkeit mit eigenen Rollen und Identitäten schaffen Realitäten, nach denen vieles nicht mehr so selbstverständlich sein kann wie vorher. Hier, in den Jugendkulturen, sind die folgenreichen Brüche in der Tradierung von Habitus schemata zu vermuten. Auch wenn noch viele Fragen vorerst offen bleiben – die Ergebnisse bestätigen bisher unsere Annahme, daß der Habitus als ein auch triebökonomisch begründetes Modell der Abstimmung von Ansprüchen und Verhaltenszumenutungen nicht eindimensional begriffen werden darf. Die Widersprüchlichkeit der Realität findet sich auch in den Orientierungen der Menschen wieder. Demgemäß scheint jeder spezifische Habitus ein Spannungsfeld zu umfassen – Askese vs. Selbstverwirkli-

chung, Not vs. Hedonismus und so fort. Die Gewichtung der einen oder anderen Seite und die konkrete Strukturierung der eigenen Praxisformen werden dabei erst durch soziale Beziehungen vermittelt, insofern beispielsweise bei den traditionell vom ‚Habitus der Not‘ geprägten Arbeitern unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen die hedonistischen Momente sich neu entfalten oder bei dem asketischen Habitus bestimmter Intelligenzgruppen die Strebungen und Werte der ‚Selbstverwirklichung‘.

Dagmar Müller, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, ist Mitarbeiterin im Projekt „Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus“, Universität Hannover

Anmerkungen

- 1 In dem folgenden Beitrag, der eine verkürzte Fassung meines Referats auf der Bonner Tagung „Kulturelle Orientierungen neuer sozialer Bewegungen“ der DVPW Ad hoc Gruppe „Neue soziale Bewegungen“ (Bonn, 1.-3.12.89) darstellt, beziehe ich mich auf gemeinsame Diskussionen und Arbeitspapiere unseres von der VW-Stiftung geförderten Forschungsprojekts „Der Wandel der Sozialstruktur und die Entstehung neuer gesellschaftlich-politischer Milieus“. Hypothesen unseres Untersuchungsansatzes, theoretische Auseinandersetzungen unter anderem mit dem Habitusbegriff Bourdieus sowie Zwischenergebnisse unserer empirischen Arbeiten sind in mehreren Veröffentlichungen ausführlicher dokumentiert (vgl. die im Beitrag unserer Projektgruppe angegebene Literatur).
- 2 Vgl. Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*, Frankfurt/M. 1982, S. 277ff und S. 727ff
- 3 Vgl. unter anderem Hans Peter Müller, *Klassen, Klassifikationen und Lebensstile*. Pierre Bourdieus Theorie soziokultureller Ungleichheiten, *Forschungsbericht der Uni-BW München*, 1986; Axel Honneth, *Die zerrissene Welt der symbolischen Formen*. Zum kultursoziologischen Werk Pierre Bourdieus, in: *KZfSS* (1984) 36, S. 147-164; Klaus Eder (Hrsg.), *Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis*. Theoretische und empirische Beiträge zur Auseinandersetzung mit Bourdieus Klassentheorie. Frankfurt/M. 1989; Eckard Liebau/Sebastian Müller-Rolli (Hrsg.), *Lebensstil und Lernform*, Neue Sammlung (1985) 25.

- 4 Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*, (Anm. 2), S. 727
- 5 Ebenda, S. 734.
- 6 Vgl. Pierre Bourdieu, *Sozialer Sinn*, Frankfurt/M. 1987, S. 104
- 7 Ebenda, S. 105.
- 8 Vgl. Pierre Bourdieu, *Antikritik*, in: Klaus Eder (Hrsg.) (Anm.3), S. 406f. und S. 409f.
- 9 So vermuten wir, daß sich der Habitus auch triebökonomisch, im Sinn eines durch die innere und äußere Realität bestimmten Umgangs mit eigenen Bedürfnissen, begründen läßt. Eine Verbindung des Habituskonzepts mit weiterführenden Ansätzen aus der Jugendkulturforschung (vgl. zum Beispiel John Clarke/Phil Cohen u.a., *Jugendkultur als Widerstand*. Milieus, Rituale, Provokationen, Frankfurt/M. 1981), der Sozialisationsforschung (vgl. zum Beispiel Eckart Liebau, *Gesellschaftliches Subjekt und Erziehung*, Weinheim/München 1987) und der lange wenig rezipierten Forschungsarbeiten der analytischen Sozialpsychologie (vgl. unter anderem Erich Fromm, *Die psychoanalytische Charakterologie und ihre Bedeutung für die Sozialpsychologie*, in: ders., *Gesamtausgabe*, Bd. I, Stuttgart 1980; Theodor W. Adorno/Else Frenkel-Brunswik u.a., *The Authoritarian Personality*, Studies in Prejudice, New York/ Evanston/ London 1950; Mario Erdheim, *Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit*, Frankfurt/M. 1984) kann unseres Ermessens Hinweise geben, in welcher Richtung nach den Bedingungen der Reproduktion und der Veränderung von Habitusformen zu suchen ist. Auf eine Erörterung der Möglichkeiten, Probleme und Grenzen einer Verbindung der genannten, sehr unterschiedlichen Forschungsstraditionen muß an dieser Stelle leider verzichtet werden.
- 10 Vgl. den Beitrag von Thomas Hermann in diesem Heft
- 11 Die Auswahl von 12 bzw. 24 Probanden (wenn die Eltern generation mitgezählt wird) versuchte, den unterschiedlichen sozialen Positionen und Herkunftsmilieus in den neuen sozialen Milieus gerecht zu werden (qualitative Varianten sozialer Auf- und Abstiegswege, geschlechtliche Parität, unterschiedliche Generationslagerungen, re-

gionale Unterscheidung). Um den sozialen Prozeß des Habitusserwerbs und der Habitusmetamorphose rekonstruieren zu können, wurden die Interviews lebensgeschichtlich angelegt. Zur Exploration komplexer Erfahrungs- und Sinnzusammenhänge war es notwendig, den Befragten Freiraum für die Entfaltung eigener Gedankengänge zu lassen und „authentische Erzählungen“ anzuregen (narratives Interview, zwei Interviewtermine). Die Konstruktion eines Leitfadens diente dazu, analytische Kategorien zum Habitus zu operationalisieren und auf Themen lebensweltlicher Erfahrung wie Familie, Schule, Beruf, Freizeit usw. zu beziehen; der mögliche Verlauf der Interviews mußte vorab vergegenwärtigt und in einen Interpretationsrahmen gesetzt werden. Neben diesem nicht-direktiven Leitfaden wurden zusätzlich ein Protokoll- und Beobachtungsplan sowie ein Bogen zur Erhebung differenzierter Sozialdaten entwickelt. Die Dauer der Interviews betrug zwischen zwei und sieben Stunden, durchschnittlich vier Stunden. Die Interviews wurden wörtlich transkribiert. Die Auswertung erfolgte in mehreren Stufen. In einem ersten Schritt wurden die Interviews einer Sequenzanalyse unterzogen, in der der manifeste Textinhalt beschrieben und paraphrasiert wurde. Die nachfolgende Sprach- und Textinterpretation ausgewählter Interviewpaare diente dazu, Habitusmetamorphosen in unterschiedlichen Feldern des sozialen Raums exemplarisch zu bestimmen. In einem dritten Schritt wurde das Interviewmaterial hinsichtlich zentraler Leitmotive und Ausdrucksformen des Habitus und seiner typologischen Varianten sondiert.

- 12 Bei dieser Interpretation ist zu berücksichtigen, daß wir die Lebensgeschichten unserer Befragten entsprechend unseren Fragestellungen ‚gegen den Strich‘ gelesen haben. So erscheint die Biographie in der verkürzten Darstellung als ein intentional gerichteter Entwicklungsprozeß, während sie in Wirklichkeit das Resultat vielschichtiger Rekonstruktionsversuche (sowohl von der Seite der Erzählenden als auch von unserer Seite) ist.
- 13 Rainer Zoll (Hrsg.), „Nicht so wie unsere Eltern“, Hypothese eines neuen kulturellen Modells, Opladen 1988.

Claus Leggewie Think tanks – Wie und was fabrizieren (rechte) Denkfabriken?

1.

Think tank, eine burschikose Umschreibung für das Gehirn oder die Denkmaschine, wird in amerikanischen politischen Lexika definiert als „a research organization developing plans and projects for government and defense-oriented industries“¹.

Denkfabriken entstanden als Beratergruppen von Präsidentschaftskandidaten bzw. zur Ausarbeitung von politischen Programmen wie dem *New Deal*, die eine interdisziplinäre Konstellation von Wissenschaftlern voraussetzten, meist „in pleasant surroundings“. Als frühestes Zeugnis für ein solches „thinking committee“ wird ein Ausspruch von General William H. Harrison während der *Presidential Campaign* 1840 überliefert. Auf die Frage, was er zu dieser oder jener Sache denke, soll er geantwortet haben: „What do I think? ... Do you want me to think myself to death? Here, committee, what do I think about these things?“

Denkfabriken – wie soll das gehen? Spontanes Denken läßt sich schlecht wie am Fließband herstellen, und Kreativität bekommt man nicht von der Stange. Nicht nur die dem Begriff anhaftende *Serialität*, auch der *kollektivistische* Beigeschmack stört überkommenes Empfinden von singulärer Geistigkeit, das an der Einsamkeit der Studierstube orientiert bleibt, auch wenn neuerdings ein PC in ihrer Mitte steht. Wir orientieren uns noch am antiquierten Vorbild des umfassend gebildeten Privatgelehrten, der doch längst eine rare Notlösung arbeitsloser Akademiker unter einer großen Zahl beamteter oder lohnabhängiger Spezialisten geworden ist.

Begriff und Sache der *think tanks* kommen aus den Vereinigten Staaten, von wo auch der

Siegeszug der Bewußtseinsindustrie und des Teamworks ausging: Ideen am laufenden Band, in nicht-zufälliger Kommunikation erzeugt, einem Auftraggeber als wohlfeile Serviceleistung im Paket zugeordnet. Kreativität wird durch arbeitsteilige Kopfarbeit angestachelt, Spontaneität der unvorhersehbaren, aber ein Stück lenkbaren Dynamik einer Arbeitsgruppe abgewonnen. Die Qualität einer Idee soll mit anderen Worten planvoll generiert werden – wie in einem organisierten Produktionsprozeß, zu dem heute ja auch sogenannte Qualitätszirkel unabdingbar hinzugehören.

Bemerkenswert ist nun, daß Denkfabriken kaum einmal in Abhandlungen vorkommen, die den Anspruch erheben, die Vorgänge im politischen Leben zu beschreiben und zu analysieren. Think tanks blieben deshalb, wie Lobbyisten, Parteifinanziers oder die Camorra, in den toten Winkeln und Grauzonen informeller Einflüsse, die sich der konventionellen Politischen Wissenschaft offenbar entziehen. Doch neuerdings steigt das Interesse an der systematischen Erforschung von Politikberatung.²

2.

Hier soll nicht von „Denkfabriken“ im allgemeinen die Rede sein, sondern von solchen, die der liberal-konservativen Regierung dieser Republik nahestehen bzw. von anderen nahegelegt werden. Also systematische Wissensproduktion und Politikberatung durch Experten, die sich zwar – wie es einem gemäßigten Konservatismus sprichwörtlich eigen ist – am „Bewährten“ und „Bewahrungswürdigen“, d.h. am herrschenden Status quo ausrichten, unter dieser Generalprämisse freilich doch Kursänderungen bewirken und verändernde Entscheidungen initiieren wollen.

Das Institut der Denkfabrik ist keineswegs an sich „rechtslastig“; man könnte hier auf die stetigen Bemühungen z.B. der linkssozialdemokratischen „Memorandum-Gruppe“ verweisen, den angebotsorientierten Wirtschaftskurs der späten 70er und 80er Jahre durch „keynesianische“ Impulse zu korrigieren, oder auf die Tätigkeit des Freiburger „Öko-Instituts“ in umweltpolitischer Hinsicht. Gleichwohl läßt sich eine demokratische Öffentlichkeit gern von den vermuteten oder tatsächlichen Wirkungen *rechter* Denkfabriken negativ faszinieren, denen oftmals geradezu verschwörerische Ambitionen zugetraut werden. Wie kaum gegen eine zweite Institution regt sich hier der Verdacht sozialer Bewegungen, jeder demokratischen Aufsicht entobene Machiavellis oder Richelieus hätten ihre Hände in einem undurchsichtigen Spiel.

Das gilt erst recht, wenn diese grauen Eminenzen das Gesicht eines Dr. Seltsam annehmen, der die Bombe und anderes Kriegsgeschütz liebt. Die Projekte militärnaher Denkfabriken beschäftigten nicht ohne Grund die Phantasie und den Widerstandsgeist der antiimperialistischen Rebellen der 60er Jahre – einer RAND Corporation war in der Tat alles Mögliche zuzutrauen³. Auch heute lastet ein solcher Verdacht auf neokonservativen Denkfabriken, die sich in der Reagan-Ära zu Apologeten eines gigantischen Weltraumrüstungsprogramms und – auch das mit beachtlichem publizistischem Echo und politischem Erfolg – zu ätzenden Kritikern der Entspannungspolitik aufgeschwungen haben. Ein Beispiel ist die geradezu berüchtigte *Heritage Foundation*⁴. Auch nach dem Abgang Ronald Reagans ist der Einfluß solcher – ja was sind sie: engagierte Wissenschaftler, clevere Ideologen, vorlaute Mediengünstlinge? – noch groß.

Beratungsinstitutionen agieren in den USA

mal zum Nutzen demokratischer, auch radikaler politischer Formationen wie das *Brookings Institute* oder das *Institute for Policy Studies* in Washington, mal im Fahrwasser der Republikaner, wie die *Hoover Institution on War, Revolution and Peace* im kalifornischen Palo Alto an der Stanford University. Was produzieren sie? Papier überwiegend. Sätze, Sentenzen, Parolen und Konzepte finden als geheime Gutachten, auf „grauen Papieren“ oder in breit zugänglichen Publikationen über die Auftraggeber hinaus auch den Weg in die elektronischen Medien, selbst in die kommerzielle Werbung. Sie zielen auf die Information und Meinungsbildung der politischen Klasse, der Meinungsführer und der Multiplikatoren, dadurch auf die Beeinflussung der Öffentlichkeit insgesamt.

Die mediale Wirkung solcher kaum vergegenständlichten *paper works* illustrierte jüngst ein spektakuläres Beispiel. Francis Fukuyama, ein Amerikaner mittleren Alters und japanischer Abstammung, bekannt geworden als „Vordenker“ der RAND Corporation und neuerdings aufgestiegen in die politische Planungsabteilung des State Department, erarbeitete in dieser Funktion nicht nur brave Vorlagen für die außenpolitische Kleinarbeitung der weltpolitischen Umbrüche ins postnukleare Zeitalter; er publizierte im Sommer 1989 überdies in der Zeitschrift *National Interest*, einem prominenten Fundort von Aufsätzen meist rechtsgeneigter Edelfedern, einen in kürzester Frist geradezu legendär gewordenen Artikel mit dem Titel „The End of History?“. Er proklamierte (mit einem kleinen Fragezeichen und unter Berufung auf Hegel) das „Ende der Geschichte“ und nach dem Sieg über Faschismus und Kommunismus den Anbruch einer „sehr traurigen Zeit“. „Die Bereitschaft, sein Leben einzusetzen für ein ganz abstraktes Ziel, der weltweite ideologische

Kampf, der Mut, Phantasie und Idealismus erforderte – sie werden nun ersetzt durch das wirtschaftliche Kalkül, die Lösung technischer Probleme, durch Umweltfragen und die Befriedigung eines gehobenen Lebensbedarfs.“

Diese „Diagnose des gegenwärtigen Zeitalters“ ist typisch für die Selbstdramatisierung und die Wirkungsweise von „Vordenkern“. In diesem Falle von äußerst geringer Substanz, beherrscht nun der Gedanke vom „End of History“ die Debatten westlicher und östlicher Zeitschriften; er fließt ins Talkshow- und Alltagsvokabular, in die Schlagzeilen und Sonntagsreden ein.

Dem generalisierten Verdacht der Linken, rechte Experten steuerten auf solche Weise unrechte Politik, haftete immer etwas Irreales an: ein naives Mißverständnis der Steuerbarkeit von politischen Entscheidungen insgesamt und überdies eine Projektion der eigenen, wie sich immer wieder zeigt: irrigen Omnipotenz-Vermutung. Programmaussagen und Ideologien könnten als solche einen bedeutsamen Einfluß auf wirkliche Politik haben. Vom allgemeinen Mißtrauen, ja von der generellen Legitimationskrise des Expertenwissens, das sich exemplarisch am Debakel wissenschaftlicher Politikberatung im Energiebereich demonstrieren läßt – selbst ein Super-GAU! –, ist natürlich genauso das Herrschaftswissen rechter Provenienz affiziert.

Es war keine linke Verschwörungstheorie, daß auch hierzulande „Geist rechts steht“⁴⁵. Ein Kranz mal eher „technokratisch“, mal ganz „ideologisch“ ausgerichteter Institutionen der Politikberatung bezieht sich einflussnehmend (oder wenigstens einflussheischend oder -behauptend) auf die Entscheidungsinstanzen der christlich-liberalen Regierungen in

Bonn und einigen Bundesländern. Mit den ungenauen Begriffen „Ideologie“ und „Technokratie“ sind die Eckpunkte des Beeinflussungsfeldes erst ganz schematisch umschrieben.

Für die letzte Variante steht etwa das kleine, von Kurt Biedenkopf geführte und von Meinhard Miegel geleitete „Institut für Wirtschaft und Gesellschaft“ im Bonner Wissenschaftszentrum, das seit nunmehr etwa zehn Jahren die Träger wesentlicher Entscheidungen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, zum Beispiel bezüglich der künftigen Rentenversicherungssysteme, mit Daten, Modellen und Konzepten zu „füttern“ und natürlich in einer bestimmten sachlichen und ordnungspolitischen Weise zu beeinflussen sucht – getreu nach Biedenkopfs Ansicht, daß nicht etwa die politischen Herausforderungen zu gewaltig für die Politik, sondern die amtierenden Sozial- und Wirtschaftspolitiker (auch der eigenen Fraktion) dafür zu schwächtigt seien. Man muß sie folglich sachgerecht ins Bild setzen und aufklären. „Technokratisch“ kann man dies nennen, insofern hier die überlegene Expertise des wissenschaftlichen Sachverständigen in komplexen Politikmaterien als Grundlage politischer Zukunftsplanung aufgeboten wird, also ein gelinder Sachzwang auf „die Politik“ ausgeübt wird. In entsprechender Weise bemühen sich wirtschafts- und natur- bzw. ingenieurwissenschaftliche Experten dauernd, Richtungs- und Detailscheidungen in der Energie-, Gesundheits- oder Arbeitsmarktpolitik zu steuern und zu beeinflussen. Sie tun das im liberal-konservativen Feld im Sinne arbeits- und sozialrechtlicher „Deregulierung“ oder, immer noch, im Sinne unbeeindruckter Atomenergienutzung.

Wenn solche wissenschaftsgestützten Interventionen hier als „technokratisch“, nicht als

„ideologisch“ bezeichnet werden, darf dabei nicht das gehörige Quentchen „Ideologie“ übersehen oder geleugnet werden, das gerade in „technokratisch“ gemeinten Impulsen steckt. Die Wirkung solcher Denkfabriken beruht aber auf der Seriosität ihrer Expertisen, also auf ihrem primär wahrheitsorientierten „Desengagement“. Sie funktionieren nach dem Muster akademisch-universitärer Wissensproduktion, in die sie zumeist auch formal oder informell eingebunden bleiben und an dessen Standards (und dessen Modell der sogenannten Drittmittel-Finanzierung) sie sich penibel orientieren. In einem zweiten Schritt müssen sie freilich konklusiv auf politische Nutzanwendung orientiert sein, um nicht nutzlos und geringgeschätzt liegen zu bleiben wie der größte Teil der universitären Forschung. Eine zusätzliche Anstrengung der Popularisierung, der Vermarktung und der „Reklame“ muß also gemacht werden, wie man dies bei demoskopischen und Marktforschungsinstituten gewohnt ist⁶.

Für die andere, im engeren Sinne „ideologische“ Variante steht das ebenfalls seit gut zehn Jahren bestehende „Studienzentrum Weikersheim“, das sich der „geistig-moralischen Führung“ verschrieben und dabei oft in entlegene Gefilde der politischen Rechten verstiegen hat. Zu den Vordenkern des Studienzentrums, das in Weikersheim seine teilweise vielbeachteten Jahrestagungen abhielt⁷, gehörte einmal der Philosoph Günther Rohrmoser, zu seinen Organisatoren Rolf Schlierer, ein Stuttgarter Ratsherr und neuerdings Vorstandsmitglied der REPs. Hans Filbinger, der Leiter dieser Institution, hat kürzlich, anlässlich seiner Zeugnisaussage im Merkle-Parteispendenprozeß, noch einmal den paranoiden Hintergrund ausgemalt, vor dem das Studienzentrum gewachsen, dem es aber niemals entwachsen ist: der „Deutsche Herbst“ Ende der 70er Jahre und

die Furcht, Deutschland könnte von einer kulturevolutionären Welle linker Anarchisten überspült werden. Im geistigen Umfeld der Union hat immer eine philosophisch-publizistische Strömung bestanden, die dagegen eine entschiedene Kurskorrektur oder „Tendenzwende“ der (west)deutschen Politik verlangt hat – zugunsten traditioneller Werte und harter Institutionen, für eine national und/oder christlich angeleitete Politik, immer mit dem Pathos, dies habe „endlich“ und gegen den linken Zeitgeist zu geschehen. Die Wirkung dieser Branche ist also pur ideologisch, selbst wenn Tagungen zum Beispiel zur Medienpolitik mit Fachexpertisen ausgestattet waren. Sie beruht vor allem auf dem publizistischen Echo, das eine geneigte konservative Presse (von der FAZ bis zur *Deutschen Tagespost*), aber auch (und bisweilen mehr noch) die Rezeption durch linke und liberale Kritiker schuf. Im übrigen fungieren solche Denkfabriken nach dem Muster von *old boys networks*, d.h. als soziale Gruppen wie Verbindungen Alter Herren oder Bruderschaften, die sich aus den (überwiegend alten) Eliten rekrutieren: hohe Militärs, mittelständische Unternehmer, konservativer Klerus.

Von diesen exemplarisch herausgegriffenen Denkfabriken, die sich zwar im liberal-konservativen Politikfeld bewegen, aber von den Regierungsparteien selbst deutlich getrennt und von ihnen unabhängig sind, ja auch im fundamentalen Dissens mit ihnen stehen können, unterscheiden sich Institute, die die Parteien selbst ins Leben gerufen haben und unterhalten. Dafür steht zum einen beispielsweise die *Konrad-Adenauer-Stiftung* mit ihren zahlreichen in- und ausländischen Aktivitäten, zum anderen die *Planungs- und Grundsatzausschüsse* in der Bonner Parteizentrale der CDU. An solchen mit sozial- und geisteswissenschaftlicher Kompetenz ausgestattet

Orten professioneller Politik werden die beiden „externen“ Linien zusammengeführt: der inkrementale und ideologische Input der Denkfabriken wird hier strategisch an die verschiedenen Bedürfnisse der Parteipolitik angepaßt – wobei diese niemals völlig oder auch nur überwiegend davon bestimmt wird. Der relativ geringe Einfluß der Stiftung und die faktische Auszehrung der „Abteilung Geißler“ belegen dies.

3.

Es ist nun interessant zu beobachten, welche neueren Entwicklungen es im Bereich der westdeutschen Denkfabriken gibt, über normale personelle Reviements oder institutionelle Erweiterungen hinaus. Bemerkenswert scheint zum einen, daß im Zentrum der Exekutive selbst, im Bundeskanzleramt, eine engere Verbindung zur Wissenschaft aufgenommen und dokumentiert worden ist. Eine Schriftenreihe mit dem Namen „Perspektiven und Orientierungen“ erscheint seit 1987, dem Beginn der zweiten Amtsperiode der Regierung Helmut Kohl, im C.H. Beck Verlag.

Das Kanzleramt hat sich keinen eigenen think tank aufgebaut, wie er etwa dem Auswärtigen Amt in Gestalt der Ebenhausener *Stiftung Wissenschaft und Politik* (neuerdings geleitet von dem Historiker Michael Stürmer) zur Verfügung steht, sondern „in der Schriftenreihe erscheint jährlich eine Auswahl gesellschaftspolitischer Studien und Gutachten, die für das Bundeskanzleramt erstellt worden sind. Sie untersuchen im Rahmen der mittel- und längerfristigen Aufgabenplanung Trends im Bereich staatlichen Handelns und gesellschaftlicher Entwicklungen und setzen sich mit Tendenzen auseinander, die für die Gesellschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland Bedeutung gewinnen können oder zum Teil

schon gewonnen haben.“ So der damalige Chef des Amtes, Bundesminister Wolfgang Schäuble, als Herausgeber der Reihe programmatisch in Band 1. „Regierungspolitik sollte niemals nur reaktiv sein. Sie muß sich stets darum bemühen, den Wandel in Staat und Gesellschaft rechtzeitig zu erspüren und Probleme, die aus ihm hervorgehen können, aufzugreifen und Lösungsmöglichkeiten vorzubereiten. Es kommt darauf an, daß die Zukunft nicht verwaltet wird, sondern gestaltet werden kann.“ So wird der Anspruch nach einem „wissenschaftlichen Unterbau“ politischer Entscheidungsfindung angelegt: „Viele der in diesen Arbeiten formulierten Gedanken finden so auf die eine oder andere Weise Eingang in die Regierungspolitik, andere leisten zumindest als Diskussionsgrundlage einen wertvollen und unverzichtbaren Beitrag zur Entscheidungsfindung.“

Auf die „eine oder andere Weise“ klingt apokryph; auf welche Weise also? Was fand Eingang, was blieb Diskussionsgrundlage, was wurde aussortiert? Thematisch haben sich von den ersten neun Bänden zwei mit Generationsfragen befaßt: „Jugend heute“ von dem Soziologen Hans Bertram und „Zur Situation der älter werdenden Frau“ von der Gerontologin und späteren Ministerin Ursula Lehr; zwei beschäftigten sich mit kulturpolitischen Fragestellungen: Der katholische Sozialphilosoph Peter Koslowski schrieb über „postmoderne Kultur“ und die Kultursoziologin, heute Nürnberger Kulturdezementin, Karla Fohrbeck zusammen mit Andreas Wiesand über den Trend zur „Kulturgesellschaft“. Zwei andere Studien geben wirtschaftspolitische Perspektiven und Prognosen; der Darmstädter Volkswirt Bert Rürup entwarf das Bild eines zur „sozialen Industriegesellschaft“ fortentwickelten Wohlfahrtsstaates; der Ökonom Horst Albach (er ist auch Leiter der vorerst

gestrandeten Berliner „Akademie der Wissenschaften“, die Kritiker für den konservativen think tank an und für sich hielten) hat sich mit dem weiter expandierenden Dienstleistungssektor auseinandergesetzt. Eine Studie der Mannheimer Sozialforscherguppe unter Wolfgang Zapf befaßte sich unter dem Titel „Individualisierung und Sicherheit“ mit Fragen der Lebensqualität in der Bundesrepublik; eine andere aus der Feder des Freiburger Entwicklungssoziologen Dieter Oberndörfer gab Empfehlungen zum „Schutz der tropischen Regenwälder durch Entschuldung“.

Diese Studie war vermutlich die pragmatisch einflußreichste. An ihr kann man beobachten, wie wissenschaftliche Politikberatung über viele Ressorthindernisse und -kompromisse hinweg 1990 in einen Kabinettsbeschluß transformiert wurde. Zugleich bot sie eine moderate Alternative zu den weitergehenden, aber weniger „operationalen“ Forderungen der Umweltschutzgruppen an. Man kann hier die These aufstellen, daß für eine der christlich-liberalen Regierung nahestehende Politikberatung insgesamt kaum andere Problematiken gelten als für die ältere, die der sozialliberalen Reformpolitik verpflichtet war. Schäubles Nachfolger Lutz-Georg Stavenhagen hat die Distanz zu sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnissen recht freimütig offenbart: „Politische Probleme sind in der Realität vielschichtiger, als es die Problemformulierungen seriöser Wissenschaft sein können.“ Er beklagt zum Beispiel die ungenauen Daten der Wirtschaftsweisen zur ökonomischen Gesamtentwicklung, die sich erheblich widersprechenden Empfehlungen der Medizin zur Bekämpfung des AIDS-Virus, die widersprüchlichen Ratschläge des *Vereins für Socialpolitik* zum Abbau der Arbeitslosigkeit und die weit auseinandergehenden „Becque-Philosophien“ nach der Katastrophe von

Tschernobyl. Die Sozial- und Geisteswissenschaften vermitteln ihm bestenfalls Fakten- und Orientierungswissen zur rechtzeitigen Problemerkennung; sie können in begrenztem Umfang Rat geben und ethische Bedenken gegen eine ökonomisch vereinseitigte Politik formulieren, mehr nicht⁸.

Gleichwohl: Thematisch beschränkt sich das Kanzleramt keineswegs auf politisches Feuilleton. Moderate, angesehene und parteiunabhängige Autoren aus dem wissenschaftlichen *mainstream* sind engagiert worden; unter ihnen sind liberale, aber gewiß keine linken Sozialwissenschaftler. Man „gibt sich nachdenklich“, wie die FAZ das Vorhaben leicht ironisch kommentierte; aber die Politik kehrt um so selbstbewußter ihren Entscheidungsvorbehalt heraus. Die Ambitionen scheinen anderswo zu liegen als in einer wissenschaftlich fundierten Reform- (oder Gegenreform)politik. Die Zentralisierung von Beratungskompetenz außerhalb der Ressortministerien soll dem Kanzleramt ein fundiertes Image geben und die „Kompetenzkompetenz“ desjenigen herausstreichen, der die „Richtlinien der Politik“ bestimmt.

In diese Richtung weist ein letzter Titel der Reihe, der wohl blumigste, der zentrale „Herausforderungen für die Politik“ auflistet. Diese Sammlung eher disparater Essays wurde von prominenten Autoren verfaßt, die meist außerhalb der Bundesrepublik leben: mit Alfred Grosser und Joseph Rovon kommen zwei führende französische „Deutschland-Experten“ der älteren Generation zu Wort; der Philosoph Hermann Lübbe lehrt seit langem in Zürich und sein junger Kollege Vittorio Hösle in New York. Diese Essays wirken wie ein fernes Echo auf den Mahnruf aus Weikersheim, wie es denn mit der geistig-politischen Führung stehe; die Autoren mahnen an, daß

auch ein liberaler Staat diese auszuüben hat, denn, so Hösle, es sei „ein Gebot der Selbsterhaltung für eine Regierung zu versuchen, die Strömungen, die die öffentliche Meinung einer Gesellschaft determinieren, kennenzulernen und einen vertretbaren Einfluß auf sie zu gewinnen“. Die Bundesrepublik stecke in einer „geistigen Krise“; da sei der „korrigierende Eingriff des Staates umso dringender, je wirrer, chaotischer, substanzloser das kulturelle Angebot der Gesellschaft ist“. Politik, „die um ihre Orientierungspflicht gegenüber der Gesellschaft weiß“, sekundiert Schäuble, „wird sich demokratischem Mehrheitswillen letztlich nicht widersetzen. Sie wird dies aber nicht tun, ohne vorher einen kritischen Diskurs über dessen funktionale Zweckmäßigkeit, soziale Folgewirkung und moralische Begründbarkeit anzuregen“. Das ist auf eine bestimmte Weise unbestimmt; dem Appell folgen Kataloge von Leitbildern und Institutionen, die es zu erhalten gelte, von der Ehe bis zur menschlichen Gattung, auch Monita, wo etwas besonders im argen liegt, wie bei der hohen Zahl von Abtreibungen und im demographischen Defizit – aber dann verschwimmt alles im Nebel einer Phraseologie, die nur die Stimm in Sorgenfalten legt, aber keinen einzigen zupackenden Gedanken enthält. Von einer neokonservativen Tendenzwende ist man hier meilenweit entfernt; „eher Geißler als Strauß, eher Kontinuität der Fragen als eine jähe Wende“, charakterisierte die FAZ die Initiative des Kanzlers und die Schriftenreihe seines „Machers“ Schäuble.

4.

Zum anderen ist bemerkenswert, daß im Kreis eines solchen think tanks selbst, in der von katholischen Philosophen geleiteten *Civitas*-Gesellschaft, eine Metadebatte über das Verhältnis von „Expertenwissen und Politik“ in-

itiert worden ist. Die „Fabrikanten“ denken in ihrer „Fabrik“ über ihr Handwerk, das „Fabrizieren“ nach. Wie wird hier, von liberal konservativer Seite, die allfällige „Krise des Expertentums“ wahrgenommen, die ja auch zugleich eine „Krise der Politik“, ja des Politischen ist? Welche Prophylaxen und Heilungsvorschläge werden hier unterbreitet? Die inkrementale Seite der Politikberatung nahm sich Hermann Lübke vor, den man als einen herausragenden Repräsentanten eines liberalen Konservatismus bezeichnen kann. Wie kaum ein zweiter hat er sich seit langem – als politiknaher Philosoph, der er ist, und als philosophierender Politiker, der er gewesen ist – mit der kategorialen Opposition und dem doch innigen Zusammenhang von sachwissenbasierter Arbeit und Politik auseinandergesetzt. Theorie und Entscheidung sind ja – darauf insistiert er gegen Gesinnungsethiker aller Lager – zweierlei. Auf der einen Seite türmt sich das Fachwissen der Experten, das auf Anwendung drängt; auf der anderen Seite stehen die Entscheidungssysteme von Politik und Verwaltung, die auf Legitimation bedacht sein müssen. Aber beider Verhältnis ist, nicht allein durch „Gesinnungstäter“, schwer durcheinandergeraten.

Die Sache wurde haarig, weil sich erstens die Experten gerade in den zentralen Lebens- und Überlebensfragen zunehmend unsicher werden und widersprechen, wodurch zweitens die von ihren Urteilen immer abhängiger gewordenen, zugleich immer dringlicher zu Entscheidungen aufgerufenen Politiker und Beamten ebenso verunsichert und ratlos erweisen und weil, drittens, zwischen beiden und um sie herum der demokratische Souverän, die Bürger, Sachverstand und Entscheidung entweder um so ungeduldiger an beide delegiert oder an sich zieht – eine Folge der selbstbewußteren Anwendung unseres Laiensachverständes, über den wir – das dümmert uns –



ja genauso verfügen wie Experten und Politiker. Man kann das ganze Dilemma am Problem der „unbeabsichtigten Nebenfolgen“ demonstrieren. Was jetzt – weiterwurschteln wie bisher, ein Moratorium ausrufen? Ulrich Becks Antwort auf die „Risiken“, die die Gesellschaft selbst zum Labor und die Menschen klassenübergreifend zum Versuchskaninchen gemacht hat, lautet bekanntlich: Gewaltenteilung¹⁰. Laien und Öffentlichkeit, Parlament und Politik müßten mitbestimmen und ihre Entscheidungsmacht zurückerobern, schon wo über Technologien diskutiert wird, nicht nur über sie post festum moralisieren und mit schädlichen Folgen improvisieren. Die „Lösung“ Hermann Lübkes, der auf diese Herausforderung übrigens mit keinem Satz eingeht, sondern nur abfällig die „politrandgruppenkulturelle Attitüde des Dauerprotestes“ beklagt, ist hingegen: Vertrauen in die Legitimität legaler Verfahren muß wiederhergestellt werden. „Normaler-

weise“ reiche der Beitrag technisch-medizinischen Expertenwissens zum geltenden gesetzlichen und sonstigen Normenbestand aus, der gesetzlichen Entscheidungen, also dem „Akt der Erhebung der fälligen Norm zu gemeiner Verbindlichkeit“, vorausgehe. Der Politikberater bekräftigt vehement den „Zwangsscharakter der schließlich getroffenen politischen Entscheidung, die Anerkennung der Legitimität der Legalität verlangt – unbeschadet verbliebener residualer Betroffenheitsunterschiede.“

5.

Daß man so „arbeitsteilig“ nicht weiterkommt und weder den politischen noch den moralischen Protest gegen konventionelles Expertentum auf „Randgruppen“ begrenzen können wird, war den *Civitas*-Gastgebern klar. Sie suchen nach einem archimedischen Punkt, um den grassierenden Wertrelativismus auszuhe-

beln; nach einer holistischen Sichtweise, die der „halbamtlichen Philosophie des Deutschen Bundestages“ (R. Löw), einer angeblich wertneutralen *trial & error*-Strategie frei nach Karl Popper, widerspricht, ohne andererseits zu einer unzulässigen Ideologisierung der Wissenschaften im Stile eines Lysenko und zur Destruktion des Expertenwissens überzugehen. „Deswegen sind Debatten über die Ethik der Wissenschaften oder ihrer Anwendung der Technik notwendig“, konstatiert Reinhard Löw gegen die um sich greifende Skepsis, damit die Geisteswissenschaften und ganz speziell die Philosophie energisch ins Spiel bringend.

In seltener, fast naiver Freimütigkeit und mit frapperendem Selbstbewußtsein gibt sein Hannoveraner Kollege Peter Koslowski zu verstehen, wie er sich das Dreieck von philosophischen Meta-Experten, kulturell definierter Politik und christlicher Demokratie vorstellt. Experte ist der Philosoph für ihn als „Experte für das Ganze“, indem er die metaphysische Theorie der Gesamtwirklichkeit und des gegenwärtigen Zeitalters liefert. Nach der fortschreitenden Ausdifferenzierung der „Kultursachbereiche“ in der Moderne sei es nun an der Zeit, den Kontextverlust und das Zerbrechen des kulturellen Sinnes durch Wiederaufladung und Bedeutungsverdichtung, also durch erneute Interpenetration dieser Subsysteme, zu heilen. Nicht (allein) Verfahrenslegitimität und gemeinsinnorientierter technischer Sachverstand, wie Lübbe dies annimmt – könne das, sondern einzig die „Anerkennung inhaltlicher sozialer Bedeutungen“. Das bestimmt dann den heutigen Stellenwert von Philosophie und Politik und beider Verhältnis zueinander: Politik heißt „kulturelle Durchdringung der gesellschaftlichen Teilbereiche“, und der Politiker selbst muß diese Wiederherstellung kultureller Kontextualität beispielhaft repräsentieren und „le-

bendig verkörpern“. Die Diskrepanz zur real existierenden Bonner Republik fällt ins Auge; Koslowski schlägt zur Abhilfe eine entsprechende Ausbildungsstätte jenseits der Universität, eine „Hochschule für Politik und Kultur“, auch für Architektur und gezielte Symbolproduktion vor, um einen gemeinsamen nationalen Kulturwillen zu prägen und sichtbar zu machen.

Zwei Hindernisse stellen sich einem liberalen Konservativen da in den Weg: Ist Kultur nicht am besten privat und per se pluralistisch? Koslowski bejaht dies im Prinzip; aber Staatskultur in seinem Sinne muß es jenseits dieses liberalen Credos der Toleranz auch geben: „Es gibt vielmehr Kulturen, die den Menschen fördern, ihn frei zu sich kommen lassen, ihn steigern, und es gibt Kulturen, die ihn verschließen, ihn verstummen lassen, ja krank machen. Diese Tatsache, daß zwischen Kulturtypen ethische Differenzierungen möglich und nötig sind, gilt es gegen den dogmatischen Pluralismus der Beliebbarkeit festzuhalten. (...) Die Ausgestaltung einer Kultur fällt in die Verantwortung jener, die die Macht haben, die Lebensordnungen, Normen und Daseinsdeutungen, und das heißt das Menschen- und Weltbild einer konkreten Kultur, zu definieren und zu beeinflussen.“

Schließlich kommt also wieder die Katze aus dem Sack: Koslowski unternimmt erneut eine prä-postmoderne Rehabilitation der „christlichen Meistererzählung, der Heilsgeschichte“, die wir „nicht, wie der Idealismus annahm, vollständig erkennen, sondern nur spekulativ, d.h. als sich im Menschen spiegelnd, erkennen und in der Glaubensüberlieferung als historische glauben (können)“. Die Selbstvergewisserung liberal-konservativer Denkfabriken weist also in zwei Richtungen, die nicht unbedingt zum gleichen Ziel führen: Alle Autoren affirmieren die autonome Rolle des Experten gegenüber Politik und Öffentlichkeit,

um (sich) so eine eigenständige Legitimation zu bewahren und als Diskurspartner im Meer abweichender Meinungen heraushörbar zu sein und akzeptiert zu werden. Indirekt ist damit eine Ermutigung an die Politik verbunden, die gelegentlich von „Gegenexperten“ wie selbstbewußten Laien geäußerten Bedenken abzuschütteln und kraftvoll zu entscheiden. Dadurch liest sich viel zum Thema „Expertenwissen und Politik“ wie eine Eloge auf die Restitution der letzteren. Mut zur Erziehung, Mut zur Entscheidung.

Robert Spaemann interpretiert das Verhältnis von Wissenschaft und Politik als Variation des Themas *ars longa vita brevis*: „Politik ist die Kunst, aus faktisch gegebenen Bedingungen das Beste zu machen. Dafür kann es kein Modell geben. Und zu diesen Bedingungen gehört vor allem die Kürze des menschlichen Lebens.“ Trotz dieser grundsätzlichen Inkommensurabilität könne Politik nicht mehr des wissenschaftlichen Beistandes entraten. „Zur Moral der Politik würde es allerdings gehören, deutlich in Erscheinung treten zu lassen, wo die Wissenschaft aufhört und die politische Deziision einsetzt.“

Auch Spaemann ist es klar, daß es im Zeitalter der wissenschaftlichen Politikberatung genau umgekehrt läuft: Die Politik „besorgt sich“ einschlägige Gutachten, die ihr die Legitimation zu einem Handeln verschaffen, das dann unwiderlegbar zwingend erscheint. Moralische Probleme werden so schlicht zu Akzeptanzproblemen herabgestuft. Gegen die umstandslose Instrumentalisierung der Berater erhebt sich der Einwand: „Aber sich beraten heißt, das eigene Urteil zu bilden, nicht es abtreten.“

Doch gesellt sich der „Experte fürs Ganze“ – als Ethikkommissionär und „Bedeutungsverdichter“, d.h. aber letztlich als klassischer Gegenintellektueller – sogleich wieder zum Berufspolitiker: Unter Verweis auf den Klassiker

Joseph de Maistre konstatiert Peter Koslowski apodiktisch, daß „alle wirklich wichtigen politischen Fragen in der Metaphysik entschieden werden.“ Und darüber handelt bekanntlich nur der Philosoph(enkönig) – und kein anderer.

Claus Leggewie ist Professor für Politische Wissenschaft in Gießen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zum Beispiel Saffire's Political Dictionary, 1983.
- 2 Vgl. zusammenfassend den Artikel von H. Wollmann in: Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. I/II, München 1989, S. 708-711. - Ich beziehe mich im folgenden ausschließlich auf Politikberatung aus geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen, speziell der Philosophie.
- 3 RAND wurde 1946 von einem Air Force General ins Leben gerufen, der Wissenschaftler in ziviler Umgebung für militärische Projekte verfügbar halten wollte. Er bot ihnen so eine „Universität ohne Studenten“.
- 4 Dazu den kritischen Bericht von „Inter Nation“, vgl. die Kurzfassung in der Tageszeitung vom 2.6.1987.
- 5 Vgl. mein Buch: Der Geist steht rechts. Ein Ausflug in die Denkfabriken der Wende, Berlin 1987 (2. Auflage 1989). - Als Denkfabriken bezeichne ich hier nicht nur institutionalisierte Gebilde, sondern auch lockere Zirkel, Zeitschriften und informelle Gruppen.
- 6 Vgl. U. Beck/W. Bonß (Hrsg.), Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens, Frankfurt/M. 1989; und W. Bruder, Sozialwissenschaften und Politikberatung. Zur Nutzung sozialwissenschaftlicher Informationen in der Ministerialorganisation, Opladen 1988; ferner F. Müller-Rommel, Sozialwissenschaftliche Politikberatung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/1984, S. 26-39; und C. Landfried, Politikwissenschaft und Politikberatung, in: Politische Vierteljahresschrift, SH 17/1986, S.100 ff.
- 7 Vgl. R. Zundel, Aufstand gegen rationale Politik, in: Die Zeit vom 14.4.1989.
- 8 L.-G. Stavenhagen in: R. Löw/R. Spaemann/P. Koslowski (Hrsg.), Expertenwissen und Politik, Weinheim 1989, S. 27ff. (siehe auch Anm. 9).
- 9 Die Ergebnisse der gleichlautenden Civitas-Tagung von 1988 sind jetzt im Haus-Verlag der Civitas, bei VCH in Weinheim publiziert worden: R. Löw / R. Spaemann / P. Koslowski (Hrsg.), Expertenwissen und Politik, Weinheim 1989.
- 10 Vgl. U. Beck, Praxis als Forschung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 1/1990, S. 12 ff.

Thomas Jahn

Die ökologische Krise als Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse

Zum Problemverständnis von Sozialer Ökologie*

„Die Hauptemissionen der chemischen Industrie in die Umwelt fallen nicht während der Herstellung chemischer Produkte an. Die Hauptemissionen der chemischen Industrie sind ihre Produkte selbst.“ Dieses Zitat ist sinngemäß einem Vortrag entnommen, den Professor Weise, Vorstandsmitglied der Bayer AG, auf einer Chemie-Tagung der evangelischen Akademie Tutzing im Frühjahr dieses Jahres gehalten hat. Was steckt in diesem, für einen Vertreter eines der größten Chemiekonzerne auf den ersten Blick verblüffenden Satz?

Zunächst: Die ökologische Krise als sogenannte Umweltkrise wird häufig als ein *quantitatives Problem* begriffen: als Folge überschrittener Grenzwerte bei Schadstoffemissionen, eines übermäßigen Ressourcenverbrauchs, eines zu hohen Restrisikos. In ähnliche Richtung zielen zu geringe steuerliche Abgabenhöhen auf seiten der Schadstoffverursacher, einer mangelnden Steuerungskapazität des ‚politischen Systems‘ in der Umweltpolitik oder auch des ‚Wirtschaftssystems‘ in der ‚ökologischen Modernisierung‘. Entsprechend quantitativ setzten auch die angebotenen Lösungsvorschläge an: Sie zielen auf niedrigere Grenzwerte, höhere Abgaben, Schadstoff-Mengenbegrenzungen, auf die ‚Erhöhung‘ innersystemischer Steuerungskapazität etc.

In dem zitierten Satz steckt aber mit dem Hinweis auf die Gefährdung durch die chemischen Produkte ein *qualitatives Moment* – welche Bedürfnisse werden mit diesen Produkten befriedigt (z.B. Massenkonsum), welche menschlichen Tätigkeiten durch sie ersetzt (z.B. in der Landwirtschaft oder im Büro), welche kulturellen Ansprüche (Schön-

heit, Jugendlichkeit, Hygiene, Trennung von Sexualität und Reproduktion) aufgebaut und ‚eingelöst‘?

urch die ‚Chemisierung der Gesellschaft‘ – allgemeiner: die zunehmende Durchdringung von Alltag und Lebensformen mit technisch-wissenschaftlich modellierten Produkten – wurde in den letzten Jahrzehnten an vielen Stellen das Leben erleichtert – Krankheiten wurden ‚besiegt‘, Zeit eingespart und Arbeitsvorgänge rationalisiert. Die Folgen waren erst später sichtbar: Die Rückstände von Lösungsmitteln führen zur Sterilität bei Männern, PCB's finden sich in der Muttermilch, die Böden sind vergiftet, im Grundwasser finden sich Spuren von Pestiziden, neue Krankheitsbilder (Allergien) entstehen, die Zeit (etwa zur Sanierung der Gewässer oder von Altlasten in Böden) wird knapp.

Die an dieser ‚Normalität‘ und ‚Alltäglichkeit‘ der ökologischen Krise ansetzenden neuen sozialen Probleme lassen sich unsystematisch durch Fragen anreißen wie: Was bedeutet die Umstellung der Landwirtschaft auf einen biologischen Anbau ohne Chemie für kleinbäuerliche Betriebe, die sich weder zusätzliche Arbeitskräfte noch eine neuerliche – ‚ökologische‘ – Modernisierung leisten können? Welche neuen Belastungen durch einen ‚Müll-gerechten‘, d.h. ‚Müll-armen‘ Haushalt – vom Einkaufen bis zum Getrenntsameln – kommen vor allem auf die Frauen zu? Was bedeutet es, wenn einerseits jährlich bis zu 100.000 Stoffverbindungen neu hergestellt werden, andererseits aber eine öko- und humantoxologisch genaue Untersuchung allein der Schadstoffe, die bis heute für die Gewässer aufgelistet sind (ca. 129 Einzelstoffe)



zwanzig bis dreißig Jahre beanspruchen würden? Was bedeutet die Verringerung der Schadstoffemissionen von PKWs durch den Katalysator, wenn zugleich die Zulassungszahlen steigen und die Suche nach Alternativen durch eben die Diskussion um den Katalysator völlig ins Abseits gedrängt wurde? Geht man diesen Fragen nach und werden sie hinsichtlich anderer, globalerer ökologischer Krisenbereiche gestellt, – etwa auf dem Gebiet der Klimaveränderungen oder in bezug auf das Verhältnis zwischen der sogenannten ‚ersten‘ und ‚dritten‘ Welt –, so wird unabwiesbar, daß in der ökologischen Krise nicht nur ‚die Umwelt‘ oder ‚die Natur‘ durch Schadstoff-Eintrag und übermäßigen Ressourcenverbrauch *gestört* ist, sondern daß die hegemonialen Formen der materiellen Regulierung des Verhältnisses von ‚Gesellschaft‘ und ‚Natur‘ ebenso wie die Formen der Erzeugung des gesellschaftlichen Wissens und die dominierenden kulturellen Praktiken destruktiv zu werden drohen. Wir können nicht von einer Krise oder Störung *der Natur* oder *der Umwelt* sprechen; krisenhaft gestört sind die verschiedenen gesellschaftlichen Formen, in denen die kulturellen Symbolisierungen mit der materiellen Reproduktion verknüpft werden: von Essen und Trinken über Sexualität und Fortpflanzung bis zu Arbeit und Produktion. Wir sprechen deshalb von der ökologischen Krise als der *Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse*; und wir gehen weiter davon aus, daß die klassischen ‚sozialen‘ Fragen – (global)kapitalistische Arbeitsteilung, sexistische und ethnische Ausbeutung, soziale und militärische Herrschaft – in die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse hineingerissen worden sind.

Was sich dem eingangs zitierten Satz noch entnehmen läßt, ist der implizite Verweis auf die zutiefst gesellschaftlichen (und nicht nur

‚natürlichen‘) Gründe der gegenwärtigen Krise: daß nämlich die ökologische Krise kein Zustand ist, der ‚objektiv‘ festgestellt werden kann, sondern ebenso abhängig ist von subjektiven Wahrnehmungen, Strategien und Erfahrungen. Erst die Mischformen (und Gegensätze) von ‚objektiven‘ Gefährdungsermittlungen durch ‚Experten‘ und subjektiven Krisenwahrnehmungen in Teilen der Bevölkerung (in sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen, durch einzelne Individuen) ergeben den gegenwärtigen gesellschaftlichen Erfahrungszustand/-hintergrund der ökologischen Krise. (Folgerichtig wird der nächste Schub einer – ökologisch-‚verträglicheren‘ (!) – Chemisierung der Gesellschaft *nicht gegen, sondern mit* der ‚betroffenen‘ Bevölkerung eingeläutet.)

Hier liegt einer der Gründe für die sozial-ökologische Aktualisierung des Konzepts der Krise: Die ursprüngliche Bedeutung von ‚Krise‘ als Charakterisierung einer (politisch-gesellschaftlichen) Entscheidungssituation vor der Alternative von ‚Untergang‘ oder ‚Erneuerung‘ schließt den Zusammenhang von subjektiver Deutung und objektiver Diagnose – gesellschaftlichem Krisenbewußtsein und wissenschaftlicher Ermittlung der Gefährdungspotentiale – als Teil einer Krisensituation ein. Auf die gegenwärtige ökologische Gefährdungssituation übersetzt bedeutet dies, in der fundamentalen Veränderung der Rahmenbedingungen von politischem Handeln („Krise des Politischen“) und in der Ambivalenz von Wissenschaft als Krisenursache und Krisenlösung („Krise der Wissenschaft“) die beiden zentralen Krisenmomente zu erkennen. Soziale Ökologie ist der Versuch, diese beiden Krisenmomente zu verbinden, statt sie – wie üblicherweise im Diskurs der Risiko- oder Informationsgesellschaft – getrennt zu verhandeln.



1. Ökologische Krise und die Krise des Politischen

Wenn vor zwanzig Jahren von einer Krise die Rede war, dann war damit die „Krise der kapitalistischen Klassengesellschaft“ gemeint, also die ökonomische und politische Krise einer bestimmten historischen Gesellschaftsformation. Der Krisendiskurs oszillierte zwischen den beiden Polen von Ende und Untergang der existierenden, spätkapitalistischen Gesellschaftsformation und einer revolutionären Erneuerung der Gesellschaft.

Dieses „revolutionäre“ Krisenbewußtsein, welches sich noch ausschließlich auf ‚die Gesellschaft‘ gerichtet hatte und fortschrittsoptimistisch geprägt war, ist im Laufe der siebziger Jahre zu einem Krisenbewußtsein des Untergangs umgeschlagen. Vor allem im Zusammenhang der Auseinandersetzungen um die Kernenergie und die atomare Rüstung (Nato-Doppelbeschluß) verbreitete sich nun über die Ökologiebewegung hinaus das Bewußtsein von einer globalen Gefährdungslage, die jeden Moment umzuschlagen drohte in die reale Katastrophe, in die atomare Vernichtung. In diesem ‚Katastrophismus‘ wurden die traditionellen Unterscheidungen zwischen Natur und Gesellschaft eingezogen und aufgelöst – und das Krisenbewußtsein war nicht mehr fortschrittsoptimistisch, sondern stark apokalyptisch eingefärbt.

Mit dem Supergau von Tschernobyl kam es dann zu einer weiteren Umdeutung des Krisenbewußtseins, ausgelöst dadurch, daß das, was sich in den apokalyptischen Krisenbildern ausgedrückt hatte, nun Wirklichkeit geworden war: Die ‚erwartete‘ Katastrophe war eingetreten.

Paradoxerweise war damit der Anfang für das Schwinden des Katastrophismus gesetzt. Denn unabhängig davon, daß weder das Ausmaß der Strahlungsbelastungen, noch die to-

xischen Langzeitwirkungen, noch entsprechende Schutzmaßnahmen bekannt waren, mußte das ‚Leben‘ auch nach Tschernobyl weitergehen. Etwas mußte gegessen werden und irgendwann nahm jeder über die Nahrungskette radioaktive Teilchen auf; trotz der Verseuchung von Spielplätzen spielen die Kinder dort etc. Niemand konnte auf Dauer die sozialen und psychischen Belastungen, die durch einen andauernden Katastrophennalltag vor allem den Kindern und Frauen zugemutet wurden, mit den radioaktiven Belastungen ‚aufrechnen‘ und beide gegeneinander ‚bilanzieren‘. Und so wurde Tschernobyl nicht mehr als das Ticken einer Zeitbombe interpretiert, als Zeichen für das herannahende selbstinszenierte Inferno der Menschheit, sondern als der Beginn einer *neuen Art von Normalität* nach der Katastrophe. Der Begriff der Krise erhielt damit eine weitere, umfassendere Bedeutung: nämlich die eines Umschlags vom apokalyptischen zu einem *Krisenbewußtsein der permanenten Gefährdung*. Im Krisenbewußtsein der permanenten Gefährdung formuliert sich das Wissen, daß nicht nur die sozialen Zusammenhänge in den modernen Gesellschaften prekär geworden sind – was gewöhnlich unter Enttraditionalisierung oder Individualisierung sozialwissenschaftlich notiert wird –, sondern daß auch die Naturbasis als äußere Natur („Umwelt“) und die subjektiven Sinneswahrnehmungen – die innere Natur und damit der eigene Körper – einem ungewissen, wissenschaftlich-technisch geformten Veränderungsprozeß ausgesetzt sind, dessen Gefahren gerade nicht mehr individuell vorgestellt und sinnlich erfahrbar werden können.

Krisenhaft wurde damit auch das gesellschaftliche (Selbst-) Unterscheidungsvermögen: Denn auch die diskursiv erzeugten traditionellen Unterscheidungen zwischen dem Gesellschaftlichen – als dem Horizont subjektivi-

ven (sozialen, kulturellen, politischen) Handelns – und dem Natürlichen – als dem Bereich einer dem gesellschaftlichen Handeln prinzipiell entzogenen Wirklichkeit – sind prekär geworden. Die damit einhergehenden Veränderungen von Wirklichkeitsgefühlen und Selbstversicherungen („Identität“) wurden noch durch das Wissen radikalisiert, daß sie sich nicht (wie zum Beispiel durch eine Naturkatastrophe) plötzlich ereignen müssen, sondern sich schleichend vollziehen können. Der wissenschaftlich-technische Veränderungsprozeß kann alle Bereiche der Gesellschaft und des individuellen Lebens erfassen und dauerhaft wirken, (fast) jeden treffen, ohne von irgendjemandem direkt angeordnet worden zu sein. Ich möchte dies als den *apokalyptischen Kern* des gegenwärtigen Krisenbewußtseins bezeichnen, als das Bewußtsein (oder die Ahnung) von einer neuartigen Unverfügbarkeit über die eigenen Lebensbedingungen und über die Entwicklung der Gesellschaft.

Dieser apokalyptische Kern des Krisenbewußtseins der permanenten Gefährdung bildet das Zentrum, um das die verschiedenen Krisenerfahrungen gruppiert sind. In ihm verschmelzen das Wissen um die Nichtausschließbarkeit einer realen globalen Katastrophe mit den Ängsten, unverarbeiteten Erinnerungen und ständig neu produzierten Projektionen, die in der alltäglichen Erfahrung der Individuen wie im herrschenden Diskurs um die Chancen und Risiken der „technisch-industriellen Zivilisation“ abgespalten und um einen adäquaten sprachlichen Ausdruck gebracht werden.

Die realen Phänomene der krisenhaften technisch-wissenschaftlichen Veränderungen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse bilden so gleichsam einen neuen „technologischen Schleier“, der sich vor eine unideologische Krisenwahrnehmung legt – und damit auch

vor eine entsprechende Kritik der als ‚Krisenlösung‘ angebotenen politischen, ökonomischen, juristischen ... Konzepte und Strategien.

Dieses neue Krisenbewußtsein, welches sich gleichzeitig auf höchst konkrete Einzelphänomene und auf das globale, totalisierende Moment der potentiellen Selbstzerstörung bezieht, steckt nun den Rahmen ab, in dem die politischen Handlungsmöglichkeiten etwa von Bürgerinitiativen oder sozialen Bewegungen stehen: Gegenüber dem ‚totalisierenden‘ Moment müssen die alltäglichen Maßnahmen und die konkreten politischen Protest- und Konfliktformen ‚unterschwellig‘ und partikular bleiben und sind doch häufig die einzige Möglichkeit, um überhaupt noch praktisch-politisch handeln zu können. Umgekehrt überschreiten diejenigen Momente dieser Politik, die sich auf eben dieses Totalitätsmoment der potentiellen Selbstzerstörung beziehen, die ‚Politizität‘ der Einzelereignisse und Probleme hin auf den metapolitischen Bereich einer Zivilisationspolitik – sie werden ‚überschwellig‘, bleiben aber als konkrete Gesellschaftskritik immer an einzelne Probleme und Entscheidungen gebunden.

Diese „Krise des Politischen“ gilt auch für die staatlichen Akteure (was sozialwissenschaftlich als „Staatsversagen“ bezeichnet wird). Von der – wenn auch nur begrenzt stattfindenden – ‚normalen‘ Umweltpolitik läßt sich nicht mit Gewißheit entscheiden, ob sie nicht längerfristig krisenverschärfend wirken wird. Umgekehrt steckt in der Zunahme an symbolischer Politik in der Umweltpolitik bis zur Einführung „transzendentaler Wertorientierung“ (Moral, Ethik, aber auch nationale Identität) immer der Versuch, die überschwelligsten Momente des Politischen in irgendeine fingierten Sinnbezüge zu integrieren und zugleich aus dem Bereich des Politischen auszugrenzen.

Die ‚Krise des Politischen‘ gibt den realen Hintergrund der Rede von der ‚Ohnmacht der Politik‘ ebenso wie von ‚neuen‘ ökologischen (naturalistischen) Politiken oder systemfunktionalistischen Modernisierungskonzepten ab. Sie setzt zugleich eine entscheidende Bedingung für eine Veränderung der Politik in der ökologischen Krise: In jedem einzelnen, konkreten Konflikt – ob um den Ausbau einer Straße oder die Einführung der Gentechnologie im industriellen Maßstab – ist eine Auseinandersetzung darüber einbeschlossen, inwieweit es gelingt, die technologische, selbstbezügliche Abschottung der ‚ausdifferenzierten Subsysteme‘ aufzubrechen. Nur durch das Durchbrechen dieser Abschottung können die in der ökologischen Krise neu aufgeworfenen Fragen als herrschaftsförmige, legitimationsabhängige und prinzipiell gesellschaftliche Handlungsalternativen *offene* Entscheidungsprobleme in die politische Auseinandersetzung zurückgeholt werden.

Gegenüber dieser ‚Problemsicht‘ greifen sowohl die Theorien der ‚neuen sozialen Bewegungen‘ – mit ihrer vorherrschenden Begrenzung auf sozio-kulturelle Identitätsbilder und (organisations-) soziologische Analysen – wie auch die Idee einer quasi-parlamentarischen Regulierung des freien Spiels der Subpolitiken – die Ersetzung von politischer Subjektivität durch (ausdifferenzierte) Systemeigenschaften – zu kurz.

2. Ökologische Krise und die Krise der Wissenschaft

Wissenschaft ist in dreifacher Weise in die ökologische Krise einbezogen: als Krisenursache (a), als Medium der Krisenwahrnehmung (b) und als ‚Hoffnungsträger‘ von Krisenlösungen (c).

a) Ob in Wirtschaft, Politik oder Alltagsleben: Ohne die Methoden und Resultate der Naturwissenschaften und ohne technische Verfahren und Gegenstände ist das gesellschaftliche Leben zumindest in der uns gewohnten Form unvorstellbar, wenn nicht gar unmöglich geworden. Jeder ‚private‘ Haushalt ist über Gas-, Strom- und Wasserversorgung, über Abfall- und Abwasserentsorgung ebenso in technische Netzwerke eingebunden wie über Elektroherd, Kühlschrank oder Unterhaltungselektronik mit ‚wissenschaftlichen‘ Produkten versehen. Mit der Atomenergie hängt die Stromversorgung von Industrie und Haushalten teilweise von einer Technik ab, die hochgradig wissenschaftlich vermittelt ist und die einen enormen sozialen und technischen Sicherheitsaufwand erforderlich macht ... In all diesen Beispielen zeigt sich, daß die (zukünftige) gesellschaftliche Entwicklung ebenso wie der Alltag der Individuen von wissenschaftlich-technischen Strukturen und Prozessen abhängt. Das heißt, daß die in der ökologischen Krise ‚skandalisierten‘ Risiken – ob nun als ‚Schadstoff der Woche‘ oder als Gefährdung durch großtechnologische Anlagen – keine isolierten ‚Ausreißer‘, sondern integraler Bestandteil des Projektes der wissenschaftlich-technischen Naturaneignung sind; Wissenschaft gehört zum ‚Ursachenkomplex‘ der ökologischen Krise.

b) Wissenschaft und Technik sind aber auch unverzichtbarer Teil der ‚Krisenwahrnehmung‘. Daß es sich bei den ökologischen Gefährdungen um Globalgefährdungen handelt, wurde im wesentlichen erst über den „Umweg“ natur- und systemwissenschaftlicher Simulationsstudien und Modellbeschreibungen bewußt. Bekanntestes Beispiel ist die – mit teilweise abenteuerlichen Annahmen gerechnete – Studie im ersten Bericht des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ mit den sich anschließenden – differen-

zierteren – ‚Weltmodellen‘ sowie der Bericht an den Präsidenten der Vereinigten Staaten („Global 2000“). Erst durch die Rezeption dieser Studien wurde seit den siebziger Jahren in einer breiteren Öffentlichkeit bekannt und diskutiert, daß nicht nur die Tier- und Pflanzenwelt bedroht, sondern sämtliche Umweltmedien – Luft, Wasser, Boden – gefährdet sind.

Auch die Verseuchungen nach der Katastrophe von Tschernobyl, die Klimaveränderungen durch die Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe oder durch den immer weiter ansteigenden Kohlendioxidgehalt der Atmosphäre, die weltweiten Folgen der Zerstörung tropischer Regenwälder und anderer globaler Großökosysteme sind Vorgänge, die erst durch wissenschaftliche Studien öffentlich wahrgenommen werden können, da sie sich der sinnlichen Wahrnehmung und unmittelbaren Erfahrung entziehen – sei es durch die Raum/Zeit-Verschiebungen der Wirkungsketten, sei es infolge eines körperlich-sinnlich nicht wahrnehmbaren Gefährdungsprozesses, zum Beispiel durch radioaktive Strahlungen.

c) Und nicht zuletzt sind Wissenschaft und Technik auch Teil der ‚Krisenlösungen‘. Das wird insbesondere durch den Streit von Experten und Gegenexperten um die Bewertung der Daten und die Qualität der Modelle deutlich, in dem die zu erwartenden Folgen bei andauernder Belastung ausgerechnet werden. Er hat sich in der Folge zu einer wissenschaftlichen Ursachen- und Folgen-Debatte ausgeweitet, von der erwartet wird, daß in ihr auch die Mittel zur Abwendung der prognostizierten Gefahren entwickelt werden. Daraus entstehen neue technische Krisenlösungen, wie etwa die Substitution von als giftig anerkannten Stoffen in der Chemie, neue Technologien zur Entsorgung von Energieanlagen, Wiederaufbereitungstechnologien beispielsweise für das Trinkwasser etc.

Hier setzt der ‚Münchhausen-Effekt‘ der modernen Industriegesellschaft ein: Durch eine weitere Technisierung und Verwissenschaftlichung von Produktion und Alltag sollen die ‚Folgen‘ bewältigt werden, die durch die Dominanz dieses Modells ‚wissenschaftlich-technischer Naturaneignung‘ mitverursacht sind. Was dabei übersehen wird: Das wissenschaftlich-technische Weltverständnis als *dominante Modell gesellschaftlicher Naturverhältnisse* wird im Experten-/Gegenexperten-Streit durch die Deutungskonkurrenzen im Spiel zwischen Krisendiagnose und Krisenlösung hindurch gestärkt und um so tiefer in Alltag und Lebensformen eingesenkt. Demgegenüber greift das Argument der ‚Selbstreflexion der Wissenschaft‘ – die Idee wachsender Mitbestimmungsmöglichkeiten aufgrund der ‚Selbstverunsicherung der Wissenschaft‘ in der ‚Risikogesellschaft durch die Expertenkonkurrenz‘ (vgl. dazu Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 3 (1990) 1, S. 6ff. [Editorial] und den Beitrag von Ulrich Beck, ebenda) – zu kurz oder ist zu allgemein:

1. Mit dem neuen wissenschaftlichen Wissen wächst zugleich das Nicht-Wissen (etwa über die Wirkungen der Substitutstoffe). Wir dringen immer tiefer in naturale Reproduktionszusammenhänge ein und wissen immer weniger, welche naturalen *und* gesellschaftlichen ‚Zukünfte‘ dadurch hergestellt werden. Diese ‚deformation professionelle‘ gilt insoweit auch für die Gegenexperten, als sie immer an die wissenschaftliche Expertenkultur (Güte- und Relevanzkriterien, Methoden, Forschungs- und Erkenntnisstand) zurückgebunden bleiben.

2. Auch die Expertenkonkurrenz bleibt der im Wissenschaftssystem vorherrschenden Aufspaltung in Einzeldisziplinen und in zwei ‚Wissenschaftskulturen‘ unterworfen. Dadurch verfehlt sie systematisch die Wirkungs-



»Überlebenstraining kriegen wir erst in der nächsten Saison rein; aber wenn's unbedingt Nordsee sein soll – wie wär's mit Alternativurlaub mit Menschenkette und Küstenschuttabsammlung?«

zusammenhänge der ökologischen Gefährdungen, die gerade durch eine gegenseitige Durchdringung des Sozialen und Naturalen gekennzeichnet sind. Dadurch ist dem (einzeldisziplinären) Kritik- und Interventionspotential von Gegenexperten eine entscheidende Grenze gezogen.

3. Unklar an der These von der Selbstreflexivität der Wissenschaft bleibt generell, worauf das ‚Selbst‘ sich bezieht: auf den einzelnen Wissenschaftler/die einzelne Wissenschaftlerin oder auf das ‚Wissenschaftssystem‘? Im einen Fall ist die These zu beschränkt: Wer als WissenschaftlerIn arbeitet, ist gegenüber den Globalgefährdungen immer auch der Laie; er/sie bezieht sich ‚reflexiv‘ nicht ausschließlich auf die objektive Gefahrenermittlung, sondern ebenso auf die subjektiven Krisenwahrnehmungen. Im anderen Fall ist die These zu abstrakt: Das Wissenschaftssystem ist in Disziplinen organisiert; die Kritik eines Soziologen läßt den Physiker in der Regel ziem-

lich unberührt. In bezug auf das Wissenschaftssystem ist es viel eher sinnvoll, von einer ‚Selbstbezüglichkeit‘ (oder ‚technischen Selbstreflexivität‘) zu sprechen, die sich in der ‚Risikogesellschaft‘ aber gegenüber ‚außersystemischen‘ Einflüssen – gegen nichtwissenschaftliche Erfahrung – gerade zunehmend immunisiert, statt sich gegenüber außerwissenschaftlicher Kritik zu öffnen. In systemwissenschaftlicher Begrifflichkeit könnte man deshalb davon sprechen, daß die These einer kritischen Selbstreflexivität von Wissenschaft auf der Verwechslung von ‚Interaktionen mit der System-Umwelt‘ und ‚Selbstbeziehung‘ beruht. Diese Verwechslung läßt sich möglicherweise darauf zurückführen, daß die empirischen Beobachtungen der *Durchmischung von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit* mit einer Art kritischem Systemfunktionalismus theoretisiert werden. So kann das – diesen Beobachtungen widersprechende – Bild eines sich immer stärker aus-

differenzierenden Gesellschaftssystemen entstehen, aus dem Komplexitätssteigerung und verbesserte System-Umwelt-Interaktionen gefolgert werden.

4. Im Bild des Expertenstreits werden die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die *soziale Interpretation* wissenschaftlich-technischer Modelle und ihrer industriellen Realisierung auf Fragen der wissenschaftlichen Deutungskonkurrenz reduziert. Damit geht der Blick auf die *gesellschaftliche Konstruktion* von Wissenschaft und Technik verloren, und Wissenschaftskritik geht über in Wissenssoziologie. Anders gesagt: Die Idee der gegenexpertlichen Mitbestimmung in der Wissenschaft der ‚Risikogesellschaft‘ lebt noch von der Trennung in einen wissenschaftlichen Ursachenkomplex und Gesellschaft als Folgenkomplex. Demgegenüber ermöglicht das Verständnis der ökologischen Krise als Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse die Formulierung einer anderen Ausgangstheze: Nach dieser sind Wissenschaft und Technik ein Prozeß, in dem soziale Interessenslagen, Deutungsmuster, technische Erzeugungsstrukturen und wissenschaftliche Erkenntnismodelle einen immer engeren Zusammenhang bilden. Entsprechend zielen sozial-ökologische Forschung und Wissenschaftskritik darauf, in diesen *Erzeugungszusammenhang* zu intervenieren.

3. Die Differenz von Natur und Gesellschaft als Leitdifferenz von Sozialer Ökologie

Soziale Ökologie tritt nicht mit dem Anspruch umfassender Lösungsstrategien, neuer Sozialtheorien oder Naturmodelle auf, sondern will zunächst *andere Problemwahrnehmungen* in der gegenwärtigen Krisensituation ermöglichen. Sie stützt sich dabei auf den ge-

ellschaftlichen Krisendiskurs, in dem diese ‚Verhältnisse‘ allerorten thematisiert werden, sowie auf die empirischen Beobachtungen der Durchdringungsphänomene von ‚Natur‘ und ‚Gesellschaft‘, wie sie in dem Konzept der ‚Risikogesellschaft‘ beschrieben sind.

Die vorherrschenden theoretischen Konsequenzen, die aus diesen Beobachtungen gezogen werden, teilen wir nicht: Plausibel scheint weder die – fiktive – ‚Humanisierung‘ einer als Quasi-Subjekt vorgestellten Natur (was bedeutet, die Differenz von Natur und Gesellschaft einzuziehen) noch die funktionalistische Symbolisierung der Natur-/Gesellschafts-Differenz als System-/Umwelt-Differenz.

Statt dessen haben wir uns entschlossen, in der Perspektive einer kritischen Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse die Natur-/Gesellschaftsdifferenz selbst als Leitdifferenz in das Forschungsprogramm ‚Soziale Ökologie‘ einzuführen und den Fokus jedes einzelnen Forschungsprojektes auf die jeweiligen Grenzbereiche von ‚Natur‘ und ‚Gesellschaft‘ zu legen; denn hier, an den je konkreten Grenzlinien von ‚Natur‘ und ‚Gesellschaft‘, stoßen wir auf jene Verdichtungs- und Durchmischungsphänomene, die nicht nur über neue Formen (und ihrer Alternativen) der materiellen Regulierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse Auskunft geben können, sondern auch über den damit einhergehenden ‚Wandel‘ im Verständnis und den Vorstellungen (Begriffe, Konzepte) von Natur und Gesellschaft.

Forschungspraktisch hat diese Entscheidung mehrere Konsequenzen:

- problembezogen-interdisziplinär zu arbeiten;
- die wissenschaftliche Arbeit an der Grenze von wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Wissen zu konzentrieren;
- Kooperationsbeziehungen zwischen dem

Bereich der ‚hard-sciences‘, feministischer Forschung und kritischer Theorie herzustellen;

- die eigene Forschungsarbeit bewußt im Zwischenbereich von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit zu verorten.

Mit Sozialer Ökologie als theoretischer Programmatik und den einzelnen sozial-ökologischen Forschungsprojekten verfolgen wir das Ziel, die wissenschaftlichen Deutungsmonopole aufzubrechen. Wir versuchen, neue Beziehungen zwischen (etablierter) Wissenschaft und oppositioneller Wissenschaftskritik herzustellen, um so diejenigen zu erreichen, die in den Labors und Instituten an der Modellierung der Zukunft arbeiten. Und nicht zuletzt arbeiten wir an neuen Verbindungen zwischen nichtwissenschaftlichem und wissenschaftlichem Wissen, um so anstelle der Forcierung technischer Krisenlösungen das gesellschaftliche Handlungsvermögen in der ökologischen Krise zu stärken und (wieder-) zu gewinnen.


Thomas Jahn, Sozialwissenschaftler, ist Mitarbeiter des Instituts für sozial-ökologische Forschung/Frankfurt.

Anmerkung

- * Mitte der achtziger Jahre hat sich in Frankfurt eine Arbeitsgruppe ‚Soziale Ökologie‘ gebildet. Sie initiierte die „Forschungsgruppe Soziale Ökologie“, die im Auftrag der damaligen rot-grünen Landesregierung erste konzeptionelle und programmatische Konkretisierungen dieser neuen Forschungsrichtung ausarbeitete und die Gründung eines ‚Instituts für sozial-ökologische Forschung‘ vorschlug. Anfang 1988 wurden die Ergebnisse vorgelegt (Forschungsgruppe Soziale Ökologie: Soziale Ökologie. Gutachten zur Förderung der sozial-ökologischen Forschung in Hessen, Frankfurt 1988). Da weder die (neue) Landesregierung noch andere öffentliche Träger an einer Fortsetzung der begonnenen Arbeit interessiert waren, wurde in Eigeninitiative von einigen Mitgliedern im Januar 1989 in

Frankfurt das ‚Institut für sozial-ökologische Forschung‘ als gemeinnützige GmbH gegründet und die Forschungs- und Beratungstätigkeit aufgenommen.

Der vorliegende Beitrag geht auf die Diskussionen und Erfahrungen zurück, die wir in diesen Jahren in der Ausarbeitung von Sozialer Ökologie als theoretischer Programmatik und der Institutionalisierung von sozial-ökologischer Forschung gemacht haben. (Für weitere Informationen: Institut für sozial-ökologische Forschung, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90.)



Krieg und Frieden.

Wenn es um so wichtige Themen geht, hat kein Mensch die Zeitungen, die er liest, oder er verdient nicht so viel, daß er sich alle Zeitungen kaufen könnte. Und wenn, könnte er sie nicht alle lesen.

„antimilitarismus-information“ (ami) setzt jeden Monat den Kontrapunkt.

ami - stellt für das Konzept, systematisch Informationen zu Rüstung, Krieg und Frieden zu vermitteln. (Knappe, klar, mit Nachweise der Quellen.)

ami - hilft, die Berichte in den Medien besser und kritischer zu verstehen. Indem sie auf den Punkt gebracht und in den Zusammenhang gesetzt werden.

ami - stellt Debatten voran und hilft Hintergründe auf. Durch Kommentare und Analysen.

Aktivitäten (Teil B): Wir verknüpfen über 100 Zeitungen, Zeitschriften und Fachpublikationen aus, suchen die Informationen nach 15 Kategorien, die den „Militarismus“ für Sie einschüßig aufgliedern: von „Waffenindustrie“ über „Rüstungsbeschaffung“ zur „Rüstungsmacht“, von der Haltung der „Parolen und Verbände“ über „Militärstrategien“ zur „Rüstungskontrolle“ und „Kriegsdienstverweigerung“.

Recht (Teil A): unsere erfahrenen Rechtsexperten helfen Sie auf dem Laufenden über HDV-Recht, Wehrpflichtrecht und natürlich über Antidone- und Demonstrationsrecht.

Theorie (Teil III): gibt den Redaktionen des analytischen Rahmens, vermittelt theoretische Zugänge und stellt neue Literatur vor.

Friedensbewegung (Teil IV): berichtet über Aktionen und macht sich in Debatten ein, wie aus der Beschäftigung mit Rüstung und Militär eine Friedenspolitik entstehen kann.

THEMENHEFTE

Zwei Ausgaben pro Jahr erscheinen mit doppeltem Umfang (80 Seiten) und beschäftigen sich mit einem Schwerpunktthema.

NACHSCHLAGWERK

ami ist zum Ausbandnehmen. Wenn Sie wollen, versorgen Sie die anti nach Rubriken und erstellen sich Ihr eigenes Nachschlagewerk. Unser Jahresspiegel nach Stichworten, Aktionen, Buchtiteln und Gerichtsinstanzen hilft Sie schnell und sicher zu den gewünschten Informationen.

Ein Jahresabonnement (12 Hefte, davon drei mit Doppellumfang) kostet DM 32,50.

Ein Probeheft mit zwei Heften (incl. ein Themenheft) kostet nur DM 5,-

antimilitarismus information

ami, Elbholzstr. 11, 1000 Berlin 30, 030/2151035

Markus Kaiser Entstehung, Entwicklung und Struktur der Anti-Gen-Bewegung

Die Biologie hat nach der Physik und der Chemie als dritte Wissenschaft ihre synthetische Phase im vorletzten Jahrzehnt erreicht und steht nun vor dem großtechnologischen Durchbruch. Bereits in der Mitte der siebziger Jahre standen gentechnische Verfahren der synthetischen Substanzerstellung unmittelbar vor einer ersten industriellen Anwendung. Diese Entwicklung läßt sich auf die Formel von der Abhängigkeit unseres Schicksals von Atomkern und Zellkern bringen (Hans Jonas). Eng an die Erfolge dieser rasanten Entwicklung der Technologie gekoppelt, hat sich die Befürworterseite aus Forschern, kapitalkräftigen industriellen Betreibern und Politikern gebildet, denen die betroffenen BürgerInnen zumeist unwissend und ohnmächtig gegenüberstehen. Aufgrund der Bedrohung, die von den neuen Technologien ausgeht, werden die Gefahren, die Möglichkeiten und die Argumentation der Betreiber in der Öffentlichkeit zunehmend thematisiert. Wer sind die TrägerInnen der Gegenöffentlichkeit? Existiert eine soziale Bewegung, die die Gefahren der Gen- und Reproduktionstechnologie und ihre sozialen und ökonomischen Folgen aufzeigt, sich mit deren Zielsetzung und ideologischen Hintergründen auseinandersetzt?

1. Ist die Anti-Gen-Bewegung eine eigenständige soziale Bewegung?

Die Anti-Gen-Bewegung ist aus Gruppen innerhalb der Frauen-, Friedens-, Krüppel- und Ökologiebewegung, aus den Bürgerinitiativen gegen die humangenetischen Beratungsstellen und aus einzelnen Personen, die zumeist beruflich mit der Gen- und Reproduktionstechnologie beschäftigt waren, zusammengewachsen. Die Zusammenarbeit ist aus

einer inhaltlichen Konfrontation mit den geschafften Tatsachen durch Forschung und Betreiber entstanden:

Für die *Ökologiebewegung* ist die Gentechnologie eine Herausforderung, da der unvermeidbare Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie durch die Möglichkeiten der Konstruktion neuartiger Organismen eine neue Qualität erhält. Durch die artüberschreitende Kombination von Genen entstehen Lebewesen, wie sie die Natur niemals hervorbringen würde und deren Auswirkungen im Naturkreislauf nicht absehbar sind. Das ökologische Gleichgewicht ist sowohl bei einer kontrollierten als auch bei einer ungeplanten Freisetzung von Mikroorganismen bedroht, da in beiden Fällen die Auswirkungen fortgesetzter Mutationen nicht beherrscht werden können. Viele der bereits vorhandenen Organisationen, Umweltverbände und Bürgerinitiativen verlagerten ihren Schwerpunkt auf die Gentechnologie. Eine der Hauptforderungen der Umweltverbände war die nach einer Risikoforschung, um bei einer Freisetzung genetisch veränderter Mikroorganismen mögliche Folgen und Risiken benennen zu können. So wird auf einem der ersten Flugblätter¹ der beginnenden Anti-Freisetzungskampagne 1984 darauf hingewiesen, daß die „ökosystemaren Wirkungen gentechnisch veränderter Pflanzen und Mikroorganismen unbekannt“ sind. Die Initiativen warnen, daß „die Einkreuzung übertragener Resistenzen in Wildtypen ... nicht mehr kontrollierbar (sei) und deren Ausbreitung begünstigt“. Die Notwendigkeit der Sicherheitsforschung wird damit begründet, daß „die Zusammenhänge im Lebensraum Boden kaum erforscht und Veränderungen nicht abschätzbar sind“. Die neuen Diskussionszusammenhänge fügen sich nahtlos in die Struktur der Ökologiebewegung ein, da die Kritik an der Gentechnologie auf das glei-

che ökologische Bewußtsein zurückzuführen ist.

Gegen die humangenetischen Beratungsstellen bildeten sich auf *lokaler Ebene Bürgerinitiativen*, in denen sich vorwiegend Beninderte, Eltern behinderter Kinder und betroffene Frauen zusammenschlossen, um über Eugenik und ihren Zusammenhang mit gesellschaftlichen Fragen der Behindertenpolitik zu informieren und um Frauen, die vom Frauenarzt an eine humangenetische Beratungsstelle überwiesen wurden, eine informative Anlaufstelle zu bieten. 1980 wurde die Thematik der humangenetischen Beratung auf dem ersten Gesundheitstag von der dort neu entstandenen *Krüppelbewegung* aufgenommen. Eine Krüppelfraueninitiative, die speziell Positionen zur humangenetischen Beratung erarbeitete, hat 1985 auf dem Kongreß „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie“ zum ersten Mal öffentlich gefordert, die humangenetische Beratung abzuschaffen, und zum Boykott der Beratungsstellen aufgerufen. Die Krüppelfrauen „kämpfen gegen die Ideologie von einer heilen, gesunden, leidensfreien Gesellschaft als Befreiung von den Leidenden, Kranken und Behinderten“². Die Krüppelbewegung thematisiert die Kontinuität der „Eugenik“, die Sterilisationspraxis, die damit verbundene Inhumanität, die gesellschaftlich verbreitete Ablehnung von Mißachtung behinderten Lebens sowie die entsprechenden politischen, sozialen und finanziellen Hintergründe in ihrem eigenen Organ „Die Krüppelzeitung“.

Die immer enger werdende Verbindung von humangenetischer Beratung/ pränataler Diagnostik und den neuen Reproduktionstechniken wurden innerhalb der *Frauenbewegung* in den siebziger Jahren nicht thematisiert. Ein großer Teil der Frauenbewegung sah zu dieser Zeit in der Befreiung von der Reproduktion des Lebens, die einen „Teil weiblicher Repro-

duktionsarbeit darstellt“, eine Voraussetzung zur Befreiung der Frau, zumindest dann, „wenn das Wissen über eine technische Reproduktion in autonomen Frauengruppen ... (vorhanden) ist“³. 1981 formulierte Traude Bührmann eine erste feministische Kritik an der Reproduktionsmedizin und ihrer bevölkerungspolitischen Dimension. Sie ordnete auch sofort die Thematik als solche in den patriarchalen Kontext ein und mutmaßte, „daß die einmal begonnene Fortpflanzung in Männerhänden einen Femizid in sich birgt“⁴. Die Frauenbewegung der BRD kritisierte seit Beginn ihrer Auseinandersetzung hauptsächlich die Reproduktionstechnologie, die durch ihre „Sensationserfolge“ (Retortenbabies) die Diskussionen in den Medien beherrschte. Doch hat sich aufgrund der Arbeit vieler Biologinnen aus der Frauenbewegung auch eine Diskussion über die Möglichkeiten der Gentechnologie am Menschen, die durch die Erfolge bei Pflanzen und Mikroorganismen abschätzbar wurden, angebahnt. Innerhalb der Frauenbewegung wurde schließlich immer eindringlicher der thematische Zusammenhang von Gen- und Reproduktionstechnologie aufgezeigt. So benannte sich das 1984 gegründete Netzwerk FINNRET (Feminist International Network on the New Reproductive Technologies) 1985 auf einer Konferenz in Schweden in FINRRAGE (Feminist International Network of Resistance to Reproductive and Genetic Engineering) um. „Die Umbenennung erfolgte, um eine klare politische Aussage gegen diese Technologien im Namen des Netzwerks zu haben und um den Widerstand gegen die Gentechnik zu einem Arbeitsgebiet des Netzwerks zu machen.“⁵ Dieser ersten internationalen Organisation, die auch in der BRD durch eine nationale FINRRAGE-Gruppe vertreten ist, haben sich über 700 Frauen aus zwanzig Ländern angeschlossen. Die Frauenbewegung und insbesondere femi-

nistische Wissenschaftlerinnen erreichten, daß über Gen- und Reproduktionstechnologie nur noch im Zusammenhang diskutiert wird, da die Voraussetzung zum Eingriff in das Erbgut der Frau mit Hilfe der Gentechnik die Herausnahme des Prozesses der Zeugung aus ihrem Körper ist.

Aus diesen direkten Vorläufern der Anti-Gen-Bewegung wurden durch hinzukommende Anwendungsbereiche immer mehr gesellschaftliche Gruppen indirekt involviert: So mußte sich die *Friedensbewegung* mit der Erforschung qualitativ neuer B-Waffen auseinandersetzen. Die „Dritte-Welt“-*Solidaritätsbewegung* sah sich speziell klonierten Nutzpflanzen und neuen Pestizid-Nutzpflanzen-Kombinationen gegenübergestellt. *ArbeiterInnenvertretungen* wurden mit der Möglichkeit des Arbeitnehmerscreenings konfrontiert. Diese einzelnen Vorläufer entwickelten sich zu Trägern einer Anti-Gen-Bewegung. Bei der Analyse der Teilbewegungen und ihrem Verhältnis zur Gesamtbewegung müssen Form (Struktur) und Inhalt somit im Zusammenhang gesehen werden. Ihnen gemeinsam ist der Kampf gegen die vielfältigen Auswirkungen der Gentechnologie.

Bis zur Initiierung der Großen Anfrage zur Gentechnologie 1983 durch die Partei der Grünen wurde die Diskussion über die möglichen Gefahren und die sozialen Auswirkungen der Gen- und Reproduktionstechnologie nur in Expertenkreisen und in den wenigen Gruppen der Bewegungsvorläufer geführt. Die neu im Parlament vertretene Fraktion der Grünen brachte als Reaktion auf die Initiative der Bundesregierung, die eine Revision und Lockerung der gentechnischen Sicherheitsrichtlinien und die Auflage eines zweiten biotechnologischen Förderprogramms bezweckte, eine Große Anfrage zum gegenwärtigen Stand der Forschung im Bereich der Biotech-

nologie und zum industriellen Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen ein. Die Fraktion der Grünen fragte im besonderen nach dem Stand der Reproduktionstechnologie am Menschen, der Embryonenforschung, den genetischen Tests an Arbeitnehmern und nach der Erprobung biologischer Waffen. In der Retrospektive erscheint die Große Anfrage der Grünen als die *Initialzündung* der Anti-Gen-Bewegung, in dem sie die Vorläufer der Anti-Gen-Bewegung in einem neuen Diskussionszusammenhang zusammengeführt hat. Die Grünen haben, ohne zur Trägerorganisation zu avancieren, die entscheidende Mobilisierungsarbeit geleistet, was ihnen aufgrund ihrer damaligen Nähe zu den TrägerInnen der neuen sozialen Bewegungen und ihres Parteiapparates möglich war. Innerhalb der Grünen wurde im Mai 1984 eine Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Gentechnologie gebildet. Die Abgeordnete Erika Hickel und ihre wissenschaftliche Mitarbeiterin Sarah Jansen „rekrutierten die Mitglieder (der BAG) aus dem damals noch recht kleinen Spektrum der linken und grünen bis grün-nahen Gentechnologie-KritikerInnen“⁶. Die Hauptarbeit der BAG-Gentechnologie war in erster Linie die Zuarbeit für die Bundestagsfraktion der Grünen zur zeitgleich beantragten Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Gentechnologie. „Hier war die gemeinsam von Erika Hickel, Sarah Jansen und der BAG getragene Strategie die Arbeit der Kommission ... als Mittel zum Zweck zu begreifen, um die Debatte über die Gentechnologie – ihre Risiken, die eigentlichen Motive für ihre forcierte Entwicklung im industriellen Maßstab und nicht die ‚Chancen‘- in der Öffentlichkeit anzuheizen.“⁷

Die Mobilisierung des Spektrums der sozialen Bewegungen durch die Partei der Grünen führte zu themenspezifischen Informationswegen zwischen den TrägerInnen der Bewe-

gungsvorläufer. Diese anfängliche Vernetzung war der Grundstock einer neuen Bewegung, die in kurzer Zeit viele Mitarbeitende mobilisieren konnte. Durch die Große Anfrage der Grünen wurde der Legitimationsbedarf der staatlichen und industriellen Forschungspolitik im Bereich der Biotechnologie und der Reproduktionsmedizin offensichtlich. In allen Bereichen wurde deutlich, daß die Industrie in einem Rechtsvakuum operieren kann, da sich anstatt einer abwägenden Forschungsgenehmigungspolitik eine unbekümmerte Forschungsförderungspolitik etabliert hat. Bei vielen Bürgern taucht, neben der individuellen Betroffenheit, ein Gefühl der Ohnmacht auf, da die Entscheidungen über diese neuen Techniken über ihre Köpfe hinweg getroffen wurden. Die strukturellen Ursachen, die zur Herausbildung der Anti-Gen-Bewegung geführt haben, sind somit nicht nur in den Risiken einer neuen Technologie zu suchen, sondern liegen auch in den ökonomischen und militärischen Interessen und deren ideologischen Hintergründen. Diese bestimmen die Forschungspolitik und den Rahmen der Organisation des gesellschaftlichen Diskussionsprozesses über eine Risikotechnologie. Von Anfang an war „das Vertrauen, daß die Problemlösungsfähigkeit so rasch wächst, wie die Produktion industriegesellschaftlicher Probleme, ... erschüttert“¹⁸.

Fazit: Die Anti-Gen-Bewegung ist eine Bewegung gegen Reproduktionstechnologie und Humangenetik, Genmanipulation an Tieren, Pflanzen und Mikroorganismen und deren Erforschung. Sie ist eine handlungsfähige soziale Bewegung aus einem Netzwerk von Organisationen, die „gegen die Genetik genauso kämpfen (will, M.K.), wie dies die Friedensbewegung gegen die Stationierung neuer Raketen getan hat“¹⁹.

2. Die Netzwerk- und Informationsstruktur der Anti-Gen-Bewegung

Vor dem Hintergrund der Herausbildung der Anti-Gen-Bewegung aus ihren Bewegungsvorläufern stellt sich die Frage, welcher Bewegungsvorläufer sich strukturell durchgesetzt oder ob sich eine neuartige Bewegungsstruktur entwickelt hat. Das institutionelle Gefüge der Anti-Gen-Bewegung, das, um die notwendigen Entwicklungsschritte systematisch zu beschreiben, bisher dargelegt wurde, legt in Anlehnung an Roland Roth¹⁰ eine Einteilung in folgende Ebenen nahe.

2.1. Die lokalen Bewegungsmilieus und die Anti-Gen-Bewegung

Bei einem lokalen Bewegungsmilieu handelt es sich um ein „mehr oder weniger dichtes und abgrenzbares Netz von alternativen Einrichtungen, selbstverwalteten Projekten, ... von Kommunikationszentren, alternativen Lokalblättern ... und Aktionsgruppen“¹¹. „Lokale Bewegungsmilieus wirken als Mobilisierungsnetzwerke für themenspezifische Aktionen und Proteste, aber sie generieren auch neue Sensibilitäten und Betroffenheiten und bilden damit die soziokulturelle Basis der neuen sozialen Bewegungen.“¹² Viele Gruppen der Anti-Gen-Bewegung arbeiten auf dieser lokalen Ebenen eingebunden in „ein Netzwerk von Freundschaften, persönlichen Kontakten und Solidaritäten“¹³ und thematisieren die Auswirkungen der Gen- und Reproduktionstechnologie vor Ort. Diese dezentrale Organisation führte zu einer nur geringen überregionalen Wahrnehmung der Anti-Gen-Bewegung. In vielen Städten, in denen Forschungseinrichtungen und industrielle Betriebe angesiedelt sind, haben sich Bürgerinitiativen gebildet.

Die Bürgervereinigung „Höchster Schnüffler und Maagucker e.V.“ hat durch einen erfolgreichen gerichtlichen Widerspruch 1988 gegen die bisher ergangene Genehmigung zum Bau und Betrieb einer Anlage zur Gen-Insulin-Produktion der Firma Hoechst Aufsehen erregt. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß die Genehmigung im rechtsfreien Raum ergangen sei und eine Entscheidung nur auf Grundlage eines entsprechenden Gesetzes hätte gefällt werden dürfen. Die Bürgervereinigung hat mit Gutachten belegt, daß „eine Freisetzung über Abluft, Abwasser und Abfall nicht zu vermeiden“ ist und „die Bakterien mehrere Tage überleben und ihre Erbinformationen zu dieser Zeit an natürliche Bakterien weitergeben“ können¹⁴.

Eine vergleichbare Initiative hat sich 1988 in Marburg gebildet, wo die Behringwerke eine Anlage zur Produktion eines gentechnisch hergestellten Medikamentes (zur Behandlung einer speziellen Nierenkrankheit) errichten wollen. Die Initiative, die ein Bündnis aus einzelnen Personen, VertreterInnen kritischer kommunalpolitischer Institutionen und Universitätsangehörigen ist, hat bisher die öffentliche Auslegung der Unterlagen zum Produktionsverfahren erreicht. Daraufhin hat sich diese Initiative in VerfahrensbeürworterInnen und eine Gruppe, die die Gentechnologie insgesamt ablehnt, gespalten.

Diese beiden lokalen Initiativen sind typisch für die Auseinandersetzung vor Ort: Die TrägerInnen der Initiative sind direkt in ihrem Lebensbereich betroffen und versuchen, durch Öffentlichkeitsarbeit BürgerInnen der Umgebung zu mobilisieren, um somit Druck auf die Verantwortlichen und das Unternehmen auszuüben. Die Gruppenstruktur ist durch freundschaftliche Kontakte geprägt. Ein Hauptproblem dieser Gruppe stellt die mangelnde Kompetenz vieler Mitglieder dar, die oft zu einer Abhängigkeit von gruppenin-

ternen oder -externen Sachverständigen führt.

2.2. Die bewegungsspezifische Vernetzung der Anti-Gen-Bewegung

Jede Bewegung hat ihr für sie typisches bewegungsspezifisches „Kooperations- und Organisationsprofil“¹⁵, wobei es insgesamt für die neuen sozialen Bewegungen „im historischen Vergleich durchaus berechtigt ist, lockere, dezentrale, autonome und vielgestaltige Gruppen und ihre Vernetzung zu betonen“¹⁶. Die Anti-Gen-Bewegung besteht aus in der Regel formalisierten und inhaltlich arbeitenden Gruppen. Die Mitglieder verfahren arbeitsteilig nach inhaltlichen Fragestellungen und Arbeitsbereichen wie Öffentlichkeitsarbeit, Rundbrieferstellung, Organisation von Aktionen etc.. Diese lokalen Gruppen der Anti-Gen-Bewegung sind untereinander nach ihren thematischen Arbeitsbereichen vernetzt; so findet ein umfangreicher Informationsaustausch über die Probleme und Gefahren der Gentechnik in allen Anwendungsbereichen statt – seien es nun die Landwirtschaft, die Nahrungsmittelverarbeitung, die Pharmaindustrie, der Bereich der Humangenetik und der Reproduktionstechnologie oder die Abfallwirtschaft. Wenn es keinen direkten Austausch – aufgrund des unterschiedlichen Standortes – zwischen den Gruppen gibt, besteht die Möglichkeit des Informationsaustausches über die Informations- und Koordinationszentren der Anti-Gen-Bewegung.

In einer ersten Phase wurden mehrere Netzwerke zur Koordination von außerparlamentarischen Gruppen, die spezifischen Problemen der Landwirtschaft, des Gesundheitswesens und des Umweltschutzes galten, gegründet. Aus der Notwendigkeit heraus, Querschnittsfragen und Zusammenhänge zu bearbeiten, sind in einer zweiten Phase Netzwerke

entstanden, die sich speziell mit den sozio-ökonomischen Umweltaspekten der Biotechnologie beschäftigen. Von diesen überregionalen Zentren werden Informationsdienste (GID), Rundbriefe, themenbezogene Broschüren, weiterführende Literatur und Archivmaterial vermittelt. In der BRD gibt es drei überregionale Projekte mit unterschiedlichen Schwerpunkten: Erstens das „Genethisch-Netzwerk“, das internationale Verbindungen und Koordinationsaufgaben hat und über alle Anwendungsbereiche der Gentechnik informiert und archiviert. Zweitens das „Genarchiv Essen“, das als feministisches „Gegenarchiv“ die Gen- und Reproduktionstechnologie „allen Laien verständlich und überschaubar machen will“ und diese Techniken „entmystifizieren“ will¹⁷. Eine grundlegende Kritik beinhaltet für sie zwei Aspekte: „Immanente Kritik an Möglichkeiten, dem Wahrheitsgehalt biologischer und medizinischer Forschungsansätze, und eine Analyse der gesellschaftlichen Auswirkungen und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen ihrer Anwendungen“¹⁸. Drittens das „Öko-Institut Freiburg“, das mit kritischen und fundierten Arbeiten über Atomreaktorsicherheit und alternative Energieversorgung bekannt wurde: Das Öko-Institut hat 1986 eine Schwerpunktstelle für Gentechnologie eingerichtet, beobachtet seither alle Forschungslabors in Süddeutschland und informiert über geplante Freisetzen. Als unabhängiges wissenschaftliches Institut übernimmt es oft die Erarbeitung von Gutachten für die Anti-Gen-Bewegung.

Die Mitglieder dieser überregionalen Anlaufstellen arbeiten kontinuierlich sowohl zu spezifischen als auch zu übergreifenden Fragestellungen und sind Ansprechpartner und Sprachrohr für politische Institutionen. Beispielsweise bringen die Oppositionsparteien im Bundestag Anhörungsmaterial oder ihre

Anträge über diese Zentren in die Bewegung ein. Im Archiv sind u.a. sämtliche Gesetzesinitiativen, Stellungnahmen der Verbände, Gewerkschaften, Kirchen und Publikationen der Anti-Gen-Bewegung archiviert. Unter den MitarbeiterInnen in diesen Netzwerkkzentren bestehen persönliche Kontakte, und sie sind zumeist fachlich qualifiziert.

In Form und Ausmaß ihrer überregionalen Vernetzung zeichnet sich bei der Anti-Gen-Bewegung eine Struktur der Dualität zwischen unabhängigen lokalen Initiativen und Gruppen sowie der überregionalen Zentren ab. Die Struktur der Anti-Gen-Bewegung ist gekennzeichnet durch eine starke Verzahnung dieser beiden Pole: Einerseits beziehen die lokalen Gruppen Fachleute als Gutachter oder juristischen Beistand, aktuelle Informationen und thematische Hilfestellung; andererseits dokumentieren, veröffentlichen und archivieren die Anlaufstellen die Arbeit der lokalen Gruppen und vertreten deren Interesse gegenüber einer größeren Öffentlichkeit und den politischen Institutionen. Wie in allen Bewegungen befindet sich hier zudem „ein thematisch ausdifferenziertes Kooperationsgeflecht, das sich um Konferenzen und Informationsdienste stabilisiert“¹⁹.

2.3. Die aktions- und konflikt-spezifische Organisierung der Anti-Gen-Bewegung

Bei Konflikten mit überregionaler Mobilisierung – dabei kann es sich um größere Veranstaltungen der Betreiber, geplante gentechnische Projekte oder um politische Entscheidungen gegen die Interessen der VertreterInnen der Anti-Gen-Bewegung handeln – entstehen „spezifische Organisationsstrukturen“, die „den Konflikt politisieren und auf Dauer stellen“²⁰. Innerhalb dieser spezifischen Organisationsstrukturen bilden sich dann kampa-

gnenbezogene Organisationszentren, die zwischen den unterschiedlichen beteiligten Gruppen vermitteln. Für die Anti-Gen-Bewegung ist ein Kampagnennetzwerk typisch, das die betroffenen Gruppen integriert und mit der Gesamtbewegung vernetzt. Die Kampagnen der Anti-Gen-Bewegung sind durch umfangreiches Informationsmaterial und durch gezielte öffentlich-wirksame Aktionen gekennzeichnet.

In der Kampagne gegen die Zulassung gentechnisch veränderter Rinderwachstumshormone sind viele alternative landwirtschaftliche Verbände integriert. So ist beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, die seit 16 Jahren existiert und sich als Interessenvertretung kleinerer und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe versteht, bereits seit 1986 in dieser Anti-rBST-Kampagne (rekombiniertes Bovines Somatotropin) aktiv. Die Existenz dieser Kampagne gegen die Zulassung gentechnisch erzeugter Rinderwachstumshormone hat in Zusammenarbeit mit der damaligen Regenbogenfraktion im Europaparlament dazu geführt, daß die EG-Kommission die Frage einer Bedarfsklausel im Zusammenhang dieses BST-Zulassungsverfahrens thematisiert die Beschlußfassung um ein Jahr auf den Dezember 1990 verschoben hat. Erreicht wurde dies durch regionale und internationale Aktionen und Konferenzen in Brüssel. Der internationale Tag der Milch am 17.5.1988 wurde von der Verbraucher-Initiative, kritischen Bauern-, Tierschutz- und Ökologiegruppen zum Aktionstag der Kampagne gegen die Einführung des Rinderwachstumshormons gemacht. Dem EG-Agrarministerrat wurden 60.000 Unterschriften überreicht.

Die Anti-BST-Kampagne umfaßt viele Gruppen, die sich nur in diesem Rahmen mit Gentechnik auseinandersetzen und andere Arbeitsschwerpunkte haben, wohingegen die

Anti-Freisetzungskampagne weitgehend von Gruppen der Anti-Gen-Bewegung getragen wird. Für diese „geht (es) nicht an, daß so weitreichende Entscheidungen wie die über die irreversible Entlassung künstlich veränderter Lebewesen in die Umwelt von sogenannten Experten-Gremien gefällt werden, die nicht zur Verantwortung zu ziehen sind“²¹. Erreicht werden soll ein Freisetzungsverbot durch öffentlichen Druck (Unterschriftenlisten u.a.m.), Mitsprache in Beratungsgremien in Brüssel und Bonn und durch lokalen und kommunalpolitischen Widerstand.

Die Kampagnenpolitik der Anti-Gen-Bewegung, bestehend aus den Kampagnen gegen die Zulassung gentechnisch hergestellter Rinderwachstumshormone, gegen die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen, gegen die Patentierung von Lebewesen und anlässlich der Grünen Woche in Berlin haben einen beschränkten, aber wichtigen Wirkungsgrad: Kampagnen mobilisieren, erreichen breite Bevölkerungskreise und sind für viele der Anfang einer Politisierung. Ein Konzept nach dem Motto: Wo Bewegung fehlt, muß zur Bewegung verholten werden.

3. Die soziale Kontrolle gegenüber der Anti-Gen-Bewegung als Reaktionsmechanismus des Staates

„Das wesentliche Element einer sozialen Bewegung ist ihre Kritik am Status quo des bestehenden Gesellschaftssystems.“²² Die Anti-Gen-Bewegung, die einen teil- und gesamt-kritischen Flügel mit entsprechenden Ansätzen integriert, hat auch entsprechende soziale Kontrollmechanismen hervorgerufen. Diese Reaktionsmechanismen sind als Angriff der „Getroffenen“ auf die Struktur der



Bewegung mit der Zielsetzung ihrer Spaltung und Zerschlagung zu verstehen. Es kommt zu Versuchen der Integration der teilkritischen Initiativen, die die Risiken der Gentechnologie vor einer ersten Anwendung beherrschbar und abschätzbar wissen wollen. Gegenüber den gesamtkritischen Initiativen, die in der Logik der Bekämpfung von Technikfolgen durch eine neue Technik nur den Zweck der Aufrechterhaltung (Verhinderung des Zusammenbruchs) des patriarchal-kapitalistischen Verwertungsinteresses sehen, wird im Rahmen einer Strategie der „Austrocknung der Bewegung“²³ auch vor Kriminalisierungsversuchen nicht zurückgeschreckt. Dadurch entsteht eine Wechselwirkung einerseits zwischen teil- und gesamtkritischen Initiativen und andererseits zwischen der Anti-Gen-Bewegung und den unterschiedlichen Kontrollmechanismen des Staates. Im folgenden sollen die einzelnen Reaktionsmechanismen²⁴ benannt werden.

3.1. Ausgrenzungsmechanismen

Den GentechnikkritikerInnen wird verantwortungslose Panikmache vorgeworfen, ihre Kompetenz in Frage gestellt, und sie werden insbesondere von der Industrie diffamiert. Es wird versucht, sie von Entscheidungsprozessen auszuschließen, ohne daß in der Öffentlichkeit Protest erwachsen kann. Über die Medien sollen Negativbilder der kritischen WissenschaftlerInnen vermittelt werden, was allerdings – wie die Kampagneresonanzen zeigen – nicht immer gelingt.

3.2. Integrationsmechanismen

Die Einbindung der GentechnikerInnen in Kommissionen wie die Enquete-Kommission oder ihre Einladung zu Anhörungen zeigen an, daß fachlich kompetente und „sachliche“ KritikerInnen integriert werden. So hat beispielsweise die EG-Kommission am

25./26.1.1990 „zum ersten Mal in ihrer Geschichte ... Vertreter von Umwelt- und Konsumentengruppen aus 16 Ländern ... eingeladen. Die regierungsunabhängigen Organisationen sollten von den Vorhaben der Kommission im Bereich Gentechnologie unterrichtet werden.“²⁵ Wie sehr der Versuch der Integration mit dem Ausgrenzungsmechanismus verbunden ist, konnten die Eingeladenen sofort erfahren: „Die Exekutive hat die Kritiker zu einem Zeitpunkt eingeladen, an dem die formulierte Kritik nicht mehr in die Richtlinien eingebaut werden kann.“²⁶ Dieses Beispiel ist typisch für den Umgang mit KritikerInnen: Formal integrieren, aber „aus dem (un-)demokratischen Prozeß ausgrenzen“²⁷. Außerdem wird die Anti-Gen-Bewegung durch die Bewilligung von ABM-Stellen (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) und durch Anerkennung der Gemeinnützigkeit finanziell unterstützt. Zudem werden Positionen der Anti-Gen-Bewegung in Parteiprogramme und -beschlüsse aufgenommen. Ein Teil der KritikerInnen wertet diese Integration als Erfolg, andere sehen darin eine Demontage ihrer gesamtkritischen Ansätze. „Lassen sich die Ziele einer sozialen Bewegung und damit ihre Akteure integrieren ..., so hat der Integrationsmechanismus in seiner Funktion als soziale Kontrolle Erfolg gehabt: Die staatliche Ordnung wird durch außerparlamentarische Proteste nicht mehr bedroht.“²⁸

3.3. Sanktionsmechanismen

„Sanktionen sind die Reaktionen des Staates auf Aktionen, die nicht auf der Status quo-orientierten Ebene liegen. Insbesondere kommen Sanktionsmechanismen dann zum Ausdruck, wenn Akteure Status quo-gesamtkritische Einstellungen äußern und Status quo-gesamtkritische Aktionen unterstützen.“²⁹ So werden WissenschaftlerInnen in der Industrie

und an den Universitäten, die sich kritisch äußern oder bestimmte Tätigkeiten verweigern, entlassen. Der Autor des Buches „Das Gen-Geschäft“, Ruben Scheller, schreibt in seinem Nachwort, daß man „in diesem Land (Baden-Württemberg, M.K.) ein solches Buch nicht ohne Folgen schreibt“³⁰. Die Stuttgarter Landesregierung drohte dem Lehrbeauftragten mit Berufsverbot: „... die Universität möge dafür Sorge tragen, daß Herr Scheller keine Lehrtätigkeit mehr ausübt.“³¹

3.4. Kriminalisierungsmechanismen: die Gentechnik als „anschlagsrelevantes Thema“

Mit Hilfe gesetzlicher Grundlagen versucht der Staat die Art der Aktionsformen zu kontrollieren, wobei die Gesetze immer wieder an den Widerstand angepaßt werden. Der 129a, der seit 1977 die Mitgliedschaft und die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung unter Strafe stellt, wurde zum 1.1.1987 verschärft und erweitert, „um unliebsame politische Aktivitäten zu kriminalisieren“³². Viele radikale GentechnologiegegnerInnen berufen sich bei illegale, symbolischen Aktionen analog zu anderen Bewegungen auf den Widerstandsparagrafen Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes, wobei von politischen Entscheidungsträgern auf die „nicht gegebenen politischen Unrechtsverhältnisse“ verwiesen wird³³.

Am 18.12.1987 wurden die österreichische Schriftstellerin Ingrid Strobl und die Hamburger Journalistin Ursula Penselin wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verhaftet. Beide Frauen sind kritische Autorinnen. Ursula Penselin schrieb insbesondere zu Fragen der Bevölkerungspolitik und zur Gentechnik. In der letzten Zeit hatte sie Recherchen zur sogenannten Bevölkerungspolitik in Bangladesh ange-



stellt. In einem ausführlichen Artikel warf sie dem internationalen Cholera-Forschungsinstitut (ICDDR) Versuche mit bisher kaum getesteten Impfstoffen an 89.000 Menschen vor, die über den Charakter des Tests nur unzureichend informiert waren. Ebenfalls am 18.12.1987 wurden unter riesigem Aufwand 33 Wohnungen und Arbeitsstätten durchsucht und dreizehn Frauen und Männer vorübergehend festgenommen. Diese Aktion des Bundeskriminalamtes (BKA) richtete sich auch gegen das Gen-Archiv Essen; dort wurden Büroräume durchsucht und zahlreiche Akten zu Themen wie Humangenetik oder pränatale Diagnostik beschlagnahmt. Hierbei ging es dem BKA um die Aufdeckung kritischer Frauenzusammenhänge: In der Begründung für die Durchsuchungsbeschlüsse heißt es, „daß ... die Beschuldigten einem Kreis von Frauen angehören, zwischen denen enge persönliche Beziehungen bestehen und die sich in Gesprächskreisen und auf Kongressen intensiv mit der Thematik der Gen- und Biotechnologie auseinandersetzen. Diese Auseinandersetzung findet überwiegend offen statt, zum Beispiel in Form von Aufbau und Betrieb eines sogenannten Gen-Archivs in Essen. Die Staatsanwaltschaft spricht in diesem Zusammenhang von ansehensrelevanten Themen, deren Diskussion offensichtlich bereits Verdacht erregt.“³⁴ Allein die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftspolitischen Themen wie Gentechnik und Reproduktionsmedizin reicht offenbar zur Verfolgung wegen der möglichen Beteiligung an terroristischen Aktivitäten aus.

Fazit: Die differenzierten Mechanismen zur sozialen Kontrolle und die massiven Reaktionen der Sicherheitsbehörden sind ein Indiz dafür, daß es sich bei der Anti-Gen-Bewegung um einen politischen Machtfaktor handelt, um und gegen den gekämpft wird. Das Volumen

des Kapitaleinsatzes für genetische Verfahren wird sich in den neunziger Jahren vervielfachen. Die Anwendung der Biotechnologie im Maßstab industrieller Großprojekte wird sich als unkalkulierbarer Risikofaktor zu den Großanlagen der Chemie und der Atomindustrie hinzugesellen. Die Antigen-Bewegung wird aufgrund der industriellen Entwicklung an Bedeutung gewinnen, weil immer mehr Menschen direkt betroffen sein werden. Sie hat gezeigt, daß sie eine soziale Bewegung ist, die nicht nur protestartig auf tagespolitische Ereignisse reagiert, sondern davon unabhängig kontinuierlich und erfolgreich eine Mobilisierung der Bevölkerung gegen die Anwendung der Gen- und Reproduktionstechnologie leisten kann.

Markus Kaiser studiert Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin.

Anmerkungen und Literatur

- 1 Flugblatt der Antifreisetzungskampagne, Bonn 1984.
- 2 Horst Frehe, Rundbrief an die Krüppelbewegung Bremen, Bremen 1989, S.4.
- 3 Frauengruppe Bochum, Reader zur Reproduktionsmedizin, Bochum 1987, S.29.
- 4 Traude Bühmann, Genmanipulation und Retortenbaby, Berlin 1981, S.27.
- 5 Die Grünen (Hrsg.), Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnik, Köln 1986, S.193.
- 6 Paula Bradish, Rechenschaftsbericht der BAG-Gentechnologie, Bonn 1987.
- 7 Ebenda.
- 8 Ulrike Wasmuht, Friedensbewegung der 80er Jahre, Gießen 1987, S.36.
- 9 Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen (Hrsg.), 40 Jahre soziale Bewegungen: von der verordneten zur erstrittenen Demokratie, Wiesbaden 1989, S.177.
- 10 Roland Roth, In und gegen Institutionen, in: Wolfgang Luthardt/Arno Waschkuhn (Hrsg.), Politik und Repräsentation, Marburg 1988, S.184-195.
- 11 Ebenda, S.195.
- 12 Ebenda.

- 13 Ebenda.
- 14 Höchster Schnüffler und Maagucker e.V., Stellungnahme, 1988.
- 15 Roland Roth 1988, a.a.O., S.196.
- 16 Ebenda.
- 17 Gen-Archiv Essen, Selbstdarstellung, Essen, 01.07.1988.
- 18 Ebenda.
- 19 Roland Roth 1988, a.a.O., S. 196.
- 20 Ebenda, S. 197.
- 21 Flugblatt der Antifreisetzungskampagne, Bonn 1984.
- 22 Ulrike Wasmuht 1987, a.a.O., S.207.
- 23 Frauengruppe Bochum 1987, a.a.O., S.44.
- 24 Vgl. Ulrike Wasmuht 1987, a.a.O., S. 209-211.
- 25 taz 27.1.1990: EG-Kommission sucht Bündnispartner.
- 26 Ebenda.
- 27 Ulrike Wasmuht 1987, a.a.O., S.209.
- 28 Ebenda, S.209. (Wenn politische Willensbildung und

staatliche Entscheidungsfindung sich als Folge einer ‚Integration‘ von Einwänden der Anti-Gen-Bewegung materialiter verändern sollten, wäre dies ein entscheidendes Kriterium für eine differenzierte Einschätzung von ‚Integration‘. Die schnelle Verabschiedung des Gentechnik-Gesetzes im Bundestag in Absehung gewandelter Bundesratsmehrheiten läßt allerdings schlimmes befürchten und stärkt – wenn überhaupt – eine negative Bewertung von nur vordergründiger ‚Integration‘.)

- 29 Ebenda, S.210.
- 30 Ruben Scheller, Das Gen-Geschäft, Dortmund 1985, S.279.
- 31 Ebenda, S.279.
- 32 Gen-ethischer Informationsdienst (GID), Nr.29, Berlin 1988, S.18.
- 33 Ulrike Wasmuht 1987, a.a.O., S.210.
- 34 Gen-ethischer Informationsdienst (GID), Nr.29, Berlin 1988, S. 19.

„Wichtige Adressen“

Gen-ethisches Netzwerk e.V. (GeN),
Winterfeldtstr. 3, 1000 Berlin 30,
030/2153492
Das GeN gibt den Gen-ethischen Informationsdienst (GID) heraus.

Gen-Archiv Essen,
Führichstr.15, 4300 Essen 1,
0201/743524.

FINRRAGE (BRD), Feministisches
Frauengesundheitszentrum,
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90,
069/701218.

Öko-Institut, Büro Freiburg,
c/o Martin Thureau,
Hindenburgstr.20, 7800 Freiburg,
0761/36439.

Pestizid Aktions Netzwerk (PAN),
Gaußstr.12, 2000 Hamburg 50,
040/393978.

(PAN hat keine eigene Gentechnologie-AG, bearbeitet das Thema jedoch ebenfalls.)

Coordination gegen Bayer-Gefahren e.V.,
c/o Dieter Gremler,
Hofstr. 27a, 5650 Solingen 11,
0212/334954.

Höchster Schnüffler und Maagucker e.V.,
c/o Franz Kirchner,
Hilligengasse 13, 6230 Hoechst,
069/306689.

(Ein umfangreiches Anschriftenverzeichnis zu kritischen Initiativen im Bereich der Gentechnologie findet sich in: AL Berlin (Hrsg.), Genforschung in Berlin: Der Alltag hat schon begonnen!, Berlin 1989.)



SOZIALE WELT

Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft sozialwissenschaftlicher Institute e. V., Bonn
Geschäftsführender Herausgeber: Prof. Dr. Ulrich Beck, Bamberg

Redaktion: Dr. Elmar Koenen und Dr. Peter A. Berger, Universität Bamberg

Jahresabonnement (4 Hefte à 128 Seiten) 80,— DM

Vorzugspreis für Studierende, Jahresabonnement 56,— DM

Preise jeweils zuzüglich Versandkosten.

SOZIALE WELT - SONDERBÄNDE

Bisher sind 6 Sonderbände erschienen.

Die Preise betragen pro Sonderband:

für Bezieher der Zeitschrift Soziale Welt: 80,— DM

für studentische Bezieher: 56,— DM

für Nichtbezieher der Zeitschrift Soziale Welt: 86,— DM

Sonderband 1: Soziologie und Praxis

— Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven —

Herausgegeben von Prof. Dr. Ulrich Beck

1982. XIV/510 Seiten. Kartoniert. ISBN 3-509-01261-5

Sonderband 2: Soziale Ungleichheiten

Herausgegeben von Prof. Dr. Reinhard Kreckel

1983. VI/409 Seiten. Kartoniert. ISBN 3-509-01341-7

Sonderband 3: Entzauberte Wissenschaft

— Zur Relativität und Geltung soziologischer Forschung —

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Bonß und Prof. Heinz Hartmann

1985. 413 Seiten. Kartoniert. ISBN 3-509-01397-2

Sonderband 4: Die Moderne — Kontinuitäten und Zäsuren

Herausgegeben von Prof. Dr. Johannes Berger

1986. VI/377 Seiten. Kartoniert. ISBN 3-509-01426-X

Sonderband 5: Bildung und Beschäftigung

— Grundzüge und Perspektiven des Strukturwandels —

Herausgegeben von Prof. Dr. Ansgar Weymann

1987. VIII/433 Seiten. Kartoniert. ISBN 3-509-01461-8

Sonderband 6: Kultur und Alltag

Herausgegeben von Prof. Dr. Hans-Georg Soeffner

1988. VIII/432 Seiten. Kartoniert. ISBN 3-509-01487-1

In Vorbereitung:

Sonderband 7: Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile

Herausgegeben von Dr. Peter A. Berger und Stefan Hradil



Verlag Otto Schwartz & Co.,
Annastraße 7, 3400 Göttingen

berichte

SELBST-ORGANISIERTE BILDUNGSARBEIT – Bildungswerke der neuen sozialen Bewegungen

1. Zwischen neuen sozialen Bewegungen und dem System der Erwachsenenbildung

In der Bundesrepublik verstärkt sich seit Mitte der sechziger Jahre der Protest der Bürgerinnen und Bürger gegen die zunehmende Belastung

Seit den 70er Jahren haben sich im Zusammenhang mit den neuen sozialen Bewegungen zahlreiche Bildungsinitiativen entwickelt, die eindeutig weder den Bürgerinitiativen, den Selbsthilfegruppen, der öffentlich geförderten Erwachsenenbildung noch der beruflichen Weiterbildung zugeordnet werden können. Diese Bildungsinitiativen verstehen sich als selbstorganisierte und selbstverwaltete Betriebe. Sie bieten Bildungsmaßnahmen, Veranstaltungsräume und Unterkünfte für Erwachsene, teilweise aber auch für Jugendliche und

Kinder an. Ihre Themen reichen von ‚Körper, Gesundheit, Selbsterfahrung‘ über ‚Ökologie, Frieden und Gerechtigkeit‘ bis zu Themen wie ‚Sexualität, Therapie und Beratung‘. So vielfältig wie das thematische Angebot sind auch die Lern- und Aktionsformen: Erkundungen und Exkursionen, Gruppenarbeit und Vorträge, Werkstätten und ‚learning by doing‘. Gelernt wird aber nicht nur in den Bildungsveranstaltungen, sondern auch an der Ausgestaltung der Räume, an den ‚betrieblichen‘ Strukturen und am ‚menschlichen‘ Alltag in der Initiative.

In ihrer Entwicklung stehen diese Initiativen und Projekte zwischen den neuen sozialen Bewegungen und dem System der Erwachsenenbildung. In der Literatur werden bezüglich ihrer Herkunft aus den neuen sozialen Bewegungen und ihrer Einbindung in das System der Erwachsenenbildung in Folge von Institutionalisierungsprozessen massive Forschungslücken beklagt (vgl. Arnold 1988, S. 90, Weinberg 1989, S.40). Im folgenden werden die ersten Ergebnisse meiner Untersuchung zum aktuellen Entwicklungsstand selbstorganisierter Bildungsarbeit in Niedersachsen skizziert.

1.1. Eigenheiten selbstorganisierter Bildungsarbeit

Selbstorganisierte Bildungsarbeit unterscheidet sich von dem selbstinitiierten Lernen (vgl. Tietgens 1983) in Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen durch ein aktives, organisiertes

und zielgerichtetes Angebot von Bildungsveranstaltungen. Sie hebt sich von der Weiterbildung ab durch ihre Ferne zur direkten beruflichen und betrieblichen Verwertbarkeit der Bildungsinhalte sowie durch ihre Nähe zu den Leitzielen individueller und gesellschaftlicher Emanzipation. Anders als die Sozialarbeit hält sie Distanz zur individuellen und gruppenbezogenen Beratung und Betreuung. Dies unterscheidet sie auch von der Gemeinwesenarbeit, was eine regionale Einbindung jedoch nicht ausschließt.

Selbstorganisierte Bildungsarbeit unterscheidet sich in Teilbereichen von der anerkannten Erwachsenenbildung durch Inhalte, Lern- und Aktionsformen, die weder gemäß der gesetzlichen Bedingungen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, noch dem formal-pluralistischen oder dem neutralistischen Selbstverständnis der anerkannten Träger entsprechen. Ein weiterer wesentlicher Unterschied liegt in der inneren Organisationsform der ‚Betriebe‘ (enthierarchisierte Strukturen, gleichberechtigte Arbeitsverteilung usw.) und in der Vernetzung der Initiativen. Selbstorganisierte Bildungsarbeit wird nicht von einer institutionalisierten gesellschaftlichen Großgruppe gestützt. Während die Kirchen die evangelische und katholische Erwachsenenbildung oder die Gewerkschaften die gewerkschaftliche Erwachsenenbildung tragen, gibt es diese klare organisatorische Zuordnung für die selbstorganisierte Bildungsarbeit nicht. Damit entfällt zum einen die ‚ideologische Bevormundung‘ der Bildungsar-

beit durch eine Trägerschaft; zum anderen entfällt auch die materielle Subventionierung der Bildungsarbeit durch diesen Träger: Selbstorganisierte Bildungsarbeit muß sich selbst tragen.

1.2. Ausgangslage und Vorgehensweise der Untersuchung

Zur Geschichte, Bedeutung und Funktion neuer sozialer Bewegungen liegen zahlreiche, eher theoretisch orientierte Veröffentlichungen vor (vgl. etwa Brand 1986). Es gibt auch einige exemplarische und illustrierende Arbeiten zur selbstorganisierten Bildungsarbeit (vgl. Dudeck 1987 und 1989, Roth 1987, Beer 1982 und 1983, Mossmann 1976).

Übergreifende und vergleichende Ausarbeitungen sind jedoch Mangelware. Ein Grund dafür kann in der „Beforschungsresistenz“ dieses gesellschafts-kritischen Praxisfeldes liegen. Daher wurden meine Fragebogenerhebungen gekoppelt mit Interviews in den Bildungsinitiativen und mit einer kommunikativen Validierung, d.h. der Bewertung der Gültigkeit der Ergebnisse durch die Befragten selbst, damit diese direkt dem jeweils eigenen Handlungsfeld zugute kommen können. Der gesamte Erhebungs- und Bewertungsprozess soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Im Jahre 1989 wurden 120 Bildungsinitiativen angeschrieben. Die Hälfte entsprach den oben skizzierten Kriterien. Über 50 Projekte haben einen umfangreichen Fragebogen zurückgeschickt.

Aus einer typischen Auswahl interessierter Projekte wurden zum einen MitarbeiterInnen und ReferentInnen (100), zum anderen Teilnehmende befragt (1200). Nicht nur aus Gründen des Umfangs begrenzt sich die Erhebung auf das Land Niedersachsen, welches als „Vorreiterland“ für die Erwachsenenbildung gelten kann/konnte: Niedersachsen war zum einen eines der ersten Bundesländer mit einem Erwachsenenbildungsgesetz und einem Diplom-Pädagogik-Studiengang für Erwachsenenbildung und außerschulische Jugendbildung. Zum anderen haben sich in Niedersachsen die meisten Projekte selbstorganisierter Bildungsarbeit 1983 in dem Dachverband „Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V.“ (VNB) zusammengeschlossen, so daß im Vergleich zu anderen Bundesländern ein hoher Organisationsgrad besteht. Der VNB hat sich auf Bundesebene (Stiftung Regenbogen) und auf Landesebene (Stiftung Leben und Umwelt sowie Buntstift) engagiert und Entwicklungen angeregt und gefördert, um nach dezentralen und basisdemokratischen Prinzipien selbstorganisierte Bildungsarbeit abzusichern.

2. Selbstorganisierte Bildungsarbeit als Teil neuer sozialer Bewegungen

Die Projekte ordnen sich nahezu vollständig ein als Teile der neuen sozialen Bewegungen, der selbstverwalteten Betriebe, der Alternativbewegung und der Erwachsenenbildung. Indifferent

ist das Verhältnis zur Kulturarbeit. Leichte Distanzierungen werden deutlich gegenüber der Sozialarbeit. Ablehnung wird formuliert gegenüber der Zugehörigkeit zu der beruflichen Bildung, der Therapiearbeit und den kommerziellen Betrieben. Die Bezüge zu den neuen sozialen Bewegungen bestehen in verschiedener Hinsicht:

- räumlich: z.B. die Volkshochschule Whyler Wald oder das Zentrum für gewaltfreien Widerstand in Wustrow;
- persönlich: MitarbeiterInnen und ReferentInnen sind in sozialen Bewegungen aktiv und verstehen Bildungsarbeit als politische Arbeit;
- inhaltlich-thematisch: Aktuelle Themen aus neuen sozialen Bewegungen werden zu Lerngegenständen;
- didaktisch-methodisch: Handlungsorientierung, Einübung der Interessenartikulation und -durchsetzung sowie Exkursionen und Erkundungen sind wichtige Arbeitsweisen.

Der selbstformulierten Zugehörigkeit zu den neuen sozialen Bewegungen entsprechen die Bildungsarten, die von den Projekten angeboten werden. Im Vordergrund stehen die politische Bildung, die etwa ein Drittel der Veranstaltungen ausmacht, sowie die musisch-kulturellen und kreativen Angebote. Weitere zentrale Themenbereiche sind Gesundheit, Ökologie, Frauen, Männer und Pädagogik. Eher schulisch strukturierte (Zertifikats-)Angebote und (vor-)berufliche Bildungsmaßnahmen liegen weit abgeschlagen auf den hintersten Plätzen.

3. Die AkteurInnen selbstorganisierter Bildungsarbeit

Zu den AkteurInnen gehören u.a. Vorstände, Vereinsmitglieder, „Drehpunktpersonen“, MitarbeiterInnen, ReferentInnen und Teilnehmende. Je weiter die Institutionalisierung fortgeschritten ist, desto deutlicher lassen sich die typischen Rollen der außerschulischen Bildungsarbeit erkennen: die MitarbeiterInnen der Bildungsinitiativen, die ReferentInnen und die Teilnehmenden.

3.1. MitarbeiterInnen und ReferentInnen

Die AkteurInnen stammen aus den Teilen der sozialen Bewegungen, denen sie auch ihre Bildungsprojekte zuordnen, wie z.B. der Anti-AKW-Bewegung, der Frauen- und der Männerbewegung, der Ökologie- und der Friedensbewegung. Die einhundert intensiv Befragten zeigen die größten Sympathien gegenüber der Anti-AKW-Bewegung und parteipolitisch gegenüber den GRÜNEN.

Die MitarbeiterInnen und ReferentInnen gehören überwiegend, wie vielfach beschrieben, zur „kommunikativen Intelligenz“. Sie haben sich nicht einheitlich nach ihrem meist sozialwissenschaftlichem Hochschulabschluß auf den Karriereweg gemacht – anfangs, weil sie nicht wollten, aber noch konnten; später, weil sie nicht mehr konnten und verstärkt Ausgrenzungs- und Marginalisierungsprozessen auf dem ersten Arbeitsmarkt ausgeliefert waren und sind.

Von den MitarbeiterInnen in den Bildungsinitiativen werden als die drei wichtigsten Gründe für die Entstehung der Projekte genannt:

- das Interesse an selbstorganisierter (Bildungs-) Arbeit;
- die neuen Bildungsbedürfnisse, die anders nicht abgedeckt wurden und
- der ‚gleichgesinnte‘ Bekanntheitskreis.

Der überwiegende Teil der MitarbeiterInnen und ReferentInnen hat sich in den Projekten engagiert wegen

- der Freude an eigenständiger (pädagogischer) Tätigkeit und der pädagogischen Vielfalt;
- der freien Entfaltungsmöglichkeiten und des Zusammenhangs von Arbeiten, Leben und Lernen;
- des Versuchs, Arbeit gleichberechtigt und selbstverwaltet zu organisieren.

Durchschnittlich sind sechs Personen pro Projekt hauptberuflich tätig. Die Hälfte davon ist über Festanstellungen und befristete Anstellungen zu gleichen Teilen abgesichert. In allen Bereichen der Beschäftigungs- und Anstellungsverhältnisse besteht im Querschnitt aller Projekte ein zahlenmäßig ausgeglichenes Verhältnis von Frauen und Männern.

3.2. Teilnehmende

Die wichtigste Teilnahmegruppe stellen jüngere Erwachsene dar, eine Altersgruppe, die den traditionellen Einrichtungen der Erwachsenenbildung immer mehr verloren geht (vgl. Berichtssystem

Weite-bildungsverhalten 1989). Angebote ausschließlich für Frauen oder Männer lassen sich im Angebot von einem Drittel der Projekte finden. Insgesamt wurden knapp 1200 Teilnehmende bezüglich soziobiographischer Daten und Bildungsorientierungen befragt. Aus der Sicht der Projekte lassen sich die Teilnehmenden wie folgt beschreiben:

- Sie sind an spezifischen Inhalten und Themen interessiert;
- sie verstehen sich eher als politisch kritisch orientiert und ‚aufgeklärt‘;
- sie legen viel Wert auf soziale und kommunikative Strukturen;
- sie wollen zum Teil auch an den MitarbeiterInnen und ReferentInnen als Vorbildern lernen.

Von der selbstorganisierten Bildungsarbeit werden in der Regel Gruppen angesprochen, die den ‚klassischen‘ Angeboten der anerkannten Erwachsenenbildung fernbleiben. Fast zwei Drittel der Projekte bestätigen, daß sich ihre Teilnehmenden von denen der „traditionellen BesucherInnen von Volkshochschulen und Heimvolkshochschulen deutlich unterscheiden“. 86 Prozent der befragten TeilnehmerInnen würden bei einem gleichen Veranstaltungsangebot der traditionellen Veranstalter den Besuch einer selbstorganisierten Bildungsinitiative vorziehen. Besonders wichtig für die befragten Teilnehmenden erscheinen der lockere, kommunikative Stil, die neuen Angebote und Angebotsformen, das Treffen eher ‚gleichgesinnter‘ Personen und die vorgängigen

guten Erfahrungen mit dieser Form der Bildungsarbeit. Prüft man statistisch die ‚inneren‘ Zusammenhänge zwischen möglichen Gründen für den Besuch von Angeboten selbstorganisierter Bildungsarbeit, dann lassen sich vier Faktoren herauschälen (Faktorenanalyse): 1. Orientierung an dem Rahmen und der Struktur der Projekte (Freiräume der MitarbeiterInnen, Mitbestimmungsmöglichkeiten, Stil einer Initiative), 2. Orientierung an Personen (Gleichgesinnte treffen, allgemeine Interessenübereinstimmung, mehr Möglichkeiten für Frauen), 3. Orientierung an Themen, Inhalten und Methoden der Bildungsveranstaltungen im engeren Sinne und 4. Orientierung an der politischen Ausrichtung (politische ‚Neutralität‘ und ‚Pluralismus‘ als von Teilnehmenden skeptisch bewertete Merkmale).

Diese Faktoren erschließen mehr als die Hälfte der Varianz der Antworten bezüglich der Besuchsgründe; die ersten drei Faktoren haben für den Besuch selbstorganisierter Bildungsarbeit nahezu jeweils gleiches Gewicht. Mit anderen Worten: Das spezifische inhaltlich-methodische Interesse steht im Vergleich zwischen selbstorganisierter Bildungsarbeit und anerkannter Erwachsenenbildung aus der Perspektive der Teilnehmenden nicht ausschließlich im Vordergrund. Auch der ‚Stil‘ und die Organisationsstruktur einer Initiative, die Personen und die ‚Atmosphäre‘ auf die man trifft, sind wichtige Gründe für den Besuch der Bildungsinitiativen und für die Distanz dieser TeilnehmerInnengruppe gegenüber traditionellen Trägern der Erwachsenenbildung.

4. Bildungsziele, Inhalte und Lernformen

4.1. Bildungsziele, Inhalte und Themen

Im Vergleich mit anderen landesweiten Untersuchungen (vgl. Scherer 1987) von anerkannten Erwachsenenbildungseinrichtungen legen die selbstorganisierten Bildungsinitiativen erhöhten Wert auf Bildungsziele, die Kreativität entwickeln und unterstützen (Rang 1) und die gesellschaftliche Kritikfähigkeit und gesellschaftspolitische Handlungsfähigkeit fördern wollen (Rang 2-4). Während die ersten sechs Ränge sehr hohe Zustimmung erhalten, wird deutliche Ablehnung nur formuliert gegenüber der Förderung der gesellschaftlichen Integration und der Ausbildung der beruflichen Mobilität.

Bildungsziele im Vergleich:

	Ruhrgebietsstudie	Ostwestfalenstudie	Bildungsprojekte in Nds.
1. Rang	Wissensvermittlung/ Information	Wissensvermittlung und Information	Kreativität entwickeln und unterstützen
2. Rang	Befähigung zur beruflichen Mobilität	Kreativität	Kritikfähigkeit fördern
3. Rang	Anleitung zur Kritikfähigkeit	Hilfe zur Selbsthilfe	über gesellschaftliche Zusammenhänge aufklären
4. Rang	Meinungsbildung und Aufklärung	Kritikfähigkeit fördern	politische und gesellschaftliche Aktivierung
5. Rang	Charakterbildung	über gesellschaftliche Zusammenhänge aufklärung	Persönlichkeits- und Charakterbildung
6. Rang	Anleitung zur Kreativität	Persönlichkeits- und Charakterbildung	Hilfe zur Selbsthilfe

Dieses Profil der Bildungsziele findet seine Entsprechung in den angebotenen Bildungsarten. Veranstaltungen der politischen Bildung machen gut ein Drittel aus; knapp die Hälfte der Veranstaltungen können der allgemeinen und musisch-kulturellen, ein Fünftel der normen- und wertorientierten Bildung zugeordnet werden. Auf der Grundlage einer Analyse der Veranstaltungsverzeichnisse wurde den Projekten eine umfangreiche Zusammenstellung möglicher enger, eingrenzter Themen zur Selbsteinstellung vorgelegt. Drei Viertel der Projekte führen Veranstaltungen zu ökologischen Themen durch. Etwa die Hälfte der Projekte bietet folgende Themen an: Erziehung/Pädagogik, Politik, Kulturarbeit, Gesundheit, Theater, Frauen und Ernährung. Etwa ein Viertel der Projekte hat thematische Schwerpunkte in den Bereichen: Beratung, Frieden, Musik, Energiefragen, Gentechnologie, ‚3. Welt‘ und Körperarbeit. Der stabile hohe Anteil der politischen Bildung ist besonders zu betonen, da seit 1984/85 die Teilnahme in diesem Bereich bei der anerkannten Erwachsenenbildung deutlich rückläufig ist (vgl. Institut 1989). Diese bunte Mischung von Themen läßt sich bündeln in vier typische Angebotsprofile unterschiedlicher Bildungsinitiativen bzw. in unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte der größeren Projekte. Die Kombination der Themen kennzeichnet zugleich das jeweils gegebene politische Verständnis von (Erwachsenen-)Bildung.

a) Die gesellschafts-politische Dimension von Emanzipation:

Dieser Dimension ordnen sich Veranstaltungen zu aus den Themenbereichen: ‚Linke Politik‘, politische Bewegungen, Frieden, Medien(kritik), Ökonomie, Gewalt, AIDS, Rechtsextremismus, Energie(wende)fragen sowie ‚Geschlechterkampf‘ und Frauen-/Männerbewegung.

b) Die individuell-persönliche Dimension von Emanzipation: Hier ordnen sich Veranstaltungen zu aus den Themenbereichen: Therapie, Psychologie, Gesundheit, Kulturarbeit, Theater, Religiöses/Spiritueller und Esoterik sowie Frau-Sein und Mann-Sein.

c) Die ökologische Dimension der Verantwortung für Gegenwart und Zukunft: Hier ordnen sie Veranstaltungen zu aus den Themenbereichen: Ökologie, Politik, Gewalt, Ernährung und Gentechnologie.

d) Die pädagogische Dimension gesellschaftlicher Herausforderungen: Hier ordnen sich Veranstaltungen zu aus den Themenbereichen: Erziehung/Pädagogik, Beratung, Spiele (als pädagogisches Mittel) und Interkulturelles/Sprachen.

4.2. Lern- und Aktionsformen

Mehr als die Hälfte der Projekte betont als wichtige, realisierte didaktische Aspekte die Mitbestimmung der Teilnehmenden, die praktische Umsetzung des Gelernten in der Bildungsarbeit und die Berücksichtigung gruppendynamischer Prozesse.

Knapp die Hälfte der Projekte versucht, ‚ganzheitliches Lernen‘ zu praktizieren und legt Wert auf ‚ökologisches Lernen‘, den Wechsel zwischen Groß- und Kleingruppenarbeit sowie auf den Medieneinsatz. Ein Drittel der Projekte betont den Zusammenhang zwischen Erfahrung- und Handlungsorientierung unter dem Stichwort ‚learning by doing‘. Besondere Aufmerksamkeit findet der Lernort: Auch aus der Perspektive der Initiativen hat der Stil einer Einrichtung und der der MitarbeiterInnen sowie die (ökologische) Ausgestaltung der Räume oft ebenso große Bedeutung wie das offizielle Programm. ‚Heimliche Lehrpläne‘ seien bekannt und sollen ‚hintergangen‘ werden – zwei Drittel der Projekte wollen auch hier Gegenerfahrungen vermitteln.

5. Perspektiven der Praxis selbstorganisierter Bildungsarbeit

Die Mehrheit der Projekte sieht die Qualität ihrer Angebote in starker Abhängigkeit von der Vernetzung mit der Region und mit weiteren Initiativen und Projekten. Kooperationen mit anerkannten Trägern der Erwachsenenbildung sind regional strukturiert, themenabhängig und oft auch personenorientiert. Obwohl sich hier in den letzten Jahren stabilere Kooperationsstrukturen ergeben haben, werden sie immer wieder durch bildungspolitische Konflikte, individualistische Entscheidungen und fiskalische Einschnitte in den ‚staatlich subventionierten‘ Bildungsbe-

reich in Frage gestellt. Aufgrund der rechtlichen Bedingungen der Erwachsenenbildungs- und Weiterbildungsgesetze der Bundesländer sowie aufgrund der Eigendynamik traditioneller, anerkannter Träger besteht jedoch die Gefahr, daß selbstorganisierte Bildungsinitiativen zunehmend zu „Subunternehmen“ mit spezifischen Dienstleistungsfunktionen werden, besonders für Innovationen und die Erschließung neuer Bildungsmärkte. Diese Gefahr scheint nur einzudämmen zu sein durch eine ‚relative Autonomie‘ selbstorganisierter Bildungsarbeit, die politische Interessenvertretung und die Institutionalisierung gegen Institutionen (vgl. Diemer 1989). Institutionalisierung gegen die Institution meint dabei intern für die Bildungsprojekte den festen Einbau basisdemokratischer Regelungen und extern die offensive Profilierung gegenüber etablierten Bildungsanbietern. Obwohl die relative Autonomie der Initiativen zur Zeit überwiegend durch erhöhte Maße an Selbstausbeutung, d.h. un- oder unterbezahlte Arbeit, sichergestellt wird und die selbstorganisierte Bildungsarbeit sich in einer chronischen Finanzkrise befindet, schätzen die Initiativen ihre Zukunft überwiegend vorsichtig positiv ein. Im Vordergrund steht die Bewältigung der finanziellen Probleme; personelle Probleme in den Initiativen und in den pädagogischen Teams erscheinen nachrangig. Im Fragebogen hatten die Initiativen bezüglich der Probleme, deren Bewältigung für sie in der nächsten Zeit zur Bestandssicherung und für den Ausbau der Arbeit besonders vor-

sichtig ist, drei Wünsche frei. Die Lösung folgender Problembereiche entscheidet aus Sicht der Initiativen über die weitere Entwicklung selbstorganisierter Bildungsarbeit:

1. längerfristige finanzielle Absicherungen;
2. Verbesserung der räumlich oft beengten Situation und
3. Verbesserung des Innen-Außen-Bezuges, d.h. der inneren Organisationsstruktur mit der Vernetzung nach außen.

Martin Beyersdorf beendet derzeit eine Dissertation zum Thema ‚Selbstorganisierte Bildungsarbeit in Niedersachsen‘. Er ist zugleich Mitarbeiter im Verein niedersächsischer Bildungsinitiativen.

LITERATUR

- ARNOLD, R., Erwachsenenbildung, Baltmannsweiler 1988.
 BEER, W., Frieden, Ökologie, Gerechtigkeit, Opladen 1983.
 Ders., Ökologische Aktion und ökologisches Lernen, Opladen 1982.
 BERICHTSSYSTEM Weiterbildungsverhalten, hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1989.
 BRAND, K.W. u.a., Aufbruch in eine andere Gesellschaft, Frankfurt a.M./New York 1986.
 DIEMER, N., Institutionalisierung gegen die Institution, in: Netzwerk Rundbrief, 44(1989)2.
 DUDECK, A., Selbstorganisierte Bildungsarbeit im Wandel, in: R. ROTH u.a. 1987.
 Dies. u.a. (Hrsg.), Greifen nach Sternen und Steinen, Zum Lernprozeß und zur Selbstreflexion der Neuen Sozialen Bewegungen, Frankfurt a.M./Hannover 1989.
 HEGER, R.-J., Wiedergewinnung

von Wirklichkeit, Ökologie, Lernen und Erwachsenenbildung, Freiburg i.Br. 1983.

INSTITUT für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, Weiterbildung in Niedersachsen, Hannover 1989.

MOSSMANN, W., Volkshochschule Wyhlerwald, in: H. DAUBER u.a., Freiheit zum Lernen, Reinbek 1976.

ROTH, R. u.a., Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1987.

SCHERER, A., Freie Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung, Frankfurt a.M./Bern/New York 1987.

TIETGENS, H., Veranstaltetes und selbstinitiiertes Lernen, in: R.J. HEGER u.a. 1983.

WEINBERG, J., Einführung in das Studium der Erwachsenenbildung, Bad Heilbrunn 1989.



Verstrickt im sozialen Netzwerk *

Die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Frauen und Männern, Hausfrauen und erwerbstätigen Frauen zeigen sich auch in ihren Sozialbeziehungen. Dies läßt sich neuerdings genauer als bisher nachweisen mit Hilfe des wissenschaftlichen Konzeptes des „sozialen Netzwerkes“; mit ihm läßt sich das Gesamt von Sozialbeziehungen einer Person empirisch untersuchen.

Eine Studie erschloß mit diesem Konzept die Daten der Repräsentativerhebung „Familien in den 80er Jahren“. Die Antworten von 1446 Frauen und 1192 Männern auf einen standardisierten Fragebogen, der sich hauptsächlich für

die Anzahl der Netzwerkpersonen interessierte, erlauben folgende Einschätzung: Frauen und Männer verfügen über eine annähernd gleiche Anzahl von Unterstützungspersonen, Freunden/Freundinnen, Bekannte und Kontaktpersonen aus der Nachbarschaft. Dabei verbleiben sie überwiegend im Kreis von Geschlechtsgenoss(inn)en. Der hauptsächlichste Unterschied zwischen Frauennetzwerken und Männernetzwerken drückt sich in ihrer Teilnahme am öffentlichen Leben aus: 53,6% der Frauen haben im Kontrast zu 29,1% der Männer keinerlei Berührung mit einem Verein, einer Initiative oder politischen Partei.

Hiermit präsentieren die Daten der Studie das bekannte Bild der geringen öffentlichen Präsenz von Frauen. Sie machen darüber hinaus jedoch deutlich, daß männliche Vereins- bzw. Parteimitglieder im Durchschnitt mehr als weibliche Vereinsmitglieder Bekanntschaften nennen, die durch das öffentliche Engagement gestiftet worden sind; damit verfügen Männer eher über eine Ressource besonderer Art. Vollzeitlich erwerbstätige Frauen ähneln Männern hinsichtlich der Teilhabe an der Vereins-, Initiativen-, Gewerkschafts- und Parteiöffentlichkeit am meisten; männlichen Netzwerkmitgliedern vergleichbar ist auch ihr Anteil an kollegialen Netzwerkbeziehungen. Betrachtet man gleichzeitig die Schichtzugehörigkeit der befragten Frauen, wird deutlich: die Wahrscheinlichkeit eines öffentlichen Engagements auch der weniger privilegierten Frauen wird größer, wenn sie – in welchem zeitlichen Ausmaß auch

immer – erwerbstätig sind. Die größte Distanz zur öffentlichen Sphäre haben Hausfrauen der Unterschicht, die damit auch nicht über diese besondere Quelle von Bekanntschaften verfügen. Zwar sind die Netzwerkmuster von vollzeitlich erwerbstätigen Frauen denen von Männern auf den ersten Blick noch am ähnlichsten, aber: die Frauen sind eher auf die Unterstützung ihrer Netzwerkmitglieder angewiesen, wenn sie kleine Kinder haben und die öffentliche Kinderbetreuung nicht ausreicht. In solchen Fällen springt hauptsächlich die eigene Mutter ein; damit vollzieht die vollzeitlich erwerbstätige Frau eine besondere Gratwanderung in ihrem sozialen Netzwerk: sie gestaltet einerseits ihre Kontakte und Freundschaften eher als Hausfrauen auf freiwilliger Basis und öffentlichkeitsorientiert, andererseits ist sie auch noch lange als erwachsene Frau von der Hilfe ihrer eigenen Mutter bzw. dem Partner oder der Nachbarin abhängig.

Wie lassen sich diese empirischen Befunde systematisch einordnen? Gerade erwerbstätige Mütter gelten als Protagonistinnen der nunmehr auch weiblichen Individualisierung, d.h. Freisetzung von traditionellen Normierungen mit ihren Zwängen. Lücken – beispielsweise in der öffentlichen Kinderbetreuung – zwingen jedoch gerade sie verstärkt in Sozialbeziehungen hinein, die unentrinnbar verpflichtend sind, weil sie von den Frauen dringend benötigt werden. Der Zusammenhang zwischen sozialpolitischer Absicherung der Lebensbedingungen von Frauen und ihren Wahlfrei-

heiten hinsichtlich ihrer Sozialbeziehungen wird daher deutlich. Der in der Moderne als typisch unterstellte Lebensentwurf des Individuums, das aufgrund der funktionierenden sozialen Grundsicherung jenseits der traditionellen Solidargemeinschaften mit ihrem Zwangscharakter autonome Spielräume gewonnen hat, ist ein Konstrukt, das allenfalls für bestimmte Lebensphasen von Männern gültig ist.

Verena Mayr-Kleffel

Diese Studie wird voraussichtlich im Frühjahr 1991 unter dem Titel „Frauen und ihre sozialen Netzwerke. Auf der Suche nach einer verlorenen Ressource“ publiziert. Die Erstauswertung der DJI-Repräsentativerhebung „Familien in den 80er Jahren“ ist unter dem Titel „Familienalltag. Frauensichten – Männersichten“ bei robor aktuell erschienen.

* Der Beitrag erschien zuerst in: DJI-Bulletin (Informationszeitschrift des Deutschen Jugendinstituts), Heft 15, Juni 1990.

Initiative „Netzwerk – SOS-RASSISMUS“

Anfang Mai trafen sich in Frankfurt VertreterInnen von etwa 40 Migrantinnenorganisationen, Flüchtlingsinitiativen und deutschen Gruppen, um ein bundesweites „Netzwerk – SOS-RASSISMUS“ zu gründen.

Eingeladen hatte die Frankfurter Bürgerinitiative SOS-RASSISMUS, die im Juni 1989 nach der Frankfurter Kommunalwahl gegründet wurde. Ihr Ziel war es, die Interessen der EinwanderInnen und Flüchtlinge zu artikulieren und den zunehmenden Rassismus in der Bundesrepublik gemeinsam mit den Deutschen zu bekämpfen. Frankfurt ist die Stadt mit dem höchsten Anteil an MigrantInnen (25 %) an der Stadtbevölkerung in der BRD. Durch die Aktivitäten des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten ist ein öffentlicher Diskurs über Fragen des Zusammenlebens in einer Metropole wie Frankfurt entstanden, in dem sich die MigrantInnen und Flüchtlinge zunehmend selbst zu Wort melden. Jose del Pozo, einer der Initiatoren von SOS-RASSISMUS erläuterte zu Beginn der Tagung den neuen Ansatz der Arbeit:

* SOS-RASSISMUS ist nationalitätenübergreifend, artikuliert und verteidigt die gemeinsamen Interessen.

* SOS-RASSISMUS ist keine Einwandererinitiative, sondern eine Bewegung für die Bürgerrechte, die von MigrantInnen, Flüchtlingen und Deutschen gemeinsam getragen wird.

* SOS-RASSISMUS ist eine Organisation der Betroffenen. „Wir wollen uns nicht mehr entmündigen lassen, sondern wollen in jedem Bereich der Gesellschaft mitreden und mitgestalten. Wer sich, ob Einwanderer/in, Flüchtling oder Deutsche/r vom strukturierten und alltäglichen Rassismus betroffen fühlt, kann sich

durch SOS-RASSISMUS artikulieren.“

* SOS-RASSISMUS konzentriert sich auf die Vernetzung von Aktivitäten. Die Strukturen der das Netzwerk tragenden Vereine und Organisationen werden dadurch nicht berührt.

Pozo plädierte vor allem für eine offensive Herangehensweise. „Wir sollten nicht im nachhinein auf jedes Ereignis reagieren, sondern die Dramaturgie des eigenen Handelns diktieren, um aus definierten Zielüberlegungen konzeptionell, offensiv und methodisch langfristige Präventionsmaßnahmen zu planen und umzusetzen. Statt abstrakter Parolen, Pamphlete und Postulate brauchen wir mehr konkrete Hinwendungen zum Alltagsmilieu.“

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, wie die Rechte der MigrantInnen und Flüchtlinge im Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu sichern und wie Grundlagen für eine offene, multikulturelle Gesellschaft in der neuen Verfassung zu verankern sind.

„Angesichts der deutschen Vereinigung stehen wir vor der Aufgabe, die in diesem Jahrhundert so verhängnisvolle Geschichte des deutschen Nationalismus endgültig zu beenden. Wir wollen eine demokratische Bürgerverfassung für alle in beiden deutschen Staaten lebenden BürgerInnen erreichen. Wir brauchen kein Land, das groß ist an Stärke. Wir brauchen eine Gesellschaft, die groß ist an Menschlichkeit“, heißt es in dem dann beschlossenen Gründungs-

papier. Der Grundgedanke für die Verfassungsdebatte ist, daß das Abstammungsprinzip dem Status „Zugehörigkeit zur Gesellschaft“ weichen soll. Wer hier seinen Lebensmittelpunkt hat, muß alle Rechte bekommen, um gleichberechtigt am gesellschaftlichen und politischen Leben mitwirken zu können.

Um solche Vorstellungen in die Verfassungsdebatte einbringen zu können, sollen in vielen Städten unter dem Motto: „Ruf der Farben – Für Bürgerrechte“ „Tische der Farben“ gebildet werden, um Vorschläge für die neue Verfassung zu erarbeiten und zur Diskussion zu stellen. Die Kampagne soll ihren Höhepunkt in einer Sitzung eines „Parlaments der Farben“ finden, in dem die eingegangenen Vorschläge diskutiert und beschlossen und anschließend den entsprechenden Gremien übergeben werden. Dazu soll auch ein großes „Fest der Farben“ stattfinden. Der Monat November soll als Aktionsmonat mit Blick auf einen möglichen Bundestagswahlkampf vorbereitet werden.

Mitglied bei SOS-RASSISMUS können bundesweite Organisationen, vor Ort agierende Vereine und Initiativen, aber auch Einzelpersonen werden, die zur Finanzierung des Netzwerks einen jeweils gestaffelten Beitrag entrichten sollten.

Ein bundesweiter vorläufiger Koordinierungsausschuß will weitere Initiativen und Verbände gewinnen. Weitere Informationen bei SOS-RASSISMUS, Rotlindstraße 58, 6000 Frankfurt 1, Telefon (069) 49 75 99.

Kurt Faller, DVZ

Soziale Vernetzung gegen Computervernetzung – Aktionsperspektiven gegen die Computerisierung der Gesellschaft

Immer größere Teile des gesellschaftlichen Lebens (Arbeit, Bildung, Kommunikation, ...) werden auf die elektronischen Netze und ihre Endgeräte verlagert. Stück für Stück werden dabei Machtkonzentrationen ausgebaut und Überwachungsapparate perfektioniert. Arbeit wird entweder wegrationalisiert oder hektischer und dichter, unser Denken und Kommunizieren wird zunehmend technisiert. Die Herrschaft durch „indirekten Zwang“, technokratische Verplanung und ähnliches erhält z.B. mit den Verknüpfungsmöglichkeiten riesiger Datenbestände neue Dimensionen.

Die Allgegenwärtigkeit dieser Technologien macht Kritik und Widerstand dagegen zwar nicht gerade einfach, aber umso notwendiger! Nach den ersten beiden Aktionsseminaren im April und Oktober 1989 entwickelt sich zur Zeit eine überregionale Zusammenarbeit von computer- und telekommunikationskritischen Initiativen. Neben der Diskussion über die Risiken dieser Technologien geht es darum, sich über die Erfahrungen mit lokalen Widerstandskampagnen auszutauschen und in dieser Hinsicht neue Ideen zu entwickeln. Ziel dieser Zusammenarbeit ist es aber auch, interessierten Einzelpersonen und (z.B. VoBo-) „Stammtischen“ Mut zu machen,

sich gegen diese komplexe Großtechnologie zu wehren.

Nachdem beim letzten Aktionsseminar vorwiegend die Einschätzung verschiedener Risiken elektronischer Vernetzung im Mittelpunkt stand, wurden bei der 3. Aktionskonferenz Ende Juni/Anfang Juli vor allem Erfahrungen mit laufenden und Anregungen für neue Widerstandskampagnen diskutiert. Die inhaltliche Vorbereitung des Aktionsseminars wurde von der im Oktober gebildeten Koordinationsgruppe geleistet, die Organisation des Treffens von uns, der Heidelberger Initiative „TelekommunikATION“.

Kontaktanschrift:
TelekommunikATION
c/o Contraste
Postfach 104520
6900 Heidelberg 1

analyse

Netzwerk von Dritte-Welt-Verbänden zerissen

Eine *effiziente* Interessenvertretung der Armen der sogenannten Dritten Welt bei der Bundesregierung – dies ist eine lebenswichtige Aufgabe. Sie ist heute, da sich der Bonner politische Horizont auf Deutschland zu beschränken droht, notwendiger

und auch schwieriger denn je. Genau um diese effiziente Lobby-Arbeit ging es dem 1986 gegründeten Netzwerk der Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO) in der Entwicklungspolitik. Mitte April löste sich das Netzwerk auf. Dies ist bedauerlich, aber kein Beinbruch. Aus den Gründen für das Scheitern des alten Netzes gilt es, Erkenntnisse zu schöpfen, wie in Zukunft die Anliegen der Armen bei den Mächtigen in Politik und Wirtschaft Westdeutschlands zu vertreten sind.

Gescheitert ist das alte Netzwerk an der in jeder Hinsicht starken Unterschiedlichkeit der Partner. Neben den „Großen“, den in volkswirtschaftlichen Milieus eingebetteten konfessionellen Werken *Brot für die Welt* oder *Misereor* suchten im alternativen Spektrum beheimatete Kleinorganisationen wie *Medico international* die Zusammenarbeit. Die offiziöse *Welthungerhilfe* und der basisbewegte *Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen* (Buko) wollten an einem Strick ziehen. Das ging schief, obwohl auf allen Seiten guter Wille vorhanden war. Thomas Gebauer (*Medico*) urteilt: „Wir sind nicht an den Personen oder Themen gescheitert, sondern an den großen Strukturunterschieden.“ Diese Situation, so Gebauer, ist „kein Armutszeugnis“ sondern entspricht der Situation des in der Bundesrepublik existierenden gesellschaftlichen Pluralismus.

Ein Knackpunkt: Kleinere Organisationen waren weit eher bereit, die Befugnis zu politischen Stellungnahmen ans Netzwerk zu delegieren, als dies die kirch-

PULSSCHLAG

lichen Hilfswerke tun konnten. Gebauer: „Die können ja sogenannte Kamingespräche mit politischen Entscheidungsträgern veranstalten“, eine Möglichkeit, die den „Kleinen“ kaum gegeben ist. Da sie beim Geschäft der politischen Beeinflussung von Entscheidungsträgern beständig „viele Eisen im Feuer“ haben, wollten die großen konfessionellen Werke dem Netz aus begreiflichen Gründen keine zentrale Sprecheraufgabe zuweisen. „Wir könnten nicht ohne weiteres über gewachsene Strukturen hinweggehen“, erläutert Herbert Hasold von Brot für die Welt: „Das sind überzogene Erwartungen.“ Bei den „Kirchlichen“ verweist man darauf, daß man selber schließlich am meisten in das Netz investiert habe. So stellten die evangelischen *Dienste in Übersee* (DÜ) für die ersten anderthalb Jahre einen ehemaligen Entwicklungshelfer hauptamtlich für das Netzbüro zur Verfügung. Anschließend übernahm, nebenamtlich, Reinhard Hermle von Misereor die Geschäftsleitung. Hermle hält „eine einfache Schulzuweisung, die Großen hätten blockiert“, für „zu simpel“. Hermle: „Je länger, desto

mehr haben alle Partner gesehen, daß sie selber sich eher nur mit der linken Hand im Netzwerk engagieren. Deshalb ist es unzutreffend, würden die Gründe des Scheiterns auf einen vordergründigen Konflikt zwischen Basisgruppen und großen Hilfswerken hingetrimmt.“ Die 50 im NRO-Netzwerk zusammengeschlossenen Dritte-Welt-Verbände werten die Leistungen ihrer Arbeitsgemeinschaft als bescheiden. Nach einer auch bei der EG in Brüssel als deutlich empfundenen kritischen Erklärung zur Agrarpolitik der *Europäischen Gemeinschaft* sei es bereits 1988 über ein Dokument zur Schuldenkrise zum Konflikt gekommen. Eine Position zu den Lome-Verhandlungen zwischen der EG und assoziierten Staaten in der Dritten Welt habe schließlich infolge von Abstimmungsschwierigkeiten erst veröffentlicht werden können, als jener Vertrag bereits vereinbart war. Einig sind sich die 50 Verbände im „Bedauern“ des Scheiterns. Angesichts der fortschreitenden Verelendung in den Dritte-Welt-Ländern dürfen sich die NROs mit ihrem jährlichen Finanzvolumen von rund 1,1 Milliarden DM

nicht auf den rein karitativen Hilfsaspekt beschränken. Es muß auch um die politische Bewußtseinsbildung gehen. Gunter Hilliges vom Hilfswerk *Terre des hommes*: „Die Lobby für die Ärmsten der Armen ist unterentwickelt. Hier müssen sich die Organisationen ihrer Verantwortung endlich bewußt werden.“ Bis zu den Sommerferien soll ein neues Netzwerk stehen. Es ist beabsichtigt, einen unabhängigen Verein zu gründen, dem Fachleute auf der Basis individueller Mitgliedschaft angehören. Das Gewicht eines solchen neuen Netzwerkes steht und fällt mit der Bedeutung der dort engagierten Personen. Durch Einzelmitgliedschaft soll das Kompetenzgerangel der alten Netzwerk-Träger weitestmöglich ausgeschaltet werden. Intern machen die Hilfswerk-Profis deutlich, um was es dabei geht: um einen „Aufstand der mittleren Ebene“ in den Werken, der Dritte-Welt-erfahrenen Experten gegenüber ihren Leitungen, die allzusehr politischen Rücksichtnahmen folgen.

Thomas Seiterich

aus: Publik-Forum, Nr. 9 vom 11. Mai 1990

Raritäten – noch zu haben!!

Forschungsjournale sind so begehrt, daß die Hefte der alten Jahrgänge nahezu vergriffen sind. Derzeit sind nur noch drei Hefte lieferbar:

Heft 4/88: Parteien und Neue Soziale Bewegungen, 6,- DM

Heft 1/89: Medien und Neue Soziale Bewegungen, 9,- DM

Heft 3-4/89: Institutionalisierungstendenzen der Neuen Sozialen Bewegungen, 9,- DM

Interessierte sollten rasch zugreifen. Die Vorräte sind begrenzt!!

Bestellungen an: SP-Verlag N. Schüren GmbH, Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg

T R E I B B E R G U T

DGB will mit sozialen Bewegungen zusammenarbeiten

Mit dem *Appel an die gesellschaftlichen Kräfte und sozialen Bewegungen zur konstruktiven Zusammenarbeit* ist der Bundeskongreß des DGB Ende Mai 1990 zu Ende gegangen. In seinem Schlußwort erklärte der neugewählte Vorsitzende Heinz-Werner Meyer in Hamburg, der DGB wolle seine Kooperation mit Kirchen, der Ökologie- und Frauenbewegung sowie Parteien verbessern, um mit mehr Gemeinsamkeit an der Lösung der großen Probleme zu arbeiten. „die alle betreffen oder sogar bedrohen“.



Informationsdienst über chemische und biologische Waffen – cbw-infodienst

Seit Anfang 1990 wird von der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung und der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für den Frieden“ als Teil des „Internationalen Netzwerkes für den Austausch über chemische und biologische Waffen“ (International Network for the Exchange of Information on Chemical and Biological Weapons) ein Informationsdienst über diese Waffen herausgegeben. Im bewußten Gegensatz zur restriktiven Informationspolitik der Bundesregierung versucht der cbw-infodienst, die Verschleierung von Fakten und Zusammenhängen aufzulösen und der Öffentlichkeit damit eine Einschätzung von Tatsachen und Hintergrundinformationen zu ermöglichen. In Verbindung mit

dieser Faktenvermittlung werden außerdem diesbezügliche wissenschaftliche Forschungsergebnisse veröffentlicht. Die Themen des cbw-infodienstes umfassen u.a. CBW-Einsatz; Forschungs-, Entwicklungs- und Rüstungsprogramme; Abrüstung und Rüstungskontrolle; Abzug und Beseitigung der chemischen Waffen der USA aus der Bundesrepublik Deutschland; Proliferation sowie die Rolle der Industrie bei den Bemühungen um eine Abrüstung chemischer und biologischer Waffen.

Kontaktadresse:

cbw-infodienst, c/o Joachim Badelt, Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, Altensteinstraße 48a, D-1000 Berlin 33

Laufende Bibliographie der HSFK zur „Friedensfähigkeit“

Die Forschungsgruppe Politische Psychologie/Friedensziehung der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) bereitet eine fortlaufende Bibliographie zum Thema „Friedensfähigkeit“ vor. Dabei soll nicht nur der enge Bereich der Friedenspädagogik erfaßt werden, sondern es sollen auch alle relevanten politikwissenschaftlichen, soziologischen und psychologischen Aspekte mit einbezogen werden. Übergreifendes Thema ist die Rolle des subjektiven Faktors in der Politik. Da in diesem Bereich sehr viel graue Literatur erscheint, die

Karin Heinrich u.a.

Zwischen Alltagsfrust und Größenwahn

Probleme der Sozialarbeit in Projekten für ausländische Frauen.

Von Karin Heinrich, Mira Renka, Ayfer Schultz, Zeynep Ümitkan, Petra Wagner u. Helga Wilde. 1990. 208 S. Br DM 28,- (3 89271 191 7)

Vor mehr als zehn Jahren wurden in Berlin die ersten Projekte eröffnet, die ausländischen Frauen Beratung, Weiterbildung und Treffpunkte bieten sollten. Welche Erfahrungen wurden in diesen Projekten bisher gemacht? Welche Veränderungen haben sich in diesen Jahren für die Arbeit in den Projekten ergeben, mit welchen Problemen kommen die Besucherinnen in die Frauenläden? Über die Erfolge der Beratungs- und Sozialarbeit

mit Frauen aus den ehemaligen Anwerbestaaten gibt es inzwischen eine Reihe von Untersuchungen. Hier berichten zum ersten Mal Mitarbeiterinnen aus den Projekten auch über ihre ganz persönlichen Erfahrungen, Konflikte und Probleme. Wie hat sich die Arbeit, die ständige Auseinandersetzung mit sozialer und physischer Gewalt, mit Sexismus und Rassismus in dieser Gesellschaft, mit realer Armut und Diskriminierung, die das Leben von Arbeitsmigrantinnen kennzeichnen, auf die Mitarbeiterinnen ausgewirkt? Zehn Jahre Arbeit mit ausländischen Frauen, das kann kein Anlaß sein, sich auf den Erfolgen auszurufen, denn zu viele Probleme blieben bisher ungelöst. Dieses Buch soll Anregungen für eine weitere Auseinandersetzung mit den Schwierigkeiten und Problemen der praktischen Arbeit bieten.

bibliographisch schwer zu erfassen ist, bittet die Forschungsgruppe um Mithilfe und Hinweise aller, die auf diesem Gebiet arbeiten.

Kontaktadresse:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Forschungsgruppe Politische Psychologie/Friedenserziehung, Leimenrode 29, D-6000 Frankfurt/M. 1

Netzwerk Friedensforscherinnen

Am Rande des diesjährigen Kolloquiums der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) traf sich eine Gruppe von 22 Frauen, die in der Friedensforschung arbeiten und die den Aufbau eines Netzwerkes für Friedensforscherinnen beschlossen haben. Ziel dieses Netzwerkes soll es sein, den gegenseitigen Informations- und Kenntnisstand über die jeweilige wissenschaftliche Arbeit zu verbessern und die Infrastruktur für einen informationellen Austausch zu schaffen. Zunächst sollen drei Informationsstränge aufgebaut werden: (1) Die Erstellung einer EDV-gestützten Adressenkartei von Frauen in der Friedensforschung, einschließlich ihrer Forschungsschwerpunkte und Forschungsinteressen. Diese Kartei soll langfristig allen interessierten Frauen in der Friedensforschung zugänglich ge-

macht werden (Kontakt: Tordis Batscheider); (2) der Aufbau einer EDV-gestützten Bibliographie nach zunächst fünf, aber erweiterungsfähigen Kriterien: Frauenfriedensbewegung (historische/aktuelle Dimension), Friedfertigkeit der Frau (sozialpsychologische Ebene), Frauen und Gewalt (feministische Diskussion), Frauen und Militär/Militarismus (politologische und soziologische Forschung) sowie Feminismus und Friedensforschung (Kontakt: Tordis Batscheider); (3) die Sammlung von Hinweisen auf wissenschaftliche Veranstaltungen (Seminare, Tagungen und Kongresse), die unter dem Aspekt „Frauen/Feminismus und Frieden(sforschung)“ wichtig und interessant sein könnten (Kontakt: Regine Mehl). Darüber hinaus wurde der Vorschlag eines wissenschaftlichen Symposiums diskutiert, bei dem feministische Wissenschaftstheorie und ihre Rolle in der Friedensforschung, der Standort von Friedensforscherinnen in den entsprechenden Institutionen sowie ein intensiver inhaltlicher Austausch mit Friedensforscherinnen aus der DDR im Mittelpunkt stehen sollen. Das Symposium ist für den Spätherbst 1990 oder für Anfang 1991 ins Auge gefaßt worden.

Kontaktadressen:

Tordis Batscheider, Sartoriusstraße 11, D-2000 Hamburg 20; Dr. Regine Mehl, Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn, Beethovenallee 4, D-5300 Bonn 2

Frieden Gestalten nach dem Kalten Krieg – Neue Projekte der Friedenswissenschaft

Münster, Universität, 16.117.November 1990

Der Ost-West-Konflikt in seiner bisherigen Gestalt geht zu Ende. Abrüstung scheint auf den Weg gebracht. Welche Perspektiven hat die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Fragen der Friedenssicherung? Ausgehend von den aktuellen politischen Entwicklungen werden auf der Tagung Natur- und GesellschaftswissenschaftlerInnen ihre Vorstellungen von einer zeitgemäßen Friedensforschung und -wissenschaft formulieren. Konzeptionen für Entmilitarisierung, Konversion und Verifikation, also die Begleitung des begonnenen Abrüstungsprozesses sind ein wichtiger Arbeitsbereich. Andererseits kommen Konfliktfelder internationaler und innergesellschaftlicher Art wie die sozialen und ökonomischen Ungleichheiten, neue nationale Spannungen und die Bedrohung der Ökosphäre stärker ins Blickfeld und fordern die Friedenswissenschaften zu Innovationen ihrer inter- und multidisziplinären Arbeit heraus. Dieser Prozeß betrifft die Physik, Chemie, Biologie, Medizin und Informatik ebenso wie die Politikwissenschaften, die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, die Psychologie und andere Disziplinen. Die Tagung möchte an den Hochschulen vorhandene Forschungs- und Lehrprojekte, in denen interdisziplinär an diesen Themen gearbeitet wird,

präsentieren und den Erfahrungsaustausch anregen. Erstmals werden entsprechende Projekte aus der BRD und der DDR auf einer Tagung dieser Art zusammentreffen und über neue Beiträge deutscher Friedensforschung und -wissenschaft sowie deren Institutionalisierung sprechen. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion soll Gelegenheit sein – kurz vor den Wahlen – mit PolitikerInnen und VertreterInnen der Wissenschaftsförderung über Stellenwert und Schwerpunkte einer Friedenswissenschaft nach dem Kalten Krieg zu „streiten“.

Veranstalter: Informationsstelle Wissenschaft und Frieden (IWIF) e.V., Bonn Arbeitskreis Münsteraner WissenschaftlerInnen für den Frieden Die Tagung wird gefördert von der Landeszentrale für politische Bildung NRW

Anmeldung und Unterlagen: IWIF, c/o C. Lammers, Reuterstr. 44, 53 Bonn – 1

Dokumentation der Bonner Gleichberechtigungskonferenz

Am 23. April 1990 fand in Bonn die erste Gleichberechtigungskonferenz im Rahmen der „Konzertierten Aktion Gleichberechtigung“ statt. Sie brachte große Organisationen und gesellschaftliche Gruppen an einen Tisch, um die jeweiligen Maßnahmen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern in ein Gesamtkonzept für die 90er Jahre

DEUTSCHER
STUDIEN
VERLAG

Postfach 100154
6940 Weinheim

Preisänderungen vorbehalten / DTP-211

zu bringen. Neben den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften stellten auch Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Medien und Frauenverbände ihre Vorstellungen zur Umsetzung der Gleichberechtigung – gesamtgesellschaftlich wie auch verbandsintern – vor und machten damit ihren Beitrag zur Durchsetzung dieses wichtigen gesellschaftspolitischen Ziels deutlich. In der nun vorgelegten Dokumentation sind die Stellungnahmen wiedergegeben. Sie stellt damit ein wichtiges Kompendium dessen dar, was in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung konkret geplant und getan wird. Die Eingeladenen waren aufgefordert, aus der Sicht ihrer jeweiligen Organisation schriftlich zu den nachstehenden beiden Fragen Stellung zu nehmen:

– Welche generellen Maßnahmen sind notwendig, um die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern zum Ende dieses Jahrzehnts zu erreichen?

– Welche konkreten Maßnahmen haben Sie geplant?

Es gingen 27 Stellungnahmen ein, die in der Dokumentation veröffentlicht werden. Sie kann kostenlos angefordert werden beim: Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Postfach, 5300 Bonn 2.

DFG-Senatskommission für Frauenforschung eingerichtet

Der Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

hat jetzt eine Kommission für Frauenforschung eingerichtet, um dem wachsenden Bedarf auf diesem Gebiet Rechnung zu tragen. Aufgabe der Kommission soll es sein, Forschungsdefizite der Frauenforschung zu ermitteln, wichtige Forschungsaufgaben zu benennen und Vorschläge zur Verbesserung der Förderung der Frauenforschung vorzulegen. Bundesfrauenministerin Ursula Lehr begrüßte insbesondere die Tatsache, daß die Leiterin des Frauenforschungsinstituts 'Frau und Gesellschaft' in Hannover, Frau Nave-Herz, die gleichzeitig auch Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates für Frauenpolitik im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit ist, den Vorsitz der Kommission übernimmt.

Frauenforschung in der DDR

untersuchte „EMMA“ im Maiheft 1990: „Seit der ‚Wende‘ hat sich auch in puncto Frauenforschung in der DDR einiges getan. Frauenforscherinnen gehen an die Öffentlichkeit. Und sie organisieren sich. So wurde bereits im September 1988 beim Nationalkomitee der Historiker der DDR eine ‚Kommission zur Geschichte der Frau und der Frauenbewegung‘ ins Leben gerufen. Im November 1989 haben Germanistinnen der Berliner Humboldt-Universität ein Gremium gegründet, das die an fe-

atom

Nr. 31/Sommer 90

Aus dem Inhalt:

- 4 Jahre Tschernobyl ... die Milch nicht trinken, im Fluß nicht baden, die Fische nicht fangen
- Uranabbau in der DDR – Anti-AKW-Gruppen stellen sich vor – Tschernobyl und die DDR – ...
- Ausstieg? Rot – Grün in Niedersachsen – Erklärungen
- Wendland – Warten auf den Castor – Gorleben bebt – Platzbesetzung PKA – § 129-Prozeß...
- Nie wieder Deutschland – Frankfurt-Demo – Atom-Streitgespräch
- Radikale Linke – Kongreß
- Kriminalisierung – Startbahn ...
- Atom-Transporte – Berichte aus Neckarwestheim, Obrigheim, Recklinghausen
- Standorte – Grohnde – Würgasen – Hanau – Mülheim-Kärlich



Uranabbau in der

DDR



Die atom erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 5 Mark (+ Porto), Abo für 5 Ausgaben 30 DM Ab 4 Ex. 3,50DM (+ Porto)

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109,
2120 Lüneburg

Archiv

für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit

Heft 10, ISBN 3-88663-410-8, ca. 200 S., DM 22,-

Reinhart Köbler: Überstunden für die "Aurora". Betriebskomitees in der Petrograder Rüstungsindustrie 1917 zwischen Betriebsrat und Selbstbestimmung
Otto Langels: Die Revolutionären Industrieverbände. Gewerkschaftspolitik in der Weimarer Republik zwischen Freier Gewerkschaften und KPD
Haas Schafranek: "Unpersönlich": Spannenkämpfer zwischen Verrat und Widerstand in Österreich 1938 - 1944
Willy Buschale: Schwaben der Arbeit - ein Beitrag zur Geschichte der Bäckereiarbeiter und des Anarchismus in Argentinien
Gernot Volger: Max Hoelz. Kämpfer, Rebell, Revolutionär
Joachim Bruhn: Abschaffung des Situations. Thesen zum Verhältnis von anarchisistischer und marxistischer Staatstheorie
Bodo Schulze: Autonomia - Vom Neoleninismus zur Lebensphilosophie. Über den Verfall einer Revolutionsidee
Raniero Panzieri: Sieben Thesen zur Frage der Arbeiterkontrolle
Rezensionen und Hinweise

Heft 9 ISBN 3-88663-409-4, 168 S., DM 22,-

Hans Schafranek: Die verdrängte Kooperation von Nationalsozialisten und Linken im illegalen Kampf gegen die Diktatur des 'Austrofaschismus'
Ulrich Linse: Die "Schwarzen Scharen" - eine antifaschistische Kampforganisation deutscher Anarchisten
Ute Daniels: Frauen in der Kriegsgesellschaft 1914-1918
Sabine Behn: Mädchen i.d. Jugendbewegung
Michael Buckmiller: Zur Problematik der Surel-Rezeption in Deutschland
Martin Henkel Jürgen Kocka: ein Historiker der Nationalen Identitäts-Stiftung
Peter Kröger: Die Zweite Reichsgründung zu Worms und ihr Sandbait Nahro
Ulrich Linse: Robert Bek-grau - ein Nachtrag
Rezensionen und Hinweise

Heft 8 ISBN 3-88663-408-6, 208 S., DM 22,-

Walter L. Bernecker: "Reiner" oder "anarchisistischer" Anarchismus?
Hans Schafranek/Werner Wegerbauer: Zur Geschichte der 'Amigos de Durum'
Sabine Behn/Monika Mommertz: Mujeres Libres - anarchisistische Frauen in Revolution und Widerstand
Sabasit Gersch: Einige sensationelle Erklärungen von Carl Einstein (1938)
Ulrich Linse/Michael Rohwasser: Der Mann, der nicht B. Traven war Zur Biographie Robert Bek-graus
Heinz Langerhans: Das Buch der Abschaffungen von Karl Korsch
Andreas Müller: Anarchosyndikalisten und Nationalsozialisten in Mecklenburg in der Frühphase der Weimarer Republik
Manfred Gröger: Die Bochumer Besetzung und die ausländischen Arbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge 1939 - 1945
Willy Buschale: Kettler im Widerstand
Rezensionen und Hinweise

Abonnements (20 % billiger) und Bestellungen über die Redaktion:
c/o Wolfgang Braunschädel, Oskar-Hoffmann-Str. 121, D-4630 Bochum 1,
GERMINAL-Verlag, Widumstr. 11, D-4630 Bochum 1 oder über den Buchhandel

ministischer Literaturwissenschaft interessierten Wissenschaftlerinnen der DDR zusammenbringen will. Ebenfalls an der Humboldt-Universität hat sich im Dezember 1989 ein Zentrum interdisziplinäre Frauenforschung' gebildet. Ein interdisziplinäres Projekt ist bereits angelaufen: Eine Bestandsaufnahme und Analyse der Bedingungen von Wissenschaftlerinnen, weiblichen Angestellten und Studentinnen an der Berliner alma mater. Das Projekt soll der basis-

demokratischen Initiative 'Humboldt-Frauen' den Rücken stärken. Diese setzt sich für eine Gleichstellungsbeauftragte ein und entwirft einen Maßnahmenkatalog, der die Rechte der Frauen an der Universität sichern und ausbauen soll. Ähnliche Aktivitäten, bei denen Frauenpolitik und Frauenforschung Hand in Hand gehen, gibt es auch an der Berliner Akademie der Wissenschaften und wenn auch noch nicht so weit entwickelt an anderen Universitäten."

Frauen und Technikstudium

Unter dem Titel „Technikwissenschaften ein Studium für Frauen“ ist eine Broschüre der zentralen Studienberatung erschienen. Ziel dieser Broschüre ist es, Schülerinnen anzuregen, bei den Vorüberlegungen zur Studienwahl auch die Männerdomäne Technikwissenschaften einzubeziehen. Die Broschüre ist bei der Gesamthochschule Kassel, Marion Schomburg, Zentrale Studienberatung der GhK, Mönchebergstraße 19, 3500 Kassel erhältlich.

Kritische Interdisziplinarität – Eine SifKI-Publikationsreihe

Das Studentische Institut für Kritische Interdisziplinarität (SifKI) an der J.W.G. Universität in Frankfurt a.M. wurde während des studentischen Streiks im Wintersemester 1988/89 gegründet. Als Studentisches Institut soll es Studentinnen und Studenten einen Raum für selbstorganisierte Arbeitszusammenhänge und kritische Fragestellungen eröffnen. Kritische Interdisziplinarität zielt auf eine Politisierung universitärer Forschung und Lehre, indem sowohl die Konstitutionsbedingungen wissenschaftlicher Produktion als auch deren Folgen in bezug auf gesellschaftliche Krisenphänomene reflektiert werden. Wir gehen davon aus, daß zwischen der Ablenkung und inadäquaten herrschenden diszi-

TREIBGUT

plinären Fachbornierungen ein wesentlicher Zusammenhang besteht. Eine Auseinandersetzung mit außeruniversitären Projekten und theoretischen Ansätzen halten wir unter dieser Prämisse für notwendig. Zu diesem Zweck haben wir zu verschiedenen Themenschwerpunkten Diskussionen mit VertreterInnen solcher Ansätze und Initiativen veranstaltet. Mit der Reihe „Kritische Interdisziplinarität“ soll nun eine Dokumentation dieser Kontroversen vorgelegt werden. Heft 1 der Reihe zum Thema „Ökologie und ökonomische Rationalität“ ist bereits im Februar 1990 erschienen. Band 2 mit Beiträgen und Diskussionen, die während des Wintersemesters 1989/90 zum Thema „Erfahrungsberichte interdisziplinärer Projektarbeit Alternativen im/zum Wissenschaftsbetrieb“ stattfanden, wird im Herbst 1990 erscheinen. Kontakt: Studentisches Institut für Kritische Interdisziplinarität, Jügelstraße 1, 6000 Frankfurt 1

NSB-Tagung im Winter 1990:

Vom 14. – 16. Dezember 1990 findet – voraussichtlich in Bonn – eine Tagung des bundesweiten Arbeitskreises „Neue Soziale Bewegungen“ zum Themenfeld „Soziale Bewegungen, Gegenbewegungen und Staat“ statt. Eingeladen sind auch KollegInnen aus der DDR. Themenangebote (möglichst in Form eines abstract) bitte an folgende Adresse: Dr. Dieter Rucht

Wissenschaftszentrum Berlin
Reichpietschufer 50
(Tel.: 030/25491 306).

Widerstand hat Fotos

Für ein Buchprojekt suchen wir spektakuläre alltägliche, scharfe und verwackelte, spannende und langweilige Fotos von Aktionen, Demos, Konzerten, Alltagsgeschichten, WG-Küchen usw. aus den letzten 25 Jahren der linken Bewegung. Diskretion selbstverständlich. Nichtprofis & Profis können weitere Informationen anfordern bei: Umbruch-Bildarchiv, z.Hd. Projekt Eisenbahnstr. 4 1000 Berlin 36

Tagung der Gesundheitsakademie

Ist Gesundheit mach(t) bar?

Tagung in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schule und Weiterbildung NRW, Soest, und der Heinrich-Böll-Stiftung, Köln gleichzeitig 2. Jahrestag der Gesundheitsakademie in Soest/Westfalen vom 18.-21. Oktober 1990

Mit diesem Thema soll das Spannungsfeld beleuchtet werden zwischen kränkender Ohnmacht und ebenso krankmachenden Machbarkeits-Phant-

asien in verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens und des gesellschaftlichen Umgangs mit dem Gesundheitsmotiv. Dazu gehört eine historisch-kulturelle Betrachtung über den Umgang der bürgerlichen Gesellschaft mit menschlichem Leiden und Tod sowie über Selektion durch Herrschaftsphantasien über die menschliche Natur.

In der Gesundheitsdiskussion findet sich einerseits eine emanzipatorische Tradition, die das Gesundheitsmotiv als Befreiung aus kränkenden und krankmachenden Lebensverhältnissen verwendet, um ein besseres Leben zu ermöglichen. Andererseits ist insbesondere in der Präventions-Debatte die Tendenz zum totalitären Zugriff auf die Lebensentwürfe und -interessen der Menschen erkennbar, die in dem Versuch, den Tod zu besiegen, das individuelle Leben zu zerstören droht. Wo sind unsere eigenen Ansätze? Wo sind unsere Macht- und Machbarkeits-Phantasien?

Die Annäherung an die konkreten Arbeitszusammenhänge innerhalb der einzelnen Arbeitsgruppen der Gesundheitsakademie soll über vier themenorientierte Referate erfolgen, die die zentralen Thesen des Tagungsthemas auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche beziehen und deren Gültigkeit untersuchen.

Anmeldung, Informationen und weiteres Material: Geschäftsstelle der Gesundheitsakademie: Braunschweiger Str. 53b 2800 Bremen 1 Tel.: (0421) 498 86 34

BEWEGUNGS LITERATUR

Karin Fohrbeck/
Andreas Wiesand

Von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft? Kulturpolitische Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland

(Perspektiven und Orientierungen, Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes, Band 9) München: Verlag C.H. Beck 1989, 183 S.

Woran ließe sich festmachen, so könnte man die Ausgangsfrage dieses Buches formulieren, daß die Industriegesellschaft durch eine Kulturgesellschaft abgelöst wird? Fohrbeck und Wiesand beantworten die Frage als weitgehend kulturpolitische Frage: da geht es um die kulturpolitischen Programme der Parteien, um öffentliche und private Kulturförderung, um Industrie und Kultur, um Kultur als Produktivfaktor, um die Kulturpolitik der BRD im internationalen und im europäischen Maßstab und schließlich im Schlußkapitel um „die Bundeshauptstadt – Kunstmetropole oder Spiegel kultureller Vielfalt und Zentrum kulturpolitischer Reflexion“ (S. 124 ff.). Dabei scheint die Frage aber letztendlich nicht wirklich beantwortet zu werden, gerade weil in dem Buch unterm Strich nichts anderes dokumentiert wird, als die Kulturförderungsmaßnahmen der jetzigen Bonner Regierung. Einen Beitrag zum Theorem ei-

ner Kulturgesellschaft liefert dieses Buch leider nicht. So bleibt vollkommen unklar, was denn überhaupt eine „Kulturgesellschaft“ sein kann, geschweide denn, daß auch nur annähernd der aktuelle Stand einer Kultur- und Kunstdiskussion beleuchtet wird – deutlich wird dieses im platten und floskelhaften Gebrauch von Begriffen wie „postmodern“ (vgl. S. 11 f.). Was den Begriff „Kulturgesellschaft“ an sich schon problematisch macht – und in gewisser Weise auch begründet, warum er in diesem Buch nicht angemessen problematisiert wird –, ist der dem gegenübergestellte Begriff der „Industriegesellschaft“, auf den in dem Buch in keiner Weise eingegangen wird und damit auch die ganze, dem vorausgegangene Debatte um Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft verschwiegen bleibt. Interessant ist dabei, daß die Rede von Industriegesellschaft, also die Bestimmung einer Gesellschaft anhand von technologischen Standards, das Problem, irgendwann einmal auch die kulturellen Standards der Gesellschaft bestimmen zu müssen, geradezu provoziert: so wird die Frage nach Industriegesellschaft oder Kulturgesellschaft fast als entweder-oder-Frage behandelt und wie der Ochs' vorm Berg steht man vor einer Kultur, die einst für unbequem befunden, auf einmal in förderungswürdigen Projekten geradezu inflationär die Märkte überschwemmt (vgl. vor-

allem S. 47). Hätten die Autoren sich die Mühe gemacht, die damalige Debatte um Industriegesellschaft oder Spätkapitalismus zu zitieren, wären sie zum Beispiel auf Autoren wie Offe und Habermas gestoßen, die die ganze jetzt aufgeworfene Debatte vorwegnahmen. Das Vorbeireden an der damaligen Diskussion ermöglicht es andererseits Fohrbeck und Wiesand Habermas dennoch als Intellektuellen zu zitieren – zusammen mit Gehlen, Greiner, Kaltenbrunner, Schelsky und Helmut Kohl! Wie sehr Fohrbeck und Wiesand an nicht nur aktuellen oder eben auch älteren Debatten vorbeireden, sondern schlicht theoriegeschichtlich unbefleckt über die „Dynamik und zugleich die Offenheit der Kulturwirtschaft“ (S. 47) oder über eine „attraktive kulturelle Infrastruktur“ (S. 77), schließlich „Innovationsleistungen der Bildenden Künstler“ (S. 80) spekulieren, wird an dem vollkommen unkritisch gebrachten Kultur- und Kunstbegriff deutlich: daß zum Beispiel Begriffe wie Kulturindustrie (Adorno/Horkheimer) oder Bewußtseinsindustrie (Enzensberger) heute neu überdacht werden müßten (die stattfindende Diskussion um Moderne und Postmoderne trägt dem Rechnung), kann nicht bedeuten, darüber zu schweigen und unbefangen eine institutionalisierte Kultur zu loben, die ihren gesellschaftlichen Stellenwert beispielsweise dadurch bestimmt, daß die Verwen-

dung von Musik im Rundfunk quantitativ, wie auch von der Breite des Angebots zunimmt (s. 51 f.).

Über diese theoretischen Unzulänglichkeiten hinaus, bieten Fohrbeck und Wiesand dem Leser eine Fülle von Quellenmaterial aus Politik und Wirtschaft, sowie zahlreiche Statistiken. Neben einem 40seitigen Anhang sind auch im Text zahlreiche Untersuchungen erwähnt, die immerhin eines belegen: daß die Verwobenheit von Regierungspolitik, Ökonomie und Kultur tatsächlich stattfindet.

Roger Behrens, Hamburg

Die Friedens- und Umweltbewegung in Großbritannien

Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag 1990, 248 S.

Im Klappentext der Arbeit von Rothgang wird angekündigt, daß „in dieser Untersuchung (...) das aus der vorliegenden Literatur rekonstruierte ‚modische‘ Konzept der ‚Neuen Sozialen Bewegungen‘ mit der detaillierten Analyse der britischen Umwelt- und Friedensbewegung konfrontiert (wird). Die empirische Analyse (...) zeigt die Unangemessenheit des Konzeptes der ‚Neuen Sozialen Bewegungen‘ und führt zur Forderung, den generalisierenden Anspruch dieses sozialwissenschaftlichen Ansatzes zurückzuweisen.“

Der Autor diskutiert zunächst

„das Konzept der Neuen Sozialen Bewegungen“, beschreibt die Umwelt- und Friedensbewegung in Großbritannien und überprüft im Anschluß einige in der nsB-Forschung formulierte Ergebnisse anhand seiner quantitativ und qualitativ erhobenen, umfangreichen Daten.

Die Studie ist durchaus interessant zu lesen, insbesondere auch wegen der detaillierten Beschreibung o.g. Bewegungen, die in einer derartigen Form noch – insbesondere im deutschsprachigen Raum – nicht vorliegt. Aber sie verspricht mehr, als sie hält.

Rothgang diskutiert am Anfang einen Teil der Diskussionen in der nsB-Forschung, wobei er einen Ausschnitt wählt – was durchaus sinnvoll und angemessen ist –, aber er vermittelt den Eindruck, einen Gesamtüberblick zu liefern. Das Problem, das sich dabei stellt, ist, daß er

über das Konzept der nsB spricht, das es nicht gibt. Übersehen wird die Vielfalt der empirischen Untersuchungen und der damit verbundenen theoretischen Überlegungen: so gibt es noch keine Einigkeit über eine Definition der nsB, über das Verhältnis zwischen „alt“ und „neu“ oder über die Frage der formalen Organisationsstruktur und Institutionalisierungstendenzen.

Doch Rothgang stellt die implizite These vom einheitlichen Konzept über Organisation, Themen und Wertvorstellungen, Trägerschaft und Partizipationsformen sozialer Bewegungen in der nsB-Forschung auf.

Einem sinnvollen roten Faden entsprechend beschreibt Rothgang beide Bewegungen ausführlich, wobei oftmals – bis auf

die zitierten Tabellen – nicht klar wird, wie die Daten erhoben wurden, obgleich dies bei den heterogenen nsB eine interessante und schwierige Frage ist. Dieser Teil – der Hauptteil – der Arbeit ist sehr deskriptiv. Es wird zwar die Mitgliedschaft oder die Organisationsstruktur der Gruppierungen beschrieben, aber das Entstehen dieser Bewegungen nicht erklärt. Und das ist ein Hauptanliegen der nsB-Forschung und hier wäre zu fragen, ob die vorhandenen Erklärungsansätze über Entstehungsursachen und die Entwicklung der Bewegungen auch auf die Umwelt- und Friedensbewegungen in Großbritannien übertragbar sind. Auch bei dieser Beschreibung sind die entsprechenden theoretischen Arbeiten aus der nsB-Forschung nicht integriert – sie kommen nicht vor.

In seinem Fazit stellt Rothgang fest, daß „wenn also das NSB-Konzept und empirische Realität der beiden untersuchten Bewegungen nur sehr schwer zur Deckung zu bringen sind, bleibt zu fragen, ob nicht das NSB-Konzept zu verwerfen ist.“ (S. 195) Falsche Prämissen, falsche Schlüsse: es ist nicht verwunderlich, daß sich das von Rothgang verstandene „NSB-Konzept“ empirisch nicht verifizieren läßt, weil es das so nicht gibt. Statt zu verallgemeinern, fordert er, daß „Hypothesen, die die unterschiedlichen Ausprägungen von entsprechenden Bewegungen in verschiedenen Ländern erklären wollen, ... daher um solche ergänzt werden (sollten), die die Rahmenbedingungen des jeweiligen Politikfeldes und die Konstellationen des ‚Bewegungs-

marktes‘ berücksichtigen“ erarbeitet werden (S. 197). Wenn Rothgang genau dieses getan hätte, wäre ihm neben der Deskription auch ein theoretisch gehaltvollerer Beitrag zur nsB-Forschung gelungen.

Ulrike C. Wasmuth, Berlin

Kritik der ökonomischen Vernunft, Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft,

Berlin: Rotbuch Verlag 1989, 388 S.

In der Industriegesellschaft sind Arbeit und Leben einander fremd geworden, entfremdet durch den Geist ökonomischer Rationalität. Unversöhnlich stehen sich heute das Kalkül möglichst effizienten Arbeitens und die Idee von einem freien wie selbstbestimmten Leben gegenüber. Der Triumph geführt in den Industriegesellschaften den ökonomischen Prinzipien. Sie haben die Arbeit dem Joch einer abstrakten Leistungsethik verschrieben, die Freizeit konsumptiven Bedürfnissen geopfert. Der entfremdeten Arbeit entspricht ein Freizeitverhalten, das in einer unendlichen Konsumorientierung seine einzige Befriedigung erheischt, wie realiter zu sozialen Isolation beiträgt. Der fragile Sinn, wenn nicht bare Unsinn, rein pekuniär stimulierter Handlungen spiegelt sich in spezifischer Form im Alltagsbewußtsein wieder, so in der These, daß Geld die Welt regiere. Sie hat sich längst ihrer kritischen Di-

mension entledigt, wie der Erkenntnis, daß die Welt eigenen Gesetzen unterworfen ist, Geld sie allenfalls ruiniert, nicht aber regiert. Heute dient sie als unreflektierte Legitimation eines Lebens, dessen einziger Sinn darin besteht, Geld zu verdienen, um es ausgeben zu können. Gearbeitet wird, um zu konsumieren, konsumiert, um arbeiten zu können.

Diese keinesfalls neue Kritik spätkapitalistischer Gesellschaftsformation erfährt durch Gorz eine für ihn spezifische und wesentliche Akzentuierung. In den heute als klassisch, weil ebenso grundlegend wie überholt zu bezeichnenden Kritiken marxistischer Provinienz, resultiert die Deformation des Spätkapitalismus, wie die aller anderen historischen Gesellschaftsformationen, aus dem Widerspruch zwischen versteinerten Produktionsverhältnissen und sich dynamisch entfaltender Produktivkräfte. Eine solche Betrachtungsweise führt unweigerlich zu der Mär von den Klassenkämpfen, die allein Geschichte gemacht haben und machen können. Dem heroisch geschilderten Kampf einer Klasse, die nichts zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen habe, wird zugerufen, die Exploiteure zu exploieren, um selbst Geschichte zu machen, die eigentliche Vorgeschichte der Menschheit zu beenden.

Anders Gorz!!

Er sagte schon Ende der Siebziger dem Proletariat adieu, entließ es aus der selbst angemäßen oder von einigen Auguren der Weltgeschichte zugeschriebenen Rolle eines revolutionären Sub-

jekts, schickte es gleichsam in den vorzeitigen politischen Ruhestand. In seiner „Kritik der ökonomischen Vernunft“ läßt es Gorz nicht bei dieser politischen Demütigung bewenden. Er setzt eins obendrauf, indem er das Selbstverständnis der Arbeiterschaft einer geharnischten Kritik unterzieht.

Der ehemals starke Arm des Proletariats, der alle Räder zum Stillstand zu bringen glaubte, erscheint nunmehr als Prothese einer Maschinerie, die je nach Konfiguration dem Einzelnen eine Arbeit zuweist oder entzieht. Der Stolz des Arbeiters auf sein Tagwerk, auf seine harte und mühsame Arbeit, die ihm alles abverlangte, was sein Körper und der Geist in der Lage waren zu geben – kurz seine Arbeitsethik –, erweist sich heute als das Prinzip größtmöglicher Dummheit. Auf den breiten Schultern, auf denen die vermeindliche Verantwortung lastet, ruht heute nur noch der Geist. Aber auch jene Einstellung zur Arbeit, die in ihr nur ein notwendiges Übel sieht, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, die selbst unbefriedigend, Satisfaction nur durch Konsum erlangt, erweist sich als Ideologie der industriellen Gesellschaft, denn der Idiotie eines stumpfsinnigen Arbeitsalltags entspricht der des Körperbildens, die Tristess am Arbeitsplatz wird mit der Sonnenbank bekämpft.

Arbeit besitzt den alleinigen Zweck des Geldverdienens, Geld wiederum, läßt sich in Fitness-Studios und Solarien gänzlich stupide ummünzen. Die Bildung des Körpers entlastet von der anderen, die Bewältigung von Gewichten läßt einen nichts

Gewichtiges bewältigen, der Schmerz der Muskeln kanalisiert den der Einsamkeit.

Diese Arbeitsethiken reüssieren in einer Gesellschaft, der die Arbeit ausgeht, was sie nicht gerade plausibler macht. Daß sie darüber hinaus der Arbeit einen zentralen Stellenwert zuschreiben, macht sie vollends fraglich. Gorz weist auf diesen Widerspruch hin und gelangt zu dem Ergebnis, daß die Befreiung von der Arbeit heute geboten erscheint. Der Orthodoxie, die eine Befreiung in der Arbeit auf ihre marxistischen Banner geschrieben hat, hält Groz entgegen, daß die industrielle Organisation der Arbeit unabhängig von bestehenden oder zukünftigen Eigentumsverhältnissen, eine Befreiung in der Arbeit unmöglich gemacht hat. Den Konsumsüchtigen wirft er vor, daß sie nur noch privatisieren, sich sozial längst isoliert haben, zu keinem kommunikativen Handeln mehr befähigt sind.

Der realen Misere der Arbeitsgesellschaft hält Gorz eine Utopie gemeinschaftlichen Zusammenlebens entgegen, in der die Arbeit auf ein ihr angemessenes Maß reduziert wurde. In einem ersten Schritt muß die Arbeit von der Notwendigkeit materieller Existenzsicherung abgekoppelt werden, in einem zweiten Schritt muß sie neuverteilt werden. Ersteres läßt sich durch ein gesetzlich garantiertes Mindesteinkommen erreichen, der zweite Schritt durch eine drastische Reduzierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit. Die Menschen in Gorz Utopie wären von der Notwendigkeit des Arbeitens befreit, würden nur noch einen geringen Teil ihrer Lebenszeit arbeiten

und hätten Muße, sich um soziale Belange zu kümmern. In diesem Sinne unternimmt Gorz in seinem neuesten Buch eine Verteidigung des aufgeklärten Individuums gegen eine Welt aus Sachzwängen, eine Verteidigung des Sozialen gegenüber den fortgesetzten Angriffen der Ökonomie.

Thomas Klepsch, Bonn

Cornelia Nowak:

Interessen, Kommunikation und Politischer Protest. Die Rolle lokaler Interessen- und Kommunikationsstrukturen bei der Entstehung von Bürgerprotest

Frankfurt. VAS 1988, 335 S.

Die Frankfurter Dissertation von Cornelia Nowak stellt eine theoriegeleitete empirische Arbeit dar. Sie entspricht damit einem Typus, der in diesem thematischen Feld – zumindest im deutschsprachigen Raum – nur äußerst selten anzutreffen ist. Es geht der Autorin um politischen Protest in Bürgerinitiativen, und zwar nicht, wie sie betont, um die „gesellschaftlichen Ursachen oder Folgen der Bürgerinitiativen oder der Bürgerinitiativbewegung“. Die Studie will vielmehr die Frage beantworten, warum „Bürgerproteste in der gegenwärtigen Gesellschaft der Bundesrepublik trotz vergleichbarem Anlaß manchmal die Form von mit großer kollektiver Unterstützung vorgetragenen, weitgehenden Regelverletzungen annehmen und manchmal nicht“ (37).

Theoretisch greift die Verfasserin im Kern auf drei Elemente zurück. Sie referiert zunächst die deutsche und amerikanische Diskussion neuer sozialer Bewegungen und löst dabei aus der Theorie der Resource Mobilization das Erklärungsmoment der lokalen Kommunikationsstrukturen heraus. Sie vermutet, „daß die soziale Organisation vor Ort auch ein bedeutsamer Erklärungsfaktor für die unterschiedliche Entwicklung von Bürgerprotesten in der Bundesrepublik sein könnte.“ (36) Diesem Ansatz gesellt sie ein Element hinzu, das sie aus dem symbolischen Interaktionismus gewinnt. Sie nimmt an, daß „kollektiv geteilte moralische Empörung“ eine notwendige Voraussetzung für die Entwicklung von Bürgerprotest darstellt. Das dritte Element schließlich ist das Konzept eines „impliziten Gesellschaftsvertrags“ nach Barington Moore, ein Vertrag, der zwischen BürgerInnen einerseits und staatlichen Entscheidungsträgern andererseits gültig sei.

Im ersten der beiden empirisch orientierten Teile geht es um die Klärung der Frage, inwieweit das Verhalten staatlicher Entscheidungsträger „immer weitergehende Regelverletzungen der protestierenden Bürger motiviert und zugleich legitimiert.“ Der zweite Teil fragt danach, wie es den Initiativen gelingt, ihre moralische Empörung zu verallgemeinern, „wie aus der Empörung einzelner kollektiv geteilte Empörung wird“ (39).

Die empirische Basis für den ersten Teil bilden fünf Fallbeispiele aus Süddeutschland (Truppenübungsplätze in Gersfeld/Rhön-

und Schlitz, die Startbahn-West und ein Hubschrauberplatz bei bzw. in Frankfurt/Main, ferner das AKW Wyhl). Kriterien der Auswahl waren (a) unterschiedliche Konfliktanlässe, (b) ein anderes Projektstadium, (c) Unterschiede in Dauer und Zeitpunkt des Auftretens des Konflikts sowie (d) Regelverletzungen unterschiedlicher Art durch die Protestierenden. Die Autorin entwirft hierfür ein fünfstufiges Konfliktmodell, welches von Einzelprotesten bis zur Verletzung des staatlichen Gewaltmonopols reicht. Qualitative Inhaltsanalysen von Zeitungsartikeln, Leserbriefen und Primärmaterial der Akteure liefern das Datenmaterial für die Analyse.

Als Ergebnis dieses Teils der Studie wird ein Interaktionsmodell entworfen, das im Kern besagt, daß staatliche Entscheidungsträger durch Verletzung des „impliziten Vertrags“ moralische Empörung in der Bevölkerung hervorrufen und durch ihr Verhalten im Konflikt die Entrüstung weiter verstärken. Als Beispiel für eskalationsförderndes Handeln der Exekutive nennt die Autorin die Stigmatisierung der Initiativen als radikal und umstürzlerisch (155f.).

Die Fallbeispiele werden für den zweiten Untersuchungsschritt reduziert. Entscheidend hierfür war ein Wechselspiel von Konstanz und Varianz einzelner Variablen. Während die Niveaus des Konflikts als abhängige Variablen verschieden sein sollten, wurde auf seiten der unabhängigen Variablen Übereinstimmung in Konfliktanlaß und Verhalten des Konfliktgegners angestrebt. Die Auswahl fiel auf Gersfeld

(Schießplatz) und Frankfurt-Bornheim (Hubschrauberlandeplatz). Hier sind – so die Autorin – die „objektive Betroffenheit“ der Bevölkerung nach Dezibel und Belastungstagen, aber auch das Verhalten der amerikanischen Streitkräfte, die in beiden Fällen für die Einrichtungen verantwortlich sind, vergleichbar. Die Autorin versucht, die Interessen der verschiedenen AkteureInnen zu beschreiben und die Konflikte in ihrem Verlauf zu rekonstruieren. Zugleich ist sie bemüht, die „örtlichen Kommunikationsnetze“ formeller und informeller Art zu analysieren. Beides, Interessen und Kommunikationswege, sollen in ihrer Wechselwirkung untersucht werden. Material hierzu liefert eine Zeitungs- und Dokumentationsanalyse (in der Rolle des „acceptable incompetent“ [Lofland]), ExpertInneninterviews und eine in einem frühen Stadium der Studie vorgenommene Befragung von BürgerInnen der beiden Gemeinden. Für die Befragung wurden je 500 Fragebögen verteilt, 306 bzw. 375 konnten ausgewertet werden – eine hervorragende Rücklaufquote. Auf der Grundlage dieses Materials arbeitet die Verfasserin die These heraus, eine Veröffentlichung moralisierender Bewertungen sei dann wahrscheinlicher, wenn „konfliktunabhängige“ Interessen organisiert in der Gemeinde vorhanden seien, für welche ein Engagement im Protest lohne. Nutzen entsteht – so die Autorin – wenn der Konflikt relativ weit oben auf der Agenda der Akteure steht, diese keine Zielkonflikte durch ihr Engagement antizipieren und andere

Kanäle der Artikulation verstopft scheinen.

Sollen Moraldeutungen Anklang finden bei der Bevölkerung, soll sich die relative „Massenbasis“ für Aktionen bilden, so sei ein Toleranzbündnis der „relevanten örtlichen Interessengruppen“ vonnöten. Erst dieses Bündnis erzeuge ein „Klima allgemeiner Sympathie und Zustimmung“, in welchem kollektive Regelverletzungen möglich werden (252). Förderlich hierfür seien auch eine starke Bindung an die Gemeinde, der Rekurs des Protests auf „lokale Deutungsmuster“ und ein hoher Grad an informeller Kommunikation unter den BürgerInnen.

Die Studie besticht durch ihren klaren Aufbau, die Detailkenntnis in Deskription und Analyse. Die Ergebnisse sind in der Regel argumentativ gut belegt und plausibel. M.E. bleiben jedoch Fragen grundsätzlicher Art, so nach der Validität einzelner Resultate und dem Erkenntnisgewinn, der mit der Studie verbunden ist.

Die Leitfrage der Studie, warum „weitgehende Regelverletzungen“ in einzelnen Gemeinden „große kollektive Unterstützung finden, in anderen aber nicht“, kann mit der Analyse dieser beiden Fallbeispiele jedenfalls nicht beantwortet werden. Beide Konflikte werden von der Autorin lediglich auf den Stufen 2 und 3 ihres fünfstufigen Konfliktmodells lokalisiert. Ziviler Ungehorsam liegt in beiden Fällen nicht vor.

Zudem könnte die verschiedene Qualität des Lärms (Hubschraubergeräusche vs. Schießlärm) und das unterschiedliche Lärm-

niveau in einer Landgemeinde und einem Großstadtquartier zu unterschiedlichen subjektiven und objektiven Betroffenheiten geführt haben. Dies schränkt die Vergleichbarkeit der beiden Fallbeispiele erheblich ein.

Einige der zentralen Hypothesen der Studie werden zudem nur unzureichend getestet, sie bleiben Axiome durch die gesamte Studie hindurch. Ich denke hier an die These der protestaustlösenden Wirkung moralisierender Bewer-

tungen, aber auch an einen der zentralen theoretischen Ausgangspunkte, die postulierte starke Wirkung lokaler Kommunikationsnetze. Es gelingt der Autorin nicht, das gleichsam zusammengerollte Netz soziale Beziehungen zu entfalten, um auf diesem Wege seine Struktur, sein Knüpfmuster, sichtbar zu machen. Das Hilfsgerät hierzu hätten weitergehende, spezifische Fragen in der Umfrage sein können. Zu denken wäre hier an Fragen zur

inhaltlichen Basis, der „Substanz“ der Beziehungen (Wegener) zwischen den BürgerInnen in den beiden Gemeinden, der Nähe der Befragten zu ProtestakteurInnen, nach Wegen der Mobilisierung etc. Das Konzept des Kommunikationsnetzes scheint nur wenig operationalisiert, wird damit nur unzureichend überprüfbar und bleibt somit im Grunde – mit Verlaub – floskelhaft.

Thomas Ohlemacher, Berlin

AKTUELLE BIBLIOGRAPHIE

Augstein, Rudolf/Grass, Günter: Deutschland, einig Vaterland?, Steidl: Heidelberg 1990

Baier, Lothar: Volk ohne Zeit, Essay über das eilige Vaterland, Wagenbach: Berlin 1990

Bodewig, Kurt/Hesels, Rainer (Hrsg.): Die schleichende Gefahr, Rechtsextremismus heute, Klartext: Essen 1990

Brandt, Willy: „... was zusammengehört“, Reden zu Deutschland, J.H.W. Dietz: Bonn 1990

Brunkhorst, Hauke: Der entzauberte Intellektuelle, Über die neue Beliebtheit des Denkens, Junius: Hamburg 1990

Butterwegge, Christoph u.a.: 30 Jahre Ostermarsch, Ein Beitrag zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland und ein Stück Bremer Stadtgeschichte, Steintor: Bremen 1990

Christoph, Franz/Mürner, Christian: Der Gesundheits-Fetisch, Über Inhumanes in der Ökologiebewegung, Asanger: Heidelberg 1990

Cremer, Will/Klein, Ansgar (Hrsg.): Umbrüche in der Industriegesellschaft, Herausforderung für die politische Bildung, Leske + Budrich: Leverkusen und Bonn (Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe, Band 284) 1990

Deutscher Bundestag/Wissenschaftlicher Dienst: Revolution und Reformen in der DDR, Auswahlbibliographie 1989 – 1990, Bonn 1990

Edelman, Murray: Politik als Ritual, Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Campus: Frankfurt u.a. 1990

Eppler, Erhard: Plattform für eine neue Mehrheit, Ein Kommentar zum Berliner Programm der SPD, J.H.W. Dietz: Bonn 1990

Ford, Franklin L.: Der politische Mord, Von der Antike bis

zur Gegenwart, Junius: Hamburg 1990

Förster, Peter/Roski, Günther: DDR – zwischen Wende und Wahl, Meinungsumfragen und Stimmverhalten, LinksDruck: Berlin (DDR) 1990

Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Parteien und Wahlbündnisse in der DDR, Programme und Statuten, Eine Dokumentation, Königswinter 1990

Gabanyi, Anneli Ute: Die unvollendete Revolution, Rumänien zwischen Diktatur und Demokratie, Piper: München 1990

Gerhardt, Ute: Gleichheit ohne Angleichung, Frauen im Recht, Beck: München 1990

Girscher, Walter: Theorie sozialer Organisationen, Juventa: Weinheim 1990

Gorholt, Martin/Kunz, Norbert/W. (Hrsg.): Deutsche Einheit – Deutsche Linke, Reflexionen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung, Bund: Köln 1990

Gorholt, Martin/Ludwig, Ralf (Hrsg.): Rettungsversuche, Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, SP-Verlag: Marburg 1990

Gottschalch, Wilfried: Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine, Politische Sozialisation in Deutschland, Asanger: Heidelberg 1990

Greß, Franz/Vorländer, Hans (Hrsg.): Liberale Demokratie in Europa und den USA, Campus: Frankfurt u.a. 1990

Grözinger, Gerd: Teures Deutschland, Was kostet uns die DDR, Rotbuch: Berlin 1990

Hartung, Klaus: Neunzehnhundertneunundachtzig, Luchterhand Literaturverlag: Frankfurt 1990

Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremismus, „Warum handeln Menschen gegen ihre eigenen Interessen?“, Bund: Köln 1990

Hoppert, Leo: „Egon reiß die Mauer ein...“, Leipziger DEMO-Sprüche, Copenrath: Münster 1990

Huber, Wolfgang (Hrsg.): Protestanten in der Demokratie, Kaiser-Verlag: München 1990

ID-Archiv im IISG (Hrsg.): Reader der „anderen“ Archive, Amsterdam/Berlin 1990

IFF (Hrsg.): Liebes- und Lebensverhältnisse, Sexualität in der feministischen Diskussion, Campus: Frankfurt u.a. 1990

Isay, Richard A.: Schwul sein, Die psychologische Entwicklung des Homosexuellen, Piper: München 1990

Jaschke, Hans-Gerd: Die „Republikaner“, Profile einer Rechtsaußen-Partei, J.H.W. Dietz: Bonn 1990

Jost, Wolfgang (Hrsg.): Ressourcen und Fördermöglichkeiten, Chancen alternativer Projekte im sozialen Bereich, Verlag der Jugendwerkstatt: Östringen 1990

Jung, Otmar: Volksgesetzgebung, Die „Weimarer Erfahrungen“ aus dem Fall der Vermögensauseinandersetzungen zwischen Freistaaten und ehemaligen Fürsten, Kovac-Verlag: Hamburg 1990

Kantel, Heinz-Dieter: Computer im Sozialamt, Die elektronische Verwaltung der Armut, Klartext: Essen 1990

Karl, Fred: Neue Wege in der sozialen Altenarbeit, Ansätze, Initiativen und Projekte, Lambertus-Verlag: Freiburg 1990
Kempe, Martin: Die Kraft kommt von den Wurzeln, Perspektiven der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, Büchergilde Gutenberg 1990

Kloten, Norbert: Systemwandel in der DDR – Eine erste Bilanz, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck): Tübingen 1990

Köderitzsch, Peter/Müller, Leo A.: Rechtsextremismus in der DDR, Lamuv: Göttingen 1990

Leggewie, Claus: multi kulti, Spielregeln für die Vielvölkerrepublik, Rotbuch: Berlin 1990

Leisering, Lutz: Sozialstaat und demographischer Wandel, Campus: Frankfurt u.a. 1990

Madloch, Norbert u.a.: Linksradikalismus, Linksradikale Kräfte in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, Dietz Verlag: Berlin (DDR) 1990

Melzer, Wolfgang u.a. (Hrsg.): Jugend in Israel und in der Bundesrepublik, Sozialisationsbedingungen im Kulturvergleich, Juventa: Weinheim 1990

Menge, Marlies: „Ohne uns läuft nichts mehr“, Die Revolution in der DDR, DVA: Stuttgart 1990

Mersmann, Arno/Novy, Klaus (Hrsg.): Reformführer NRW, Die Baugeschichte sozialer Reformbewegungen, Klartext: Essen 1990

Micha Wimmer (Red.): „Wir sind das Volk“, Die DDR im Aufbruch, Heyne: München 1990

Mintzel, Alf/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1990

Mischo, Johannes: Okkultismus bei Jugendlichen, Matthias-Grünewald-Verlag: Mainz 1990

Mitter, Armin (Hrsg.): Ich liebe euch doch alle!, Befehle und Lageberichte des MfS, Basis-Druck: Berlin 1990

Müller-Rommel, Ferdinand (Ed.): New Politics in Western Europe, The Rise and Success of Green Parties and Alternative Lists, Westview Press: Boulder 1990

Naumann, Michael (Hrsg.): Die Geschichte ist offen, Hoffnung auf eine neue Republik, Rowohlt: Reinbek 1990

Neumann, Peter (Hrsg.): Träumen verboten, Aktuelle Stellungnahmen aus der DDR, Lamuv: Göttingen 1990

Noller, Peter/Paul, Gerd: Jugendliche Computerfans, Selbstbilder und Lebensentwürfe, Campus: Frankfurt u.a. 1990

Orth-Peine, Hannelore: Identitätsbildung im sozialgeschichtlichen Wandel, Campus: Frankfurt u.a. 1990

Pater, Siegfried: Stichwort Wende – Konservative Entwicklungspolitik seit den Achtzigern, Horlemann Verlag 1990

Politische Generationen, Schwerpunktausgabe der Prokla, Heft 80, Rotbuch: Berlin 1990

Preuß, Ulrich K.: Revolution, Fortschritt und Verfassung, Zu einem neuen Verfassungsverständnis, Wagenbach: Berlin 1990

Prokla 78: Auf der Suche nach dem verlorenen Sozialismus, Rotbuch: Berlin 1990

Schabedoth, Hans-Joachim/Scherer, Klaus-Jürgen (Hrsg.): Ende der Wende?, Konservative Hegemonie zwischen Manifestation und Erosion, SP-Verlag: Marburg 1990

Schily, Otto: Natur und Geld, Hoffmann & Campe: Hamburg 1990

Schindowski, Waldemar: Alternative Ökonomie, Eine Bibliographie, Edition ID-Archiv im IISG: Amsterdam 1990

Schlüter, Anne/Stahr, Ingeborg (Hrsg.): Wohin geht die Frauenforschung, Böhlau-Verlag: Köln 1990

Schmid, Josef/Tiemann, Heinrich (Hrsg.): Aufbrüche – Die Zukunftsdiskussion in Parteien, Verbänden und Kirchen, SP-Verlag: Marburg 1990

Schmid, Thomas: Staatsbegräbnis, Perspektiven einer zivilen Gesellschaft, Rotbuch: Berlin 1990

Senft, Josef: Im Prinzip von unten, Redefinition des Subsidiaritätsgrundsatzes für ein solidarisches Ethos, Peter Lang: Frankfurt u.a. 1990

Sieber, Ursel/Ulrich, Bernd: Der quotierte Mann, Zwischenlösungen im Geschlechterkampf, Rotbuch: Berlin 1990

Sillge, Ursula: Unsichtbare Frauen, Lesben und ihre Emanzipation in der DDR, Links-Druck: Berlin 1990

Stock, Manfred/Mühlberg, Philipp: Die Szene von innen – Punks, Teds, Heavy Metals, Skins, Gruffis, New Romantics, LinksDruck: Berlin (DDR) 1990

Stöss, Richard: Die Republikaner, Woher sie kommen – Was sie wollen – Wer sie wählt – Was zu tun ist, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Bund: Köln 1990

Szanky, Zoltan: Neue Sichtbarkeiten und Fragen im Licht der Ereignisse, Universität Bremen 1990

Tetzner, Reiner: Leipziger Ring, Aufzeichnungen eines Montagsdemonstranten, Luchterhand Literaturverlag: Frankfurt 1990

Ude, Christian (Hrsg.): Wege aus der Wohnungsnot, Piper: München 1990

Wagner, Peter: Sozialwissenschaften und Staat – Frankreich, Italien, Deutschland 1970 – 1980, Campus: Frankfurt u.a. 1990

Wawrzyn, Lienhard: Der Blaue, Das Spitzelsystem der DDR, Wagenbach: Berlin 1990

Weisskirchen, Gert (Hrsg.): Sozialismus 2000, Europa und die Zukunft des Demokratischen Sozialismus, SP-Verlag: Marburg 1990

Weizsäcker, Carl Friedrich von (Hrsg.): Die Zukunft des Friedens in Europa, Hanser: München 1990

Wilharm, Heimer: Denken für eine geschlossene Welt, Philosophie in der DDR, Junius: Hamburg 1990

Zwischenzeiten – Frauenforschung aus der DDR, Feministische Studien, Heft 1/1990

(zusammengestellt von Hans-Josef Legrand)



EIN TRAUM : FLIEGEN – EINMAL ZUMINDEST –
UND ALLES HINTER SICH LASSEN . . .

F / L / U / G / V / E / R / S / U / C / H / E

Flugversuche, das ist mehr als nur der Titel einer Ausstellungsreihe, es ist der Wille, Grenzen zu überwinden:

Grenzen zwischen deutsch und deutsch, BRD und DDR, denn nach der Öffnung der Mauer im November 1989 beginnt erst die Zeit intensiven Kennenlernens.

Grenzen zwischen stark und schwach, krank und gesund.

Grenzen zwischen verdrängter Vergangenheit und ihrer beängstigenden Aktualität, wie sie sich in der 1989 neu aufgebrochenen Debatte um die Euthanasie zeigt.

Solche Grenzüberschreitungen werden durch den Dialog ermöglicht.

Die Leipziger Fotografin Karin Wieckhorst hat für diese Ausstellung kleine Formate gewählt, damit die Fotos nicht plakativ wirken. Sie möchte, daß Menschen nah' herangehen, genau hinschauen, sich Zeit für die Bilder nehmen. Denn sie erzählen viel Persönliches von behinderten Menschen, die Karin Wieckhorst über Jahre hin begleitet und porträtiert hat.

Über die direkte Auseinandersetzung mit den Fotos eröffnen die Texte im Publik-Forum Photo-Extra »Flugversuche« weitere vielfältige Zugänge:

über das Interesse an der jungen Fotografie in der DDR

über die Auseinandersetzung um Ethik und Moralvorstellungen in Gesellschaft und Kirche

über Gedichte, die in der Arbeit mit schwerstbehinderten Kindern entstanden sind

über kurze Selbstdarstellungen von Regina Reichert und Siegmund Schulze, die Karin Wieckhorst fotografierte.

Texte und Fotos können Eindrücke der Ausstellung vertiefen und die Weiterarbeit ermöglichen, sie bieten sich aber auch für den Einsatz in Unterricht und Erwachsenenbildung an.

**Das Publik-Forum
PHOTO-EXTRA
F / L / U / G / V / E / R / S / U / C / H / E
hat 64 Seiten.
Es kostet 12,00 DM,
ab 5 Exemplare
10,00 DM,
ab 10 Exemplare
8,00 DM.
Bestell-Nr. 2322
Publik-Forum,
Postfach 2010,
6370 Oberursel**

ICH BESTELLE : Exemplar(e) des PUBLIK-FORUM PHOTO-EXTRA F / L / U / G / V / E / R / S / U / C / H / E zum Einzelpreis von 12,00 DM, (ab 5 Exemplare 10,00 DM, ab 10 Exemplare 8,00 DM), Preise zuzüglich Versandkosten. Bestell-Nummer 2322. Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.

NAME, VORNAME :

STRASSE :

PLZ, ORT :

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:
Publik-Forum, Postfach 2010, 6370 Oberursel